



Landtag von Baden-Württemberg

23. Sitzung

11. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 21. April 1993 · Haus des Landtags

Beginn: 10.02 Uhr

Schluß: 20.46 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	1709	3. Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Privatisierung – Drucksache 11/420	1733
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Haasis	1709	(In Verbindung damit wurde auch Punkt 5 der Tagesordnung behandelt.)	
Abg. König REP (zur Geschäftsordnung)	1709	Abg. Dr. Döring FDP/DVP	1733
1. Aktuelle Debatte – Immer kürzer, immer schneller! Beschleunigung als absolut gesetztes Ziel der Politiker der Landesregierung – beantragt von der Fraktion GRÜNE	1709	Abg. Kurz CDU	1736
Abg. Kuhn GRÜNE	1709, 1717	Abg. Weyrosta SPD	1737
Abg. Oettinger CDU	1711, 1722	Abg. Rapp REP	1738
Abg. Weimer SPD	1712	Abg. Renz GRÜNE	1739
Abg. Deuschle REP	1713	Minister Dr. Spöri	1741
Abg. Dr. Döring FDP/DVP	1715	Abg. List CDU	1743
Ministerpräsident Teufel	1715	Abg. Redling SPD	1744
Abg. Maurer SPD	1719	Abg. Schaal REP	1745
Abg. Dr. Schlierer REP	1721	Abg. Kiel FDP/DVP	1746
		Minister Birzele	1747
2. Beschlußempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 29. März 1993 – Zustimmung des Landes Baden-Württemberg zu dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) – Drucksachen 11/1651, 11/1698	1724	Beschluß	1748
Abg. Fleischer CDU	1724	4. Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Justizministeriums – Personallage im Justizvollzugsdienst – Drucksache 11/1418	1748
Abg. Wettstein SPD	1726, 1732	Abg. Troll REP	1748
Abg. Dr. Schlierer REP	1726	Abg. Rech CDU	1749
Abg. Bütikofer GRÜNE	1727	Abg. Drexler SPD	1750
Abg. Kiesswetter FDP/DVP	1729	Abg. Dr. Salomon GRÜNE	1752
Minister Dr. Vetter	1730	Abg. Kiesswetter FDP/DVP	1753
Beschluß	1733	Minister Dr. Schäuble	1754
		Beschluß	1755

5. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung – Drucksache 11/901	1733	Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Baden-Württemberg – Drucksache 11/830	1770
(Dieser Punkt wurde zusammen mit Tagesordnungspunkt 3 behandelt.)		Abg. Birgit Kipfer SPD	1770
Beschluß	1748	Abg. Göbel CDU	1772
6. a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Einsetzung und Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags – Drucksache 11/1521		Abg. Walter GRÜNE	1773
b) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion Die Republikaner – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Einsetzung und Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags – Drucksache 11/1534	1755	Abg. Krisch REP	1775
Abg. Stächele CDU	1755	Abg. Drautz FDP/DVP	1776
Abg. Bebber SPD	1755	Abg. Herbricht REP	1777
Abg. Deuschle REP	1756	Abg. Buchter GRÜNE	1779
Abg. Jacobi GRÜNE	1758	Minister Weiser	1780
Abg. Pfister FDP/DVP	1759	Beschluß	1784
Beschluß	1760	9. Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP mit der Antwort der Landesregierung – Entwicklungschancen für das Hochrheingebiet – Drucksachen 11/691, 11/1271	1784
7. a) Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus und Sport – Kosten kleiner Hauptschulen; Kosten eines flächendeckenden Angebots eines zehnten Schuljahrs an den Hauptschulen – Drucksache 11/378		Antrag Drucksache 11/1769	
b) Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus und Sport – Gleichwertigkeit des Abschlusses nach dem zehnten Schuljahr – Drucksache 11/1425	1760	Abg. Pfister FDP/DVP	1784
Abg. Pfister FDP/DVP	1760	Abg. Straub CDU	1786
Abg. Seimetz CDU	1762	Abg. Dr. Puchta SPD	1787
Abg. Wintruff SPD	1764	Abg. Krisch REP	1789
Abg. König REP	1765	Abg. Dr. Witzel GRÜNE	1790
Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE	1767	Minister Dr. Spöri	1792
Ministerin Dr. Marianne Schultz-Hector	1768	Abg. Pfister FDP/DVP (zur Geschäftsordnung)	1794
Beschluß	1770	Beschluß	1795
8. a) Große Anfrage der Fraktion der SPD mit der Antwort der Landesregierung – Herkunfts- und Qualitätszeichen in Baden-Württemberg – Drucksachen 11/385, 11/1130		10. Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der FDP/DVP – Erweiterung der Enquetekommission „Kinder in Baden-Württemberg“ – Drucksache 11/1750	
Anträge Drucksachen 11/1768, 11/1771		– dringlich gemäß § 54 Abs. 3 GeschO	1795
b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen		Anträge Drucksachen 11/1755, 11/1772	
		Abg. Pfister FDP/DVP	1795
		Abg. Dr. Claudia Hübner CDU	1795
		Abg. Brigitte Wimmer SPD	1796
		Abg. Liane Offermanns REP	1796
		Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE	1797
		Beschluß	1798
		11. Aktuelle Debatte – Gleichstellung und Gleichberechtigung von Frauen und Männern – beantragt von der Fraktion der SPD	1798
		Abg. Marianne Wonnay SPD	1798
		Abg. Dr. Claudia Hübner CDU	1799
		Abg. Liane Offermanns REP	1801
		Abg. Birgitt Bender GRÜNE	1802
		Abg. Pfister FDP/DVP	1803
		Abg. Dr. Geisel SPD	1804
		Ministerin Brigitte Unger-Soyka	1805
		Nächste Sitzung	1807

Protokoll

über die 23. Sitzung vom 21. April 1993

Beginn: 10.02 Uhr

Präsident Dr. Hopmeier: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 23. Sitzung des 11. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich den Herren Abg. Alfred Haas und Dr. Repnik erteilt.

Meine Damen und Herren, heute hat Herr Kollege Haasis Geburtstag. Ich gratuliere Ihnen, Herr Kollege Haasis, im Namen des Landtags recht herzlich und wünsche Ihnen weiterhin viel Gesundheit und alles Gute und freue mich auf eine weitere gute Zusammenarbeit.

(Beifall – Abg. Haasis CDU: Vielen Dank!)

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein.

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, den Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der FDP/DVP betreffend Erweiterung der Enquetekommission „Kinder in Baden-Württemberg“, Drucksache 11/1750, als dringlich anzusehen und als neuen Punkt 10 in die Tagesordnung aufzunehmen. Bei der auf Ihren Tischen liegenden gedruckten Tagesordnung wurde dies bereits berücksichtigt.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Immer kürzer, immer schneller! Beschleunigung als absolut gesetztes Ziel der Politiker der Landesregierung – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Herr Abg. Deuschle, Sie wollten das Wort zur Geschäftsordnung. Bitte sehr, gerne.

(Zuruf des Abg. König REP)

– Wer will jetzt reden? Einer von Ihnen beiden. Sie sollten sich entschließen.

Herr Abg. König, bitte, zur Geschäftsordnung.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Darf ich um Ruhe bitten. Das Wort hat Herr Abg. König.

Abg. König REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte hier erwähnen, daß auch die Fraktion Die Republikaner einen Dringlichkeitsantrag gestellt hat, der Ihnen ebenfalls vorliegt. Herr Präsident, Sie haben diesen Antrag nicht erwähnt.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Wo ist denn der?)

Ich bitte, dies nachzuholen.

Präsident Dr. Hopmeier: Herr Abg. König, es handelt sich hier um einen Zusatzänderungsantrag, der bei Tagesordnungspunkt 10 aufgerufen wird.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt noch einmal **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Immer kürzer, immer schneller! Beschleunigung als absolut gesetztes Ziel der Politiker der Landesregierung – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte die übliche Gesamtdauer von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner der zweiten Runde gilt eine Redezeit von jeweils 5 Minuten.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Schneller, kürzer!
30 Minuten!)

Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an diese Redezeit zu halten.

(Beifall bei den Republikanern)

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kuhn.

Abg. Kuhn GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Politik muß heutzutage selbstreflexiv sein, Herr Oettinger. Das heißt, sie muß sich wenigstens ab und an fragen, welche Mittel, Wege und Methoden sie eigentlich voraussetzt. Sie muß sich ihrer Voraussetzungen bewußt werden und diese auch zur Diskussion stellen. Aus diesem Grund haben wir unter dem Titel „Immer kürzer, immer schneller!“ heute eine Aktuelle Debatte beantragt, mit der wir das Verhältnis der Politik in bezug auf den Umgang mit Zeit, genauer: mit beschleunigter Zeit, zum Thema machen.

Ökonomisch, kulturell und politisch unterliegen wir seit langem einem ungeheuren Rationalisierungsprozeß von Zeit, Zeit im Sinne von eigener Zeit, die den Menschen selbst gehört, dazu zunehmend vorgegebene, ökonomisch-technisch verplante Fremdzeit. Und wo die Maxime gilt, meine Damen und Herren, „Zeit ist Geld“ und Geld für etwas Gutes gehalten wird, wird Beschleunigung und zeitliche Verkürzung zum absoluten Wert.

Sie kennen das alle aus dem beruflichen und privaten Alltag. Unser Kollege Müller braucht inzwischen schon vier Telefaxnummern, damit er seine wichtigen Geschäfte beschleunigen kann. Arbeit verdichtet sich fast überall in den

(Kuhn)

Betrieben. Auf unseren Straßen herrscht ein Krieg um Beschleunigungsrechte, und wir alle kaufen immer wieder mit Waschmaschinen, Computern, Staubsaugern und Autos Geräte, die uns Zeit ersparen sollen. Das Seltsame ist nur, daß wir bei all diesen zeitsparenden Geräten eigentlich immer weniger Zeit haben und der Streß doch für alle zunimmt. Schließlich haben wir mit der Gentechnik nichts anderes als einen Versuch, der Evolution durch Beschleunigung endgültig auf die Sprünge zu helfen.

Doch die Folgekosten, meine Damen und Herren, dieser gigantischen Beschleunigung werden immer schlimmer. Die Umwelt geht kaputt, die Psyche auch, das menschliche Maß geht verloren, die Beschleunigung beschleunigt auch die Herzinfarkte, und die Gentechnik beschleunigt die Risiken, die in Jahrtausenden durch den evolutionären Prozeß herausgefiltert worden sind. Entschleunigung und Entdeckung der Langsamkeit, der Kampf um die Zurückeroberung selbstbestimmter Zeit sind längst zu einer Überlebensnotwendigkeit in unserer Zivilisation geworden.

Die Landesregierung, meine Damen und Herren, setzt in ihrer Politik ganz auf die Beschleunigungskarte.

(Abg. Oettinger CDU: Zu Recht!)

Ihr heimlicher Lehrplan, der die Koalitionsvereinbarung wie ein schwarzroter Faden durchzieht, ist die Beschleunigung und die zeitliche Verkürzung. Die Schulzeit und das Studium sollen verkürzt werden. Planungs- und Genehmigungsverfahren werden durch ein ganzes Paket von Gesetzen, das man in Bonn unterstützt, beschleunigt. Die Regionalpolitik der Landesregierung ist Beschleunigungspolitik, jüngst unter der Keule des Planungsgebots. Zwang zur Beschleunigung statt Hilfe zur notwendigen Kooperation – so läßt sich die Regionalstrategie dieser Landesregierung zusammenfassen.

Der Verabsolutierung der Beschleunigung durch die Landesregierung werde ich keine Verabsolutierung von Langsamkeit entgegensetzen. Denn wir meinen, Politik besteht darin, daß alles die Zeit bekommt, die es nötig hat.

(Abg. Mogg SPD: Alles hat seine Zeit!)

Die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren darf nicht zu Lasten der Bürgerbeteiligung und nicht zu Lasten der Ökologie gehen. Moderne Planung, Herr Ministerpräsident, und Verwaltung sehen den Bürger und die Bürgerin nicht als Gegner, dessen Widerstand man wegbeschleunigen müßte. Demokratie verlangt den Versuch von Einigung, Kompromiß, Interessenabwägung nicht nur im Parlament, sondern auch im Verhältnis zu den Bürgerinnen und Bürgern. Deswegen ist das Sondermüllforum des Herrn Umweltministers eine sinnvolle Veranstaltung.

Die Frage, ob Schulzeit oder Studium verkürzt werden sollen, darf nicht einfach eine Frage des Rotstifts sein. Wer an der falschen Stelle spart, der wird an anderer Stelle zahlen.

(Abg. Weimer SPD: Richtig!)

Das wichtigste Kapital eines rohstoffarmen Landes ist nun einmal eine gute Ausbildung seiner jungen Menschen. Gute Ausbildung ist, ökonomisch gesehen, Investition, und sie

ist auch Investition in soziale Kompetenz. Es geht also vorrangig um die Frage: „Was ist eine gute Schule und ein gutes Studium?“ und erst in zweiter Hinsicht um die Frage: „Wie lange dauert das?“

(Abg. Weimer SPD: Richtig!)

Gut Ding, meine Damen und Herren, sagt das Sprichwort, will Weile haben. In der Tat ist schon mancher Blödsinn verhindert worden, weil es kluge Bremser des Beschleunigungswahns gibt. In Wyhl hätten wir ein Atomkraftwerk, in Boxberg eine Teststrecke, eine vierspurige Autobahn durchzöge den Schwarzwald, alles, was man fusionieren kann, wäre fusioniert, der ökologisch bedeutsame Steinbruch in Leimen wäre längst mit Müll verfüllt. Wir sollten uns, meine Damen und Herren, einmal bei den Bürgerinnen und Bürgern bedanken, die uns alle durch den Tritt auf die Bremse vor diesen Dummheiten bewahrt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Natürlich gibt es Dinge, die schneller gehen sollten. Die Verwaltung unseres Landes sollte schneller arbeiten können und kann schneller arbeiten. Dazu müssen wir sie verschlanken und von allerlei historischem Ballast befreien.

Aber auch hier ist Beschleunigung kein Selbstzweck. Die Verwaltung braucht genau so viel Zeit, daß sie qualifiziert, bürgerfreundlich und für die Bürger verständlich entscheiden kann. Wer zum Beispiel, um zu beschleunigen, die Wasserwirtschaftsämter den Landräten unterstellt, der mag zwar zu schnelleren, aber nicht zu besseren Entscheidungen kommen. Phantasie und Kreativität brauchen, das weiß man aus der Forschung, gerade die Reibung und nicht den schnellen Schliff. Der urdemokratische Gedanke von den Checks and Balances meint letztlich nichts anderes. Deswegen muß sehr genau geprüft werden, ob und wo, Herr Oettinger, beschleunigt werden soll und wo nicht. Gerade bei schwierigen Grundsatzentscheidungen über die Einführung von Techniken mit großem Gefährdungspotential muß sich die Politik die Zeit nehmen, die zu einer verantwortbaren Entscheidung gehört. Was nützt es, so möchte ich fragen, das Tempo zu steigern, wenn der Kurs in die falsche Richtung führt?

Auch die Politik muß das richtige Zeitmaß finden. Fehlt uns nicht wirklich in diesem Landtag, hier in dieser Hetze von Termin zu Termin, auch die Zeit zu Kursbestimmung und zu Reflexion? Das gilt übrigens für alle Parteien. Max Weber hat dies 1919 schon einmal formuliert und vor dem Verlust von Augenmaß und Leidenschaften, den wichtigsten Politikertugenden, gewarnt. Augenmaß war für ihn – ich zitiere – „die Fähigkeit, die Realität mit innerer Sammlung auf sich wirken zu lassen“, also „die Fähigkeit zu Distanz zu den Menschen und den Dingen“. Max Weber hatte erkannt, daß kluge Politik eben auch Muße und Zeit braucht. Wir sollten alle einmal, Herr Oettinger und Herr Maurer, unseren Terminkalender unter diesem Gesichtspunkt anschauen.

Seltsamerweise – und damit möchte ich dann auch zum Schluß dieser Einführung kommen – braucht die Politik in vielen wichtigen Bereichen zu viel Zeit zum Handeln. Seit langem wissen wir, daß Krankheit und Pflegebedürftigkeit im Alter zu unwürdigem Elend führen, unter anderem, weil

(Kuhn)

wir keine Pflegeversicherung haben. Seit langem wissen wir, daß die Ökologie nur dann weiterkommt, wenn wir durch Ökosteuern Ökologie zu einem betriebswirtschaftlichen Faktor machen. Und seit langem wissen wir, daß zu einer Entgiftung unserer Umwelt ein schrittweiser Ausstieg aus der Chlorchemie – da müssen wir beim PVC anfangen – gehört. Aber die Politik kommt hier nicht zu Entscheidungen, aus vielen Gründen, aber vielleicht auch, weil vor lauter Hektik, Alltagsgewurstel und konkurrenzbedingter Wichtigtuerei die wirklich wichtigen Grundsatzfragen der Gestaltung unserer Zukunft aus den Augen verloren werden. Der Aktivismus der eiligen Vorschläge schwächt den Blick für den Grundsatz und untergräbt im übrigen das Vertrauen der Bevölkerung zur Lösungskompetenz der Politik.

Meine Damen und Herren, ich wünsche mir, daß auch in diesem Hause die Zeitverhältnisse ins Lot kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der Republikaner)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine verehrten Damen, meine Herren! Die Grünen haben etwas Neues entdeckt: die Langsamkeit.

(Abg. Hackl GRÜNE: Sie haben nicht zugehört, Herr Oettinger!)

– Ich habe zugehört. – Man könnte sagen: Stillstand als Ideal, Stagnation als Fortschritt, lieber gestern rückwärts als heute nach vorne.

(Beifall bei der CDU – Abg. Jacobi GRÜNE: Ich dachte immer, Sie wären intelligent!)

Ich glaube, es lohnt sich, über diese Frage zu streiten. Aber die Grünen wissen selbst nicht, was sie wollen. Von elf Dringlichkeitsanträgen dieser Legislaturperiode sind neun von den Grünen gestellt worden.

(Hört, hört! und Beifall bei der CDU – Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Ja, natürlich! Da haben dringende Entscheidungen getroffen werden müssen!)

Die Grünen haben es dringlicher als jede andere Fraktion. Im parlamentarischen Betrieb sind sie am wenigsten ruhig, der Kollege Schlauch hat den Puls bei 180, aber uns wollen sie Langsamkeit verordnen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Den Ausstieg aus der Kernenergie fordert man schnell und zügig, zwingend heute und nicht morgen. Und im ökologischen Bereich sind es die Grünen, die immer von Alleingängen, die notwendig seien, sprechen, die von Sofortmaßnahmen, die notwendig seien, sprechen und die behaupten, viel zu langwierige Prozesse bei der Regierung würden die Ökologie benachteiligen.

(Abg. Sieber CDU: Sehr richtig!)

Ich glaube, die Grünen sind inkonsequent und widersprüchlich und haben aus hoher Not an Ostern ein faules Ei gebo-

ren, eine überflüssige Aktuelle Debatte mit fragwürdigem Inhalt.

Demokratie, Kollege Kuhn, braucht ohne Zweifel Zeit. Demokratische Entscheidungen dauern länger, weil sie eine Vielzahl von Meinungen einbinden müssen, weil eine breite Beteiligung von Betroffenen notwendig ist. Diktatur wäre in der Tat schneller. Ich glaube aber, das Gebot der Gegenwart und die Sorge der Bürger bestehen nicht darin, daß wir husch, husch zu schnell entscheiden, sondern darin, daß die Politik nicht mehr handlungsfähig ist.

(Beifall des Abg. Mogg SPD)

Sie haben Beispiele genannt. Die Pflegeversicherung ist doch von links nach rechts und von rechts nach links breit gewälzt worden. Man könnte längst entscheiden. Wir sind nicht zu schnell; wir sind zu langsam.

Im Asylkompromiß hat sich doch gezeigt, daß die Parteien ihre Standpunkte nicht zusammengebracht haben. Ich möchte gar keine Vorwürfe erheben. Im Grunde genommen sind die Kollegen der Republikaner der personifizierte Ausdruck der Langsamkeit.

(Widerspruch bei den Republikanern)

Wären wir nicht so langsam gewesen und würden Sie nicht noch immer verharren, gäbe es die Kollegen der Republikaner im Landtag von Baden-Württemberg nicht.

(Beifall bei der CDU)

Aber auch Ihnen, Herr Kollege Kuhn, scheint dies nicht ganz entgangen zu sein. Ich beziehe mich auf die Haushaltsdebatte vom 4. Februar dieses Jahres. Dort haben Sie ausgeführt, der Bürger wolle endlich konkrete Handlungen sehen. Am gleichen Platz haben Sie im selben Atemzug gesagt, das Staatsministerium habe in früheren Zeiten wesentlich schneller und unbürokratischer gearbeitet, und eine erfolgreiche, notwendige und zeitnahe Verbindung von Forschung und Wirtschaft sei nicht mehr gegeben. Was wollen Sie jetzt bitte: schnelle Arbeit, effiziente Arbeit oder aber das Prinzip der Langsamkeit? Ich denke, die Grünen haben in den Tagen über Ostern ein Kuckucksei geboren.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Er kann nicht einmal mehr zuhören!)

Entscheidungen müssen richtig sein. Allein dies ist unser Maßstab. Entscheidungen werden nicht dann besser, wenn sie langsam geboren werden. Sie müssen gründlich, aber rasch geboren werden, und sie müssen richtig sein.

(Zurufe des Abg. Kuhn GRÜNE, u. a.: Stöpsel in den Ohren!)

Eine lange Dauer von Entscheidungsprozessen impliziert nicht automatisch deren Richtigkeit. Die Qualität einer Entscheidung wird allein dadurch bestimmt, ob sie richtig oder falsch ist. Es ist nicht entscheidend, ob jemand schnell oder langsam rechnet, sondern entscheidend ist, ob jemand richtig rechnet. Wir trauen uns zu, „ $3 \times 3 = 9$ “ rasch zu sagen. Wenn Sie dafür mehr Zeit brauchen, ist das Ihr Problem, nicht unseres.

(Oettinger)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Zuruf von den GRÜNEN: So ein dummes Geschwätz!)

Dann, lieber Herr Kollege Kuhn, zeigt doch gerade auch ein Blick auf die Außenpolitik, wie quälend langsam und damit falsch unsere Entscheidungsprozesse geworden sind. Die Serben arbeiten doch im ehemaligen Jugoslawien gegen alle Menschenrechte in einer menschenfeindlichen, miserablen Art, die Europa unwürdig ist. Und Europa ist der Garant dafür, daß Serbien erfolgreich sein kann, weil wir bei der Lösung der Frage, was wir wollen und wie wir Sicherheit in ganz Europa und Menschenrechte für alle sichern, zu langsam sind.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke - das sage ich sehr ernsthaft -, Sie müßten schon belegen, wo das Parlament von Baden-Württemberg, wo dieser Landtag und die Regierung von Baden-Württemberg in den letzten Jahren deswegen falsche Entscheidungen getroffen haben, weil diese überstürzt und eilig getroffen worden wären.

(Beifall des Abg. Kurz CDU)

Daß wir auch falsche Entscheidungen treffen, ist unbestritten. Dieses Parlament macht Fehler, und diese Regierung macht Fehler, Sie und wir eingeschlossen. Aber ich erwarte von Ihnen den Nachweis, daß wegen überstürzter Entscheidung eine falsche Entscheidung zustande gekommen ist. Ich meine, wir müssen im großen und ganzen, wenn Sie Ihre These anführen, feststellen, daß auch das Landtagsgeschehen und das Regierungsgeschehen eher zu langsam als überstürzt und schnell sind.

Im übrigen sind die Punkte, die Sie ansprachen - wie 13 Jahre oder 12 Jahre zum Abitur -, mit Verlaub gesagt, kaum einer Aktuellen Debatte zuzuführen. Hierüber sollte man in der Tat nicht 5 Minuten haspeln, sondern gründlich beraten. Dazu sind wir an anderer Stelle bereit.

Für die CDU, verehrter Herr Kollege Kuhn, ist Stagnation auch weiterhin Rückschritt. Wenn Sie das so wollen, muß seit heute wohl für Sie gelten: Angenehme Ruhe, schlafen Sie weiter, aber, bitte schön, langsam.

(Beifall bei der CDU - Abg. Jacobi GRÜNE: Völlig neben der Kappe! Unfähig, zuzuhören!)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Weimer.

Abg. Weimer SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich gestern versuchte, mir ein paar Gedanken zum tieferen Sinn dieser Debatte zu machen, habe ich mir überlegt, wie ich dieses Thema angehe: philosophisch, grundsätzlich oder ironisch.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Wenigstens fängt einer selbstkritisch an! Gut!)

Ich habe mich für das Grundsätzliche und gegen das Ironische entschieden, weil ich mir nicht vorstellen konnte, daß die Grünen heute - Herr Kuhn hat es in der Tat nicht gemacht - den Umkehrschluß aus diesem Debattentitel ziehen, daß nämlich alles statt kürzer noch viel länger dauern

solle und daß alles statt schneller noch viel langsamer erfolgen solle. Ich denke, daß es grundsätzlich notwendig ist, in der Politik zu schnelleren Entscheidungsfindungen zu kommen. Wenn eine Oppositionsfraktion den Eindruck hat, daß bei der Landesregierung bei politisch anstehenden Entscheidungen Druck gemacht, also zügig gearbeitet wird, ist dies zunächst einmal ja nicht schlecht und vielleicht sogar ein ungewolltes Lob für diese Landesregierung. Vielleicht wollte aber der Kollege Kuhn auch eine Art Wiedergutmachung an Ministerpräsident Teufel insofern vollziehen, als er am letzten Sonntag den Ministerpräsidenten Späth für seine Ideen und seine bunten Luftballons gelobt hat. Die Wiedergutmachung könnte darin bestehen, daß er jetzt Ministerpräsident Teufel dafür lobt, daß er schnell und entscheidungsfreudig ist.

(Heiterkeit bei der SPD)

Nachdem er ein Ministerpräsident der großen Koalition ist, können wir mit dieser Interpretation auch sehr gut leben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU)

Im Ernst: Meine Damen und Herren, in den letzten Jahren ist sehr viel ausgesessen, vertagt und verzögert worden, nicht nur in der Bundespolitik. Diese endlosen Hängepartien, angefangen bei der Asyldebatte - Kollege Oettinger hat das Stichwort Pflegeversicherung genannt; ich füge die ganze Müllpolitik in Baden-Württemberg bis hin zur offenen oder auch nicht offenen Finanzierungsfrage und die definitiven Kosten der deutschen Einheit hinzu -, haben die Bevölkerung natürlich schon unheimlich genervt und mit Sicherheit mit zum Politikverdruß beigetragen. Das ist nun einmal die eine Seite der Medaille. Deshalb gibt es in der Frage, wie schnell solche Entscheidungen erfolgen sollen, tatsächlich Handlungsbedarf.

Auf der anderen Seite gebe ich Ihnen, Herr Kuhn, völlig recht: Schnellere politische Entscheidungen dürfen kein Wert an sich sein.

(Beifall des Abg. Dr. Caroli SPD - Abg. Dr. Caroli SPD: Sehr richtig!)

Es sollte nicht sein, daß nur um der schnellen Schlagzeile willen, nur um einen beliebigen Aktionismus vortäuschen zu können, überstürzte Entscheidungen getroffen werden, die sich am Ende in der Sache als falsch erweisen. Hierin stimme ich Ihnen ausdrücklich zu. Es kommt für die SPD-Landtagsfraktion auch überhaupt nicht in Frage, daß um der Schnelligkeit als solcher willen demokratische Rechte in irgendeiner Weise abgebaut werden und auf der Strecke bleiben sollen.

(Beifall bei der SPD)

Nachdem Sie einen konservativen Staatsphilosophen, Max Weber, zitiert haben, zitiere ich den konservativen Politiker Winston Churchill,

(Abg. Sieber CDU: Der war aber sehr progressiv!)

der bekanntlich einmal gesagt hat, die parlamentarische Demokratie sei keine besonders gute Staatsform, aber die beste, die er kenne. Ich will dem hinzufügen

(Weimer)

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

– na ja, gut, Herr Bütikofer –: Wer zu diesem politischen System ja sagt, der muß auch bereit sein, zu akzeptieren, daß es in dieser Staatsform eben etwas langsamer und mühevoller vorangeht als in einer Diktatur, weil wir in einer parlamentarischen Demokratie Mehrheiten für Entscheidungen brauchen. Mehrheiten bekommt man nur durch Überzeugungsarbeit, und Überzeugungsarbeit braucht nun einmal ihre Zeit und hat ihren Preis.

Das Kernproblem der Politikerinnen und Politiker ist gegenwärtig aus meiner Sicht gar nicht so sehr die Auseinandersetzung über konkurrierende politische Inhalte, sondern etwas ganz, ganz anderes. Es ist die Tatsache, daß die gesellschaftlichen Verwerfungen seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie so groß gewesen sind, wie sie sich gegenwärtig darstellen. Genauso groß – und das ist das Problem – ist die Erwartungshaltung in der Bevölkerung, daß die ganzen großen gesellschaftlichen Probleme – seit 1989 ist nichts mehr so wie vorher – von der Politik von heute auf morgen, am besten innerhalb von 24 Stunden, gelöst werden könnten. Jeder, der kein Scharlatan und kein Populist ist, weiß, daß das nicht geht, weil wir in der Demokratie Zeit für Diskussionen brauchen und weil wir Zeit brauchen, um zu vernünftigen Kompromissen zu kommen. Wer etwas anderes will, zum Beispiel autoritäre Führungsstrukturen, der soll sich hier hinstellen und sagen: „Wir wollen das.“ Wir wollen das nicht. Wir wollen in diesem System zu zügigen Entscheidungen kommen und demokratische Substanz behalten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Bevölkerung kann aber durchaus von uns allen erwarten, daß wir uns gemeinsam dafür einsetzen, daß in kürzeren Zeitabläufen als bisher bessere Entscheidungen zustande kommen. Das klingt zunächst utopisch und vielleicht ein bißchen nach der Quadratur des Kreises, aber ich denke, daß das dann geht, wenn sich die verantwortlichen Politiker – also wir alle – noch mehr anstrengen, wenn sie bereit sind, noch mehr zu arbeiten, noch mehr ranzuklotzen, wenn sie vor allem bereit sind, in Zukunft ein höheres Maß an Konsensbereitschaft in den politischen Diskurs einzubringen. Darin beziehe ich besonders die Opposition mit ein. Wenn wir das schaffen, bin ich optimistisch, daß es uns gelingt, besser und ohne demokratischen Substanzverlust zu schnelleren Entscheidungen der Politik zu kommen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zuerst möchte ich der Fraktion GRÜNE ein Kompliment für ein interessantes Debattenthema aussprechen. Man hat sich dort einige grundsätzliche Gedanken bei der Themenwahl gemacht und versucht, Grundstrukturen der Politik in die Diskussion zu bringen. Dieses Thema reizt auch zu Gedanken über den Tag hinaus, denn auch wir Politiker haben ja keine oder nur wenig Zeit.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Ich darf um Ruhe bitten.

Abg. Deuschle REP: Kulturhistorisch gesehen ist das Zeitthema ja auch ein Problem der Industrialisierung. Die traditionellen Gesellschaften im Mittelalter hatten viel Zeit. Der Raum als weiterer Zuordnungsbegriff der Menschen war im Normalfall äußerst begrenzt. Reisen war nur wenigen möglich. Die Industrialisierung hat hier einen grundlegenden Wandel gebracht. Zeit wurde zu einer Art Produktionsfaktor. Begriffe wie Kapital und Arbeitsproduktivität weisen darauf hin. Ein Phänomen wie Zeitknappheit ist erst in der Moderne möglich.

Meine Damen und Herren, wir befinden uns derzeit in einer Art zweiten industriellen Revolution. Die Bedeutung moderner Informationstechnologien kann noch nicht hoch genug eingeschätzt werden. Dadurch entsteht ein systemimmanenter Zwang zum Wandel, zu einer Art Flexibilität um ihrer selbst willen nach dem Motto: Das Bewährte ist der Feind des Neuen.

Wer zuerst eine neue Chip-Generation umsetzt, erringt einen kaum mehr aufholbaren technologischen Vorsprung. Die Bedeutung sogenannter Sachzwänge nimmt immer mehr zu. Dies hängt natürlich auch mit Informiertheit und Schnelligkeit zusammen. Dadurch haben technokratische und bürokratische Eliten ungeahnte Möglichkeiten, praktisch ohne parlamentarische oder gar direkte Bürgerkontrolle ihre Interessen umzusetzen. Wie oft wird uns der Sachzwang vorgehalten, um echte demokratische Mitentscheidung zu vermeiden. Sachzwänge sollen auch nicht hinterfragt werden, weil das ja Zeit kostet. Die hat man angeblich nicht.

Die Dominanz des Wirtschaftlichen, des Ökonomischen gegenüber dem Politischen ist – um dies zu erkennen, muß man kein Marxist sein – eine Realität. Der Druck auf die Verwaltungen, produktiver, das heißt schneller und leistungsfähiger zu sein, nimmt immer mehr zu. Das Schlagwort „Lean administration“ ist in vieler Munde. Veraltete Strukturen werden als Hemmschuh, als eine Art negativer Produktionsfaktor angesehen.

Durch den Europäischen Binnenmarkt ist nun ein neuer Modernitätsschub – wobei auch der Begriff „Moderne“ einmal kritisch analysiert werden sollte – entstanden. Die einzelnen Regionen Europas wetteifern auf einem großen Markt mit über 300 Millionen Menschen, in einem Europa der Regionen, um einen Standortvorteil. Dadurch ergibt sich ein zusätzlicher Drang zu Großraumlösungen, wo sich Zeit und Raum bündeln. Wenn wir zum Beispiel einem Umlandverband Stuttgart grundsätzlich und uneingeschränkt die regionale Flächennutzungsplanung übertragen, läßt Metropolis grüßen.

Wir Republikaner sind aber aus Überzeugung dafür, daß die Menschen in ihren überschaubaren Umgebungen, das heißt in ihren Städten und Gemeinden soviel Verantwortung tragen sollen wie irgend möglich. Nur so findet man in Zukunft noch genügend fähige Leute, die bereit sind, Verantwortung zu tragen.

Wer seine politische Tätigkeit als Gemeinde- oder Kreisrat begonnen hat, weiß, daß zu einer sinnvollen Ausübung des Ehrenamts sehr viel Zeit nötig ist. Akten sind zu bearbei-

(Deuschle)

ten, bei Verwaltungen muß nachgefragt werden, eigene Recherchen sind notwendig, um den Informationsvorsprung, den die Verwaltung hat, auch nur teilweise zu verringern. Guter Wille und Engagement genügen nicht. Man braucht eben Zeit.

Es stellt sich für mich in diesem Zusammenhang auch die Frage nach den Menschenbildern. Existiert vielleicht ein Widerspruch zwischen dem Menschen, den unsere Leistungsgesellschaft am liebsten hat, und dem Zoon politicon, dem politischen Menschen? Das technokratische Menschenbild setzt einen streng rationalen Menschen, also eine Art optimiertes System, voraus. Es herrscht Sachlogik vor. Emotionalität und Kreativität stören das System und sind deshalb kaum gefragt. Menschen werden eher als Einzelkämpfer gesehen, die den Hauptteil ihrer Zeit zu funktionieren haben.

Woher soll denn eigentlich die notwendige Zeit --

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Darf ich um Ruhe bitten.

Abg. Deuschle REP: Woher sollen denn eigentlich die notwendige Zeit und auch die Motivation für Tätigkeiten in Vereinen, Kirchen, bei der Feuerwehr und ähnlichem herkommen? Die Belastungen im Beruf, die in hochtechnologischen Gesellschaften mit hoher Produktivität unumgänglich sind, führen bei vielen Menschen zum typischen Konsumverhalten in der Freizeit. Viele Vereine klagen ja über nachlassendes Engagement und Interesse.

Zuwenig Zeit zum Regenerieren und zu sinnvollem, kreativem Freizeitverhalten hat aber auch steigende psychosomatische Erkrankungen sowie Alkohol- und Rauschgiftprobleme zur Folge.

Der moderne Mensch muß wieder in Einklang mit seiner Umgebung, mit der Natur und vor allem mit sich selbst kommen. Dazu sind Zeit und Besinnung, manchmal auch Umkehr nötig.

Es stellt sich für mich aber auch die Frage, ob diese Art zu wirtschaften mit all ihren ökologischen Folgeproblemen nicht auch dazu beigetragen hat, daß Phänomene wie Nihilismus und kultureller Zerfall weitere Probleme moderner Industriegesellschaften sind.

Im politischen Bereich wird viel von Politik-, ich sage lieber: Politikerverdrossenheit gesprochen. Die Ohne-mich-Mentalität nimmt rapide zu, Grundwerte werden nicht mehr als allgemeinverbindlich akzeptiert, und auch die Gewaltenteilung funktioniert nicht mehr richtig. Aber dies ist, glaube ich, in Zeiten des Wandels immer so. Alte Wertesysteme zerfallen oft schneller, als sich neue bilden. Vielleicht hat die Industriegesellschaft schon einige ihrer Grenzen erreicht. Weniger ist mehr.

Wir müssen auch einen neuen Gesellschaftsvertrag, einen neuen „contrat social“, schließen.

(Abg. Dr. Weingärtner SPD: Ausgerechnet die Republikaner! Das finde ich ja lustig!)

Ich rufe auf zu einem geistigen Wettbewerb zur Klärung der Frage, wie dieses Deutschland und dieses Europa in 20 oder 30 Jahren aussehen sollen. Gibt es einen Staatenbund oder einen Bundesstaat – und dann mit welchen Aufgaben? Wie gestalten wir eine wirkliche Subsidiarität in der Praxis, oder bleibt dies nur ein Schlagwort der Brüsseler Eurokraten zur Beruhigung der Bürger?

Ich komme langsam zum Schluß. Ich glaube, daß wir auch neue Formen der Bürgerbeteiligung wählen müssen. Volksentscheide und Volksabstimmungen müssen erleichtert werden.

(Beifall bei den Republikanern)

Mehr direkte Demokratie nach Schweizer Art muß gewagt werden. Aber dazu, zur demokratischen Teilnahme am öffentlichen Geschehen, braucht man Zeit, und die Wirtschaft in der Schweiz ist ja auch nicht zusammengebrochen.

Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß Entscheidungen, die vom Bürger direkt getroffen werden, auch eher akzeptiert werden. Die Tendenz zum Richter- bzw. Verfassungsgerichtsstaat --

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Darf ich Sie bitten, langsam zum Ende zu kommen.

Abg. Deuschle REP: Ja, werde ich. Ich bin gleich fertig.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Langsam!)

-- Langsam. Wir haben heute Zeit.

(Heiterkeit und Beifall bei den Republikanern und den GRÜNEN – Abg. Dr. Weingärtner SPD: Schneller!)

– Zum Zuhören gehört auch Zeit.

(Abg. Dr. Weingärtner SPD: Sie haben keine Zeit! Die ist schon längst überschritten! Ihre Zeit ist abgelaufen!)

Die Tendenz zum Richter- bzw. Verfassungsgerichtsstaat könnte dann gestoppt und ein neues Gleichgewicht geschaffen werden. Dann könnten auch eher Entscheidungen in vernünftigen Zeiträumen getroffen und umgesetzt werden. Denn nicht ewiges Diskutieren und Vor-Gericht-Ziehen, sondern Handeln ist angesagt.

Aber eine Gewißheit haben wir alle: Jeder von uns ist unvollkommen und fehlbar.

(Glocke des Präsidenten)

Unsere Lebenszeit nimmt täglich ab.

(Lachen des Abg. Dr. Weingärtner SPD)

Machen wir uns das immer wieder klar. Dann werden wir auch ruhiger und gelassen die Zeit verbringen, die uns noch bleibt.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Döring.

Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist ohne Zweifel richtig, wenn der Fraktionsvorsitzende der Grünen eine Diskussion über die Frage nach den Zeitabläufen und den Entscheidungen in der Politik startet. Aber Sie sind nach dem, was ich zumindest bis jetzt gehört habe, den Beweis dafür schuldig geblieben, daß es eine Verabsolutierung bezüglich Schnelligkeit und kürzerer Durchsicht gibt. Bei der realen Beobachtung der politischen Entscheidungsprozesse stellt man doch eher fest – dafür gibt es eine Vielzahl von Beispielen; sie sind auch aufgeführt worden –, daß das Gegenteil beklagt wird, daß wir uns an einer Vielzahl von Stellen zu sehr in Diskussionen verstrickten, daß sich die Entscheidungsprozesse lange hinzögen und daß es vor allem auch an der Umsetzung fehle.

Wir meinen, wenn die Entscheidungen im Sinne der Kompromißvorschläge von Herrn Weimer und nach dem Ringen um Kompromisse getroffen worden sind, müssen sie in der Tat auch umgesetzt werden. Es mangelt auch häufig genug an der konkreten Umsetzung: Pflegeversicherung, Asyl, Außenpolitik. Es gibt genügend Beispiele, die auch im Zusammenhang mit Politikverdrossenheit aufgeführt werden, wenn es heißt: „Hier wird ‚elend‘ lange diskutiert, aber die Entscheidungen werden nicht getroffen.“

Deswegen müßten wir uns an verschiedenen Stellen doch eher fragen, ob wir durch ein Verzögern nicht zu schlechten Ergebnissen kommen und ob wir an einer anderen Stelle nicht das, was als richtig erkannt worden ist, was man in der Diskussion als richtig herausgefunden hat, auch rasch umsetzen müssen.

Wenn auf der einen Seite gilt, wie Sie es anklingen ließen, daß gut Ding Weile haben will, dann gilt auf der anderen Seite aber genauso, daß schnell geholfen oftmals doppelt geholfen ist. Auch dies sollte man, glaube ich, bei der Auseinandersetzung darüber, ob man schnell entscheiden soll oder nicht, unbedingt berücksichtigen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Anregungen sowohl von meinem unmittelbaren Vordner, Herrn Deuschle, als auch von Herrn Kuhn sollten wir sicher aufnehmen. Wir nehmen uns in diesem Haus oftmals zu wenig Zeit für die Auseinandersetzung im Grundsätzlichen. Herr Weimer hat dies angedeutet; dies ist völlig richtig. Das liegt auch daran, wie wir uns oft selbst schon bei Redezeiten, die wir uns geben, eingrenzen, wenn es um Grundsätzliches geht. Wir „hauen“ unsere Beiträge in Fünfminutenerklärungen herunter. Die Auseinandersetzung findet nicht in ausreichendem Maß statt. Dadurch geht auch viel von dem verloren, was bei Entscheidungsprozessen dringend notwendig wäre.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: War das jetzt eine Selbstkritik?)

– Natürlich. Du läßt dir zur Beschleunigung des Durchblicks die Haare schneiden. So trägt jeder dazu bei, daß es im einzelnen vorwärtsgehen kann.

(Heiterkeit – Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

– 1 : 1. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen – das ist zu Recht angemahnt worden – darauf achten, daß wir nicht unter ganz falschen Vorzeichen zu Beschleunigungen kommen. Auch ich halte es für völlig falsch, wie es hier angeklungen ist, wenn unter Finanzaspekten das Thema Schulzeitverkürzung und das Thema Studienzeitverkürzung diskutiert werden. Es darf mit Sicherheit nicht sein, daß jetzt der Panzer kommt und im bildungspolitischen Bereich alles niederwalzt und das Thema nur lautet, Einsparungen zu erzielen. Damit wirst du weder der Sache gerecht, noch ist das im Sinne einer sinnvollen Auseinandersetzung richtig. Denn es droht in der Tat die Gefahr, daß wir durch beschleunigte und zu schnelle Entscheidungen unter falschen Aspekten auch zu den weniger guten, ich meine sogar, zu den schlechten Ergebnissen kommen.

Aber noch einmal, Herr Kuhn: Wir leiden hier im Landtag von Baden-Württemberg und an anderen Stellen in der Politik eher darunter – und wir haben dadurch auch Fehler herbeigeführt –, daß wir nicht rasch genug entschieden haben. Sie sind – ich sage es noch einmal – den Nachweis schuldig geblieben, wo Fehlentscheidungen durch eine konsequente, rasche Entscheidung entstanden sind.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Weimer SPD)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich gestehe offen: Als ich den Antrag der Grünen auf Durchführung dieser Aktuellen Debatte zum ersten Mal gelesen habe, habe ich ungläubig den Kopf geschüttelt. Ich dachte, das Präsidium habe den letzten Antrag der Grünen auf eine Aktuelle Debatte abgelehnt, und jetzt sei ihnen nichts anderes mehr eingefallen. Ich habe den Antrag dann zwei- oder dreimal gelesen: „Immer kürzer, immer schneller!“

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Olympia 2000!)

Dann habe ich mir gedacht: Das ist eigentlich das größte Lob, das die Landesregierung in den letzten zwölf Monaten bekommen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Wenn bei der Opposition inzwischen angekommen ist, daß es ein wichtiges Ziel unserer Politik ist, die Entscheidungsverfahren zu beschleunigen, finde ich das außerordentlich gut. Ich hoffe, daß das jetzt auch übertragen wird und daß das alle Unternehmer lesen, die immer noch beklagen, daß die Entscheidungsprozesse, die Verwaltungsverfahren bei uns zu lange dauerten. Ich hoffe, daß das alle Bürger zur Kenntnis nehmen. Sie haben uns mit dieser Aktuellen Debatte einen außerordentlichen Gefallen getan.

Meine Damen und Herren, die Regierung legt Tempo vor, und die Opposition kommt nicht mehr mit.

(Heiterkeit bei der CDU)

(Ministerpräsident Teufel)

Die Grünen wählen das Forum des Landtags – und dies zur besten Sendezeit –, um zu bekennen, daß sie nicht in Form sind, und dies wenige Wochen vor den Leichtathletikweltmeisterschaften in Stuttgart.

(Abg. Haasis CDU: Und mit den Biobauern!)

Aber ich kann Ihnen versichern: Die Regierung ist so stark, daß sie es sich leisten kann, auch einen Teil der Oppositionsarbeit für Sie mit zu übernehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Koalitionsvereinbarung sieht vor, daß die Koalitionsparteien die Bemühungen, Verwaltungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen, konsequent fortsetzen wollen.

(Abg. Haasis CDU: Minister Schäfer ist dafür zuständig!)

Dabei soll vor allem die Regelungsdichte reduziert werden. Dies ist ein Ziel, das wir uns vorgenommen haben.

Ich gestehe Ihnen offen, Herr Kollege Kuhn: Mir geht vieles noch nicht schnell genug, und ich möchte weiter Verfahren beschleunigen. Wichtige Beispiele sind vorhin in der Debatte schon genannt worden.

Wäre das Asylproblem drei oder fünf Jahre früher gelöst worden, wir hätten in unserer Gesellschaft viele Probleme nicht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Das glauben Sie doch selber nicht! – Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Eineinhalb Jahre hätten auch gereicht!)

Wäre es schon vor zwei, drei Jahren zu einer Pflegeversicherung gekommen, es wäre entschieden besser, als daß wir uns immer noch Streit um die Finanzierung leisten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD)

Wäre der Solidarpakt ein Jahr oder ein halbes Jahr früher gekommen, wäre es für das Ansehen aller politischen Parteien besser gewesen. Würden wir Anträge von mittelständischen Unternehmen für Investitionen schneller bearbeiten, stünde es um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes besser.

(Beifall bei der CDU)

Hätten wir für die Planungsphase und für die Bauzeit der Schnellbahnstrecke von Mannheim nach Stuttgart nicht 15 Jahre gebraucht, so hätten wir sie zum gleichen Zeitpunkt einweihen können, zu dem der TGV in Frankreich zum ersten Mal gefahren ist. Wir haben inzwischen in unserem Land im Fernstraßenbau immer noch Planungszeiten von 17 Jahren.

Meine Damen und Herren, leider – obwohl alles von einer Verlagerung von Verkehr auf die Schiene spricht – sind die Planungszeiten für neue Schienenstrecken nicht kürzer, wenn ich an die Strecke von Stuttgart nach Ulm denke. Ich glaube also, daß wir noch gewaltige Aufgaben vor uns haben, um politische Entscheidungsprozesse zu beschleunigen.

Diskussion ist gut, aber am Ende eines angemessenen Diskussionsprozesses müssen auch politische Entscheidungen stehen.

Meine Damen und Herren, ganze drei Beispiele sind Ihnen eingefallen, und zu diesen möchte ich gern Stellung nehmen.

Jawohl, wir wollen die Planungsverfahren beschleunigen, die Baugenehmigungsverfahren genauso wie die Planungs- und Entscheidungsverfahren für Investitionen der Wirtschaft oder für wichtige Verkehrsmaßnahmen in unserem Land.

Jawohl, wir wollen die Studienzeiten verkürzen, und zwar – da nehme ich gerne auf, was mehrere Vorredner gesagt haben – nicht vorrangig unter finanziellen Gesichtspunkten, sondern im Interesse unserer jungen Generation. Heute beträgt in Deutschland das Durchschnittsalter derjenigen, die das erste Staatsexamen ablegen, 28,5 Jahre. Beim zweiten Staatsexamen, wenn ein solches notwendig ist, beträgt es 30,5 Jahre. Das Durchschnittsalter bei der Promotion in Deutschland liegt bei 31,5 Jahren.

Wir liegen unter allen Industrienationen der Welt am Ende der Entwicklung. Man wird in westlichen Nachbarländern drei Jahre, vier Jahre früher fertig. Der Praxisschock, von dem man spricht, ist ein Merkmal in Deutschland und nicht in anderen Ländern, in denen die kreativste Phase des Lebens nicht in der Ausbildung, sondern bereits in der betrieblichen Praxis verbracht wird.

Ich rede nicht einer Verkürzung der auf ein Leben bezogenen Ausbildungszeiten das Wort, sondern ich rede einer Verkürzung der Grundausbildungszeiten das Wort. Ich glaube, daß das Grundwissen, das vermittelt wird, heute sehr schnell wieder veraltet und nicht 40 Jahre lang für ein ganzes Berufsleben zureichend ist, sondern ich meine, daß wir der Weiterbildung in allen Bereichen einen viel breiteren Raum einräumen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Wir benachteiligen also unsere eigene junge Generation, wenn wir sie vier, fünf Jahre länger als andere in den Würmestuben unserer Universitäten halten.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte die Studienzeiten in der Tat verkürzen. Das gilt auch für die Schulzeit am Gymnasium.

Meine Damen und Herren, unsere Kinder in Deutschland sind nicht dümmer als die Kinder in unseren westlichen Nachbarländern, und diese erwerben nach 12 Jahren Schulzeit die Hochschulreife.

Ich möchte das einmal an einem Beispiel aufzeigen.

(Abg. Hackl GRÜNE: Äpfel und Birnen!)

– Nein, nicht Äpfel und Birnen.

Ich möchte als Beispiel das deutsch-französische Gymnasium in Freiburg anführen, in dem je zur Hälfte Deutsche und Franzosen gemeinsam lernen und die einen nach 12

(Ministerpräsident Teufel)

und die anderen nach 13 Jahren die Hochschulreife erwerben, Schüler, die in der gleichen Klasse über Jahre gemeinsam zur Schule gegangen sind.

Meine Damen und Herren, ich glaube nicht, daß der Hauptbeitrag zu einer Verkürzung der Ausbildungszeit an der Schule geleistet werden kann, aber ich meine, daß auch die Schule einen Beitrag dazu leisten muß. Die Debatte darüber findet durchaus zum richtigen Zeitpunkt statt, nämlich im April. Reden Sie einmal mit Abiturienten dieses Jahrgangs; ich habe in den letzten Wochen mit einigen Abiturienten gesprochen. Die sagen Ihnen doch selbst, daß die Zeit zwischen der schriftlichen und der mündlichen Prüfung eine ausgesprochene Bummelzeit darstellt. Reden Sie in diesen Tagen einmal mit Müttern von Abiturienten, meine Damen und Herren. Hier können ohne jeden Nachteil Monate eingespart werden, kann ich nur sagen.

(Beifall bei der CDU und den Republikanern)

Deshalb muß die Schulzeit verkürzt werden, ohne daß die Qualität der Ausbildung sinkt und ohne daß unsere Schüler stärker belastet werden.

Herr Kollege Kuhn, das, was Sie philosophisch zur Zeit gesagt haben, ist von Aristoteles bis zu Lübke schon ausgezeichnet dargestellt worden, und dem ist auch gar nicht zu widersprechen. Aber Beschleunigung ist doch wirklich ein Merkmal unserer Zeit. Es ist keine Lösung, aus dem Beschleunigungsprozeß auszusteigen, und es ist auch keine Lösung, wenn man sich in diesem Beschleunigungsprozeß treiben läßt, sondern man muß versuchen, ihn aktiv zu gestalten und zu steuern, Herr der Zeit und Herr der Verfahren zu bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich ist es nötig, ab und zu innezuhalten und sich zu besinnen.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Weihnachten! – Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Pfingsten zum Beispiel!)

Ich bin gegen jede Kurzatmigkeit und gegen jede Hektik, und ich bin ganz und gar dagegen, daß wir uns bei politischen Entscheidungen von sachfremden Gesichtspunkten unter Druck setzen lassen. Aber ich meine, daß wir uns bemühen müssen, im weltweiten Wettbewerb mithalten zu können, und wir dürfen nicht zurückfallen.

Die Landesregierung setzt also auf Beschleunigung der Verfahren in der Administration und in der Politik, aber wir setzen auf verantwortliche Entscheidungen. Das erfordert bei dem jetzigen Beschleunigungsprozeß, in dem wir sind und aus dem wir nicht aussteigen können, ständige Anpassungen und ständige Reformen. Stillstand wäre Rückschritt. Wir müssen auf der Höhe der Zeit sein und nach Möglichkeit immer etwas Vorsprung haben. Da lobe ich mir die baden-württembergische Wirtschaft. Dieses Land war nicht nur zu Beginn der Industrialisierung im 19. Jahrhundert aus der Not geboren das Land der Tüftler und Erfinder, sondern es ist es bis zum heutigen Tag geblieben. Die jüngste Statistik des Deutschen Patentamts in München weist aus, daß auch im Jahr 1992 die mit Abstand meisten Patentneuanmeldungen aus Baden-Württemberg gekom-

men sind. Das heißt, unsere Bürger, unsere Meister, unsere Facharbeiter, unsere Techniker, unsere Unternehmer und unsere Ingenieure kommen mit und haben bis zum heutigen Tag das Quentchen Vorsprung, das die Stärke dieses Landes Baden-Württemberg und seiner Wirtschaft ausmacht.

Ich meine, die Politik darf der Entwicklung in der Wirtschaft nicht nachstehen, sondern wir müssen im Gegenteil auf der Höhe der Zeit sein und den Boden bereiten und die Rahmenbedingungen so setzen, daß unsere Wirtschaft ihren Vorsprung behält.

Zwei Dinge möchte ich ausdrücklich aufnehmen und hier quittieren:

Erstens: Die Beteiligung der Bürger darf unter der Beschleunigung nicht leiden. Wir würden das Gegenteil von Beschleunigung erreichen, wenn wir am Bürger vorbei planen würden.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen die Bürger rechtzeitig beteiligen, die Öffentlichkeit beteiligen und auch Anregungen aufnehmen.

Zweitens: Schnelle Entscheidungen dürfen nicht auf Kosten einer gründlichen Prüfung gehen. Meine Damen und Herren, eine schnelle politische Entscheidung ist gut, eine richtige politische Entscheidung ist besser. Am besten aber ist eine schnelle und richtige Entscheidung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Darum wird sich diese Regierung bemühen. Und den Grünen möchte ich abschließend sagen: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Weingärtner SPD: Lieber reich und gesund!)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort nach § 82 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Kuhn als Fraktionsvorsitzendem.

(Minister Dr. Schäuble: Und nicht schneller jetzt!)

Abg. Kuhn GRÜNE: Jetzt habe ich Zeit, jetzt geht es nicht auf Redezeit, meine Damen und Herren.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, zunächst eine ganz persönliche Bemerkung. Ich wußte gar nicht, daß Sie so lobesbedürftig sind, daß Sie ein Lob empfinden, wo Sie nicht gelobt worden sind. Vielleicht gibt das ein bißchen Aufschluß darüber – das kann man allen sagen –, daß man Sie öfter loben sollte. Dann erleben Sie es an der richtigen Stelle und nicht an der falschen.

Aber jetzt zum Kern der Debatte. Mit Ausnahme von Herrn Oettinger haben doch alle gemerkt, worum es gehen sollte, nämlich um die Frage, ob wir an den entscheidenden Stellen im richtigen Zeitmaß mal beschleunigen, mal verlangsamten. Alle, außer Herrn Oettinger, haben auch gemerkt, daß es nicht unsere Angelegenheit ist, zu sagen, jetzt müsse alles langsamer gehen, Herr Oettinger, sondern daß der Impuls unserer Debatte war, festzustellen: In welchen Bereichen beschleunigen wir eigentlich richtig und in welchen

(Kuhn)

wäre es sinnvoll, zu entschleunigen? Wenn Sie bei meiner Rede die Petersilie aus den Ohren genommen hätten, Herr Kollege Oettinger, hätten Sie dies schon vorhin hören können.

Herr Ministerpräsident, was wir der Landesregierung vorwerfen, ist eigentlich folgendes – Sie haben die Diskussion zum Teil ja wirklich weitergebracht –: Wo im Grundsatz in den letzten Jahren keine Entscheidungen vorbereitet worden sind, zum Beispiel bei der Pflegeversicherung, und wo deswegen die Bevölkerung mit der Politik unzufrieden ist, geht man nun her und hat die Hoffnung, mit Beschleunigung – mit: „Jetzt müssen wir aber schnell machen“ – die Probleme vom Eis zu bekommen.

Was Sie hier erreichen – das beste Beispiel war der Solidar-pakt –, ist nicht eine schnelle Klärung der Probleme, sondern etwas, was ich rasenden Stillstand nennen würde. Wenn Sie beim Solidar-pakt einmal genau hinschauen – beachten Sie die ganze Hektik, mit der er gestrickt wurde –, sehen Sie, daß man zwar eine Einigung erzielt hat, die den Ministerpräsidenten und die Bundesregierung einigermaßen das Gesicht wahren ließ, daß aber alle im Grundsatz wichtigen Fragen nicht gelöst worden sind, trotz des Tempos, das Sie eingeschlagen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich nenne die Pflegeversicherung: Nicht gelöst. Ich nenne die Frage Ökosteuern: Nicht in den Sozialpakt einbezogen, obwohl es gerade bei einem Land wie der ehemaligen DDR wichtig gewesen wäre, die Ökologiefrage mitzunehmen. Ich nenne Fragen wie strukturelle Überforderung und Überlastung der Finanzierung der Bundesanstalt für Arbeit, die im Solidar-pakt nicht gelöst worden ist. Rasender Stillstand, meine Damen und Herren. Sie haben Tempo gemacht, Druck gemacht; aber keine der zentralen Fragen, die hier eine Rolle gespielt hätten, ist wirklich angegangen und gelöst worden. Das ist genau der Punkt, Herr Ministerpräsident, auf den ich hinaus möchte.

Wir müssen im Grundsatz mehr Zeit darauf verwenden, in den Grundsatzfragen zu Einigungen und Entscheidungen der Politik zu kommen. Wir müssen im Umsetzen der Entscheidungen schneller werden. Aber was nicht geht, ist, was Sie in Bonn und auch hier machen: keine grundsätzlichen Einigungen in den Grundsatzfragen herbeiführen zu können, und zwar aufgrund realer politischer Schwäche, zum Beispiel der Bundesregierung, dann aber in Hektik zu versuchen, die nicht vollzogenen Entscheidungen durch Verfahrensbeschleunigung zu kompensieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich meine, daß viele Punkte, die Sie genannt haben, nicht so stehenbleiben können. Ich möchte für die Studierenden dieses Landes sagen: Wer den Aufenthalt in der Universität als Aufenthalt in Wärmestuben bezeichnet, wie der Herr Ministerpräsident, der hat nicht verstanden, was die realen Probleme unserer Studentinnen und Studenten draußen im Land sind. Auch Ihr Hochschulminister weiß es besser. Wenn Sie einmal eine Analyse machen, um festzustellen, was denn der Grund für die langen Studienzeiten ist, werden Sie zum Beispiel erkennen, daß hohe Mieten sowie eine schlechte soziale Ausstattung der Studentinnen und

Studenten dazu führen, daß sie viel mehr arbeiten müssen, als Sie es mußten, dem vielleicht der Papi den Scheck herübergereicht hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da muß man, Herr Ministerpräsident, die Sache differenzierter betrachten. Ich weiß, daß Sie vielleicht ein Bierzelt warmreden können, wenn Sie sagen, die Universitäten seien Wärmestuben. Aber einer genaueren, nüchternen Betrachtung hält diese Aussage eben nicht stand.

Damit wir uns bei der Schulzeitfrage nicht falsch verstehen: Wir sagen, wenn nachgewiesen wird, daß eine gute Schule das, was eine gute Schule heute leisten muß, auch in zwölf Jahren leistet, dann sind wir für zwölf Jahre, und wenn Sie sagen: in elf Jahren, dann in elf Jahren. Das ist uns völlig Wurscht. Aber der entscheidende Punkt ist, daß diese Diskussion jetzt vom Rotstift geführt wird, aus Sparvorhaben heraus geführt wird

(Beifall bei den GRÜNEN, bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Weimer SPD – Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Richtig!)

und nicht aus der Fragestellung heraus: Was ist eigentlich pädagogisch notwendig? Wie müssen wir die Schule reformieren, damit sie endlich den Anforderungen unserer Zeit und der Zukunft gerecht wird? Das ist der Punkt, den ich anspreche. Sie verabsolutieren Zeitfragen, wenn Sie jetzt einfach sagen: Zwölf Jahre sind schon recht, denn in Österreich sind es auch zwölf Jahre. Inhalt vor Beschleunigung, das ist die Botschaft, die wir hier mit dieser Debatte verkünden wollen.

Ein Wort zu den Erfindungen. Da haben Sie wirklich danebengeht, wie ich meine, nämlich mit den Patentanmeldungen, Herr Ministerpräsident. Es gibt eine Untersuchung: Wie kommen kreative Tüfelerentscheidungen zustande? Sie kommen gerade nicht unter Hektik und Druck zustande, sondern von solchen Ingenieuren und von solchen Wissenschaftlern, die sich meist fachfremd in Muße, unter Beteiligung von Kunst und der Erweiterung des schnell angelegten Wissenshorizonts mit neuen Gegenständen beschäftigen und deswegen die Grenzen des Konventionellen sprengen, weil sie sich nicht unter Zeitdruck setzen lassen. Die Entwicklung der kreativen Entscheidungen, der neuen Patente, der wirklich revolutionären Durchbrüche in Wissenschaften geht anders als unter dem schnellen Galopp der internationalen Konkurrenz. Es sind immer Außenseiter an den Universitäten, Leute, die sich die Zeit nehmen, die Kreativität braucht, und dann zu solchen innovativen und alles voranbringenden Erfindungen oder Entscheidungen kommen.

Ich will zur Verwaltungsreform noch eines klarmachen. Sie haben gesagt, Sie sähen es als großartig an, wenn Sie jetzt da beschleunigten. In der Regionalreform steckt ja auch Beschleunigung drin. Aber ich möchte doch eine Frage stellen. Die Qualität dessen, was dabei herauskommen wird, zum Beispiel bei der Regionalreform, steht ja noch aus. Es könnte sein, daß Sie tatsächlich beschleunigen, daß schnelle Entscheidungen getroffen werden, vor allem mit Planungsgebot. Das ist ja ein Beschleunigungsinstrument per se, Herr Staatsminister. Aber was passiert denn, wenn die von diesen Entscheidungen Betroffenen, die Gemein-

(Kuhn)

den und Kreise im mittleren Neckarraum, diese Entscheidungen, weil sie zu schnell und unter Zwang herbeigeführt worden sind, nicht mittragen? Ich kann Ihnen sagen: Verwaltungsentscheidungen werden nur so gut sein, wie die Akzeptanz bei denen, die sie im täglichen Leben zu bearbeiten, auszuhalten und durchzuführen haben, ist. Deswegen kann es sein, daß die Beschleunigung, auf die Sie als absoluten Wert setzen, nachgerade kontraproduktiv wirkt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, niemand hat besser, stärker und klarer unsere These, daß die Landesregierung in Gestalt des Ministerpräsidenten Beschleunigung absolut setzt, belegt als vorhin dieser Ministerpräsident in seiner Rede. Das möchte ich doch in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Punkt: Daß Sie sagen, Beschleunigung dürfe nicht Bürgerrechte einschränken, ehrt Sie, Herr Ministerpräsident. Nur haben Sie dann bei dem geschlafen, was in Bonn etwa mit dem Investitionserleichterungsgesetz verabschiedet worden ist

(Beifall bei den GRÜNEN)

oder was mit dem noch anhängigen Planungsvereinfachungsgesetz vor der Tür steht. Das Land Baden-Württemberg ist mit seinen Anträgen zum Investitionserleichterungsgesetz im Bundesrat gescheitert. Diese wurden abgelehnt, übrigens interessanterweise deshalb, weil die SPD in Nordrhein-Westfalen gegen die dortige rotgrüne oder Ampelregierung gestimmt hat.

Jetzt haben wir die Einschränkung der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei relevanten Umweltprojekten. Abfallanlagen werden zum Beispiel nur noch nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz geplant und nicht mehr unter Anhörung und Beteiligung der Naturschutzverbände. Was hier gerade läuft, ist also just diese Einschränkung. Ich sage Ihnen: Auch dies, Herr Oettinger, wird keine Beschleunigung bringen, weil die Art, wie Sie hier durch Gesetze Verfahrensbeschleunigung machen, einen Konflikt zwischen Bürger und Staat viel eher aufbaut, als daß sie ihn mindert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Bürger wird bei diesem Konzept von Anfang an als Prozeßgegner des Staates behandelt. Deswegen versucht man, seine Einwände wegzubeschleunigen mit dem fatalen Ergebnis, daß die Bürger von Anfang an, auch in dem Stadium, wo noch Entscheidungsoffenheit vorhanden wäre, sagen, die Angelegenheit werde sowieso vor Gericht gehen, weil keine anderen Mitsprachemöglichkeiten bestünden. Ich sage Ihnen: Sie verlangsamen die ganzen Entscheidungen, indem Sie sie scheinbar beschleunigen.

Ich meine, zur Demokratie gehören die moderneren Verfahren, wie wir sie aus den USA kennen, daß man versucht, Konflikte mit den Bürgern zu mediatisieren, daß man versucht, zu vermitteln, daß man Interessenabgleich macht.

Noch einmal, Herr Ministerpräsident: Viele Lehrer und Theoretiker der Demokratie haben das Prinzip von Checks and Balances, daß man ausgleichen muß, daß man Interes-

sen vermitteln muß, daß es richtig ist, nicht schnell bei allem von oben nach unten durchzugreifen, für die Demokratie für sehr, sehr wichtig gehalten. Ich glaube, das gilt auch hier. Nur mit den Bürgerinnen und Bürgern werden wir in der Lage sein, Projekte, die wichtig sind, die schnell kommen müssen, durchzusetzen, aber nicht, wenn wir sie von Anfang an im Verfahren als Prozeßgegner betrachten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte damit zum Schluß kommen und von meiner Seite doch eine Bewertung dieser Debatte aussprechen. Herr Oettinger, bei Ihnen hatte ich das Gefühl, Sie wollten unser Anliegen ins Lächerliche ziehen. Die anderen Redner haben mich doch darin bestätigt, daß es richtig ist, wenn sich die Politik einmal die Mittel und die Methoden, die sie anwendet, vergegenwärtigt. In diesem Sinne finde ich diese Aktuelle Debatte eher interessant als lächerlich.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der Republikaner)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Fraktionsvorsitzenden Maurer.

Abg. Maurer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich habe mir vor dieser Debatte die Frage gestellt, ob es tatsächlich so sein könnte, daß Beschleunigung oder Langsamkeit politische Werte an sich sind. So war es ja in der Überschrift angelegt, Kollege Kuhn. Es hätte mich sehr überrascht, wenn das Ergebnis gewesen wäre, daß das tatsächlich so ist.

Ich stelle, nachdem ich jetzt lange aufmerksam zugehört habe, fest: Weder Beschleunigung noch Schnelligkeit, noch Langsamkeit sind eine politische Wertekategorie, mit der man irgend etwas beurteilen kann. Das ist mein Fazit.

(Beifall bei der SPD)

Vielmehr ist es eine ganz simple Wahrheit, Herr Kollege Kuhn – das gilt für Sie, das gilt für die CDU, und das gilt für uns –: Bei Dingen, die wir für richtig halten, kann es uns gar nicht schnell genug gehen. Nehmen wir einmal eine Gemeinsamkeit von uns: Der Einstieg in die regenerativen Energiequellen kann uns gar nicht schnell genug gehen, geht uns viel zu langsam. Da wäre ich entschieden für Verfahrensbeschleunigung, für Druck und alles mögliche. Bei anderen Dingen, die wir für falsch halten, geht es uns zu schnell. Je nachdem, ob einer etwas für falsch oder für gut hält, bemüht er die Langsamkeit oder die Schnelligkeit als Kritik an der Entscheidung. Das sollte man sich ehrlicherweise eingestehen.

Ich finde es eher lohnend, in einer solchen Debatte noch einmal einen Blick darauf zu werfen, was in der Tat vielleicht bei der Bevölkerung als großes Problem unserer politischen Kultur empfunden wird. Meine Analyse ist die, daß wir in einer Gesellschaft leben, die in den Zeiten seit 1945 noch nie so sehr von Unsicherheit, von großer Unsicherheit, von großer Verwirrung, von großen Ängsten, von Orientierungslosigkeit geprägt war.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Richtig!)

(Maurer)

Interessant wäre, die Frage zu stellen, welchen Beitrag wir dazu leisten, daß es diesen Zustand gibt, bzw. welchen Beitrag wir dazu leisten könnten, diesen Zustand zu beheben.

Ich glaube, es gibt zunächst eine objektive Ursache. Über die lohnt es sich in der Tat zu philosophieren. Die objektive Ursache ist, daß sich das Wissen der Menschheit, wenn man es über die Geschichte hinweg betrachtet, in immer kürzeren Zeitabständen potenziert. Die objektive Ursache ist, daß die technologische Entwicklung in ihrer Rasanz immer extremer wird und daß die Politik die Ehrlichkeit haben sollte, zuzugeben, daß wir diese Innovationssprünge und diese Potenzierung von Wissen und Entwicklungen schon in der Spitze der Politik phasenweise nicht mehr übersehen. Ich denke, die Menschen draußen im Land merken das sehr genau.

Ich meine, ein Teil der großen Unsicherheit ist objektiv verursacht durch das Gefühl, daß die Rasanz von Wissensentwicklungen, von technischen Entwicklungen nicht mehr übersehen werden kann. Von der Bevölkerung kann sie ohnehin nicht übersehen werden. Aber die Bevölkerung hat auch – ich meine, teilweise zu Recht – das Gefühl, daß diejenigen, die die politischen Entscheidungsfunktionen besetzen, nicht mehr über die Zeit und über das Wissen verfügen, die ganzen Verästelungen – beispielsweise gentechnischer Entwicklungen oder Kernkraftentwicklungen – zu beherrschen oder auch nur zu übersehen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Richtig!)

Darüber sollten wir uns selbst einmal ein Geständnis ablegen. Wir sollten da von der Politik aus keine falschen Gewißheiten vor uns hertragen, wo wir sie doch selbst gar nicht haben.

Für mich wäre deswegen zum Beispiel eine wichtige Kategorie der politischen Kultur und der politischen Entscheidungsprozesse, Herr Ministerpräsident, keine Entscheidungen zu treffen, die man, wenn man sie einmal als falsch erkannt hat, nicht mehr korrigieren kann. Das halte ich in solchen Zeiten für eine zentrale Kategorie. Ich bin dezidiert dafür, Entscheidungsfähigkeit zu beweisen. Darin stimme ich Ihnen ausdrücklich zu. Nur über Entscheidungen kann man Prozesse und auch Entwicklungsprozesse in einer Gesellschaft vorwärtsbringen und beherrschen. Aber diese Entscheidungsfähigkeit ist nur dann etwas wert, wenn sie erstens die Souveränität beinhaltet, als falsch erkannte Entscheidungen auch wieder souverän zu korrigieren. Das muß sie beinhalten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Kuhn GRÜNE)

Zweitens muß sie die fast noch größere Souveränität beinhalten, auch unter großem Problemdruck keine Entscheidungen zu treffen, von denen man annehmen muß, daß sie nicht mehr korrigiert werden können, selbst wenn man sie als falsch erkennen sollte. Dies ist das Kernproblem vieler Einstiege in Großtechnologien.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Sehr gut! – Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Gentechnik!)

Darauf will ich ausdrücklich hinweisen. In dem Moment, in dem ungeheure Summen von Know-how, vor allem aber von Kapital und von Interessen, von volkswirtschaftlichen Ressourcen, in eine Entscheidungslinie gebündelt worden sind – das lernen wir beim Thema Atomenergie, mit dem wir uns morgen noch einmal beschäftigen werden –, nimmt die Fähigkeit zur Korrektur einer Entscheidung außerordentlich stark ab und geht fast gegen Null. Die falsche Entscheidung kann in dem Moment, in dem sie eine solche Dimension annimmt, fast in die Unkorrigierbarkeit oder an den Rand der Unkorrigierbarkeit führen. Deswegen sind wir in der Politik aufgerufen, mit großer Entscheidungsfähigkeit zu handeln, dies aber zu berücksichtigen. Wir müssen berücksichtigen, ob wir noch die Freiheit haben, unsere Entscheidungen auch wieder souverän zu korrigieren, wenn sie sich als falsch erweisen sollten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Kuhn GRÜNE)

Das halte ich für eine entscheidende Kategorie in der politischen Debatte.

Weiter denke ich, wir sollten uns in der Politik einer ernstesten Selbstprüfung unterziehen, inwieweit wir neben den objektiven Ursachen des Wachstumstempos und des Problemdrucks durch unser eigenes Verhalten zusätzlich zur Verwirrung von Menschen und zur Unsicherheit beitragen. Dazu will ich Ihnen ganz offen sagen: Aus meiner Sicht ist das Problem der Politik in Deutschland in den letzten 10 oder 15 Jahren nicht das Problem der Schnelligkeit oder der Langsamkeit, sondern es ist ein Problem – ich sage es bewußt sehr herb – der Geschwätzigkeit.

(Abg. Deuschle REP: Nur bei Ihrer Partei! – Gegenruf des Abg. Dr. Caroli SPD: Jetzt aber, Herr Deuschle!)

– Daß ausgerechnet Sie sich da melden!

In einer Mediengesellschaft wie der unseren, in der viele Menschen bestenfalls Schlagzeilen überfliegen.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

kann beim besten Willen nicht von der Bevölkerung erwartet werden, daß sie bei der Sichtung einer Schlagzeile unterscheidet, ob es sich bei dem, was da zu lesen ist, um die Entscheidung einer Regierung oder um die Meinung des Vorsitzenden einer Kommission oder um den ideologischen Beitrag eines Finanzministers oder eines SPD-Vorsitzenden – damit das gleich ausgewogen ist – handelt. Die Menschen können dieses im Medienzeitalter nicht erkennen. Sie halten alles, was ihnen da Tag für Tag an Profilierungsübungen aus zweitem, dritten und was weiß Gott für Linien serviert wird, für Meinungen. Sie versuchen, sich daran zu orientieren. Sie können nicht auseinanderhalten: Sind das jetzt getroffene Entscheidungen? Ist das das, was jetzt tatsächlich passiert und Rahmenbedingungen verändert? Deswegen die Forderung, ein Stück weit – ich weiß, wie ungeheuer schwer das fällt – sich zurückzunehmen und in der Politik nicht mit der flinken Idee nur um die nächste Schlagzeile des nächsten Tages zu buhlen

(Abg. Deuschle REP: Das sagt der Richtige!)

(Maurer)

und Menschen nicht durcheinanderzubringen, sondern einen Politikstil zu praktizieren, wo die Leute wissen: Nach einem intensiven Ringen um Entscheidungen, vor allem – es hat mich sehr gefreut, was Sie da gesagt haben – von der demokratischen Qualität her, wird anschließend eine Entscheidung markiert, und die ordnet sich ein in eine Linie, die auch durchgehalten wird, und da ist erkennbar, was gilt und was nicht gilt, was Staatsautorität ist und was nur Beliebbarkeit und Geschwätzigkeit ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Ich erwarte von dieser Landesregierung, daß sie sich darum bemüht. Ich erwarte von den Parteien, die die Regierung tragen, daß sie sich darum bemühen. Das erwarte ich aber auch von der Opposition. Dies wäre ungeheuer wichtig.

Erhard Eppler hat einmal ein Buch geschrieben – das ist eine Weile her –, in dem er gesagt hat, das Wichtigste sei Glaubwürdigkeit. Das ist meine These. Ich sage Ihnen: Das Wichtigste ist nicht Schnelligkeit oder Langsamkeit in der Politik, das Wichtigste ist Glaubwürdigkeit, ist die Bereitschaft und Fähigkeit,

(Abg. Bloemecke CDU: Und Handlungsfähigkeit!)

Menschen Orientierung anzubieten, berechenbare Orientierung, damit sie wissen, wohin sie sich bewegen, wenn sie einer politischen Meinung folgen.

Das Steigenlassen, Herr Kollege Kuhn, von x-beliebigen Luftballons – weil Sie neulich den Herrn Späth gelobt haben: ich habe das auch gelesen –, die anschließend zerplatzen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Irgendeiner muß ihn doch loben, wenn ihr es nicht tut!)

diese Freude, sage ich jetzt einmal, an der Kultur der Beliebbarkeit, am endlosen Diskurs,

(Abg. Fleischer CDU: Destruktiv zu sein!)

bei dem nichts herauskommt, das war wahrscheinlich etwas, was in der saturierten spätrepublikanischen, spätbundesrepublikanischen Gesellschaft noch erträglich war.

(Lachen bei den Republikanern)

– Ja, ja, Sie sind in diesen Zeiten geboren worden.

(Abg. Deuschle REP: „Spät“ mit th oder mit t?)

Ich glaube, wir bewegen uns jetzt in Zeiten, in denen wir uns solche Beliebigkeiten und solche Seifenblasenopern nicht mehr leisten können. Ich sage Ihnen, gerade weil Sie ja die Herren da drüben besichtigen können:

(Abg. Deuschle REP: Eine Dame haben wir auch!)

Entweder geht jetzt von den demokratischen Parteien positive Autorität aus, und zwar im Sinne von Glaubwürdigkeit und Orientierung, Entscheidungsfähigkeit und Souveränität auch zur Korrektur von Fehlentscheidungen, oder es wird der Wunsch nach autoritärem Verhalten wach. Es gibt nur noch die Alternative zwischen positiver Autorität der De-

mokraten und autoritärer Reaktion von Menschen, die verwirrt werden.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen: Je mehr es uns gelingt, auch parteitaktische und Prestige Gesichtspunkte zurückzustellen, je mehr es uns gelingt, etwas nicht nur deswegen schon für falsch zu halten, weil es die anderen sagen, je mehr es uns gelingt, auch Dinge und Positionen, die wir einmal besetzt zu haben geglaubt haben, wieder sehr souverän zur Disposition zu stellen, je mehr es uns gelingt, unsere Fehlbarkeit zuzugeben und trotzdem Entscheidungen zu treffen, demokratisch vorbereitet, aber dann auch zu sagen: „Wir können uns irren; wir werden sie gegebenenfalls auch wieder korrigieren“, und je mehr es uns gelingt, aus Beliebbarkeit und Geschwätzigkeit herauszukommen zu einem Prozeß des Dialogs, der die Bevölkerung ernst nimmt – das bloße Schlagzeilenbesetzen drückt ja im Grunde genommen Verachtung des Wahlsouveräns aus und Nicht-ernst-Nehmen; und die Leute spüren das –, je mehr uns diese Art von Kultur gelingt, desto sinnvoller mag dann auch eine solche Debatte gewesen sein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Dr. Hopmeier: Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Schlierer als Fraktionsvorsitzendem das Wort.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Verlauf dieser Debatte war insofern ganz interessant, als sich der Bogen der Argumentation von fast philosophischen Überlegungen über die Paradoxa des menschlichen Lebens bis hin zu aktuellen politischen Bezügen erstreckte. Die Feststellung, daß wir bei mehr Technik und mehr technischen Möglichkeiten immer weniger Zeit hätten, vermag ich allenfalls als Gemeinplatz zu qualifizieren, den festzuhalten es keiner Aktuellen Debatte bedarf. Insofern hat uns dies auch nicht weitergeführt. Einen wirklichen Erkenntnisgewinn hat die Debatte hier nicht gebracht. Vielleicht wäre die Frage anzusprechen gewesen, ob man die Dezision bei zunehmender Komplexität beschleunigen muß.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Jetzt machen Sie doch Ihren Herrn Deuschle nicht so nieder!)

Das ist in der Tat ein Zusammenhang, der uns nicht nur jetzt in dieser Aktuellen Debatte

(Abg. Kuhn GRÜNE: Kaum ist der Deuschle einmal gut, schon paßt es Ihnen nicht!)

– Herr Kollege Kuhn, hören Sie kurz zu, dann verstehen Sie es vielleicht –, sondern auch grundsätzlich in diesem Jahrhundert beschäftigt. Ich meine, daß wir bei diesem Begriffspaar, einerseits der Frage der immer komplexer werdenden Entscheidungszwänge und andererseits dem Zeitzwang, dem wir unterliegen, nur dann eine Lösung finden, wenn wir versuchen, uns mehr auf die essentiellen Fragestellungen zu konzentrieren. Ich glaube, daß wir uns als Parlament die Frage stellen sollten, wie wir es mit unserem Selbstbefassungsrecht halten.

(Dr. Schlierer)

Man kann ja durchaus feststellen, daß manches an der Papierflut, die ja auch bei uns den Eindruck immer geringer werdender Zeit hinterläßt, uns selbst beim Portepée fassen und überlegen lassen sollte, ob wir uns selbst mit so vielen Dingen befassen müssen und uns dadurch in der Folge selbst blockieren. Hier wäre ein Ansatz gewesen, auch einmal Selbstkritik zu üben. Das betrifft dann nicht nur die Politiker der Regierungsbank, sondern auch uns alle hier im Parlament.

Nun möchte ich eine Überlegung aufnehmen, die der Kollege Maurer hier vorgetragen hat und die ich sehr interessant fand: Da reden Sie von Geschwätzigkeit und von Berechenbarkeit, reden davon, daß sich die von Ihnen so apostrophierten demokratischen Parteien um entsprechend berechenbare Politik bemühen müßten. Ich frage mich: Gilt das auch für Ihre eigene Partei? Wo ist denn die Berechenbarkeit? Wo ist denn dann der Mangel an Geschwätzigkeit? Wenn ich mir die SPD bei den Beratungen zum Asylkompromiß vor Augen führe, sehe ich, daß gerade da die Berechenbarkeit fehlt. Ihre Partei ist doch das beste Beispiel für das, was Sie selbst anprangern.

(Beifall bei den Republikanern)

Sie müssen erst einmal bei sich selbst anfangen, bevor Sie solche Reden halten.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Das müssen ausgerechnet Sie sagen! – Zuruf des Abg. Weimer SPD)

– Ja, „ausgerechnet Sie“. Ich möchte auch diesen Punkt noch einmal aufgreifen. – Sie reden von Berechenbarkeit, von positiver Autorität. Dabei waren doch auch Sie es, die jahrelang einer antiautoritären Grundstimmung in unserer Gesellschaft das Wort geredet haben. Ausgerechnet Sie kommen jetzt mit solchen Vorstellungen.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Ach du meine Güte!)

Ich muß Ihnen sagen: Ich bewundere Ihre Wendigkeit. Ich sage Ihnen aber auch: Damit werden Sie nicht glaubwürdig.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Dr. Caroli SPD: Kräftig neben der Kappe!)

„Berechenbarkeit statt Beliebigkeit“ mag eine schöne Formel sein. Die muß man dann aber selber einlösen. Im übrigen ist es so, daß manches, was Sie hier unter Berechenbarkeit ansprechen, bedeutet, daß man dann tatsächlich in seiner politischen Erkenntnisgewinnung eine gewisse Linie halten muß. Auch die haben Sie nicht. Berechenbarkeit in der Vermittlung gegenüber dem Bürger bedeutet, daß man tatsächlich eine durchgehende Linie hat. Und dazu muß man dann schon gewisse konservative Grundpositionen einnehmen.

(Abg. Weimer SPD: Ausländer raus!)

– Das hat mit „Ausländer raus“ nichts zu tun. Wenn Ihnen, Herr Weimer, hierzu nicht mehr einfällt, ist dies ein Armutzeugnis. Das muß ich Ihnen an dieser Stelle sagen.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Nein, was man hier hätte ansprechen müssen – jetzt komme ich wieder zum Eingang meiner Ausführungen zurück –, ist sicherlich die Informationsflut, die verwirrend wirken mag. Wer aber den demokratischen Diskurs aufrechterhalten will, kann an einer Beschränkung der Informationen nicht interessiert sein.

Was ich hier von Ihnen, Herr Maurer, gehört habe, ist erklärungsbedürftig. Sie sprechen von der Informationsflut. Wie wollen Sie der Informationsflut Einhalt gebieten und dabei gleichzeitig der selbstgepriesene Demokrat bleiben? Ich kann Ihnen nur eines sagen: Das, was Sie hier geboten haben, war sehr enthüllend. Wir werden das bei nächster Gelegenheit noch einmal aufgreifen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Bütikofer GRÜNE: Im Unterschied zu Ihnen! Sie haben nichts zu enthüllen!)

Präsident Dr. Hopmeier: Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Oettinger als Fraktionsvorsitzendem das Wort.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte auf den Kernvorwurf der Fraktion GRÜNE zurückkommen, der lautet, diese Regierung habe das absolute Ziel, zu beschleunigen, und sie habe deswegen nicht mehr die Zeit, gute Entscheidungen zu treffen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Jetzt war es gut formuliert, Herr Oettinger!)

Damit behaupten Sie, es würden schlechte Entscheidungen getroffen, und Sie behaupten, es würden keine zeitgerechten Entscheidungen getroffen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das ergibt sich logisch!)

Ich nehme mir die drei großen Hauptaufgaben dieser Regierung vor und möchte Ihre Behauptung daran prüfen.

Erstens: solide Haushalte in Baden-Württemberg für 1993 bis 1996. Hier hat die Regierung zu Recht und mit Nachdruck in Bonn gedrängt und beschleunigt, um einen Solidarpakt zu erhalten und damit Rahmendaten zu bekommen, um in Baden-Württemberg zeitgerecht entscheiden zu können. Ich glaube, eine Beschleunigung durch den Ministerpräsidenten in Bonn war notwendig und die Haushaltsberatung in Baden-Württemberg war zeitgerecht. Der Nachtrag im Herbst dieses Jahres für die Haushaltsjahre 1994, 1995 und 1996 wird ebenso zeitnah, zeitgerecht und nicht voreilig zur Entscheidung in diesem Parlament anstehen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Sie entwickeln sich zum Meister der rhetorischen Hülse!)

Herr Kollege Kuhn, ich meine, Sie müssen zugestehen, daß es bei dem ersten großen Aufgabengebiet – Haushaltspolitik und Mitwirkung am Solidarpakt im Bund – keine unnötige Eile gab, sondern Beschleunigung, wo notwendig, und zeitgerechte Entscheidungen im entsprechenden Umfang im Landtag.

Zweitens: das Thema Standortpolitik. Hier ist allerdings Beschleunigung notwendig. Wenn Sie sich bei Investoren umhören und den Standort Baden-Württemberg oder

(Oettinger)

Deutschland hinterfragen, zum Beispiel die Frage stellen, warum amerikanische Investitionen längst nicht mehr in dem Umfang stattfinden wie noch vor Jahren, dann sagen kritische Betrachter: Dieser Standort ist träge, zu langsam und nicht mehr berechenbar geworden.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Sonst hieß es immer: zu teuer!)

Ein Investor aus Detroit braucht im Elsaß zwei Jahre und in Deutschland mindestens fünf Jahre, um in Arbeitsplätze, in Neubauten, in künftige Infrastruktur investieren zu können. Die Franzosen brauchen acht Jahre von der Linienfestlegung bis zur Inbetriebnahme der Schnellbahntrasse, wir brauchen mehr als 20 Jahre.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Das liegt aber an der Politik, doch nicht an der Planung!)

Es macht doch keinen Sinn, daß wir uns selbst aus dem Rennen der Weltkonkurrenz werfen, indem alle Welt weiß: In Deutschland zu investieren ist erst später und damit nicht zeitgerecht oder gar nicht möglich.

Ein zweites Beispiel: der Engelbergtunnel vor den Toren Stuttgarts. Die Linienführung wurde vor etwa 15 Jahren festgelegt. Ich gestehe ja offen zu, daß von den Befürwortern der Winterraintrasse manche bedenkenswerten Vorschläge gebracht werden. Aber kann es sinnvoll sein, daß wir ein Verfahren 15, 20 Jahre führen müssen, nicht verändern können oder wieder bei null anfangen müssen? Wäre es nicht besser, auch im ökologischen Sinne, zu beschleunigen, um zeitnah neue Aspekte einer ökologisch vertretbaren Technik in die Tat umzusetzen?

(Widerspruch des Abg. Kuhn GRÜNE)

– Lieber Herr Kollege Kuhn, Sie beharren auf alten Abläufen und können damit neues Denken, auch ökologisches Denken, weit weniger in die Tat umsetzen, als es eigentlich in Ihrem Sinne wäre.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Überhaupt nicht! – Zuruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

Als dritten großen Aufgabenblock dieser Regierung haben Sie, verehrter Herr Kollege Kuhn, die Verwaltungsreform angesprochen. Sie sagen konkret: Wer ein Planungsgebot einführen möchte, handelt im Grunde genommen nicht mehr zeitgemäß.

Sie wohnen wie ich im mittleren Neckarraum, und ich meine, diese Kernregion Baden-Württembergs leidet darunter, daß notwendige Infrastruktur dort nicht geschaffen worden ist und auch kaum mehr durchgesetzt werden kann, weil Sankt Florian eines einzelnen Betroffenen eine von allen als notwendig erkannte Maßnahme verhindert.

Ob es um ein Dienstleistungszentrum geht, ob es um ein Güterverkehrszentrum geht, ob es um Erweiterung oder Neubau der Messe geht, ob es um Verkehrsentscheidungen geht – insgesamt können wir festhalten: 2,5 Millionen Einwohner halten es für richtig, aber die betroffene Gemeinde verhindert es.

Ich glaube, daß deswegen auch hier Ihr Vorhalt nicht trifft. Diese Regierung wird zeitgerecht und das Parlament kann zeitgerecht für alle Regionen und für die Kernregion Stuttgart im besonderen eine Weiterentwicklung des Planungs- und Entscheidungsrechts sowie der entsprechenden Organe schaffen, damit zeitgemäß handeln und die kommunale Selbstverwaltung stärken.

Drei konkrete Punkte von Ihnen sind abschließend zu nennen.

Sie werfen der CDU-Fraktion vor, wir würden das Abitur nach zwölf Jahren nur unter dem Finanzdiktat befürworten.

(Abg. Kuhn GRÜNE: So ist es! – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Dies ist eine böse Verkürzung der Diskussion der letzten Jahre. Lieber Herr Kollege Kuhn, Sie werden mit mir wissen, daß der Bundesparteitag der CDU in Hamburg schon vor zehn Jahren nach eintägiger gründlicher Beratung im Abwägungsprozeß für das Abitur nach zwölf Jahren votiert hat. Sie werden mit mir wissen, daß die CDU-Fraktion schon unter Erwin Teufel Ende der achtziger Jahre aus pädagogischen, arbeitsmarktpolitischen und jugendgerechten Gründen mit allem Nachdruck zwölf Jahre bis zum Abitur befürwortet hatte. Sie werden mit mir wissen, daß die CDU in ihrer Mehrheit dies seit zehn Jahren verfolgt. Sie hat es bisher nur noch nicht durchgesetzt.

Ich gebe offen zu: Der Grund dafür ist geblieben. Der Grund ist pädagogisch und arbeitsmarktpolitisch verankert, er hängt am offenen Europa, am offenen Arbeitsmarkt Europa. Daß ein Anlaß die Durchsetzung erleichtern mag, macht die Gründe nicht weniger gewichtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der Anlaß mag die Finanzpolitik sein. Wir suchen Mehrheiten. Wir haben pädagogische Gründe. Wenn sich die Mehrheiten aus finanzpolitischen Gründen ergeben, ist mir das egal. Ich fühle mich pädagogisch auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen wird die CDU-Fraktion auch weiter davon überzeugt sein, daß zwölf Jahre bis zum Abitur richtig sind. Ob wir eine Mehrheit finden, steht dahin. Wenn sich die Mehrheit auch aus finanziellen Gründen ergibt, ist mir das im Grunde gerade recht.

Zum Thema Studienzeitdauer: Verehrter Herr Kollege Kuhn, ich sage Ihnen offen: Natürlich besteht Wohnungsnot in Tübingen, Heidelberg und Freiburg. Natürlich wäre für jeden Studierenden ein Mehr an sozialer Leistung wünschenswert. Aber erkennen Sie doch auch die Grenzen und das Machbare. Ich möchte behaupten, daß sich der deutsche Studierende an Fachhochschulen, Berufsakademien und Universitäten im europäischen Vergleich sehen lassen kann. Die sozialen Leistungen für unsere Studierenden stehen an der Spitze. Bei uns ist im Grunde auch die soziale Gerechtigkeit realisiert, daß auch einkommensschwache Eltern ihre Kinder in die Hochschule schicken können. Mehr wäre wünschenswert. Im Vergleich zu Frankreich und

(Oettinger)

England stehen wir hier ganz vorn. Deswegen haben wir diesen Vorwurf von Ihnen nicht gelten zu lassen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abg. Kuhn
GRÜNE)

Ergänzend, Herr Kollege Kuhn: Der Schnellschuß, nämlich daß man nach sieben oder acht Semestern das Examen in Jura machen kann, hat sich bewährt. Die Ergebnisse beweisen doch wohl, daß Verkürzung von Studienzeiten keine Verschlechterung von Studieninhalten bedeuten muß. Eine Regelstudienzeit von acht Semestern, eine durchschnittliche Studiendauer von faktisch zwölf Semestern, die gleiche Erfolgsquote nach sieben und acht Semestern, aber mehr Motivation und zwei gewonnene Jahre für junge Menschen sind doch ein schlagender Beweis dafür, daß die Verkürzung von Studienzeiten möglich und finanziell geboten ist und pädagogisch nicht von Nachteil sein muß.

(Beifall bei der CDU)

Lieber Herr Kollege Kuhn, vielleicht habe ich etwas flapsig und halbernst begonnen. Aber Ihre pauschale Behauptung, diese Regierung wolle nur beschleunigen, das Denken käme zu kurz, und der indirekte Halbsatz, Demokratie benötige mehr Zeit, als diese Regierung ihr gebe, sprich: diese Regierung werde der Demokratie nicht genügend gerecht, waren schlichtweg fahrlässig und falsch.

Ich bin davon überzeugt, daß die große Mehrzahl der Entscheidungen in der Landespolitik auf dem besten Wege ist, zeitgerecht zu werden, und daß die Mehrzahl der Entscheidungen auch richtig ist. Zumindest meine Fraktion ist davon überzeugt.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Hopmeier: Mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Dann ist diese Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Beschlußempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 29. März 1993 - Zustimmung des Landes Baden-Württemberg zu dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-Abkommen) - Drucksachen 11/1651, 11/1698

Berichtersteller: Abg. Dr. Reinhart

Wem darf ich das Wort erteilen? - Herrn Abg. Fleischer.

Die Redezeit beträgt 10 Minuten je Fraktion.

Abg. Fleischer CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gegenstand der heutigen Debatte ist die Zustimmung zum EWR-Vertrag. Wir haben in diesem Vertrag vier Kernbereiche. Das sind zum einen die Grundfreiheiten des Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs, zum anderen aber auch, obwohl durch die Assoziierungsvereinbarungen derzeit schon weitgehend gewährleistet, der freie Handel, die Freizügigkeit als vierter Punkt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die jetzige Fassung des EWR-Vertrags beläßt die Schweiz drin. Das ist

ganz bewußt gemacht worden, um ein Zeichen dafür zu setzen, daß die Schweiz, wenn sie es sich anders überlegt, jederzeit in dieses Vertragsgebilde eintreten kann. Dieses Signal halten wir für wichtig, gerade auch aus der Sicht von Baden-Württemberg. Es ist deshalb geplant, durch ein Zusatzprotokoll den derzeitigen Nichtbeitritt der Schweiz zu diesem EWR-Vertrag zu formulieren.

Dieses positive Signal an die Schweiz möge aber von ihr bitte nicht dahin gehend verstanden werden, daß die derzeit in manchen Bereichen vorhandene Rosinenpolitik in der Zukunft fortgesetzt werden kann. Ich werde nachher darauf noch zurückkommen.

Nach dem Ausstieg der Schweiz durch die Abstimmung am 6. Dezember letzten Jahres kam es zu einer gewissen Verzögerung, da vor allem Spanien und Portugal eine Auffüllung der von der Schweiz erwarteten Nettozahlungen in den sogenannten Kohäsionsfonds - 400 Millionen Schweizer Franken, 28 % Beteiligung durch die Schweiz - von den übriggebliebenen EWR-Mitgliedern forderten. Nun konnte im März, im vergangenen Monat, das Zusatzprotokoll, das die Ausklammerung der Schweiz in finanziellen Fragen regelt, unterzeichnet werden.

Gerade für Baden-Württemberg sind die parallel zum EWR-Vertrag vereinbarten Transitabkommen mit der Schweiz und Österreich, die inzwischen in Kraft getreten sind, von Bedeutung. Es muß aber kritisch vermerkt werden, daß die Schwäche des Transitabkommens mit Österreich im wesentlichen darin zu sehen ist, daß keine konkrete Verpflichtung zur Schaffung zusätzlicher Bahnkapazitäten enthalten ist und damit nach wie vor die Gefahr im Raum steht, daß sich der Sperrungs- und Verdrängungswettbewerb auf der Straße von Österreich über die Schweiz in den nächsten Jahren bei entsprechender Verkehrskonstellation fortsetzen wird. Bezüglich der Schweiz bleibt es bei der 28-Tonnen-Beschränkung für Lkws. Auch das ist aus unserer Sicht nicht zu begrüßen, sondern zu kritisieren.

Wenn man diese Beschränkung gemeinsam abgestimmt und angegangen und innerhalb der EG zu einer gemeinsamen Regelung gefunden hätte, wäre dies möglicherweise ein richtiger Schritt in die richtige Richtung gewesen. Der Alleinmarsch bedeutet für unsere ohnehin schon bitterst gebeutelte Speditionswirtschaft einen weiteren großen Nachteil.

Wir, die CDU-Fraktion, sind insgesamt nachhaltig dafür, daß dieses Hohe Haus die Zustimmung zu diesem EWR-Vertrag gibt. Wir müssen uns nämlich nur die Zahlen anschauen, um zu sehen, wo wir stehen. Die EWR-Länder, die Mitglieder der EFTA und der EG, sind mit 380 Millionen Einwohner die größte Wirtschaftsregion auf diesem Globus. Sie machen 45 % des Welthandels aus. Anders ausgedrückt: Die Ausfuhr Baden-Württembergs nach der Schweiz machten 1991 8,7 %, die nach Österreich 6,4 % der gesamten Ausfuhr aus. Die übrigen EFTA-Länder nahmen 4 % der baden-württembergischen Warenausfuhr auf.

Mit dem Inkrafttreten des EWR-Vertrags wird sich der Binnenexport in den Gemeinsamen Markt, in den europäischen Wirtschaftsraum von bislang knapp 50 % um gut 10 % auf

(Fleischer)

fast 60 % erhöhen. Wäre die Schweiz dabei, würde sogar die Zweidrittelmarke übersprungen.

Anders ausgedrückt: 27 % der EG-Ausfuhren gehen in EFTA-Länder. Dies müssen wir uns immer wieder vor Augen halten, weil dies mehr ist als in die USA und nach Japan zusammen.

So richtig es ist – das möchte ich ausdrücklich quittieren –, daß der Wirtschaftsminister die Außenwirtschaftspolitik von Späth und von Schaufler, auch mit Reisen mit entsprechenden Vertretern der Wirtschaft, fortsetzt, weil dies für die Zukunft wichtig ist, so müssen wir doch erkennen, daß die Musik derzeit ganz klar bei uns im EWR spielt und deshalb für uns das, was in Europa und im EWR auf uns zukommt, sowie die Absicherung und die Weiterentwicklung wirtschaftspolitisch wichtiger sind als das, was wir in Südostasien, in Mexiko, in Japan oder sonstwo machen. Aber ich möchte noch einmal ausdrücklich betonen, daß das keine Kritik an dem sein soll, wie derzeit die Außenwirtschaftspolitik unseres Landes nahtlos fortgesetzt wird, sondern das Gegenteil ist der Fall.

Die Verhandlungen über die EG-Beitrittsgesuche der dem EWR beigetretenen bisherigen EFTA-Staaten sind im Gange. Dies gilt seit März dieses Jahres auch für Norwegen. Durch den EWR-Vertrag sind schon viele wesentliche Fragen vorab geklärt. Als Zieldatum für den Beitritt hat man sich in Brüssel gegenwärtig 1995 vorgenommen. Ob das Datum gehalten werden kann, wird sich erst im Laufe der Verhandlungen zeigen.

Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, daß bei der Diskussion um ein weiteres Zusammenwachsen Westeuropas die mittel- und osteuropäischen Staaten, auch wenn ein EG-Beitritt in absehbarer Zeit wohl unrealistisch ist, nicht vergessen werden dürfen. Ich kann die derzeitigen Kritiken und Sorgen von bestimmten Vertretern der Industrie nicht verstehen, die Klage über eine wachsende Flut billiger Konkurrenzprodukte aus Osteuropa führen. Von Überkapazitätsausnahmen, wie zum Beispiel beim Stahl, abgesehen, wäre ein zusätzlicher Schutz gegen Lieferungen aus Osteuropa geradezu kontraproduktiv.

Ich möchte in diesem Zusammenhang gerade auf Polen und die Tschechei hinweisend sagen, daß dort Maschinenbau, Autoherstellung, Elektrotechnik und selbstverständlich auch die Textilindustrie die wichtigsten Branchen sind, aus denen uns zugeliefert wird. Wir sollten diejenigen sein, die dazu ja sagen. Dort wird nichts anderes als das gemacht, was vor 10 oder 15 Jahren in Portugal oder anderswo getätigt worden ist. Wir sollten deshalb die Polen und die Tschechen als Zulieferer, aber auch auf dem Gebiet der Lohnveredelung willkommen heißen, zumal uns das wirtschaftspolitisch nur nützen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Zusammenhang noch ein Wort zu Europa. Es ist selbstverständlich richtig, daß einige Klagen gegenüber der Brüsseler Politik mehr als berechtigt sind. Ich denke nur an die „Bananenentscheidung“, die weit über ihren wirtschaftspolitischen Charakter hinaus – wir haben es, Herr Minister, beim mexikanischen Außenminister erlebt – eine Negativwirkung von Dauer gezeigt hat.

Es gibt aber auch eine ganze Reihe anderer Entscheidungen im wirtschaftspolitischen Bereich, die für uns nicht nachvollziehbar sind. Aber daraus eine allgemeine wirtschaftspolitische europäische Unzufriedenheit herzuleiten ist vor allem aus unserer Sicht unberechtigt, denn wir sind diejenigen, die im letzten Jahrzehnt am meisten davon profitiert haben. Ich habe das Gefühl, daß die Vorteile, die wir seit Jahren und Jahrzehnten aus der Europäischen Gemeinschaft ziehen, für die Bevölkerung schon so selbstverständlich geworden sind, daß man diese gar nicht mehr verinnerlicht, sondern abhakt und sich nur mehr auf die einzelnen Negativpunkte konzentriert.

Für Baden-Württemberg, das geographisch im Herzen Europas und im Schnittpunkt der wichtigsten Wirtschaftszentren von Europa liegt, ist es deshalb gerade in einer Zeit des konjunkturellen Abschwungs und struktureller Umbruchprobleme von ganz besonderem Interesse, daß durch die Erweiterung der Gemeinschaft auch der europäische Gedanke wieder an Dynamik gewinnt. Deswegen sagen wir gerne unsere Zustimmung zu diesem EWR-Abkommen zu.

Was bedeutet das Nein der Schweiz zum EWR für Baden-Württemberg? Ganz kurz drei Punkte.

Erstens: Es ist möglich, aber bisher noch nicht erkennbar, daß sich die Schweiz mit Investitionen wieder mehr nach Baden-Württemberg wendet. Wir hatten in den achtziger Jahren jedes Jahr 500 Millionen DM mehr an Investitionen. Das hat sich in den Jahren 1990 und 1991 ins Gegenteil verkehrt. Gleichzeitig ist die Schweiz der größte Fremdinvestor in den fünf neuen Bundesländern geworden, einfach deshalb, weil in der Schweiz die Auffassung vertreten wurde, sie komme ohnehin zum EWR, deshalb brauche sie kein zweites Standbein hier. Das Nein hat möglicherweise zur Folge, daß wieder mehr Investitionen getätigt werden. Hierauf müssen wir uns auch bei der Geländezurverfügungstellung vorbereiten.

Das zweite ist, daß wir die Rosinenpolitik der Schweiz jetzt aktiv angehen müssen.

Herr Minister, Sie haben zu Recht im Herbst letzten Jahres auf verschiedene Anfragen immer wieder gesagt, es wäre kontraproduktiv, wenn wir jetzt die Schweiz, zum Beispiel wegen der „Achttageregelung“ im Bausektor oder wegen anderer diskriminierender Maßnahmen, schelten würden, weil wir damit das Ergebnis in der Schweiz negativ beeinflussen könnten. Jetzt ist negativ entschieden, und jetzt besteht für die Landesregierung Handlungsbedarf, wobei ich ausdrücklich zum Handeln auffordern möchte.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Die Industrie- und Handelskammer Hochrhein-Bodensee und die Handwerkskammer sind derzeit dabei, die entsprechenden Sachermittlungen durchzuführen.

Neben dem, daß dies am Hochrhein nunmehr ganz tatkräftig in die Hand genommen werden muß, kommt als zweiter Punkt für den südlichen Oberrhein hinzu, daß wir das Angebot von Basel, einen gemeinsamen Wirtschaftsraum am Oberrhein zu schaffen – man höre und staune; früher waren sie die größten Bremser –, positiv aufgreifen und unsere Bemühungen, zusammen mit dem Elsaß zu einer neuen

(Fleischer)

Qualität regionaler Zusammenarbeit zu kommen, an Einzelbeispielen pragmatisch angegangen, schleunigst fortsetzen sollten. Wir erwarten von der Landesregierung, daß dies bei der institutionellen Neuregelung, bei der die Vorarbeiten von der Regierung schon in der vergangenen Legislaturperiode abschließend bewältigt worden sind, nunmehr zügig geschieht.

Hier gäbe es noch viel mehr zu sagen; vielleicht kann man das in einem anderen Zusammenhang diskutieren. Ich wollte bloß aufzeigen, welche drei Handlungsbedürfnisse sich aus dem Nein der Schweiz zum EWR für uns aktuell ergeben, und ich wäre dankbar, wenn hier die Landesregierung zusammen mit dem Parlament das Entsprechende veranlassen würde.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wettstein.

Abg. Wettstein SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Koalition besteht Übereinstimmung über die Annahme des EWR-Abkommens. Insofern kann ich vieles von dem, was Herr Fleischer gesagt hat, nur unterstreichen und kann mir auch einiges hier auszuführen ersparen.

Das EWR-Abkommen, das die EG und die EFTA-Staaten zusammenführt, sollte eigentlich nach dem ursprünglichen Fahrplan schon am 1. Januar 1993 unter Dach und Fach sein. Dies hat nicht ganz geklappt. Aber die Finanzminister, die letzte Woche in Luxemburg tagten, haben dementsprechend erstmals zusammen mit den EFTA-Finanzministern getagt. Dabei haben die EFTA-Staaten eigene Anknüpfungspläne für die Konjunktur vorgelegt, und es herrschte auch allgemein in dieser Finanzministerrunde die Überzeugung, daß der Europäische Wirtschaftsraum zur Belebung der Konjunktur beiträgt. Mit diesem Europäischen Wirtschaftsraum bietet sich Investoren der größte Wirtschaftsraum der Welt.

Das EWR-Abkommen bietet eine Reihe von Erleichterungen der Wirtschaftsbeziehungen. Ich nenne hier nur einmal zum Beispiel den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr sowie den freien Kapitalverkehr. Davon profitiert insbesondere das exportorientierte und exportabhängige Baden-Württemberg.

Ich bedaure in diesem Zusammenhang die Ablehnung des EWR-Abkommens durch die Schweiz. Da gab es – wie sie es bei uns ja auch gibt – einige Schlauberger, die der Bevölkerung weisgemacht haben, mit der Ablehnung sei es möglich, die Vorteile des EWR-Abkommens durch bilaterale Vereinbarungen wahrzunehmen und sich aus dem Finanzierungsteil des EWR-Abkommens vornehm auszuklinken.

Ich war bei der Oberrheinkonferenz, die im November in Karlsruhe stattfand. Schon damals hatten Vertreter der Schweizer Wirtschaft vor einem negativen Ausgang dieser Volksabstimmung gewarnt und vorausgesagt, daß ein solcher Ausgang der Abstimmung große Nachteile für die Schweizer Wirtschaft mit sich bringen würde. Inzwischen ist in der Schweiz Katzenjammer eingetreten.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU)

– Meinungsumfragen zufolge stimmen mittlerweile 60 % der Bevölkerung dem EWR-Abkommen zu.

(Abg. Rapp REP: Euch interessiert doch sonst Volkes Meinung auch nicht!)

Aber es ist nun äußerst schwierig, die falsche Entscheidung rückgängig zu machen. Deswegen gibt es in Kreisen der Schweizer Regierung Überlegungen, das lange Verfahren der Korrektur der Volksabstimmung bezüglich EWR dadurch zu umgehen, daß man gleich den Beitritt in die EG ansteuert. Ich kann nur hoffen, daß das gelingt. Dies läge auch im Interesse Baden-Württembergs.

Die meisten EFTA-Staaten haben übrigens schon ihre Absicht, der EG beizutreten, erklärt und haben schon entsprechende Anträge gestellt. Insofern ist der Europäische Wirtschaftsraum nur als Vorstufe zur EG-Erweiterung und als Vorstufe zu einem vereinten Europa zu sehen.

Die SPD-Fraktion wird diesem Abkommen zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schlierer.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Zustimmung des Landes Baden-Württemberg zu dem EWR-Abkommen scheint zunächst einmal mehr oder minder ein Akt des Nachvollzugs gegenüber einem Vertragswerk zu sein, das in seinen Dimensionen weit über das hinausgeht, was wir sonst hier in unserem Parlament behandeln. Die Zusammenführung eines Gemeinsamen Markts mit insgesamt über 380 Millionen Menschen aus den Staaten der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Freihandelszone erscheint somit als ein übergeordneter Aspekt.

Aber wie wir schon zur Kenntnis nehmen mußten, wurde – darauf haben meine Vorredner schon hingewiesen – dieses Abkommen nicht von allen Staaten der Freihandelszone akzeptiert. Die Bevölkerung der Schweiz hat sich am 6. Dezember 1992 dagegen ausgesprochen. Ich weiß nicht, ob es gut ist, Herr Kollege Wettstein, wenn man meint, diese Entscheidung der Schweizer im nachhinein dadurch abqualifizieren zu müssen, daß man jenen, die sich so entschieden haben, unterstellt, sie seien irgendwelchen Parolen aufgesessen. Es ist auch nicht richtig, daß in der Schweiz inzwischen Katzenjammer eingetreten sei.

(Abg. Fleischer CDU und Abg. Wettstein SPD: Doch!)

Meine Damen und Herren, heute geht es nur um die Zustimmung unseres Bundeslandes. Wir haben im Ständigen Ausschuß bereits darüber gesprochen. Dort wurde unter anderem gesagt, daß es letzten Endes für uns nur noch die Möglichkeit eines Ja oder Nein gebe. Selbst wenn man davon ausgeht, enthebt uns dies nicht der sorgfältigen Prüfung dieses Abkommens.

Dabei zeigt sich, daß es zunächst einmal um einen Vertrag geht, der das Land zu gewissen legislativen Maßnahmen

(Dr. Schlierer)

zwingen wird, deren Auswirkungen uns weder bekannt noch für uns abschätzbar sind. Änderungen des Ingenieurgesetzes, des Architektengesetzes oder der LBO mögen zwar nicht als sehr schwerwiegend angesehen werden und daher auch billigend in Kauf genommen werden. Aber im Prinzip vollziehen wir hier ein Präjudiz ohne genaue Kenntnis der Auswirkungen. Dies, meine Damen und Herren, gilt natürlich auch im Hinblick auf die Vielzahl der Anlagen in der Bundestagsdrucksache 12/3202. Das sind 415 Seiten, engzeilig gedruckt, mit einer Vielzahl von Vorschriften, auf die Bezug genommen wird. Ich glaube, daß wir hier ein eindrucksvolles Dokument des Brüsseler Bürokratismus vor Augen haben und diese nicht durchzählbare Auflistung von Verordnungen und Richtlinien, die hier vorliegen, kaum überschauen oder ermessen können. Ich halte es für äußerst fragwürdig, wenn man im Rahmen seines Zustimmungsakts pauschal solche Verordnungen und Richtlinien befürwortet oder absetzt, ohne sie zu kennen.

(Beifall bei den Republikanern)

Zudem, meine Damen und Herren, gibt es eine Reihe von Unklarheiten. Ich will drei Punkte herausgreifen.

Wir haben in den letzten Tagen einiges über die Probleme beim Fleischimport gehört, insbesondere im Blick auf Tiere, die an BSE verendet sind. Wenn ich in den Anhang 1, also die Liste nach Artikel 17, hineinsehe, die die Bestimmungen über Grenzkontrollen im Veterinärwesen regelt, dann sehe ich, daß hier sogar Bestimmungen außer Kraft gesetzt werden bzw. die endgültigen Regelungen vorläufig hinausgeschoben sind. Hier wird nicht Rechtssicherheit, sondern Rechtsunsicherheit geschaffen.

Ich nehme einen weiteren Punkt: Protokoll 38 über den Finanzierungsmechanismus. Ich frage mich: Welche Auswirkungen haben diese Regelungen für uns, insbesondere im Blick darauf, daß nicht alle EFTA-Staaten beitreten?

Ich nehme zum Schluß noch einen Punkt, den Anhang 5: Freizügigkeit der Arbeitnehmer. Er betrifft das Verzeichnis nach Artikel 28 Abs. 5 des EWR-Abkommens. Auch hier die Frage: Welche Auswirkungen haben eigentlich die Bestimmungen im Anhang?

Meine Damen und Herren, dies sind eine ganze Reihe von Unklarheiten, die wir jetzt, wenn wir einfach zustimmen würden, so im Raume stehenlassen müßten.

Erlauben Sie mir noch eine Einflechtung, Herr Kollege Fleischer: Das von Ihnen angesprochene bilaterale Abkommen zwischen der Schweiz und der EWG über den Güterverkehr war nach Aussage der Schweiz – und dies steht im Anhang des EWR-Abkommens – von vornherein ein bilaterales Abkommen, das in keiner Weise im Zusammenhang mit dem EWR-Abkommen steht. Die Schweiz hat dies offiziell so bekräftigt. Es ist somit also nicht Gegenstand der Überlegungen, die wir hier im Zusammenhang mit dem EWR-Abkommen anzustellen haben.

(Abg. Fleischer CDU: Das waren genau die gleichen Verhandlungskommissionen! Das ist also ein Paket!)

– Die Schweiz hat im Anhang ausdrücklich eine Erklärung abgegeben, in der sie dies zum Ausdruck gebracht hat.

Schlußfolgerung, meine Damen und Herren: Wir sind hier mit einem Gesetz konfrontiert, dessen Inhalt und Auswirkungen wir nicht genau kennen. Eine Zustimmung unter dem Aspekt, wir könnten ohnehin nichts mehr ändern, erscheint mir nicht zulässig. Zustimmung hieße zwar auch Akzeptanz der Erweiterung des Europäischen Markts, und einer solchen Erweiterung stimmen auch wir zu, zumal wir uns mit den konservativen britischen Abgeordneten in der Einschätzung einig wissen, daß im europäischen Einigungsprozeß grundsätzlich der Erweiterung Vorrang vor der Vertiefung einzuräumen ist.

(Beifall bei den Republikanern)

Aber, meine Damen und Herren, Zustimmung zum EWR-Abkommen hieße auch, diesen unüberschaubaren Wust Brüsseler Vorschriften affirmativ zu bestätigen. Genau das wollen wir nicht.

Wir wollen auch nicht Fehlentwicklungen bestätigen. Jetzt komme ich einmal auf das zurück, was wir im letzten Tagesordnungspunkt gehört haben. Wenn Herr Kollege Maurer davon spricht, man müsse in der Politik die Souveränität behalten, Fehlentwicklungen korrigieren zu können, dann wollen wir diese Souveränität behalten. Wir nehmen sie daher in Anspruch. Deswegen wollen wir auch nicht die Fehlentwicklungen in der EG mit der Zustimmung zu diesem EWR-Abkommen bestätigen.

Meine Damen und Herren, deswegen lehnt meine Fraktion dieses Abkommen ab.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bütikofer.

Abg. Bütikofer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Fraktion GRÜNE tritt, wie Sie wissen,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

ganz entschieden für die europäische Einigung, für das Vordringen dieses zentralen Prozesses ein, mit dem der Nationalismus, der diesen Kontinent in unserem Jahrhundert zweimal in unglaubliche Katastrophen gestürzt hat, überwunden werden soll. Wir treten aber nicht dafür ein, daß die Notwendigkeit der europäischen Einheit mit Einheitlichkeit verwechselt wird, daß Vereinigung mit Vereinheitlichung verwechselt wird.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr richtig!)

Weil wir dafür nicht eintreten, meine Damen und Herren, können wir diesem Vertrag, der im übrigen selbstverständlich – das ist vorgetragen worden – unsere Zustimmung nicht braucht, auch die Zustimmung des Hauses nicht mehr braucht, weil im Bundesrat bereits ausreichende Mehrheiten vorhanden sind, nicht beitreten.

Für sich allein, Herr Fleischer, scheint mir dieser EWR-Vertrag weniger bedeutend. Auch wenn ich von der Frage

(Bütikofer)

ausgehe, wie weit die Gesetzgebungskompetenz des Landes betroffen ist, sehe ich wenig Grund zu großer Erregung.

Der Vertrag behandelt sozusagen das Eintreten einiger europäischer Länder in den Vorhof des Tempels, aber jeder weiß, die meisten wollen eigentlich in das Allerheiligste. Deswegen geht es darum, auf welche Schiene dieser Erweiterungsprozeß, der sich dann in den Beitrittsverhandlungen konkretisieren muß, mit diesem Vertrag gesetzt wird, und da sage ich: Er wird auf die falsche Schiene gesetzt. Wenn die Beitrittsverhandlungen den Grundsätzen folgen sollten, die hier den EWR-Vertrag prägen, dann – das behaupte ich jetzt schon – würde Europa durch diese Beitritte nicht vorwärtskommen, sondern dann würde im Effekt die europäische Vereinigung unterhöhlt und unmöglich gemacht werden.

(Abg. Wettstein SPD: Na, na!)

Ich will es begründen. Zum einen geht dieser EWR-Vertrag nach dem einfältigen Prinzip vor: Besseres wird dadurch erreicht, daß man mehr vom Gleichen aufhäuft, mehr von diesem schon längst ausgesungenen Loblied des wirtschaftspolitischen Neoliberalismus. Wir brauchen doch in der EG endlich Möglichkeiten der Binnenregionalisierung, etwa im landwirtschaftlichen und auch generell im wirtschaftlichen Bereich, auch in der Umweltpolitik.

Können Sie sich denn vorstellen, wenn Österreich einmal beigetreten sein sollte, daß sich die österreichischen Bergbauern der gemeinsamen Agrarpolitik so, wie sie nun einmal in der EG formuliert ist, unterwerfen sollten, ohne daß das die größten Verwerfungen hervorriefe?

(Abg. Fleischer CDU: Aber Sie wissen doch, daß die Agrarpolitik bisher ausgenommen ist! Wissen Sie das?)

Können Sie sich vorstellen, Herr Fleischer, daß die Schweden wesentliche Umweltstandards, die sie eingerichtet haben, zugunsten eines in vielen Punkten schlechteren EG-Rechts schleifen, ohne daß dies wesentliche Verwerfungen hervorriefe?

Es ist ganz klar: Wir müssen das, was sich im bestehenden EG-Binnenmarkt als Schwachstelle herausgestellt hat, reformieren, sonst verkraften weder wir noch die Beitretenden den Beitritt. Wir brauchen Handlungsspielräume in wirtschafts-, landwirtschafts- und umweltpolitischer Hinsicht für die Regionen. Wir brauchen eine Politik, die uns nicht zwingt, uns zwischen der umweltpolitischen Nivellierung – wenn ich darauf noch einmal insistieren darf – und dem umweltpolitischen Stillstand zu entscheiden. Wir brauchen eine Politik der Mindeststandards für alle, die aber durch nationale oder regionale Regelungen im Rahmen des Binnenmarkts überschritten werden kann. Das haben wir nicht. In dieser Hinsicht bringt auch der EWR-Vertrag keinerlei Verbesserung.

(Abg. Fleischer CDU: Das haben wir bereits in der EG! Das stimmt schlicht nicht, was Sie sagen!)

Herr Fleischer, ich prophezeie Ihnen: Auf dieser Schiene weiterzufahren und die Beitrittsverhandlungen zu organi-

sieren wird nur größere Katastrophen vorbereiten und kein Weg in die Zukunft sein.

Das zweite, was man an diesem EWR-Vertrag meines Erachtens auch scharf kritisieren muß, ist, daß das ansonsten doch so oft beschworene Demokratiedefizit noch einmal potenziert wird;

(Beifall bei den Republikanern und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

denn faktisch bringt doch diese Art der Organisation eines Zusammenwachsens nur die Unterwerfung unter schon vorgegebene Regelungen. Dabei werden maximal Übergangsfristen eingeräumt. Da finde ich Ihre Polemik gegen die sogenannte angebliche Rosinenpolitik der Schweiz etwas sehr kurzschlüssig. Es macht aus meiner Sicht durchaus Sinn, wenn in der Schweiz Politiker oder Politikerinnen oder die Bevölkerung sagen, den EWR-Vertrag wollten sie nicht, aber der EG wollten sie vielleicht beitreten; denn bei der EG hätten sie wenigstens noch den Vorteil, daß sie mitreden könnten, was beim EWR-Vertrag nicht gegeben ist.

Im übrigen ist das, was Sie im Fall der Schweiz als Rosinenpolitik verteufeln, de facto gerade der einzige Weg, auf dem wir im Rahmen eines zusammenwachsenden Europas vorwärtsgehen können, indem nämlich regionale Entscheidungsspielräume für die verschiedenen Teile dieses großen Wirtschaftsraums geschaffen und bewahrt werden.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Herr Abg. Bütikofer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Fleischer?

Abg. Bütikofer GRÜNE: Herr Fleischer, ich denke, das können wir auch privatim regeln.

(Heiterkeit)

Ich habe noch zwei wichtige Punkte vorzutragen, und meine Redezeit ist nur noch kurz. Normalerweise ließe ich Ihre Frage gerne zu.

(Abg. Fleischer CDU: Sie sagen halt zu viele falsche Sachen!)

Präsident Dr. Hopmeier: Eine Zwischenfrage wird nicht auf Ihre Redezeit angerechnet, Herr Abg. Bütikofer.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Sie wird nicht angerechnet, Herr Kollege! – Abg. Kuhn GRÜNE: Wird nicht angerechnet!)

Abg. Bütikofer GRÜNE: Also dann, gut. Dann, Herr Fleischer, bitte.

Abg. Fleischer CDU: Halten Sie es nach dem, was Sie gesagt haben, für richtig, daß bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in der Schweiz – das ist allerdings von Kanton zu Kanton unterschiedlich – Kartelle und Absprachen für zulässig erachtet werden, um deutsche Firmen auszuschließen? Ist dies nicht Rosinenpolitik?

Abg. Bütikofer GRÜNE: Herr Fleischer, ich halte das nicht für richtig, aber ich würde gerne mit einem Bibelwort antworten, das heißt: O du Heuchler, du siehst nur den

(Büttikofer)

Splitter im Auge des anderen und nicht den Balken in deinem eigenen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den Republikanern)

Halten Sie, Herr Fleischer, es denn für richtig

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

– Sie haben gefragt, jetzt antworte ich –, daß die EG im Verhältnis zu den mittel- und osteuropäischen Ländern mit fragwürdigen Ausflüchten einen einzelnen Vorfall zum Anlaß nimmt, Fleischexporte zu diskriminieren? Halten Sie das für richtig? Ich meine, wir müssen sehr vorsichtig sein, andere Leute an den Pranger zu stellen.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Damit bin ich bereits bei einem Dritten, das mir sehr wichtig ist, weswegen ich auch diesen EWR-Vertrag kritisiere: Ich bin der Meinung, daß im Rahmen einer Politik der europäischen Einigung unbedingt die mittel- und osteuropäischen Länder einbezogen werden müssen, aber nicht im Sinne einer allgemeinen Versprechung, sondern in dem Sinne, wie es etwa die Polen oder die Tschechen seit Jahr und Tag fordern: „Ihr müßt uns seitens der EG wenigstens einen festen Fahrplan einräumen. Ihr müßt uns wenigstens zusichern, daß binnen zwei, drei Jahren Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden, so daß wir eine sichere Perspektive haben.“ Das verfolgt im Moment die deutsche Politik nicht. Aber dies wird durch die Art und Weise, wie hier die Unterordnung unter bestehende EG-Regeln ohne Reform auf die Tagesordnung gesetzt wird, auch geradezu materiell unmöglich gemacht. Denn bei auch nur oberflächlichem Hinschauen, Herr Fleischer, werden Sie leicht erkennen: Diesen Weg der Integration, wie man ihn hier ökonomisch fortgeschrittenen Ländern wie Österreich und Schweden vorschlägt, können die mittel- und osteuropäischen Länder überhaupt nicht gehen.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Das heißt, wer den Weg verfolgt, der mit diesem EWR-Vertrag eingeschlagen wird, der sagt de facto, auch wenn er es nicht ausdrücklich sagt, daß man mit den mittel- und osteuropäischen Ländern eigentlich nichts am Hut hat,

(Abg. Fleischer CDU: Wieder falsch!)

daß man wirtschaftspolitisch das nachsimuliert, was früher einmal die Grenze des Eisernen Vorhangs gewesen ist.

(Abg. Fleischer CDU: Auch das ist falsch!)

Also: Wenn es eine vernünftige Politik der europäischen Einigung geben soll – Einigung, nicht Vereinheitlichung –, wenn es im Zusammenhang mit den Beitrittsverhandlungen eine Reform – denn Reform ist das entscheidende Stichwort, nicht Vertiefung oder Erweiterung; das ist ein abgestandener Streit; Reform steht auf der Tagesordnung der europäischen Institutionen und ihrer Politik – geben soll, dann müßte das bereits jetzt deutlich werden. Insofern der EWR-Vertrag als Symbol dafür steht, daß dieses nach wie vor nicht getan wird, lehnen wir ihn ab.

Ich sage ein Letztes: Wir werden meines Erachtens in diesem Landtag gut daran tun, intensiv zu beobachten, welche Rolle die Bundesrepublik im kommenden Jahr im Rahmen dieser Beitrittsverhandlungen spielt. Es wäre ganz wichtig, daß wir uns im laufenden Prozeß darum bemühen, Einfluß darauf zu nehmen, daß wenigstens, soweit es in unserer Kraft steht, diese von mir gerade formulierten Imperative einer europäischen Reformpolitik wirklich durch die deutsche Vertretung in den Beitrittsverhandlungen auf die Tagesordnung gesetzt und nicht mit Füßen getreten werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kiesswetter.

Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die FDP/DVP-Landtagsfraktion begrüßt das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum. Damit werden im Wege der Assoziierung die Möglichkeiten geschaffen, über den Wirtschaftsraum der EG hinaus die sogenannten EFTA-Staaten in einen homogenen europäischen Wirtschaftsraum einzubeziehen. Damit das Abkommen möglichst bald in Kraft treten kann, hat die Bundesregierung diesen Gesetzentwurf vorgelegt, der die erforderlichen Voraussetzungen dafür schafft, das EWR-Abkommen in nationales Recht umzusetzen. Dieser Gesetzentwurf bedarf nunmehr der Zustimmung aller Bundesländer, weil er Gegenstände regelt, für die ausschließlich die Bundesländer zuständig sind. Die Länder selbst werden nach Umsetzung des EWR-Abkommens in nationales Recht ihrerseits entsprechende Änderungen von Landesgesetzen vornehmen müssen. Der Landtag von Baden-Württemberg wird sich damit zu einem späteren Zeitpunkt noch öfter auseinandersetzen.

Mit den erforderlichen Gesetzesänderungen auf Landesebene dürften allerdings kaum Probleme verbunden sein. So wird es bei der Änderung des Kammergesetzes für Ärzte, Zahnärzte usw., bei der Änderung des Ingenieur- und Architektengesetzes sowie der Landesbauordnung nur darum gehen, die Niederlassungs- und Beschäftigungsfreiheit, die durch die EG vorgegeben ist, auf sämtliche Staaten, die das EWR-Abkommen unterzeichnet haben, auszuweiten. Betroffen davon sind im wesentlichen diejenigen freien Berufe, deren Rechtsstellung durch Landesgesetz geregelt wird.

Bezüglich der spezifischen Ausbildung der Allgemeinmediziner wird es darum gehen, die EG-Regelungen über die Ausbildung in der Allgemeinmedizin ebenfalls auf den gesamten EWR-Raum auszudehnen. Im ärztlichen Bereich trifft das EG-Recht besondere Regelungen über die ärztliche Zulassung und Ausbildung, weil dies aus Gründen einer gleichmäßigen ärztlichen Grundversorgung für notwendig erachtet wird. Im übrigen gilt der Grundsatz, daß eine Zulassung zu einem Beruf im Heimatstaat auch zur Zulassung in den anderen EG-Staaten und zukünftig im EWR-Bereich berechtigt.

Streitig ist im einzelnen noch, ob bei Berufen, bei denen keine Verwechslungen vorkommen sollten, zum Beispiel bei Ärzten, zusätzlich ausreichende Sprachkenntnisse gefordert werden können.

(Kiesswetter)

Die FDP/DVP-Landtagsfraktion wird angesichts der dargelegten Sachlage der vorliegenden Beschlußempfehlung zustimmen, damit das EWR-Abkommen möglichst bald durch die Bundesregierung ratifiziert wird und die erforderlichen weiteren Umsetzungsmaßnahmen in die Wege geleitet werden können.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Vetter.

Minister im Staatsministerium Dr. Vetter: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fronten sind heute in diesem Haus deutlich geworden. Es gibt eine breite Zustimmung der Koalitionsfraktionen und der FDP/DVP zu diesem Abkommen. Zu diesem Abkommen gibt es eine Ablehnungskalition der Grünen und der Republikaner.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Es muß auch etwas deutlich gemacht werden: Herr Schließer, es ist sicherlich richtig, daß nicht alle Konsequenzen dieses Abkommens überschaut werden können. Eine Konsequenz ist aber zu überschauen: Wenn die Länder der Bundesrepublik Deutschland diesem Abkommen nicht beitreten, ist dies ein Schlag gegen unsere Wirtschaft und ein schwerer Schlag gegen Europa. Dies würde bedeuten, daß in der jetzigen wirtschaftlichen Situation eine Abgrenzung unserer Republik gegenüber einem europäischen Raum entstehen würde, die uns schwer schädigen würde. Eines ist erkennbar: Die Ablehnung wäre ein Schaden für die Bundesrepublik Deutschland.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr richtig!)

Zu Herrn Bütikofer kann ich nur sagen: Interessant ist Ihre Feststellung, daß dieser langsame Schritt über den EWR, der ja ein Zwischenschritt hin zur europäischen Einigung und nicht der endgültige Schritt ist, in Ihren Augen der Beschleunigung bedürfe.

(Widerspruch des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Ich erinnere an das erste Thema des heutigen Tages und stelle fest –

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das biegen Sie sich gewaltsam zurecht, Herr Minister!)

– Herr Bütikofer, es ist schlechterdings unehrlich, jetzt den Staaten der EFTA zu sagen: Ihr müßt sofort der EG beitreten oder sofort unsere Standards übernehmen. Jeder politische Prozeß in diesem Bereich braucht seine Zeit.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

– In diesem Teil, Herr Bütikofer, kann ich nur dem, was Sie zuerst gesagt haben, zustimmen und nur sagen: Ich bitte Sie und appelliere an dieses Haus, diesen Schritt, die Zustimmung Baden-Württembergs zum EWR-Abkommen, zu vollziehen.

Meine Damen und Herren, dies ist einer der stillen Schritte der EG. Die Entwicklung in der EG und im europäischen

Raum wird zur Zeit davon geprägt, daß wir einerseits einen stillen und kontinuierlichen Verflechtungs- und Integrationsprozeß haben, andererseits aber einen Prozeß der Paralyse und der Lähmung, ausgelöst dadurch, daß Maastricht nicht von allen Ländern ratifiziert worden ist, wodurch die europäische Entwicklung verlangsamt wurde.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Von den Deutschen auch nicht!)

Den Schritt zum EWR-Abkommen halte ich für ein Zeichen des Optimismus und für einen konstruktiven Schritt zum weiteren Zusammenbau Europas.

Deutlich wird, daß die Ablehnung der Schweiz zu einem Hinderungsgrund wird, gerade in unserem südwestdeutschen Raum die europäische Einigung weiterzuführen. Die Schweiz zu kritisieren steht mir nicht zu. Aber ich kann feststellen, daß dieser Schritt „zurück hinter die sieben Berge“ ein falscher Schritt für die Schweizer Wirtschaft ist. Es kann keine Frage sein – und dies wird auch aus allen Äußerungen aus dem wirtschaftlichen Bereich der Schweiz deutlich –, daß dieser Schritt dort schon jetzt bedauert wird. Ich kann nur nachdrücklich das unterstreichen, was Kollege Fleischer gesagt hat: Dies wird ein schwerer Rückschlag für unseren südwestdeutschen Raum werden. Wir müssen mit Bedachtsamkeit und Augenmaß versuchen, die Konsequenzen aus der Ablehnung der Schweiz am Nikolaustag des letzten Jahres für Baden-Württemberg zu analysieren und unsere Position deutlich zu machen.

Mit dem Nein der Schweiz zum EWR müssen wir leider die Hoffnung auf ein automatisches Wegfallen der aufenthaltsrechtlichen und vergaberechtlichen Restriktionen für unsere Handwerker, Bauunternehmer und sonstigen Dienstleister begraben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr bedauerlich!)

Wenn diese Diskriminierungen über den EWR-Rechtsrahmen nicht wegfallen, ist es jetzt an der Zeit, durch ein systematisches und energisches Vorgehen eine Gleichbehandlung unserer Unternehmer in der Schweiz durchzusetzen.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr richtig!)

Wir werden deswegen ein protektionistisches Verhalten der Schweiz politisch nicht hinnehmen können.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut! – Zuruf von den Republikanern: Aha!)

Ich glaube, nicht nur der Wirtschaftsminister, sondern die gesamte Landesregierung ist sich darüber klar, daß wir nunmehr in bilateralen Verhandlungen versuchen müssen, unseren baden-württembergischen mittelständischen Unternehmern Freiheit, Liberalisierung und gleichartigen Wettbewerb auch im Verhältnis zu unserem Nachbarn Schweiz zu verschaffen. Herr Ministerpräsident Teufel hat dies in einem Gespräch mit dem Schweizer Wirtschaftsminister Delamuraz ebenfalls unmißverständlich klargestellt.

Unser Ziel muß sein und wird heute auch eindeutig formuliert: offene Grenzen für unsere Unternehmen hüben und drüben. Das Nein aus der Volksabstimmung zum EWR-Abkommen muß nunmehr bilateral überwunden werden. Die

(Minister Dr. Vetter)

Vorschriften zur Vergabe öffentlicher Aufträge, zum Beispiel das Schweizer Prinzip „Steuerdomizil in Basel-Stadt, der Spielraum von 2 bis 5 % Abweichung vom kostengünstigsten Angebot zugunsten kantonalen wirtschaftlicher Gesichtspunkte“, eröffnen Möglichkeiten der Diskriminierung, und diese Möglichkeiten werden in der Schweiz nach wie vor zum Nachteil unserer Unternehmen genutzt. Deswegen brauchen wir eine Liberalisierung der kantonalen Vergabevorschriften so schnell und so bald wie möglich. Die Landesregierung ist bilateral bereits mit einigen Kantonen in Kontakt. Es gibt dazu Schriftwechsel bis in die letzten Stunden, und ich denke, daß wir in verschiedenen Fällen Fortschritte erzielen können.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Die Chancen für mehr Direktinvestitionen aus der Schweiz können wir sozusagen als eine Art Trostpflaster für das dortige Nein zum EWR ansehen. Denn die neue Situation in der Schweiz veranlaßt viele eidgenössische Firmen zu der Überlegung, ob sie nicht sinnvollerweise ihre Produktion in den EG-Binnenmarkt verlagern sollen. Wir haben darauf offensiv reagiert. Der Wirtschaftsminister und die Landesregierung haben den Unternehmen aus den Schweizer Grenzkantonen gesagt: Hier muß ermutigt werden, und wir sind bereit, die Politik der offenen Tür weiterzuführen.

Meine Damen und Herren, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, nicht nur mit dem Elsaß, sondern auch mit dem Schweizer Nachbarn, ist und bleibt für uns von zentraler Bedeutung, das Nein aus der Schweiz hin oder her. Es ist wichtig, die Tür zur Schweiz weiter offenzuhalten und die wirtschaftlichen Verflechtungen auch am Bodensee und im Dreiländereck weiterhin nachhaltig zu fördern.

Meine Damen und Herren, mit diesem EWR-Vertrag wächst das größere Europa ein Stück weiter zusammen. Es gilt, nunmehr den nächsten Schritt in die politischen Dimensionen des Einigungsprozesses zu tun, und es gilt, auch wenn dies ein Unwort geworden ist, „Maastricht“ zu realisieren.

Meine Damen und Herren, gerade in der Zeit, in der die Meinungen hin und her schwanken, gerade in der Zeit, in der diese Diskussion im politischen Raum ungute Dimensionen annimmt, gerade in der Zeit, in der viele ein Zurück fordern, sind wir, glaube ich, gut beraten, in der europäischen Frage Festigkeit, Zuverlässigkeit und Standfestigkeit zu bewahren, notfalls auch gegen schwankende Mehrheiten, die Tagesmehrheiten sein können.

Deswegen, meine Damen und Herren, sage ich Ihnen: Der Vertrag von Maastricht ist im Grunde nicht deswegen zu kritisieren, weil er zu schnell abgeschlossen worden und zu umfangreich geraten sei. Der Vertrag von Maastricht ist vielmehr zu kritisieren, weil er vielleicht zu klein und zu wenig ist.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Krisch?

Minister im Staatsministerium Dr. Vetter: Ja, gern.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Krisch.

Abg. Krisch REP: Herr Minister, Sie sagten soeben, der Vertrag von Maastricht sei nicht zu kritisieren, nur weil er zu groß sei. Im Zusammenhang mit der heutigen Diskussion verweise ich auf die vorliegende Bundestagsdrucksache 12/3202, Umfang etwa 500 Seiten. Stimmen Sie mir zu, daß wahrscheinlich kein Abgeordneter dieses Hauses den Inhalt und die Auswirkungen dieser Drucksache kennt und daß das gleiche für den Vertrag von Maastricht gilt? Stimmen Sie mir weiter darin zu, daß es kein verantwortungsbewußtes Handeln eines Politikers ist, Verträge zu empfehlen und zu ratifizieren, deren Auswirkungen er nicht kennt?

(Beifall bei den Republikanern – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Dr. Caroli: Er will nur vorne sitzen!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Minister.

Minister im Staatsministerium Dr. Vetter: Ich stimme Ihnen möglicherweise in der Feststellung zu, daß Sie diese Druckschrift nicht gelesen haben.

(Sehr gut! bei der SPD)

Ich habe mir die Mühe gemacht, diese Druckschrift zu lesen, und stelle fest: Sie ist nicht eine Folge von Maastricht, sondern sie ist weitgehend eine Folge von Richtlinien und Standards, die insbesondere auch auf Wunsch der deutschen Wirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft realisiert werden. Ich sage Ihnen zum wiederholten Mal, daß viele dieser Normen dazu dienen, die Exportsituation der deutschen Wirtschaft durch einheitliche Standards in Europa zu fördern.

Meine Damen und Herren, ich sage nichts – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Minister – –

Minister im Staatsministerium Dr. Vetter: Nein.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Sie lassen keine weitere Zwischenfrage zu.

Minister im Staatsministerium Dr. Vetter: Danke, nein. Es genügt.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte.

(Zuruf des Abg. Krisch REP)

Minister im Staatsministerium Dr. Vetter: Meine Damen und Herren, ich stimme Ihnen ja zu: Maastricht eignet sich nicht zur Glorifizierung, aber Maastricht ist auch nichts zur Dämonisierung. Deswegen sage ich: Ich bin nicht der Meinung, daß Maastricht ein Hinderungsgrund für die weitere europäische Integration ist. Maastricht eröffnet vielmehr die ersten, wenn auch noch zu schwachen Ansätze in Richtung auf Regionalisierung, auf Demokratisierung und auf Subsidiarität.

Meine Damen und Herren, wenn der Vertrag ratifiziert ist, leiten wir die nächsten Schritte ein. Diese bestehen darin, die Fragen nach der künftigen Architektur Europas zu beantworten. Da stellen sich die Fragen: Wie ist das Verhält-

(Minister Dr. Vetter)

nis zwischen Erweiterung um neue Mitgliedschaften und innerer Vertiefung? Da muß die Frage nach der Erweiterung der EG nach Osten beantwortet werden. Da muß man Fragezeichen setzen. Man muß in einer Diskussion im politischen Raum dafür Sorge tragen, daß hier Klarheit geschaffen wird. Jawohl, Annäherung an Europa, aber weiß Gott doch nicht über echte Mitgliedschaften.

Meine Damen und Herren, da muß die Frage erörtert werden: Soll es ein Kerneuropa als Schrittmacher geben? Da muß die Frage beantwortet werden: Wie sieht die künftige demokratische Legitimation der EG aus? Hier teile ich uneingeschränkt die Meinung, die von Ihnen geäußert worden ist. Hier besteht ein klares Defizit. Ich denke, daß die nächste Regierungskonferenz 1996 nicht mehr mit den Dunkelkammerverfahren operieren kann, mit denen bisher operiert worden ist.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Es wäre bälde besser!)

Welche Rolle spielen dabei die nationalen Parlamente? Ist es nicht an der Zeit, einen europäischen Kompetenzkatalog aufzustellen, damit man weiß, was die EG tun und lassen kann? Ist es nicht an der Zeit, die Frage nach einer europäischen Verfassung zu stellen und sie zu beantworten?

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Auer?

Minister im Staatsministerium Dr. Vetter: Ich gestatte sie.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte schön, Herr Abg. Auer.

Abg. Auer REP: Herr Minister, ist Ihnen bekannt, daß etwa 500 Statistiken erstellt werden müssen, wenn Maastricht ratifiziert wird? Ist Ihnen weiterhin bekannt, was dies die Bundesrepublik kosten würde und welcher Anteil an diesen Kosten auf die Länder entfallen würde? Das ist meiner Meinung nach eine Imponderabilie, die noch nicht überschaubar ist und Milliarden kosten wird.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Minister.

Minister im Staatsministerium Dr. Vetter: Ich danke für diese Frage, die auch mir jetzt die Statistik ermöglicht, mit der Sie im Europawahljahr 1994 argumentieren werden. Ich kann Ihnen aber nur sagen, daß die Statistik keine europäische Erscheinung ist. Sie ist eine Gemeinerscheinung aller Hochindustriekulturen. Ich habe gerade vor wenigen Minuten von der Kollegin Schweizer einen Statistikbogen mit unmöglichen Frage- und Antwortspielen hingelegt bekommen, und ich möchte Ihnen sagen: Die meisten Statistiken sind nicht auf europäischem Mist gewachsen, sondern auf unserem eigenen Mist von Verbänden und allen möglichen Institutionen. Im Kampf gegen die Statistiken gibt es Einigkeit, aber schieben Sie es bitte nicht auf Europa.

Meine Damen und Herren, im Hinblick auf die Größe der Europäischen Gemeinschaft ist es deswegen aus der Sicht der Länder notwendig, in der europäischen Verfassung neben den zwei Kammern Ministerrat und Europäisches Parlament die Regionalkammer als dritte Kammer zu etablieren. Auf ihrer letzten Konferenz Ende März haben sich die

Ministerpräsidenten daher geeinigt, den im Maastrichter Vertrag vorgesehenen EG-Regionalausschuß hochrangig zu besetzen und die Perspektive dieses Ausschusses als dritte Kammer in einer künftigen europäischen Verfassung offenzuhalten.

Der Regionalausschuß, der jetzt etabliert wird, ist ein wichtiges Instrument, den europäischen Kurs zu korrigieren, den europäischen Zug, der sonst immer mehr in Richtung auf Zentralismus rollen würde, auf neue Gleise zu setzen.

Wir werden zwei Sitze erhalten. Es muß eine hochrangige Besetzung stattfinden. Meine Damen und Herren, es muß deswegen der Gedanke der Dezentralisierung und der Subsidiarität über diesen Regionalausschuß viel stärker als bisher zur Geltung gebracht werden.

Das Fazit aus alledem, meine Damen und Herren: Der EWR ist ein wichtiger Schritt zur weiteren wirtschaftlichen Integration eines größeren Europas, das aber zur Bewältigung seiner Probleme einen festen politischen Kern braucht.

Ich rate allen dazu, nicht aus zufälligen Stimmungen des Alltags gegen Europa abzusahnen, sondern in der Politik Glaubwürdigkeit, Festigkeit und geraden Kurs zu bewahren. Wir sind mit diesem geraden Kurs immer gut gefahren. Deutschland ist der große Profiteur der europäischen Entwicklung. Ich bitte dieses Hohe Haus, ja zum EWR-Abkommen zu sagen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/
DVP – Abg. Bütikofer GRÜNE: Das sind keine
geraden Wege!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat nochmals der Herr Abg. Wettstein.

Abg. Wettstein SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kollege Schlierer hat mir vorgeworfen, ich würde die Schweizer Volksabstimmung kritisieren. Er hat bestritten, daß in der Schweiz mittlerweile Katzenjammerstimmung eingekehrt sei. Ich empfehle nur, Herr Kollege Schlierer, die Lektüre der Schweizer Zeitungen. Da können Sie beispielsweise in dem Lausanner Wochenmagazin „L'Hebdo“ lesen --

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Lesen Sie es ihm doch
einmal vor! – Abg. Dr. Puchta SPD: Er kann kein
Französisch! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Ich sage jetzt, was darin steht, Herr Kollege Bütikofer.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Ich darf um mehr Ruhe bitten!

Abg. Wettstein SPD: Es heißt dort, daß für Schweizer Waren im EWR-Raum sehr lange Prüfungszeiten festgestellt werden. In der in Zürich erscheinenden „Weltwoche“ können Sie lesen – und die ist ja in Deutsch geschrieben –

(Heiterkeit bei der CDU)

daß Schweizer Arbeitskräfte mittlerweile in Deutschland draußen vor der Tür stehen. Wir können weiter aus der Lektüre Schweizer Zeitungen entnehmen, daß Schweizer

(Wettstein)

Unternehmen aus den Geschäften im Ausland hinausfliegen.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE – Abg. Rapp REP: Nicht alles, was in der Zeitung steht, muß auch wahr sein!)

Nun könnten wir uns gelassen zurücklehnen, wenn es nur um die Gewinne der Unternehmen ginge. Aber es geht doch um Arbeitsplätze, die da berührt sind.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wenn wir hier den Republikanern folgen und das EWR-Abkommen ablehnen würden, gefährdeten wir in höchstem Maße Arbeitsplätze auch in der Bundesrepublik Deutschland.

(Abg. Trageiser REP: Genau das Gegenteil ist der Fall! – Zuruf des Abg. Rapp REP)

Wenn Sie mir vorwerfen, ich würde das Ergebnis der Volksabstimmung in der Schweiz kritisieren, dann muß ich Ihnen sagen, daß ich dies für die Schweiz für genauso schädlich halte, wie viele Schweizer dieses Abstimmungsergebnis für schädlich halten, übrigens mittlerweile auch in zunehmendem Umfang Leute, die ursprünglich zu den Gegnern des EWR-Abkommens gehört haben und die sich vor der Volksabstimmung dagegen ausgesprochen hatten. Ich wollte in diesem Zusammenhang vor allem auch darauf hinweisen, wozu es führt, wenn die Bevölkerung falschen Propheten nachläuft. Da haben Sie, Herr Schlierer, sich mit Recht angesprochen gefühlt.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlußempfehlung Drucksache 11/1698. Wer dieser Beschlußempfehlung, mit der dem Landtag empfohlen wird, dem Antrag der Landesregierung zuzustimmen, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Beschlußempfehlung Drucksache 11/1698 ist zugestimmt.

Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, ich schlage vor, den nächsten Tagesordnungspunkt noch vor der Mittagspause zu erledigen.

Die Fraktion der FDP/DVP hat beantragt, die Tagesordnungspunkte 3 und 5, die sich mit ähnlichen Beratungsgegenständen befassen, zusammenzufassen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist sinnvoll!)

Kann ich ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung des Hauses dazu feststellen? – Dem wird nicht widersprochen. Damit wird die Behandlung der Tagesordnungspunkte 3 und 5 zusammengefaßt.

Ich rufe somit die **Tagesordnungspunkte 3 und 5** gemeinsam auf:

Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Privatisierung – Drucksache 11/420

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung – Drucksache 11/901

Ich schlage vor, für die Begründung beider Initiativen eine Redezeit von jeweils 5 Minuten und für die Aussprache über beide Tagesordnungspunkte eine Redezeit von bis zu 10 Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten festzulegen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Das Wort zur Begründung der beiden Initiativen erteile ich Herrn Abg. Dr. Döring.

Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jeder weiß es, und es ist immer wieder zu verfolgen und festzustellen, daß sich die Vertreter dieser Landesregierung zwar bei jeder Sonntagsrede und bei jeder Rede zu mittelstandspolitischen Themen zur Privatisierung bekennen; aber immer dann, wenn es konkret werden soll, wie jetzt mit diesem FDP/DVP-Antrag zur Privatisierung von Landesbeteiligungen und dem Gesetzentwurf der Fraktion der FDP/DVP zur Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen, haben wir den Eindruck, daß sich die gleichen Vertreter der gleichen Landesregierung geradezu mit Händen und Füßen gegen Privatisierungen wehren. Es gehört in der derzeitigen finanziellen Situation schon ein Stück weit zu den Merkwürdigkeiten der aktuellen finanzpolitischen Diskussion, auch hier im Landtag von Baden-Württemberg, daß nicht nur kaum von einer Privatisierung von Staatsvermögen die Rede ist, sondern daß im Gegenteil immer dann, wenn von meiner Fraktion die Rede darauf gebracht wird, so getan wird, als ob wir zumindest den Untergang des gesamten Landesvermögens herbeiführen wollten.

Dabei weiß jeder, daß Bund, Länder und Kommunen die größten Eigentümer in der Bundesrepublik sind. Der Kronberger Kreis hat erst vor kurzem ausgerechnet, daß das gesamte Staatsvermögen mit rund 2 000 Milliarden DM bewertet werden kann. Es ist völlig klar, daß sich nicht alle diese Werte liquidieren ließen. Aber der Verkaufserlös insgesamt, Herr Oberbürgermeister List – so ist von verschiedenen Stellen, und es sind keine Pappnasen, die das ausgerechnet haben, ebenfalls dargelegt worden –, würde sich in dreistelliger Milliardenhöhe bewegen. Sie alle werden wohl zustimmen müssen, daß uns ein Betrag in dreistelliger Milliardenhöhe, der zu erlösen wäre, an verschiedenen Stellen bei der Lösung der Finanzprobleme und auch bei der Erreichung des Ziels, das wir dabei mitverfolgen, der Haushaltskonsolidierung und der Zinslastreduzierung außerordentlich hilfreich wäre.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Das ist arg kurzfristig! – Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Es ist überhaupt keine Frage, Herr Bütikofer und Herr Jacobi, daß es uns dabei nicht alleine um den finanziellen

(Dr. Döring)

Aspekt geht, sondern es geht uns dabei mehr um das Grundsätzliche; denn der Staat ist mit Sicherheit in der Regel kein guter Unternehmer. Nicht zuletzt die ehemalige DDR hat dies eindeutig unter Beweis gestellt.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Ihr versteht die Kommunen als Subventionsträger!)

Wir wollen, Herr Jacobi, eine Schuldenreduzierung und eine Reduzierung der Zinslast. Dazu muß, gerade auch hier im Lande, die Privatisierung konsequent vorangetrieben werden.

(Zuruf des Abg. Jacobi GRÜNE – Glocke des Präsidenten)

Wir wollen mit unserer Privatisierungsoffensive und auch mit dem heute vorliegenden Antrag den Staat auf den Kern seiner eigentlichen Aufgaben zurückführen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Dr. Döring, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bütikofer?

Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Nein, Herr Bütikofer hat nichts Gutes mit mir vor.

(Heiterkeit)

Es ist nicht die Aufgabe des Staates, meine Damen und Herren, unmittelbar in die Wirtschaft einzugreifen, und es paßt auch überhaupt nicht in das Bild einer auf unternehmerischer Freizügigkeit beruhenden Wirtschaft, wenn sich der Staat selber als Unternehmer betätigt.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch an das letzte Hauptgutachten der Monopolkommission, in dem die Wettbewerbsexperten der Nation ausdrücklich eine durchgreifende Privatisierung von Staatsunternehmen und staatlichen Dienstleistungen bei Bund, Ländern und Gemeinden gefordert haben.

Konsequente Privatisierung ist eine Daueraufgabe von vorrangiger Bedeutung, zumal angesichts leerer Kassen. Privatisierungen von staatlichen Unternehmensbeteiligungen sind wo immer möglich vorzunehmen. Nicht, verehrte Kollegen von den Grünen, wer privatisieren will, sondern wer Staatsbesitz erhalten will, ist begründungspflichtig.

(Beifall bei den Republikanern)

Wir fordern – und das haben wir in dem Antrag erneut vorgebracht –, daß die Landesregierung konkret Stellung nimmt und

(Zuruf des Abg. Jacobi GRÜNE)

Privatisierungsanstrengungen bei den Landesbeteiligungen an der Südwestbank AG, an der Baden-Württembergischen Bank AG, an der Landesgirokasse und auch am Geschäftsbankanteil der Landeskreditbank auf den Weg bringt. Wir können daraus einen Milliardenlös erzielen. Erneut ist von anderen, auch von Ihrer Organisation, Herr Kurz, ausgerechnet worden – nicht von irgend jemandem, der hier einen Popanz aufbaut und mit Milliardensummen jongliert –, daß wir hier für unseren Haushalt einen Milliardenlös erzielen können. Es geht uns – ich sage es noch einmal ausdrücklich – nicht allein um Schulden- und Zinslastreduzie-

rung, was als Begründung für die Privatisierung längst ausreichen würde, sondern wir fragen auch ganz konkret: Welches öffentliche Interesse, Herr Jacobi, sollte es denn sein, das das Land dazu zwingt, Beteiligungen an Bier und Salz, an Hüttenwerken und Geschäftsbanken zu halten? Das ist ordnungspolitischer Unfug, und das ist haushaltspolitischer Unfug noch dazu.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Jacobi GRÜNE:
In jeder Szenenkneipe gibt es mittlerweile Rot-
hausbier!)

Weil wir in diesem Punkt übereinstimmen, zitiere ich im Zusammenhang mit der Privatisierung gerne auch aus Presseerklärungen des Bundes der Selbständigen vom November 1992. Richtig heißt es dort, daß in Zeiten knapper Kassen umfassend privatisiert werden sollte. Herr Kurz, dem ist im Grunde nichts hinzuzufügen. Nur muß es dann auch einmal in die Tat umgesetzt werden.

Jetzt sagt die Landesregierung in ihren Stellungnahmen – so auch in der zu unserem Antrag – immer wieder, daß sie der Privatisierung große politische Bedeutung zumesse. Es bleibt aber eben doch weitgehend bei diesem Lippenbekenntnis.

Ich möchte Ihnen das an Beispielen zeigen. Bei der Frage, welches Privatisierungspotential die Landesregierung konkret bei den verschiedenen Landesbeteiligungen sieht, verweist sie auf die Privatisierung der Gebäudeversicherungsanstalten – das hat sie nicht freiwillig getan, sondern das ist ihr vorgeschrieben worden – und auf die Neustrukturierung der Bäder- und Kurverwaltung in Baden-Baden. Meine Damen und Herren, bei über 80 Landesbeteiligungen ist dies reichlich wenig.

Bezüglich der Landesbeteiligungen bei den Banken läßt uns die Landesregierung wissen, daß die Meinungsbildung zur Privatisierung – so heißt es in der Stellungnahme zu unserem Antrag – von Landesbeteiligungen an den im Antrag genannten Banken noch nicht abgeschlossen sei. Wann, bitte schön, sind Sie denn so weit, um hier eine konkrete Aussage bezüglich der Privatisierung von Landesbeteiligungen an Banken vornehmen zu können?

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung will ganz offensichtlich die Privatisierung nicht, und sie verhält sich – so ist an anderer Stelle meiner Meinung nach zu Recht festgestellt worden – wie der einfältige Mann, der 10 000 DM auf dem Sparkonto hat, die er zu 3 % verzinsen läßt, und der gleichzeitig, wenn er in Not gerät, für 15 % einen Kredit aufnimmt. Besonders klug ist dies nicht, meine Damen und Herren.

Sie sagen immer wieder: Jetzt will der mit seiner Privatisierung das Verscherbeln des Tafelsilbers betreiben. Das führt doch auch in die Irre. Denn energische, konsequent durchgeführte Privatisierungsanstrengungen des Landes und seiner Gemeinden eröffneten vielmehr die Chance, die Schulden und Zinslasten in Grenzen zu halten, die Steuerzahler zu entlasten und die wirtschaftliche Dynamik zu stärken. Die Privatisierung hätte also eine positive Langzeitwirkung. An wagemutigen Unternehmern und an anlagesuchendem Kapital fehlt es nicht. Sehr wohl aber fehlt es in

(Dr. Döring)

dieser Landesregierung an weitsichtigen und mutigen Politikern, die die Privatisierung konsequent vorantreiben.

(Beifall bei der FDP/DVP und den Republikanern)

Die Staatsquote steigt, die Schulden steigen, die Zinslasten gehen in die Höhe, aber Sie wollen alles beim alten lassen. Zumindest die SPD könnte einen Blick nach Schleswig-Holstein wagen, wo die dortige Finanzministerin zur Haushaltskonsolidierung gerade alle Landesbeteiligungen auf ihre Privatisierungsmöglichkeiten hin durchleuchten läßt. Das ist der richtige Weg, und der könnte auch hier beschritten werden.

Meine Damen und Herren, in der sozialen Marktwirtschaft gebührt der privaten Initiative und dem privaten Eigentum grundsätzlich Vorrang vor staatlicher Zuständigkeit und öffentlichem Eigentum. Denn privates Eigentum und privatwirtschaftliches Handeln gewährleisten am besten wirtschaftliche Freiheit, ökonomische Effizienz, Wohlstand und damit auch soziale Sicherheit.

(Abg. Renz GRÜNE: Das wird durch Wiederholung auch nicht besser!)

Gleichzeitig – und auch dies ist uns Liberalen ein Anliegen – beschränkt die Privatisierung den Staat auf seine unerläßlichen Funktionen und Tätigkeitsfelder.

(Zuruf von der SPD: Nachtwächter!)

– Das hat doch mit Nachtwächter überhaupt nichts zu tun. – Privatisierung heißt Entstaatlichung. Privatisierung heißt Verwaltungsvereinfachung. Privatisierung heißt Entbürokratisierung und mehr Wettbewerb im Sinne unserer marktwirtschaftlichen Ordnung. Privatisierung ist das politische Gebot der Stunde, und Sie sollten sich diesem nicht verweigern.

(Zuruf von der SPD: Machen wir aber! – Abg. Jacobi GRÜNE: Ihnen geht der Privatisierungsgaul durch!)

– Ich bin ganz erstaunt, daß Sie das machen.

(Abg. Renz GRÜNE: Ollé Kamellen ohne Alternative!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch mit dem vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung der Gemeindeordnung wollen wir die Privatisierung voranbringen. Noch immer gibt es zu viele kommunale Betriebe, die mit privaten Betrieben konkurrieren und aus allgemeinen Steuermitteln der Gemeinde subventioniert werden müssen.

(Abg. Renz GRÜNE: Das muß jeden Gemeinderat ärgern!)

– Sparen Sie doch Ihre Energie für nachher! Sie werden doch nachher dazu reden.

Der vorgelegte Gesetzentwurf zur Änderung der Gemeindeordnung soll eine raschere Privatisierung ermöglichen und in die Gemeindeordnung eine Verpflichtung zur Einhaltung des Mittelstandsförderungsgesetzes hineinschrei-

ben. Privatisierung, richtig gemacht und richtig verstanden, richtet sich gegen niemanden.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Doch, gegen die Kommunen zum Beispiel!)

sondern liegt, wenn sie richtig durchgeführt wird, im Interesse aller Beteiligten.

(Abg. Renz GRÜNE: Sie trauen den Kommunen nichts zu!)

Daß dem so ist, daß sie sich gegen niemanden richtet, sondern im Gegenteil zum Vorteil aller Beteiligten gereicht,

(Abg. Renz GRÜNE: Was zu beweisen wäre!)

das hat ja auch – wenn Sie sagen: „Was zu beweisen wäre!“ – die Umfrage vor zehn Jahren ergeben. Sie hätten dann schon freundlicher Weise die gesamte Antwort der Landesregierung nachlesen müssen,

(Abg. Renz GRÜNE: Habe ich!)

denn daraus geht eindeutig hervor – ich zitiere, weil Sie nach den Beweisen fragen –:

Die Kommunen bewerten ihre Erfahrungen mit Privatisierungen überwiegend positiv.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es! – Abg. Jacobi GRÜNE: Da, wo es gemacht worden ist, hat es auch gute Gründe gehabt, aber nicht aus Prinzip!)

Konkret: 93 % machten bei der Privatisierung positive Erfahrungen bezüglich der Entlastung von Personalaufwand. 93 %!

(Abg. Renz GRÜNE: Aber nicht aus Prinzip!)

92 % machten positive Erfahrungen bezüglich der Vermeidung von Investitionsmaßnahmen, 91 % bezüglich der Nutzung von speziellen Fachkenntnissen – es ist auch nichts Schlechtes, wenn man spezielle Fachkenntnisse nutzt – und 89 % bezüglich der Verbesserung der Leistungsfähigkeit. Dies zeigt: Die Erfahrungen mit der Privatisierung sind weit überwiegend positiv. Negative Erfahrungen liegen nur in Einzelfällen vor. Sie machen gerade einmal zirka 2 % der gesamten gemachten Erfahrungen aus. Wir wollen diese positiven Erfahrungen von öffentlichen Dienstleistungen unterstützen. Wir wollen diesen mit unserem Gesetzentwurf zum Vorteil aller Beteiligten zum Durchbruch verhelfen.

Wir wollen, meine Damen und Herren, daß kommunale Betriebe, die mit der Privatwirtschaft konkurrieren, nur noch dann Bestand haben können, wenn sie kostengünstiger als die Privatwirtschaft arbeiten oder sonstige besondere finanzielle Vorteile für die Gemeinde mit sich bringen, die die Gemeinde sonst nicht erhält. Ich zitiere auch hier wieder gerne den Bund der Selbständigen, der erneut richtig festgestellt hat:

Alle öffentlichen Dienstleistungen, die keine hoheitlichen Aufgaben umfassen, kommen für eine vollständige oder teilweise Privatisierung in Frage.

(Dr. Döring)

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es! - Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Kurz CDU)

- Das Protokoll verzeichnet verhaltenen Beifall des Vorsitzenden des Bundes der Selbständigen.

Sicher, meine Damen und Herren, ist die Privatisierung öffentlicher Leistungen keine Zauberformel zur völligen Genesung der Landes- oder in diesem Fall der Kommunalfinanzen.

(Abg. Renz GRÜNE: So sehen Sie es!)

Die Privatisierung kann aber unzweifelhaft einen spürbaren Beitrag dazu leisten. Darum geht es uns.

Einen weiteren wichtigen Grund für die Privatisierung nannte der CDU-Bürgermeister Nufer bei einer Anhörung der FDP/DVP-Fraktion, als er hier an dieser Stelle wörtlich ausführte - ich zitiere erneut -:

Als Faustregel kann gelten, daß ein Privatbetrieb in der Regel um mindestens 10 % kostengünstiger arbeitet als sein öffentlich-rechtlicher Konkurrent.

(Abg. Renz GRÜNE: Das stimmt!)

Auch das ist doch ein Argument, an dem man nicht einfach vorbeigehen darf, sondern das es aufzunehmen und dann umzusetzen gilt.

(Abg. Renz GRÜNE: Der externalisiert die Kosten!)

Bei einer richtig durchgeführten Privatisierungsoffensive können die Kommunen ihre knappen finanziellen Ressourcen für dringende hoheitliche Aufgaben schonen und gleichzeitig Projekte in verschiedenen Bereichen der Daseinsfürsorge durchführen. Wichtig ist auch, daß personelle Kapazitäten eingespart werden. Außerdem kann, wie es auch mit gutem Erfolg gemacht wird, Expertenwissen des privaten Sektors besser genutzt werden.

Das Land ist dazu aufgerufen, privatisierungsfreundliche Gesetze zu schaffen. Die FDP/DVP-Anträge und -Gesetzesentwürfe weisen in diese Richtung.

(Beifall bei der FDP/DVP - Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: In der Allgemeinen Aussprache erteile ich das Wort Herrn Abg. Kurz.

Abg. Kurz CDU: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Herr Dr. Döring, recht herzlichen Dank dafür, daß Sie aus meinen Redepassagen der Vergangenheit zitiert haben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gern!)

Insofern kann ich mich heute kurz fassen.

Wir stimmen mit Ihnen in der ordnungspolitischen Zielsetzung, was die Privatisierung von Landesbeteiligungen anbelangt, völlig überein. Hier haben wir noch ein großes und weites Betätigungsfeld in der Zukunft. Wenn wir dieses gemeinsam begehen, dann, glaube ich, wird diesem Anliegen

letztlich auch der Erfolg beschieden sein. Nur müssen wir dies mit Kompetenz und mit großer Sachlichkeit durchführen. Denn es gibt auch in diesem Bereich Grenzen. Ich nenne jetzt nur einmal als Beispiel die mögliche Fusion zwischen Badenwerk und EVS. Hier erhebt sich dann wirklich die Frage, ob das Land letztlich die 30 % Beteiligung nicht nur im Interesse der Standortqualität für das Land Baden-Württemberg, sondern auch im Interesse der Versorgungssicherheit und vor allem noch wegen des Einflusses auf die infrastrukturelle Situation halten sollte. Wir müssen also auch in diesen Bereichen sorgfältig abwägen.

Ich glaube, daß wir dem zweiten Bereich, nämlich der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen stärker Beachtung schenken müssen, weil dies im Effekt sehr viel wirkungsvoller und auch in der Langzeitwirkung sehr viel maßgeblicher ist. Ich gebe Ihnen recht: Wir müssen den Staat in seiner Funktion wirklich auf die notwendigen Kernfunktionen beschränken. Überall dort, wo hoheitliches Handeln nach dem Rechtsstaatsgrundsatz der Gesetzesbindung und der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung nicht rechtlich zwingend erforderlich ist, kommt auch eine Aufgabenerledigung durch Private in Frage. Hier müssen wir sehr wohl prüfen, wo hoheitliche Tätigkeit endet und wo der Bereich der Dienstleistung beginnt, wo wirklich privatisiert werden kann.

Ich habe in vielen Gesprächen während der letzten Monate immer wieder empfunden, daß in den öffentlichen Verwaltungen noch ein traditionelles Selbstverständnis verankert ist. Hier ist das Staatsverständnis neu zu bestimmen. Viele Verwaltungsdienstleistungen sind in der Vergangenheit deshalb vom Staat oder im örtlichen Wirkungsbereich durch die Gemeinden erbracht worden, weil eine zuverlässige, die Sicherheit des Rechtsverkehrs gewährleistende Leistungserbringung durch Private nicht wirksam überwacht und nicht wirksam sichergestellt werden konnte. Die modernen Verwaltungswissenschaften sind heute so weit entwickelt, daß viele Prämissen dieses traditionellen Rollenverständnisses der öffentlichen Verwaltung nicht mehr gelten. Die öffentliche Verwaltung macht zum Teil selbst einen Funktionswandel durch. Die hoheitlichen Komponenten des Verwaltungshandelns treten gegenüber dem Dienstleistungsbereich immer stärker zurück.

Auf der anderen Seite funktioniert die privatwirtschaftliche Leistungserbringung immer besser und zuverlässiger. Das Ausbildungsniveau der privaten Anbieter wird durch staatlich reglementierte Prüfungsordnungen und staatlich überwachte Prüfungen immer besser. Ein hoch ausdifferenziertes System von berufsständischen Organisationen überwacht Seriosität und Qualität der Leistungsanbieter.

Wir sollten also den Gedanken der Privatisierung in der Zukunft stärker voranbringen. Nur sollten wir die Erfolgserwartung nicht zu kurzfristig ansetzen, sondern wir müssen mittelfristig zur Bewußtseinsveränderung als Grundlage der Strategie beitragen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Das machen wir täglich!)

- Dafür bin ich Ihnen sehr dankbar, Herr Dr. Döring. - Wir müssen in diesem Prozeß der Kontinuität wirklich Akzente

(Kurz)

setzen. Ich glaube, dann wird auch das Anliegen der Privatisierung in vielen Bereichen zum Erfolg geführt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Weyrosta.

Abg. Weyrosta SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP und Abg. Weimer SPD: Zieht euch warm an, Freunde!)

– Sie ahnen Furchtbares, Herr Dr. Döring. Sie haben es auch verdient, denn Sie haben zwar global gesprochen, haben mich aber nicht global überzeugt.

Wenn man das alles ernst nimmt, was Sie sagen, daß die Kommunen, die öffentliche Hand soweit wie möglich privatisieren sollen, entsteht doch die Situation, daß sie die rentierlichen Unternehmen bzw. Aufgaben gerne loswerden, aber die unrentierlichen behalten. Damit machen Sie die Substanz der öffentlichen Hand kaputt.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Genau so ist es! – Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich will in den differenzierten Streit mit Ihnen, wie die Begriffe „hoheitliche Aufgabenerfüllung“ und „Dienstleistung oder Service aus privater Hand“ gegeneinander abzugrenzen sind, nicht eintreten. Aber weil diese Abgrenzung so schwierig ist, Herr Kollege Dr. Döring, müssen wir die Einzelfallprüfung wohl im Auge behalten.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Sehr gut!)

Nun ist nicht Kommune gleich Kommune, nun ist nicht Land gleich Land. So sind die Körperschaften nicht alle gleich. Deswegen kann es nur bei einer speziellen Untersuchung im einzelnen bleiben. Wie man so etwas gesetzlich regeln will, entzieht sich meiner Phantasie – und Sie wissen, daß ich damit ausreichend ausgestattet bin.

Das heißt, Ihr Fragenkatalog – der übrigens clever gemacht ist – ist das ständige Ritual, das Sie – ich bin lange genug dabei – alle vier Jahre in diesem Haus wiederholen.

(Abg. Ströbele CDU: Sehr richtig!)

Das letzte Mal war es 1983/84, wenn ich mich richtig erinnere.

(Abg. Ströbele CDU: Sehr richtig!)

Sie müssen sich doch endlich auch einmal fragen lassen, warum das nicht klappt, warum Sie mit dieser Globalforderung nicht zu Potte kommen. Sie dürfen uns nicht immer Vorhaltungen machen, wenn wir Ihnen sachlich begegnen und in der Sache manchmal sogar Ihrer Meinung sind, es aber in der Praxis nicht so einfach umsetzen können, wie Sie es wollen, weil es so einfach nicht geht. Mir reicht es auch nicht, wenn die Regierung sagt, sie lege politisch großen Wert darauf, daß privatisiert werde. Das ist genauso ein Ritual wie das, was Sie in Ihrer Erklärung abgegeben haben.

Zur Gemeindeordnung will ich nicht sprechen, weil mein Kollege Redling nachher zu § 102 der Gemeindeordnung seine Stellungnahme abgeben wird. Die Gemeinden haben doch erkannt, daß sie innerhalb ihres kameralistischen Verwaltungssystems viele Aufgaben nicht so lösen können, wie sie sie gerne gelöst haben wollten. Deswegen waren doch Gemeinderäte und die politischen Gremien bereit, sich GmbHs anzulachen und daraus Konstruktionen zu entwickeln.

(Abg. List CDU: Sehr richtig!)

die einerseits frei marktwirtschaftliche Vorteile für sich in Anspruch nehmen und auf der anderen Seite die hoheitliche Beaufsichtigung und Kontrolle beinhalten. Das hängt mit Institutionen und mit Personen zusammen.

Damit das Rätsel schwieriger wird, will ich Ihnen drei Fälle schildern.

Herr Kollege Kurz und ich haben, als diese Legislaturperiode begann, einen Antrag eingebracht und gesagt, bei der Kartierung der Rohstofffassung im Land Baden-Württemberg wollten wir gern mehr freie Ingenieure eingeschaltet haben. Wissen Sie, was die Antwort war? Man hat mir zahlenmäßig nachgewiesen, wenn man private Geologiebüros damit beauftragte, würde das bis zu 80 % teurer werden, als wenn es das Geologische Landesamt macht. Es würde auch nicht schneller gehen, weil wiederum eine hoheitliche Gegenkontrolle stattfinden müßte.

Fall zwei: Als ich mich mit der Entsorgung der Kernkraftwerke in Baden-Württemberg besonders beschäftigte, habe ich aus der Stellungnahme der Landesregierung erfahren müssen, daß Herr Töpfer folgendes vorhat: Er will die Entsorgung der Kernkraftwerke in Deutschland privatisieren. Er hat anscheinend einen Markt entdeckt: den vagabundierenden Markt von Plutonium und von Restbrennstoffen, der an den Straßenecken verschiedener großer Städte bereits sichtbar ist. Dies zu privatisieren und als Markt zu erkennen heißt doch, daß er nicht fähig und nicht in der Lage ist, das aus der Sicht der hoheitlichen Aufgabenbetreuung zu betreiben, und daß er das dann aus Hilflosigkeit heraus dem freien Markt überlassen will. Das geht nicht. Das wissen Sie.

Es gibt Kollegen, die eine reiche Phantasie haben, die sagen, auch im Hochschulbereich könnten öffentliche Finanzierungen ein bißchen den Charakter der privaten Universitäten angehen.

(Abg. Brechtken SPD: Wen meinen Sie da?)

Nun würde ich ein bißchen ironisch, aber sehr wohlgefällig sagen: Das haben wir schon.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Denn die Drittmittelförderung in den Universitäten hat uns viele Jahre früher beschäftigt, weil der Einfluß von draußen in den universitären Bereich hinein zu stark war.

Sie sehen also allein anhand der drei Beispiele, lieber Kollege Dr. Döring: Es wird schwierig.

(Weyrosta)

Ich würde aber gern einmal mit Ihnen gemeinsam folgende Untersuchung machen. Ich stelle fest, daß die Preise der Altenpflegeplätze im Sozialbereich wahnsinnig in die Höhe gehen. Da sehe ich, daß diejenigen Institutionen, die im halböffentlichen Bereich angesiedelt sind, bei 4 000 DM landen. Dann soll es angeblich Private geben, die Altenpflegeplätze für 2 750 bis 3 000 DM anbieten. Da sollten wir einmal am Projekt nachspüren, vor Ort gehen und feststellen, wie so etwas sein kann, zumal die öffentliche Hand und auch die Betroffenen mit ihren Renten die hohen Pflegesätze nicht mehr tragen können.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Es gibt eine ganze Menge. Herr Kollege, wenn Sie in Ihren Ausführungen – ich komme zum Schluß – solche Beispiele aufgezeigt und gesagt hätten, was wir tun und wo wir Untersuchungen durchführen sollten, könnten wir Ihrem Petition nähertreten. Jetzt bleibt es halt wieder bei der oberflächlichen Abwehr eines oberflächlich vorgetragenen Rituals, was mir für die Sache leid tut.

Ich danke Ihnen, Herr Kollege Dr. Döring.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Abg. Rapp.

Abg. Rapp REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Fraktion Die Republikaner steht generell der Privatisierung und somit auch der Entstaatlichung der Wirtschaft positiv gegenüber. Wir glauben nicht, daß der Staat noch heute überall Unternehmer spielen und die daraus entstehenden Defizite häufig dem Steuerzahler wieder anlasten sollte.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Was ist mit den Gewinnen?)

Somit stimmt es auch nicht ganz, Herr Weyrosta, wenn Sie jetzt sagen, die Privaten wären hier und dort teurer oder die staatlichen Stellen verkauften billiger. Sie wissen eigentlich erst am Schluß, was dabei an Defiziten bleibt. Und das müssen wir privat auch wieder mitfinanzieren.

(Abg. Weyrosta SPD: Das habe ich nicht behauptet! Das habe ich nicht gesagt! Herr Kollege, das haben Sie mißverstanden! Ich habe an einem Fall erklärt, daß die Regierung nachweist, daß, wenn man in den privaten Bereich geht, es teurer wird! Ich habe umgekehrt gesagt, daß man viele Untersuchungen im einzelnen veranstalten sollte, wo man feststellt, daß es draußen, wenn es im privaten Bereich organisiert wird, billiger wäre! Aber das ist eine Einzelfallprüfung! Das können wir nicht global sagen!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das war eine Zwischenfrage.

(Abg. Weyrosta SPD: Das war eine Zwischenfrage oder ein Zwischenruf, wie Sie es wollen. Herr Präsident!)

Ich lasse sie nachträglich zu.

Bitte, Herr Abg. Rapp.

(Unruhe)

Abg. Rapp REP: Ich habe es festgestellt und vernommen. Herzlichen Dank, Herr Weyrosta.

(Abg. Weyrosta SPD: Das gehört zu einer lebendigen Debatte!)

Ich glaube, in diesem Fall würden wir auch dieselbe Antwort geben.

Ich meine aber auch, daß nicht jeder Bus, der Arbeiter zum Dienst bringt – heute morgen hatten wir, als wir hierherfahren, ein bißchen Probleme mit der Eisenbahn, weil es zwiischendurch irgendwo nicht geklappt hat –, dem Staat gehören oder vom Staat betrieben werden muß. Im Gegenteil, meine Damen und Herren, ich bin sicher, daß private Busunternehmer aus Eigeninteresse ihre Fahrpläne einhalten und letzten Endes auch die ihnen vorgegebenen Tarife ordentlich an den Kunden weitergeben.

(Zuruf des Abg. Nagel SPD)

Ich habe dabei noch keine negativen Erfahrungen gemacht. Und die Taxiunternehmer beweisen schon seit Jahrzehnten, daß man zum Beispiel Transportleistungen privatisieren kann und das hervorragend klappt. Sie können hinkommen, wo Sie wollen: Überall stehen Taxis, die Sie zu einem festen Tarif ans Ziel bringen. Und die fahren auch mit Gewinnen.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg. Nagel SPD)

Wir begrüßen es, daß der Wirtschaftsminister darauf verweist, daß schon etliches getan wurde und er noch etliches in diesem Bereich tun will.

Wir sollten auch einmal daran erinnern, daß sich die, die früher gesagt haben, Privatisierung könne nicht funktionieren, längst an private Putzkolonnen – wenn ich mich nicht täusche, arbeiten auch in diesem Haus private Putzkolonnen; bei uns zu Hause hat man das sehr oft – und an private Müllmänner gewöhnt haben, leider aber auch an viel zu viele private Transporteure. Wenn man auf unseren Autobahnen spazierenfährt, ist das vielleicht für den Autofahrer ein Nachteil, aber wirtschaftspolitisch ist darin natürlich nichts Schlechtes zu sehen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Wer fährt auf der Autobahn spazieren? Der muß ja bescheuert sein, der auf der Autobahn spazierenfährt!)

Ich verstehe nicht, daß wir heute noch darüber streiten, wenn zum Beispiel so viele staatliche Stellen noch irgendwo Maler haben. Wenn es wirklich darauf ankommt, haben die dort überhaupt nicht die erforderliche Kapazität und müssen doch Aufträge vergeben für staatliche Projekte. Das verstehe ich wirklich nicht.

Ich muß aber auch sagen: Trotz unserer generell offenen Haltung gegenüber der Privatisierung teilen wir nicht die Meinung derjenigen, die meinen, der Staat müsse sich aus allem heraushalten. Ich greife hier das Beispiel auf, das ge-

(Rapp)

rade Herr Weyrosta gebracht hat. Mir wäre schon ein bißchen mulmig, wenn die Entsorgung von Atomkraftwerken privatisiert würde. Jeder weiß doch, daß private Firmen auch einmal pleite gehen können. In diesem Fall ginge der Staat doch wieder in die Pflicht. Dann kann er von Anfang an bei einer so sensiblen Aufgabe in die Pflicht gehen,

(Abg. Drautz FDP/DVP: Sind wir in der Schule?
Oder wo sind wir?)

und das Ganze ist letzten Endes – und das kann man den staatlichen Stellen zugute halten – dann ordentlich geregelt.

Wir sehen es als positiv an, wenn das Land zum Beispiel weiterhin Beteiligungen an Regionalbanken behält. Ich meine auch, daß der Wirtschaftsminister, egal, woher er kommt, sehr froh darüber ist, wenn er dort noch etwas Zugriff hat, um ab und zu Programme unterzubringen, mit denen er etwas ankurbeln oder erhalten kann. Ich meine, daß sich der Staat nicht zugunsten einer reinen Privatisierung aus diesem Bereich vollständig zurückziehen sollte. Vielleicht bin ich auch deshalb dieser Auffassung, weil ich aus Pforzheim komme, wo eine privatisierte Bank einige Probleme gemacht hat. Vielleicht ist auch das ein kleiner Grund dafür.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Sind Sie im Aufsichtsrat?)

Privatisierung muß aber, meine Damen und Herren, auf jeden Fall mit einer Mittelstandsförderung verbunden sein. Dort, wo privatisiert wird, sollte der Mittelstand etwas davon haben. Es bringt uns allen nichts, wenn zum Beispiel aus einem staatlichen Monopolbetrieb ein privatisierter Monopolbetrieb wird. Wenn man einfach einen Staatsbetrieb nimmt und eine GmbH daraus macht, wird daraus eine Staats-GmbH. Ansonsten ändert sich überhaupt nichts. Sie wollen nur eine Alibifunktion, um nachher sagen zu können, Sie hätten etwas getan. Es muß wirklich deutlich werden, daß die Investitionen von der Wirtschaft, von außen kommen, damit der Staat entlastet ist.

Privatisierung, meine Damen und Herren, sollte und muß bedeuten, den Staat von Investitionen und oft auch den damit verbundenen Defiziten zu entbinden. Der Staat muß letzten Endes die Chance geben, flexibler, aber auch kostengünstiger zu arbeiten. Unter Privatisierung verstehen wir aber nicht – draußen haben davor manche Leute Ängste –, daß man in den total freien Kampf geht. Ich habe schon Kollegen erlebt – ich komme aus dem Druckgewerbe –, die sagen: Ja, da schicken die das Zeug gleich nach Frankreich rüber, wenn bei uns im Rathaus nichts mehr zu drucken ist und draußen auch nicht. Das wäre ein Schlag nach hinten. Wir sollten schon versuchen, Firmen in den Regionen die Aufträge zu erteilen, wo auch die Leute wohnen, die die Arbeit leisten können.

Meine Damen und Herren, zum Gesetzentwurf Drucksache 11/901 wird nachher noch mein Kollege Karl-August Schaal sprechen. Ich möchte ihm deshalb noch ein bißchen der kostbaren Redezeit lassen.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Abg. Renz.

Abg. Renz GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die FDP/DVP hat mit dem Antrag und dem Gesetzentwurf, die heute zur Debatte stehen, wieder einmal eines ihrer Lieblingskinder aus der Schublade gezogen. Herr Döring findet es ja auch noch positiv, wenn er hier steht und immer wieder olle Kamellen aufwärmt.

(Abg. Weyrosta SPD: Kamellen-Döring!)

Wie schon oft wird die Privatisierung wieder einmal als Patentrezept präsentiert. Privatisierung bringt angeblich Verwaltungsvereinfachung. Sie bringt Entbürokratisierung und vor allem – darauf bestehen Sie ja in Ihrer Begründung und haben es vorhin auch wieder laut und deutlich betont – mehr Wettbewerb, Herr Döring. Man muß schon die Augen ziemlich fest verschließen, um heutzutage noch eine solche Behauptung aufrechtzuerhalten.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Erklären Sie das mal!)

Ich möchte nur ein Beispiel herausgreifen. Zur Zeit erleben wir eine groß angelegte Privatisierungsmaßnahme, nämlich in der Abfallentsorgung. Was ist das Ergebnis? Das duale System, die DSD, ein Konzern, ein Monopolkonzern mit allen Nachteilen, die es zweifellos auch nach sich zieht.

(Zuruf von der SPD: Das sind auch gelbe Säcke! – Heiterkeit)

– Es ist manchmal gut, wenn man es nicht versteht.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Zuruf von der SPD: Das sind auch gelbe Säcke! – Heiterkeit)

Worauf es mir mit dem Beispiel ankommt: Privatisierung bedeutet keineswegs mit Sicherheit und in jedem Fall immer mehr Konkurrenz, wie Sie immer wieder behaupten. Dies sollte in der Zwischenzeit auch selbst der FDP/DVP aufgefallen sein.

Genauso kann ich mir nicht vorstellen, daß es Ihnen entgangen ist, was in diesem Haus erst vor wenigen Wochen am Beispiel der Privatisierung des Bahnbusverkehrs erörtert wurde. Wenn Buslinien einfach auf die Privatwirtschaft übertragen werden, entsteht eine Art innerer Sachzwang, der natürlich dazu führt, daß unrentable Strecken stillgelegt werden müssen. Das Angebot wird also nicht besser, und dem Staat entstehen Kosten, weil er die Privaten bezuschussen muß, um den Verkehr in der Fläche zu erhalten.

Mir geht es darum, an diesem Beispiel aufzuzeigen, daß die Privatisierung keineswegs automatisch, also sozusagen unter jeder Bedingung, wie Sie das immer darstellen, zu mehr Wirtschaftlichkeit, zu kostengünstigeren Angeboten oder gar zu einer besseren Versorgung führt.

(Zuruf von der SPD: Zu höherem Profit!)

Es gibt zahlreiche Beispiele, die deutlich machen, daß die wirtschaftsliberale Seite in der Debatte über das Thema Privatisierung die Augen vor einem ziemlich großen Teil der Wirklichkeit verschließt. Die FDP tut im Kern nichts ande-

(Renz)

res, als einen Mythos zu pflegen. Das ist ideologisch und keineswegs sachgerecht.

(Beifall des Abg. Hackl GRÜNE)

Der gleiche Mythos – das muß an dieser Stelle erwähnt werden – wird im übrigen von der Gegenseite der Wirtschaftsliberalen gepflegt. Wer jede Art von Privatisierung als Preisgabe des öffentlichen Interesses, sozusagen per se als Aufgabe des Schutzes von Arbeitsverhältnissen oder generell als Entdemokratisierung ablehnt, der verstellt sich auch den Blick auf die Lösung von Problemen.

Meines Erachtens kommt es darauf an, zu sehen, daß eigentlich beide Seiten die Debatte blockieren, und zwar deshalb, weil sie im Kern eine scharfe Trennlinie zwischen „Staat“ auf der einen und „privat“ auf der anderen Seite ziehen. Dabei ist doch offensichtlich, daß es zahlreiche Berührungspunkte und Überschneidungen, daß es Abhängigkeiten zwischen Staat und privat gibt. Denken Sie an Aufgaben wie die Altenpflege, die Umweltüberwachung, auch den Straßenbau, die Städteplanung und vieles andere mehr.

Ich meine, es müssen neue Organisationsformen gefunden werden, die den jeweils speziellen Bedingungen sachlich und auch vor Ort angepaßt sind. Solche Organisationsformen, Herr Döring, liegen zwischen Staat und privat. Deshalb glaube ich, die eigentlich interessante Frage ist nicht die nach Rechtsformen oder Eigentumsverhältnissen. Die eigentlich interessante Frage lautet: Wieviel Wettbewerb kann auf der einen Seite in die öffentliche Verwaltung hineingetragen werden, und wieviel Bindung an das Gemeinwohl kann auf der anderen Seite durch eine private Aufgabenerfüllung garantiert werden? Denn in der Tat ist es so, daß die Zeiten für die herkömmliche Zuwachsfinanzierung, also nach der Devise „mehr Geld bei jeder neuen Aufgabe“, vorbei sind, daß das nicht leistbar ist.

Die FDP/DVP – das haben die Ausführungen von Herrn Döring heute wieder schlaglichtartig und deutlich bewiesen – verschließt sich solchen Fragen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Ist doch nicht wahr!)

Sie pflegt statt dessen im Kern ihre Mythen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Sie bauen einen Mythos auf, Herr Kollege!)

Der Landesregierung muß meines Erachtens zugute gehalten werden, daß sie in ihrer Antwort wenigstens auf die Grenzen einer Privatisierung hinweist und betont, daß eine sorgfältige Aufgabenanalyse notwendig ist, bevor eine Entscheidung darüber getroffen wird, welche Aufgaben von privater Seite erledigt werden können.

(Beifall des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Meine Damen und Herren, in der knappen Redezeit ist es nicht möglich, unsere Lösungsvorschläge im einzelnen zu begründen und differenziert auszubreiten.

(Abg. Auer REP: Haben Sie überhaupt welche?)

– Jetzt hören Sie einmal zu. Ich fange gerade damit an.

(Abg. Auer REP: Sehr gut! Vielen Dank! – Abg. Ströbele CDU: Seid nett zueinander! Liebet einander!)

Ich möchte aber darauf hinweisen, daß es bereits erste Ansätze für neue Organisationsformen für solche Bereiche zwischen Staat und privat gibt.

(Abg. Keitel CDU: Ich habe nichts Neues gehört!)

Es bilden sich bereits Einzelkonzepte, auch in Baden-Württemberg. Sie laufen beispielsweise unter der Bezeichnung „Agentur“, oder sie sind manchmal noch als Stiftung organisiert. Ich erinnere an die Sonderabfallagentur oder an die jetzt nach schwerer Geburt gegründete Energieagentur. Ähnliches gilt für den Bereich des Technologietransfers. Sie entwickeln sich bisher bei öffentlichen Aufgabenfeldern neuer Art, wo sie nicht durch eine Besitzstandswahrung der herkömmlichen Verwaltung blockiert sind.

Wir stellen uns vor, daß sich auch zahlreiche etablierte Aufgaben der Landesverwaltung für solche maßgeschneiderten Agenturkonzepte anbieten. Voraussetzung dafür ist: Es muß politisch gewollt sein, und eine Nebenvoraussetzung ist: Der Minister muß natürlich bereit sein, die Zügel lockerer zu lassen.

(Abg. Keitel CDU: Privatisieren wir doch die Landesregierung! – Abg. Ströbele CDU: Die Politik!)

Ganz wichtig ist dabei als Voraussetzung: Solche Lösungen dürfen nicht von außen übergestülpt werden, sondern die Dienststellen müssen solche Lösungen aktiv mitentwickeln. Ganz konkret: Solche Vorstellungen sind realisierbar, beispielsweise in der Landwirtschaftsverwaltung. Sie sind bei den Vermessungsämtern sowie bei Straßenbau- oder Hochbauämtern realisierbar.

Im Grunde sind sie in zahlreichen Bereichen mit hohem Anteil an Beratungsfunktion oder mit hohem technischem Anteil realisierbar. Überall dort können die Vorteile eines flexiblen Managements, von Kostenrechnung, Controlling usw. eingeführt werden. Das könnte schon heute geschehen. Für solche Dienststellen gibt es dann – so meinen wir – durchaus auch die Möglichkeit, eigene Einnahmen zu erzielen. Warum eigentlich nicht? Sie sollen erfolgs- und leistungsorientiert arbeiten.

Nun hat die FDP/DVP heute ja gleichzeitig noch den Gesetzentwurf zur Änderung der Gemeindeordnung, Drucksache 11/901, eingebracht. Ich muß sagen: Da treiben Sie es in meinen Augen auf die Spitze. Unter dem Strich ist das nichts anderes, als daß alles, was sich irgendwie versilbern läßt, an die Privaten gehen soll und alles, was defizitär ist, bei der Kommune bleibt. Das ist das, was unter dem Strich bei diesen Vorstellungen herauskommt.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Ach was! Das ist ein Unsinn!)

Ich finde, ein solcher Vorschlag ist gerade für Kommunalpolitiker äußerst ärgerlich, Herr Döring,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Sie bauen einen Popanz auf!)

(Renz)

und zwar schon aus dem Grund, weil Sie vom Land aus der lokalen Ebene vorschreiben wollen, wie so etwas geht, obwohl die Gemeinden aus ihrer Sach- und Ortskenntnis heraus selbst am besten wissen, welche Aufgaben wie angemessen gelöst werden können. Das wollen Sie vom Land aus vorschreiben.

(Beifall des Abg. Bütikofer GRÜNE – Zuruf des Abg. Ströbele CDU)

Ich finde das mehr als ärgerlich.

Ich bin in meiner Heimatgemeinde im Gemeinderat, Herr Döring. Wir haben kürzlich den Vertrag eines privaten Anbieters im Bereich der Straßenreinigung nicht verlängert. Die Straßenreinigung erfolgt durch die Kehrmaschine der Nachbarstadt.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP unterhält sich mit Abg. Bütikofer GRÜNE.)

– Herr Döring! – Das war nur ein Beispiel. Die Maschine der Nachbarstadt ist besser ausgelastet, und bei uns ist das gesamte Gremium wesentlich zufriedener. Jetzt müssen Sie mir einmal sagen: Warum wollen Sie einem Gemeinderat so etwas verbieten? Das ist überhaupt nicht einzusehen und im Grunde deshalb ärgerlich.

(Abg. Ströbele und Abg. List CDU: Sehr richtig! – Abg. Jacobi GRÜNE: Das wissen die Gemeinderäte von der FDP auch nicht! – Lachen des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Wer, wie die FDP/DVP heute wieder einmal, die Privatisierung als ein Patentrezept anbietet – das ist das eigentliche Problem dessen, was Sie gemacht haben, Herr Döring –, stellt im Grunde den Weg für neue Lösungen und für eine effiziente Aufgabenerfüllung.

Sie schreiben, Privatisierung sei das politische Gebot der Stunde. Das mag stimmen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Der erste richtige Satz!)

Aber es ist nicht pauschal für das Gemeinwesen richtig, sondern es ist für Sie selbst richtig, für die Klientel der FDP. Es ist aber so: Klientelpflege, meine Damen und Herren, reicht heute nicht mehr, um Perspektiven zu gewinnen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN – Abg. Pfister FDP/DVP: Die Rede war gut, aber der Abgang war schwach!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat der Herr Wirtschaftsminister.

Wirtschaftsminister Dr. Spöri: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema eignet sich sehr für eine ideologiefixierte Auseinandersetzung.

(Zuruf des Abg. Jacobi GRÜNE)

Ich finde es, abgesehen von einigen Ausnahmen, sehr erfreulich, daß wir hier sehr fallbezogen und undogmatisch diskutiert haben.

Wir haben in der Stellungnahme zum Antrag der FDP/DVP ja klargestellt – ich möchte jetzt noch auf einige Punkte, die hier angesprochen worden sind, eingehen –, daß das Land Baden-Württemberg bei den öffentlichen Aufgaben – nicht beim Anteilsbesitz – schon einen relativ hohen Privatisierungsgrad erreicht hat.

Wenn man eine solche Anfrage macht, muß man natürlich zwischen der Privatisierung öffentlicher Aufgaben und Dienstleistungen auf der einen Seite und der Privatisierung von staatlichen Anteilen an Unternehmungen auf der anderen Seite unterscheiden. Da muß man ganz deutlich differenzieren. Im Bereich der Privatisierung von Aufgaben ist in der Vergangenheit sehr viel geschehen. Hier stecken aus meiner Sicht auch die größten Privatisierungspotentiale.

Diese Landesregierung hat sich im Zusammenhang mit der Funktionalreform in der öffentlichen Verwaltung eine Privatisierungszielsetzung vorgenommen. Es ist richtig, daß hier konkret gesagt worden ist, daß im Bereich der Vermessungsverwaltung, im Bereich der Umweltüberwachung, im Bereich der staatlichen Hochbauverwaltung, im Bereich der staatlichen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt oder beim Landesdenkmalamt durchaus noch größere Privatisierungspotentiale enthalten sind. Deswegen hat die Landesregierung hierzu Arbeitsgruppen eingesetzt, die im Oktober, Herr Kollege Döring, ganz konkret ihr Ergebnis vorlegen sollen, welche Privatisierungspotentiale in diesen Aufgabenbereichen noch stecken.

Wir werden im Oktober im Ministerrat über zusätzliche Privatisierungsbereiche entscheiden, aber folgendes muß ganz klar sein: Erstens: Die Qualität dieser Dienstleistungen muß im Rahmen der Privatisierung äquivalent erbracht werden. Zweitens: Wir müssen natürlich in diesen Bereichen die Arbeitsplatzsicherheit für die öffentlich Bediensteten gewährleisten. Das sind die zwei Eckpunkte, die ich hier nennen möchte.

Man darf auch nicht außer acht lassen – das ist nur eine Arabeske –, daß es auch Privatisierungen in organisationsrechtlicher Form im öffentlich-rechtlichen Bereich gibt, die nicht zu unterschätzen sind, zum Beispiel die Umwandlung in die Rechtsform der GmbH, die sich anbietet und durch die es ja möglich ist, weit betriebswirtschaftlich effizienter als in der bisherigen Rechtsform zu agieren.

Jetzt zum Anteilsbesitz. Ich bitte Sie, sich bei der Privatisierung staatlicher Aufgabenbereiche nicht so sehr auf den Anteilsbesitz zu fixieren. Ich komme gleich zur Begründung.

Bei der Privatisierung des Anteilbesitzes wurden zunächst einmal die Banken angesprochen. Das Land hat in einem Fall, nämlich bei der Deutschen Pfandbrief- und Hypothekbank in Wiesbaden, seinen geringen Anteil im letzten Jahr veräußert. Es wurde ja moniert, daß der Meinungsbildungsprozeß über die Veräußerung von Bankbeteiligungen in der Landesregierung noch nicht abgeschlossen sei. Ich möchte Ihnen dazu meine Meinung sagen. Im Rahmen dieses Meinungsbildungsprozesses möchte ich zunächst an eine zwischen dem Finanzminister und mir völlig identische Position anknüpfen.

(Abg. Renz GRÜNE: Schon wieder!)

(Minister Dr. Spöri)

Sie kommen kaum darum herum, dieser Meinung beizupflichten, Herr Renz, warten Sie einmal ab.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Dann haben wir ein Kleeblatt! – Abg. Pfister FDP/DVP: Die Jusos finden das auch richtig! – Lachen bei den Republikanern)

Wenn man gegenwärtig die konkreten Sanierungsfälle in Baden-Württemberg betrachtet – und wir diskutieren das ja, liebe Kollegen, im Wirtschaftsausschuß –, bei denen es wegen der konjunkturellen Entwicklung zu Zahlungsschwierigkeiten kommt, bei denen aber Betriebsteile und -substanz vorliegen, die eigentlich mittelfristig lebensfähig sind, dann macht man in dieser Rezession, die mit Strukturproblemen gekoppelt ist, immer mehr die Erfahrung, daß sich Banken auch aus Betrieben zurückziehen wollen, die prinzipiell mittelfristig lebensfähig sind. Das heißt, hier besteht ganz konkret die Gefahr der Vernichtung wirklich existenzfähiger Betriebssubstanz.

(Zustimmung des Abg. Renz GRÜNE – Abg. Weyrosta SPD: Mehr Mut zum Risiko, bitte!)

Ich mache die negative Erfahrung, daß die Banken, die ihre Sitze woanders, außerhalb Baden-Württembergs, haben, relativ schnell bereit sind, einen Betrieb auf gut schwäbisch den Bach runtergehen zu lassen, vielleicht sogar deswegen relativ schnell dazu bereit sind, weil sie an einem konkurrierenden Unternehmen beteiligt und an einer Marktberichtigung zu Lasten baden-württembergischer Arbeitsplätze interessiert sind.

Das heißt, ich bin unheimlich froh – und das ist die identische Position mit dem Finanzminister, und wer anders denkt, soll eine andere Meinung dazu sagen –, daß wir zumindest in der Landeskreditbank ein strukturpolitisches Instrument haben, mit dem wir in dieser Situation schwieriger Sanierungsprobleme agieren können. Ich würde dieses strukturpolitische Instrumentarium durch irgendwelche Privatisierungsziele überhaupt nicht zur Disposition stellen. Ich muß Ihnen im Gegenteil dazu sagen: Ich bin durchaus bereit, strukturpolitisch funktionslose Beteiligungen, irgendwelche Pipifax-Beteiligungen bei irgendwelchen anderen Unternehmen, zur Disposition zu stellen. Diese können wir auch veräußern. Wir müssen uns nur darüber unterhalten, ob das überhaupt Geld bringt. Darauf gehe ich gleich ein.

Ich bin aber der Auffassung, daß der öffentliche Bankensektor in Baden-Württemberg eigentlich noch stärker werden müßte. Ich knüpfe dabei an eine Diskussion in der Vergangenheit an. Die Defizitanalyse des früheren Ministerpräsidenten in diesem Zusammenhang war durchaus richtig. Wir leiden gegenwärtig in dieser Rezession unter der Tatsache, daß viele Betriebe von Poolführern abhängig sind, die ihren Hauptsitz nicht in Baden-Württemberg haben. Deswegen wünsche ich mir eigentlich nach wie vor, daß der öffentliche Bankensektor weiter gestärkt wird. Es gibt neben der landeseigenen L-Bank ein anderes öffentliches Institut, an dem wir nicht beteiligt sind, die SüdwestLB, die sich in den letzten Jahren auch sehr gut entwickelt hat. Diese Debatte ist aus meiner Sicht aus struktur- und wirtschaftspolitischen Gründen nicht abzuschließen. Ich werde an diesem Thema weiter dranbleiben. Aber ich bitte um Verständnis,

daß diejenigen, die hier eine Lösung erreichen wollen – das steht nicht in der Koalitionsvereinbarung –, daß diejenigen, die hier vorankommen wollen – –

(Abg. Weyrosta SPD: Muß auch nicht!)

– Ja, muß auch nicht. Es ist ein strukturpolitisches und ein wirtschaftspolitisches Gebot, hier weiterzumachen. – Aus unserer Erfahrung, einer negativen Erfahrung, wissen wir, daß diejenigen, die auf diesem Gebiet Lösungen erreichen wollen,

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

Herr Kollege Weyrosta, ihr Modell nicht vorweg der Öffentlichkeit präsentieren können, denn sonst bekommen sie es unmöglich durch.

(Abg. Weyrosta SPD: Das habe ich bei der großen Landesbank gemerkt! Da habe ich eine auf die Schnauze bekommen!)

Das ist die negative Erfahrung aus der bankpolitischen Diskussion.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch den finanzpolitischen Aspekt ansprechen. In dieser unheimlich sachlichen Diskussion, die wegen dieser Sachlichkeit Spaß macht, hat keine Rolle gespielt, was an Geld für den Landeshaushalt zu erwirtschaften wäre, wenn eine Beteiligung aus einer Beteiligungsliste veräußert würde. Es ist der Aspekt, daß ein wesentlicher Teil aller Landesbeteiligungen an Unternehmungen inzwischen auf die Landesholding, auf eine Beteiligungsgesellschaft, übertragen worden ist. Das ist ein Problem, wenn es um den finanziellen Erlös geht. Die Gourmets, die finanzpolitischen Kenner, wissen selbstverständlich ganz genau, daß bei einem Verkauf eines derartigen Anteilsbesitzes, gleichgültig, ob es 5 % oder 30 % sind, sofort Körperschaftsteuerpflichtigkeit und Gewerbesteuerpflichtigkeit eintreten. Wenn man dann vergleicht, was netto vom Verkaufserlös übrigbleibt, und das mit dem vergleicht, was prinzipiell mittelfristig an Ausschüttung bei diesen Unternehmungen möglich ist und was durch die Holdingkonstruktion bisher auch an Steuervergütungen möglich ist, kommt man per saldo zu dem Ergebnis, daß die finanziellen Nachteile für den öffentlichen Sektor, das heißt für das Land, größer sind. Daran sind schon manche Privatisierungsüberlegungen im Land gescheitert. Man hat sie deshalb nicht weiterverfolgt. Das heißt, ein Großteil der interessanten Projekte, die diskutiert worden sind – ich nenne hier nur einmal Duftmarken –, sind einfach in dieser Holding, und sie ziehen bei einer Privatisierung natürlich einen solchen finanziellen Nachteil nach sich. Es sind der Anteil an der Baden-Württembergischen Bank, die LEG, der Badenwerk-Anteil, der EVS-Anteil und unser Anteil, zumindest zu 95 %, an der Badischen Staatsbrauerei Rotthaus.

Es läßt sich also sehr leicht fragen: Warum brauchen wir solche Beteiligungen? Aber ich sage Ihnen: In all diesen Fällen machen Sie nicht Kasse. Das ist das Problem, vor dem letzten Endes sicherlich auch der Finanzminister stehen wird.

(Minister Dr. Spöri)

Dann kommt natürlich die Erkenntnis, daß der Schwung der Privatisierung sehr schnell abnimmt, wenn es um die Veräußerung von Anteilsbesitz geht. Deshalb meine Empfehlung: Konzentrieren Sie sich bei der Privatisierung auf staatliche Dienstleistungen. Da ist dieser Ansatz sicherlich richtig und sind die Potentiale größer.

Selbst wenn es möglich ist – –

(Abg. Renz GRÜNE: Wollen Sie es?)

– Ich habe gesagt, daß wir beim Gros des Anteilsbesitzes keine Kasse machen. Deswegen gehe ich auf die finanzpolitische Debatte ein. Das ist ja sehr spannend. Es wurde gesagt, wir könnten Schulden reduzieren. Wir können aber nur dann Schulden reduzieren, wenn wir bei einem Verkauf per saldo einen Überschuß erzielen.

(Abg. Weyrosta SPD: So ist es!)

Deswegen muß man konkret das Problem der Landesholding diskutieren. Dann nimmt der Schwung bei der Veräußerung von Anteilsbesitz sehr schnell ab, zumindest wenn Sie in der Verantwortung stehen.

(Beifall des Abg. Dr. Puchta SPD)

Meine Damen und Herren, selbst wenn es einen Überschuß gibt, wenn es einen Verkaufserlös gibt – unabhängig von der Holdingproblematik, es gibt ja auch noch außerhalb der Holding staatlichen Anteilsbesitz –, dann möchte ich hier doch die Frage aufwerfen, ob das wirklich ein Beitrag zur Lösung der großen Finanzierungsprobleme ist, in denen unser Gemeinwesen gegenwärtig steckt. Ich glaube, daß dies in dem Jahr, in welchem Sie den Anteil veräußern, im Grunde genommen nur ein einmaliger kosmetischer Effekt ist. Herr Döring, prinzipiell bin ich bereit, über konkrete Projekte mit Ihnen zu diskutieren, wenn wir einen Nettoverkaufserlös erzielen, wenn wir dieses Geld für andere wichtige landespolitische Ziele einsetzen können, zum Beispiel für die Standortsicherung im infrastrukturellen Bereich, wenn wir dadurch finanzielle Masse für die großen wirtschaftspolitischen Aufgaben freimachen können und wenn dieser Anteilsbesitz strukturell für das Land funktionslos ist. Ich meine jedoch, meine Damen und Herren, daß damit ein Erfolg im Bereich der Konsolidierung nicht verbunden ist. Schuldenkonsolidierung, Lösung der finanziellen Probleme bedeutet für mich nicht den kosmetischen Effekt der Senkung der Nettokreditaufnahme um den Nettoverkaufserlös im Verkaufsjahr, sondern Schuldenkonsolidierung bedeutet für mich einen nachhaltigen Absenkungseffekt bei der Nettokreditaufnahme des Landeshaushalts. Dies erreichen Sie durch solche Veräußerungsvorgänge nicht. Damit können Sie andere Zwecke erreichen, aber nicht den Konsolidierungseffekt.

Deswegen führt nichts daran vorbei: Wenn man seriöse Schuldenkonsolidierung betreiben möchte, dann geht dies nicht über Anteilsbesitzveräußerungen, sondern nur über das unangenehme Instrument, das wir gegenwärtig auch alle zusammen praktizieren, nämlich Abgabenerhöhung oder, noch viel besser, Sparen, also eine grundlegende Umstrukturierung des Haushalts.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Abg. List.

Abg. List CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zum allgemeinen Privatisierungsteil nicht mehr viel sagen. Herr Kollege Kurz hat dies für die Fraktion vorgetragen.

Im Anschluß an das, was der Herr Wirtschaftsminister gesagt hat, noch einen Satz: Es ist, denke ich, sehr wichtig, daß man die Felder, die er aufgeführt hat, die sich echt für eine Privatisierung von Aufgaben eignen, beispielsweise um das Thema Kraftfahrzeugzulassung erweitert. Es ist überhaupt nicht einzusehen, daß das ein hoheitlicher Akt sein muß. Hier könnte sich doch ein gewaltiges Privatisierungspotential auf tun.

(Abg. Ströbele CDU: Umweltschutz!)

Aber nun zu dem Teil, der die Kommunen betrifft, nämlich zu der Änderung der Gemeindeordnung, die von der FDP/DVP beantragt ist.

Ich möchte voranstellen, daß ich aus einer Stadt komme, die dafür bekannt ist, daß sie überhaupt keine Berührungsängste hat, was die Privatisierung von kommunalen Leistungen anlangt. Herr Döring, es klingt natürlich sehr interessant und sehr verfolgenswert, was Sie hier zu der Zielsetzung sagen, aber bei näherem Hinsehen muß man eben klar feststellen, was von einigen Vorrednern zumindest andeutungsweise gesagt wurde, daß mit Ihrem Vorhaben ein gewaltiger Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung verbunden wäre. Ich meine, genau aus dem Grund, den Sie eigentlich selber angeführt haben, dürfen wir Vertrauen in die kommunale Selbstverwaltung haben, auch in diesem Punkt. Wir dürfen darauf vertrauen, daß die Städte und Gemeinden, daß die Gemeinderäte in den Kommunen bereit sind, sich in dieser Frage offen zu geben und daß sie selber und eigenverantwortlich entscheiden können, ob sie privatisieren wollen und ob sich eine Aufgabe für die Privatisierung eignet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Weyrosta SPD: Genau so ist es!)

Genau die Erfahrungen, Herr Döring, die Sie aus der Stellungnahme der Landesregierung vorgetragen haben, beweisen, daß die Verschärfung nicht notwendig ist, sondern daß die Kommunen die Privatisierung dort, wo sie sich anbietet, selber anstreben, daß sie ihr nicht entgegenstehen und daß sich das Thema im ständigen Wandel befindet.

Also lassen wir doch die Eigenentscheidung der unteren Ebene in unserem Staatsaufbau

(Abg. Ströbele CDU: So ist es!)

auch in diesem Punkt, indem wir sagen: Die Gemeinde entscheidet eigenverantwortlich.

Sie haben sinngemäß gesagt, man müsse die Privatisierung an konkreten Fällen festmachen. Wie wahr! Das, was Sie zu der Zielsetzung Ihres Gesetzentwurfs unter Buchstabe A sagen, ist eine Behauptung, der jeder Beweis fehlt:

(List)

Die Gemeinden betreiben noch in zu großem Umfang wirtschaftliche Unternehmen, die an sich genausogut oder kostengünstiger von Privaten betrieben werden können.

Sie wollen feststellen lassen, ob der Private eine Aufgabe schlechter erfüllt als die Kommune. Da muß man natürlich fragen: Wer soll objektiv feststellen, ob das eine oder das andere stimmt? Ich denke, daß auch da vor einem zu starken Eingriff in die kommunale Hoheit gewarnt werden muß.

Ich möchte Ihnen anhand eines Beispiels sagen, wie schwer das zu beurteilen ist. Nehmen wir einmal das Gebiet des Wohnungsbaus, wo Sie ja ein ganz progressives Fraktionsmitglied haben. Herr Kollege Kiel – er ist leider heute nicht da – sagt immer wieder, er habe im sogenannten Fellbacher Modell den Stein des Weisen gefunden.

(Abg. Renz GRÜNE: Und ein Minister, welcher Subventionen verteilt!)

Ich möchte es nicht aus der Sicht der Wohnungswirtschaft und der Wohnraumversorgung beurteilen. Da hat er schon genügend Antworten bekommen. Aber der Unterschied ist, wenn ich es jetzt rein gemeindegewirtschaftlich betrachte: Wenn eine Stadt ein Wohnungsunternehmen hat – ich kann das jetzt nicht in allen Details ausführen –, dann kann dieses mindestens die erwirtschaftete Abschreibung aus dem Gebäudebesitz und das, was es an stillen Reserven durch den Wertzuwachs bekommt und dann realisiert, auch wenn nicht unbedingt Gewinne aus dem Unternehmen selber erwirtschaftet werden, nachher in den sozialen Wohnungsbau stecken, kann es dort hinlenken, wo der größte Bedarf ist, wo Menschen dringend auf eine Wohnung warten und sich in diesem Punkt selber nicht helfen können. Wenn ich aber das Modell Kiel nehme, dann ist der Wertzuwachs nicht bei der Kommune, sondern voll beim Privaten. Die soziale Sprengbombe zündet nach zehn Jahren, wenn die Bindung weggefallen ist.

(Abg. Brechtken SPD: Das will doch die FDP, Herr Kollege! – Abg. Ströbele CDU: Sehr richtig!)

Dann zündet die Sprengbombe, und die Versorgung mit Wohnraum ist dann nicht mehr garantiert.

Ich möchte anhand dieses Beispiels nur sagen: Aus Ihrer Begründung des Gesetzentwurfs kann durchaus gefolgert werden: Auch der Wohnungsbau muß privatisiert werden, auch in dem Punkt, wo es um sozialen Wohnungsbau geht, weil der Private nicht schlechter wirtschaftet als die Kommune. Das bestreitet ja gar niemand. Aber aus der langfristigen kommunalpolitischen Zielsetzung heraus ist es doch richtig, das eigene Wohnungsbauunternehmen bei der Kommune zu halten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Bütikofer GRÜNE: Ich glaube, der Döring ist da nicht der Meinung vom Kiel! – Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

Letzte Bemerkung: Das, was der Herr Wirtschaftsminister zur Landesholding gesagt hat, gilt natürlich auch für die Kommunalholdings.

(Abg. Weyrosta SPD: Natürlich!)

Wir haben auch in den Kommunen längst erkannt, wie sinnvoll und wie nützlich eine Holding, wo ich die ganzen kommunalen Betriebe zusammenfasse und wo ich die gegenseitige Verrechnungsmöglichkeit habe, für die Aufgabenerfüllung sein kann.

(Abg. Weyrosta SPD: Der Kiel ist da! – Abg. Kiel FDP/DVP: Aber du irrst dich halt doch, lieber Kollege! – Abg. Weyrosta SPD: Der Kiel kommt immer, aber immer ein bißchen später!)

Ich denke, daß Gelegenheit besteht, im Ausschuß noch ausführlich über dieses Thema zu sprechen. Ich freue mich darauf, daß wir uns da im einzelnen auseinandersetzen können.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Abg. Redling.

Abg. Redling SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Döring, gestern hat eine nicht unbedeutende Zeitung unseres Landes geschrieben – das will ich einmal kurz vorlesen –:

Der FDP-Fraktionschef

– also Sie, Herr Döring –

gibt sich keinen Illusionen über die eigene Rolle als Opposition hin.

Und weiter:

Wir müßten mit drei bis fünf Themen unverwechselbar auftreten.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Bis jetzt ist das alles richtig!)

Dann heißt es weiter:

Mit der Privatisierung ist ein typischer FDP-Schwerpunkt erkennbar, der aber angesichts der wirtschaftlichen Krise nicht gerade ein Profilierungsrenner ist.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Das habe ich nicht gesagt!)

Auch Döring weiß, daß die strukturellen Probleme des Standorts Baden-Württemberg wichtiger wären, doch bei diesem Schlüsselthema fehlt der Fraktion die Kompetenz.

(Abg. Weyrosta SPD: So ist es! Jetzt ist dieser Punkt auch abgehakt!)

Diese, scheint mir, Herr Döring, fehlt Ihnen auch bei der Novellierung der Gemeindeordnung. Sie haben aus dem großen Themenbereich Gemeindeordnung ein kleines Thema herausgenommen, es vorangestellt und so getan, als ob damit alles geregelt wäre, was die Gemeindeordnung betrifft.

Was mich auch verwundert – das möchte ich hier auch sagen –, ist, daß gerade Sie als die Partei, die die kommunale

(Redling)

Selbstverwaltung angeblich immer so hochhält, hier bis aufs I-Tüpfelchen vorschreiben wollen, was die Gemeinden machen dürfen, machen müssen oder nicht machen dürfen. Dies ist doch etwas, was nicht ins gesamte Bild hineinpaßt.

Zum anderen: Ihre Begründung für diese Änderung des § 102 der Gemeindeordnung ist sehr dürftig. Ich weiß auch, warum. Den Paragraphen selbst konnten Sie beinahe wortwörtlich aus einer anderen Gemeindeordnung abschreiben, nämlich aus der Gemeindeordnung von Schleswig-Holstein. Die Begründung ist dort eben nicht dabei. Deshalb ist sie etwas dürftig ausgefallen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU)

Sie hätten, Herr Döring, die wirklichen Themen, die die Gemeindeordnung betreffen, aufgreifen müssen, zum Beispiel die Fragen: Wie müssen wir die Rechtsaufsicht in unseren Gemeinden ausgestalten? Was muß da geschehen? Was müssen wir ändern? Müssen wir den Kommunen mehr Eigenverantwortung geben? Müssen wir die kommunale Selbstverwaltung stärken? Müssen wir die Rechtsaufsicht auf das rechtlich unumgänglich notwendige Maß beschränken und die Kommunen mehr beraten und ihnen nicht mehr vorschreiben? Sie hätten sich, wenn Sie schon anfangen, die Gemeindeordnung novellieren zu wollen, vielleicht auch Gedanken machen müssen, ob wir die Frauenbeauftragte in den Kommunen vielleicht doch haben müssen. Jedenfalls hätten Sie sich darüber Gedanken machen müssen. Ich will jetzt nicht sagen, ob wir sie brauchen oder nicht brauchen. Aber damit hätten Sie sich auseinandersetzen müssen.

Auch zu anderen Themen der Gemeindeordnung sagen Sie nichts: Das kommunale EG-Ausländer-Wahlrecht ist ein Thema, das aufgrund EG-Rechts mit Ablauf des nächsten Jahres auf uns zukommt. Auch hier Schweigen im Walde.

Thema „Stärkung der Rechte der Gemeinderäte, bessere Absicherung ihres Verdienstes, Rentenausfall“ – kein Wort dazu, Herr Döring.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Ach, du liebe Zeit!)

– Ich kann Ihnen noch mehr aufzählen, was Sie nicht gemacht haben.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Ich bin beeindruckt!)

– Hoffentlich, Herr Döring. – Sie sollten sich eben, was Kompetenz anbetrifft, nicht immer auf ein einziges Thema beschränken, sondern sollten, wenn Sie schon einen Novellierungsentwurf vorlegen, die ganze Bandbreite, die zur Zeit aktuell ist, ansprechen.

Ich will Ihnen auch sagen, was wir, wenn wir an die Novellierung der Gemeindeordnung denken, in Angriff nehmen wollen. Wir meinen, daß wir den Kündigungsschutz für kommunale Mandatsträger ausdehnen müssen, daß wir überlegen müssen, ob wir die unechte Teilortswahl vereinheitlichen können, ob wir die Fehler der Vergangenheit nicht ausmerzen müssen. Dies sind Themen, die unsere Gemeinden und unsere Mandatsträger berühren.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Auf welcher Baustelle sind Sie denn gerade?)

– Bei der Gemeindeordnung, Herr Döring. Aber – das habe ich am Anfang gesagt – Ihnen fehlt, was das anbetrifft, die Kompetenz.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abgeordneter, ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abg. Redling SPD: Hier steht etwas, was ich mit meiner Brille nicht richtig lesen kann.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: „Ende der Redezeit“ steht da!)

– Danke. – Deshalb nur noch ganz kurz etwas, womit Sie sich hätten beschäftigen können, wenn es um die Gemeindeordnung geht. Das ist die Frage – die schließt sich für mich auch an, wenn Sie hier etwas verkürzt eine Novellierung der Gemeindeordnung ansprechen –, ob man nicht die Problematik dieser unernten Bewerbungen bei Bürgermeisterwahlen einer Lösung zuführen sollte. Auch dies hätten Sie ansprechen sollen. Aber, Herr Döring, was nicht ist, kann ja noch werden. Wir werden im Innenausschuß sicher über alle diese Probleme reden. Ihr Vertreter kann dann seine Kompetenz einbringen. Wir werden sehen, was wir dann zusammen machen können.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Abg. Schaal.

Abg. Schaal REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn Sie mir aufmerksam zuhören, dann werde ich meine Zeit einhalten.

(Heiterkeit – Abg. Bütikofer GRÜNE: Das ist ja Erpressung!)

Weniger Staat, mehr Markt, Privatisierung von Gemeindebetrieben. Privatisierung verstanden als Daueraufgabe. Im Behördenspiegel las ich von einem Fachmann, Dr. Fritz Knauss:

Wir sind Ludwig Erhard zu besonderem Dank verpflichtet, daß er uns vor dem Irrglauben an die Staatswirtschaft bewahrt hat. Warum sind Staatsunternehmen vom System her anfälliger für Ineffizienz? Wenn man sie nicht wie Privatunternehmen führt, lauern große Gefahren.

Politik und Administration sind ständig in Versuchung, in die Unternehmen hineinzuregieren. Das gilt eben auch für die Gemeinden. Die Folgen dieser weltweit anzutreffenden Fehler der Beteiligungsführung sind in der Regel Verluste.

Daß eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden nicht unproblematisch ist, liegt auf der Hand. Die Teilnahme am Wettbewerb ist mit nicht zu unterschätzenden Risiken und Gefahren verbunden.

Es ist unbestritten, daß es der Stellung der Gemeinde als Verwalter öffentlicher Angelegenheiten nicht entspricht, sich als Unternehmer schrankenlos zu betätigen. Die Ge-

(Schaal)

meinden dürfen sich, wie wir alle wissen, nur unter bestimmten Voraussetzungen wirtschaftlich engagieren.

(Beifall des Abg. Deuschle REP – Abg. Pfister FDP/DVP: Wer hat das gesagt?)

– Das steht im Gesetz. Ich kann es Ihnen nachher sagen. – Da alle wirtschaftlichen Unternehmen grundsätzlich auch von einem Privatunternehmen betrieben werden könnten, ist hierfür in § 104 der Gemeindeordnung – hier habe ich sogar die Stelle gefunden – festgelegt, daß sich die Gemeinden nur dann an einem rechtlich selbständigen wirtschaftlichen Unternehmen beteiligen dürfen, wenn der öffentliche Zweck nicht ebensogut durch einen Eigenbetrieb erfüllt werden kann. Das steht auch in dem Antrag.

(Sehr gut! und Beifall des Abg. Pfister FDP/DVP)

Die Unternehmen, zu deren Betrieb die Gemeinden gesetzlich verpflichtet sind, fallen nicht darunter. Ich denke, es geht um das Gesetz. Dabei geht es um ein sehr wichtiges Gesetz.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Man muß davon ausgehen, daß sich wirtschaftliche Unternehmen und öffentliche Einrichtungen nicht wie klar abgrenzbare Bereiche, sondern als überschneidende Kreise gegenüberstehen. Wasser-, Gas-, Elektrizitäts- und Fernheizwerke, Verkehrsbetriebe, Flughäfen, Schlachthöfe und Bäderbetriebe sind alle als kommunale oder gemeindliche Einrichtungen oder als wirtschaftliche Unternehmen denkbar.

Alles gemeindliche Wirtschaften muß stets einen „öffentlichen Zweck“ – eine im öffentlichen Interesse gebotene Versorgung der Einwohnerschaft – zum Gegenstand haben. Andere Betriebe kann es eigentlich nicht geben. Der Begriff „öffentlicher Zweck“ bedürfte einer genaueren Klärung.

Durch den Gesetzentwurf ist vorgesehen, zwei wesentliche Änderungen neu in die Gemeindeordnung einzufügen. Die Gemeinde darf Unternehmen nur errichten, wenn deren Zweck „nicht durch private Unternehmen in gleicher Weise und gleich wirtschaftlich oder besser erfüllt werden kann“. Wirtschaftliche Unternehmen, die auf Dauer nicht die Voraussetzungen erfüllen, dürfen nicht als Unternehmen der Gemeinde oder sonst zu Lasten der Gemeinde weitergeführt werden. Sinnvollerweise muß berücksichtigt werden, daß die verlangte unverzügliche Privatisierung

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt. – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

– ich werde durch dieses Licht nervös –

(Abg. Renz GRÜNE: Zuhalten!)

nur mit Zeitverzögerung, von Fall zu Fall nur langfristig zu schaffen ist,

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

damit in Ruhe private Anbieter ausgewählt werden können.

Es gibt in diesem Bereich – gerade die SPD sollte jetzt zuhören – viele Betriebe, die keine Chance haben, Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Hier sind Arbeitsplatzverluste nicht zu vermeiden.

Die Frage muß jetzt sein: Dient der Gesetzentwurf der FDP/DVP-Fraktion wirklich dem Ziel, privatwirtschaftliche Tätigkeiten der Kommunen einzuschränken? Ist ein Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung mit all seinen bürokratischen Anstrengungen und den damit verbundenen Kosten wirklich erforderlich? Reichen die bestehenden Gesetze nicht aus?

Bevor man – wie mit diesem Gesetzentwurf vorgesehen – die Bedingungen für die Geschäftsbetriebe der Gemeinden verschärft und gleichzeitig mit Rücksicht auf das gebotene öffentliche Interesse, das von der Daseinsvorsorge bestimmt ist und nicht genau bestimmt, was der Begriff „öffentlicher Zweck“ beinhaltet, Änderungen vornimmt, bleibt die letzte Verantwortung bei den Gemeinden. Der gewünschte Effekt, nämlich „privatwirtschaftliche Tätigkeit“ der Kommunen einzuschränken, hängt weiterhin davon ab, ob die Gemeinden einsichtig sind.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abgeordneter, ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

Abg. Schaal REP: Unser Gegenvorschlag – das ist der Schluß – lautet: Eine korrekte Einhaltung des § 102 Abs. 1 bis 3 des bisherigen Gesetzes wird durch eine Art West-Treuhand-Stelle, die eventuell bei den Landratsämtern angesiedelt wird, beratend und betreuend durchgesetzt.

(Beifall bei den Republikanern und des Abg. Dr. Döring FDP/DVP – Zuruf des Abg. Renz GRÜNE)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kiel.

(Zurufe, u. a. des Abg. Weyrosta SPD sowie von den GRÜNEN)

Abg. Kiel FDP/DVP: Ich weiß, Sie wollen alle zum Mittagessen. Ich doch auch.

(Heiterkeit)

Es sind ja auch nur noch zweieinhalb Minuten.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege List, ich habe das, was Sie gesagt haben, gehört, jedenfalls zum Teil.

(Abg. List CDU: Hoffentlich!)

Dazu muß ich Ihnen doch einmal etwas sagen: Der entscheidende Unterschied zwischen Ihrer Position und unserer Position ist offenbar der, daß wir nicht davon überzeugt sind, daß eine Stadt über viele Wohnungen verfügen und sie besitzen muß, sondern daß es genügt, wenn sie für den Kreis Einfluß darauf nehmen kann, der im Grunde genommen allein diese hohen Mieten nicht zahlen kann.

(Beifall des Abg. Pfister FDP/DVP – Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

(Kiel)

Das ist der entscheidende Unterschied.

Wenn Sie das Fellbacher Modell einmal richtig durchrechnen, kommen Sie eben zu anderen Ergebnissen. Es ist jetzt sicherlich nicht die Zeit, Ihnen das noch einmal aufzuzeigen, aber ich bin gerne bereit, Ihnen das einmal auf Heller und Pfennig nachzuweisen. Andernfalls hätte auch die Landesregierung diesen vierten Förderweg, der ja durchaus auf diesem System aufbaut, den Kommunen sicher nicht angeboten. Ich kann eigentlich nur hoffen, daß viele Kommunen davon Gebrauch machen werden. Wir, die Stadt Fellbach, werden es übrigens – das habe ich dem Herrn Wirtschaftsminister schon einmal bei anderer Gelegenheit gesagt – auf jeden Fall auch tun, weil wir nämlich die breite Palette nehmen und nicht meinen, nur das Fellbacher Modell sei das allein seligmachende.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: So ist es!)

Aber zu meinen, daß dies für die Zukunft kein richtiger Weg wäre, ist sicherlich ein Irrtum.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. List CDU: Moment, eine Frage noch!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat der Herr Innenminister.

(Abg. List CDU: Eine Frage noch!)

– Ich habe schon das Wort erteilt!

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ihr könnt noch miteinander schwätzen!)

Innenminister Birzele: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da die Punkte 3 und 5 der Tagesordnung miteinander verbunden wurden, müssen Sie es hinnehmen, daß zu diesen verbundenen Tagesordnungspunkten zwei Mitglieder der Landesregierung sprechen.

(Abg. Scheuermann CDU: Das sind wir gewöhnt! Solange es nur zwei sind, geht es noch! – Abg. Meyer CDU: Das ist nicht neu!)

Herr Kollege Döring, ich werde mich deshalb ausschließlich auf den vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung der Gemeindeordnung beschränken.

Dieser Gesetzentwurf unterstellt – worauf der Kollege List bereits zutreffend hingewiesen hat –, daß die Kommunalunternehmen generell unwirtschaftlicher agieren würden als private, ohne hierfür auch nur den geringsten Beweis anzutreten.

(Abg. List CDU: So ist es!)

Zusätzlich ist zu Ihrer Wortwahl zu bemerken: Sie wollen die Einschränkung auf privatwirtschaftliche Tätigkeiten nach der Zielsetzung. Bei § 102 geht es ja ganz allgemein um die Zulässigkeit wirtschaftlicher Unternehmen. Sie verkennen völlig, daß das eigentliche Problem von Defiziten etc. gerade im nichtwirtschaftlichen Bereich liegt. Zu diesem Bereich schweigen Sie sich aber aus.

Ich will darauf hinweisen, daß bereits nach dem Gebot der Wirtschaftlichkeit, das in § 77 der Gemeindeordnung ent-

halten ist, die Gemeinden verpflichtet sind, wirtschaftlich zu handeln, also zu prüfen haben, ob zum Beispiel ein privates Unternehmen den Zweck wirtschaftlicher erfüllen kann als ein von der Gemeinde betriebenes. Daraus folgt, daß gegebenenfalls gerade im Hinblick auf dieses Wirtschaftlichkeitsgebot ein kommunales Unternehmen eingestellt werden muß. Das geschieht ja auch tagtäglich in der Praxis.

(Abg. List CDU: Rechtsaufsicht!)

Darüber hinaus will ich darauf verweisen, daß das Subsidiaritätsprinzip, das Sie hier so verankert wissen wollen, nach Entstehungsgeschichte und Systematik der §§ 102 ff. der Gemeindeordnung bereits in der Gemeindeordnung enthalten ist, aber wesentlich besser, als Sie es mit Ihrem neuem Gesetzesvorschlag vorsehen wollen. So, wie das Ihr Gesetzesvorschlag vorsieht, läuft dies der Zielsetzung der Landesregierung, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken, zuwider.

Insbesondere ist der Gesetzentwurf im Hinblick auf die kommunale Selbstverwaltung, auf die Organisationshoheit in der kommunalen Selbstverwaltung bedenklich. Deshalb haben gerade die Kollegen List und Redling einer solchen Zielsetzung entschieden widersprochen. Mich würde in diesem Zusammenhang auch interessieren, was Ihr Fraktionskollege Kiel von einer solchen Zielsetzung hält, ob er denn mit dieser Zielsetzung des Gesetzentwurfs einverstanden ist.

Aber ich will Sie auch noch rechtlich darauf hinweisen, daß das Bundesverfassungsgericht in seiner im 79. Band abgedruckten Entscheidung ausdrücklich dargelegt hat, daß dann, wenn ein anderer Aufgabenträger dieselbe Aufgabe insgesamt wirtschaftlicher erledigen kann, dies allein grundsätzlich noch nicht den Entzug als kommunale Aufgabe rechtfertigt. Auch diesen verfassungsrechtlichen Gesichtspunkt – Schutz der kommunalen Selbstverwaltung – hätten Sie besser berücksichtigen müssen.

Wenn schon von Ihnen mit mehr Wirtschaftlichkeit argumentiert wird, dann habe ich auch eine Begründung dafür vermißt, warum eine Kommune bereits dann nicht mehr tätig werden soll, wenn sie genauso wirtschaftlich arbeitet wie ein Privatunternehmen. Das leuchtet mir nicht ein. Wenn der Private besser und kostengünstiger arbeitet, ist es, wie gesagt, ein Gebot des Prinzips der Wirtschaftlichkeit in den Gemeinden, in der Regel den Privaten zu beauftragen, es sei denn, es gibt ganz besondere Veranlassung, diesen Bereich in eigener Verantwortung zu behalten.

In Ihrem Gesetzentwurf liegt die Gefahr der Rosinenpickerei. Die attraktiven Dinge werden herausgelöst. Die weniger attraktiven bleiben bei der öffentlichen Hand. Hinterher wird wieder argumentiert, weil sich dann natürlich die Einnahmensituation insgesamt verschlechtert: Man sieht, die Kommunen bzw. die öffentliche Hand können insgesamt nur schlechter wirtschaften als ein Privatunternehmen.

Daraus resultieren auch ganz erhebliche Gefahren für den kommunalen Querverbund. Wenn Sie jetzt beispielsweise nehmen, daß in vielen Gemeinden bei der Frischwasserversorgung noch – ich unterstreiche das „noch“ – Gewinn erzielt wird, haben Sie hier ein Beispiel dafür, daß es sinnvoll

(Minister Birzele)

sein kann, auf kommunaler Ebene ertragreiche Geschäftsbereiche mit defizitären Geschäftsbereichen zu verbinden. Deshalb wird ja in vielen Gemeinden zum Beispiel der öffentliche Nahverkehr mit der Frischwasserversorgung, den Technischen Werken oder den Stadtwerken verbunden.

Da machen uns übrigens EG-Richtlinien in absehbarer Zeit große Schwierigkeiten. Das möchte ich jedoch hier dahingestellt sein lassen.

(Zuruf des Abg. Dr. Scharf FDP/DVP)

Ich sehe nun überhaupt nicht ein – das wäre die Konsequenz Ihres Gesetzentwurfs –, daß ein solcher kommunaler Querverbund nicht mehr möglich sein soll. Die Zeche würden letztlich die Steuerzahler, das heißt die Bürgerinnen und Bürger, bezahlen.

(Beifall des Abg. Weimer SPD)

Nun will ich noch auf ein weiteres Problem, das auch der Kollege List zu Recht angesprochen hat, hinweisen. Ihr Gesetzentwurf führt per saldo nicht zu weniger Staat, sondern zu mehr Staat, denn nun müßte die Aufsicht die ganze Zeit Untersuchungen anstellen, ob in der Gemeinde diese Aufgabe nun eigentlich privatwirtschaftlich besser gelöst werden könnte oder nicht. Stellen Sie sich einmal den riesigen Aufwand vor, wenn man die Formulierung Ihres Gesetzentwurfs hinterher wirklich in der Praxis umsetzen wollte.

Nun noch einige Bemerkungen zu der Streichung des sogenannten Hilfsbetriebsprivilegs. Sie haben es nicht ausdrücklich gesagt, aber Sie verwenden die hier vorherrschende Meinung, der ich nicht widerspreche, daß solche Hilfsbetriebe zunächst als wirtschaftliche Betriebe anzusehen sind.

Wenn jetzt aber dieses Hilfsbetriebsprivileg gestrichen wird, dann bedeutet dies, daß Sie zum einen große Abgrenzungsprobleme erhalten. Nehmen Sie zum Beispiel den zentralen Schreibdienst. Ist das nun ein Hilfsbetrieb oder ein wirtschaftliches Unternehmen? Wie wollen Sie dabei verfahren? Muß deshalb alle Schreibearbeit, die in einer Behörde oder Kommune geleistet werden soll, nach außen in ein Schreibbüro gegeben werden?

Sie haben zum anderen – wenn man Ihren Gesetzentwurf ernst nimmt – keine Zulässigkeit von Hilfsbetrieben mehr, denn dann muß der Hilfsbetrieb Ihre Voraussetzungen nach Absatz 1 und 2 erfüllen. In Absatz 2 heißt es: „... sie sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen.“ Ein Hilfsbetrieb dient aber nach der Definition nur der Eigenbedarfsdeckung, wirft deshalb nie einen Ertrag ab. Also wäre die Konsequenz – wenn Sie es wirklich so gemeint haben sollten –, daß Hilfsbetriebe generell unzulässig wären. Herr Döring, auch dieses Beispiel sollte Ihnen zeigen, daß dieser Gesetzentwurf noch erhebliche Mängel aufweist und daß die bestehende Gesetzeslage wesentlich besser ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Damit ist die Aussprache über diese beiden Initiativen abgeschlossen. Wir haben jetzt noch über deren weitere geschäftsordnungsmäßige Behandlung zu befinden. Ich schlage vor, den

Antrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 11/420, zur weiteren Beratung dem Wirtschaftsausschuß zu überweisen

(Abg. List CDU: Jawohl!)

und den Gesetzentwurf, der sich ja mit einer Änderung der Gemeindeordnung befaßt, dem Innenausschuß zu überweisen.

(Abg. List CDU: Jawohl!)

Erhebt sich dagegen Widerspruch?

(Abg. Weimer SPD: Nein!)

– Das ist nicht der Fall. Es ist so beschlossen.

Punkt 3 und Punkt 5 der Tagesordnung sind damit erledigt.

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die verspätete Mittagspause ein.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Jawohl, deshalb auch verlängerte!)

Ich unterbreche die Sitzung bis 15.00 Uhr.

(Oh-Rufe von den GRÜNEN – Abg. Schlauch GRÜNE: Das ist eine McDonald's-Mittagspause!)

(Unterbrechung der Sitzung: 13.51 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 15.00 Uhr)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird mit **Tagesordnungspunkt 4**, den ich hiermit aufrufe, fortgesetzt:

Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Justizministeriums – Personallage im Justizvollzugsdienst – Drucksache 11/1418

Das Präsidium hat zur Begründung des Antrags eine Redezeit von 5 Minuten und für die Aussprache über diesen Antrag eine Redezeit von 5 Minuten je Fraktion festgelegt.

Zur Begründung des Antrags erteile ich Herrn Abg. Troll das Wort.

Abg. Troll REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor kurzem hat unsere Fraktion den Antrag gestellt, bei der Landesregierung einen Bericht über die Situation im Personalbereich der Justizvollzugsanstalten des Landes anzufordern. Dieser Antrag, überschrieben mit „Personallage im Justizvollzugsdienst“, enthielt ganz konkrete Fragestellungen, Fragen zum Personalbedarf, zur zeitlichen Inanspruchnahme und zu den Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter. Denn in der Wirklichkeit des Vollzugsalltags zeigt sich unendlich viel – ich darf zitieren – „Handlungsbedarf“, um es einmal in der abgehobenen Sprache grün-linker Vielsprecher auszudrücken.

Daß dies so ist, ist bei allen Fraktionen zwar längst bekannt, doch nicht von allen anerkannt. Aus unserer Sicht muß daher der Abbau von Erfüllungsdefiziten auf diesem

(Troll)

wichtigen Aufgabenfeld der inneren Sicherheit angemahnt werden. Hinzu kommt, daß die letztmals 1980 – Sie hören ganz richtig –, daß die zuletzt 1980 für den Personalbedarf in den JVA erhobenen Daten seither nicht fortgeschrieben wurden.

Es ist daher schon erstaunlich, ja befremdlich, daß die Landesregierung noch vor kurzem, nämlich bis November 1992, keine Notwendigkeit sah, den Personalbedarfsplan von Anno 1980 zu aktualisieren. Herr Minister Dr. Schäuble, das sind zwölf lange Jahre, in denen sich die Realitäten in der Rechtspflege bzw. im Strafvollzug ganz wesentlich verändert haben.

Diese Realitäten werden sich bis 1995 fortentwickeln; das heißt, Berechnungsgrößen für einen neuen Personalbedarfsplan werden sich bis dahin spürbar geändert haben. Denn – das ist schon heute ersichtlich – der neue Bedarfsplan kann frühestens erst von 1995/96 an im Justizvollzugsdienst stellenwirksam umgesetzt werden. Wie anders sollte man Ihre Mitteilung bewerten, daß die Arbeit einer beauftragten Dienstplankommission nicht vor Ende 1993 abgeschlossen sein wird? Das bedeutet aber, Herr Minister, daß eine auf die Belange der Mitarbeiter ausgerichtete Zustandsverbesserung in einer „Open-end“-Wiedervorlage bis nahe an die Jahrtausendwende abgelegt wird.

Es waren Ihre Aussagen bei den letzten Etatberatungen, mit denen Sie ein beunruhigendes Bild von der aktuellen Lage in den Hafteinrichtungen des Landes zeichneten. Sie beklagten Gefangenenüberlast bei gleichzeitig angespannter Personallage. Es ist daher gut, Herrn Justizminister Dr. Schäuble heute daran zu erinnern, daß es auch der Abg. Dr. Schäuble war, der in einer parlamentarischen Initiative vom 19. Dezember 1990, Drucksache 10/4511, die Landesregierung zur Einlösung einer vordringlichen Aufgabe aufforderte,

(Abg. Deuschle REP: Hört, hört!)

der Aufgabe nämlich, Personalengpässe im Justizvollzugsdienst rasch zu beseitigen und die immer schwieriger werdenden personellen Situationen zu entspannen. Heute, nach zweieinhalb Jahren, geben Sie zu, daß die Personallage längst nicht nur angespannt sei. Sie sagen selbst, daß die Personalsituation sehr angespannt sei. Die Betonung liegt hier auf „sehr“, auch im Vergleich zu anderen Bundesländern, wobei sich jedem, der sich mit der inneren Sicherheit in diesem Land befaßt, eine Parallele zur Situation der Polizei aufdrängt. Auch hier nimmt bekanntlich das Land einen im Bund-Länder-Vergleich beschämenden Negativplatz ein.

Meine Damen und Herren, die Lage im Justizvollzugsdienst wird von folgenden unbestrittenen Fakten bestimmt:

Erstens: Anhaltende hohe Gefangenenüberlast.

Zweitens: Nichtschritthalten der Personalstellenzuweisungen.

Drittens: Mehrarbeitsanfall in sechsstelliger Stundenhöhe pro Jahr.

Viertens: Starke Personalfluktuations, hoher Dauerkrankenstand und hoher Einstellungsnachholbedarf.

Fünftens: Eine den allgemeinen Gegebenheiten und besonderen Belastungen des Vollzugsdienstes nicht entsprechende Bewertung und nicht leistungsorientierte Besoldung.

Angesichts dieser widrigen Gesamtsituation halten wir Republikaner es für längst überfällig, den Mitarbeitern im Vollzug für ihren verantwortungsvollen Dienst auch an dieser Stelle Dank zu sagen.

(Beifall bei den Republikanern)

Doch beim Dank oder Kanzleitrost allein, der nichts kostet, darf es aus der Sicht meiner Fraktion nicht bleiben. Wir halten daher die heutige Debatte für dringend geboten.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Dr. Caroli SPD: Wo ist denn die Forderung? – Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: In der Allgemeinen Aussprache erteile ich das Wort Herrn Abg. Rech.

Abg. Rech CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eines möchte ich gleich vorweg feststellen: Ich habe in den zwölf Monaten als Strafvollzugsbeauftragter meiner Fraktion die Erfahrung gemacht – deswegen erlaube ich mir, dies zu sagen –: In Baden-Württemberg wird ein moderner, den Belangen unserer Bürger einerseits und den Belangen der Strafgefangenen andererseits gerecht werdender Strafvollzug geleistet. Wir sind nicht etwa auf dem Weg zum Verwahrlosungsvollzug. Etwas Derartiges habe ich in keiner einzigen Vollzugsanstalt festgestellt. Der Behandlungsvollzug, die bestmögliche Hinwendung zum Strafgefangenen, wird auch unter deutlich schwierigeren Umständen und Bedingungen von unseren Strafvollzugsbediensteten sehr verantwortungsbewußt geleistet, verantwortungsbewußt und mit einem hohen Maß an Leistungsbereitschaft, auch unter – wie ich Ihnen zugebe, Herr Kollege Troll – zunehmend schwierigeren Bedingungen und unter Widrigkeiten. Diese sind im Strafvollzug nicht zu leugnen. Sie haben dies eben dargelegt, und ich werde sie auch nicht verharmlosen.

Aufgabe gerade der Strafvollzugsbeauftragten ist es unter anderem, in diesem Haus und ebenso draußen die wirklich angespannte Situation im Strafvollzug klar zu benennen und auf Verbesserungen zu drängen, trotz angespannter Haushaltslage. Weitere Verbesserungen werden wir, so meine ich, um so eher erreichen, je mehr es uns gelingt, öffentliches Interesse zu wecken und Akzeptanz bei unseren Bürgern für das zu schaffen, was hinter den Mauern unserer Vollzugsanstalten geschieht oder notwendigerweise noch zu geschehen hätte. Die Arbeit hinter unseren Gefängnismauern darf nicht durch diese Mauern den Augen der Öffentlichkeit entzogen werden. Dies wäre zum Schaden beider Seiten.

Deswegen ist es richtig, anlässlich solcher Debatten immer wieder auf die tatsächliche Situation hinzuweisen, und die ist eben geprägt durch ständig steigende Gefangenzahlen und die sich daraus ergebende Überbelegung. Wie schon bei den Beratungen zum Justizhaushalt weise ich auch heute darauf hin, daß 1992 die Steigerungsrate gegenüber 1991 bei 400 Gefangenen lag, 400 Gefangene in einem ein-

(Recht)

zigen Jahr. 400 Gefangene, das ist die Kapazität einer Vollzugsanstalt mittlerer Größe.

Kennzeichnend ist zum zweiten ein stetig steigender Ausländeranteil. Auch dies darf nicht verschwiegen werden. Derzeit beträgt er zirka 30 %, im U-Haft-Bereich sogar 50 %.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP – Abg. Dr. Caroli SPD: Jetzt sind ein paar aufgewacht!)

In Ravensburg, der ersten Vollzugsanstalt, die ich besucht habe, sind es annähernd 60 %. Die Zunahme der Gefangenen aus osteuropäischen und südosteuropäischen Ländern, zum Teil ohne jegliche deutsche Sprachkenntnisse, ist auffallend. Über die Verständigungsschwierigkeiten und die Mehrbelastung insbesondere der Stockwerksbeamten muß ich mich nicht weiter auslassen, sicherlich ebensowenig über die Sicherheitsaspekte, die sich daraus ergeben.

So weit also die quantitativen Gesichtspunkte; aber daneben gibt es noch eine ganze Reihe qualitative Gesichtspunkte, die nicht weniger beachtenswert sind, etwa die sich weiter verschärfende Drogenproblematik. Wir können unseren Vollzugsanstalten eben nicht eine Käseglocke überstülpen. Sie können nicht verhindern, daß Drogen in die Gefängnisse geschmuggelt werden. Wie wollten Sie das zu 100 % gewährleisten? Das ist nicht möglich. Das müssen wir uns einmal eingestehen.

Weitere qualitative Gesichtspunkte sind das immer stärker spürbar werdende Eindringen der organisierten Kriminalität in unsere Anstalten, die zunehmende Gewaltbereitschaft vieler Gefangener, die abnehmende Bereitschaft vieler Gefangener, an der eigenen Resozialisierung mitzuwirken. Stellen Sie sich einmal – ich habe eben von Ausländern gesprochen – einen Ausländer vor, der noch einen Strafrest von einem Jahr oder von zwei Jahren hat und der dann entweder abgeschoben wird oder ohnedies in sein Heimatland zurückwill. Er wird sich hier in einer Gesellschaft, die er zu verlassen beabsichtigt oder die er zwangsweise verläßt, wohl wenig resozialisieren lassen.

Mit einem Satz: Die Strafgefangenen sind auch von der Persönlichkeit her sehr viel schwieriger geworden. Eine Auswirkung davon ist, daß die Gefangenenpopulation inzwischen so risikobehaftet ist, daß in manchen Vollzugsanstalten die Plätze im offenen Vollzug nicht mehr alle besetzt werden können. Und dennoch – erlauben Sie, daß ich mich wiederhole –: Ein Verwahrvollzug findet bei uns trotz alledem nicht statt. Die Beamten im Strafvollzug – und dafür ist ihnen die CDU-Fraktion außerordentlich dankbar – haben nicht resigniert. Im Gegenteil. Sie haben das Signal der Landesregierung, nämlich die vereinbarten 350 zusätzlichen Stellen, wie in der Koalitionsvereinbarung festgelegt, richtig verstanden. Die zweimal 80 Stellen im laufenden Doppelhaushalt sind dabei, wie ich meine, gerade wegen der angespannten Finanzsituation und – das möchte ich hinzufügen – wegen der geringen Hoffnung, die für die Realisierung dieser Stellen bestand, ganz besonders wichtig. Aber diese Stellen werden kommen, und dabei müssen wir bleiben. Die Stellenvermehrung wird gerade in dieser Situation und in diesem Bereich als motivierend empfunden.

Die ersten 80 Stellen werden zum 1. Juli 1993 besetzt werden, und sie können auch besetzt werden. Die Bewerberlage ist gut. Die Stellen müssen aber auch dringend besetzt werden, weil wir sonst Gefahr laufen, alles aufs Spiel zu setzen, was ich soeben im Strafvollzug positiv hervorgehoben habe: die Berufseinstellung, die Leistungsbereitschaft, die Bereitschaft zu vielen, vielen Mehrarbeitsstunden.

Die Stellensituation wird sich im Justizvollzugsdienst, jedenfalls aus der Sicht des Strafvollzugs, damit weiter positiv entwickeln. Allerdings ist diese Entwicklung erfahrungsgemäß ein negativer Indikator für die Entwicklung der Wirtschaftslage insgesamt. Die Stellen im Strafvollzug sind solche im mittleren Dienst, und die Bezahlung ist damit nicht eben üppig. 1991 waren im Justizvollzugsdienst des Landes 170 Stellen unbesetzt. Diese offenen Stellen konnten 1992 besetzt werden, und es konnten Überstunden abgebaut werden. Ich hoffe, daß diese Überstundenreduzierung mit den neuerlichen Stellenzugängen und dem Rückgang der Abordnungen nach Sachsen weiter fortgesetzt werden kann.

Ich komme damit zum Ende und möchte noch auf eines hinweisen: Die strukturellen Besoldungs- und Beförderungsverbesserungen der letzten Jahre beginnen sich jetzt positiv auszuwirken. Ich nenne die Anhebung des Eingangsamts im allgemeinen Vollzugsdienst von A 5 nach A 6 – das war ganz wichtig –, Verbesserungen bei den Zulagen, 668 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten 1991/92 und jetzt weitere 350 im allgemeinen Vollzugsdienst.

Besonders dankbar bin ich für die Verbesserungen, die das Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1992 für den mittleren Vollzugs- und vor allem auch für den Werkdienst bringt. Das Eingangsamts ist in beiden Laufbahnen nunmehr Gott sei Dank A 7.

Ich meine, dies alles ist ein Schritt, um in eine gewisse Konkurrenzfähigkeit mit der Wirtschaft zu treten oder, um es bescheidener zu sagen, jedenfalls mehr Unabhängigkeit von den konjunkturellen Schwankungen der Wirtschaft zu bekommen, wenngleich wir die wohl nie völlig werden erreichen können. In dieser Hinsicht dürfen wir uns keinen Illusionen hingeben. Aber insgesamt meine ich, daß wir trotz der zunehmenden Schwierigkeiten zunehmend in der Lage sind, die uns gestellten Probleme und Aufgaben in menschenwürdiger und den Belangen des Vollzugsdiensts gerecht werdender Weise zu lösen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich den Beitrag des Kollegen von den Republikanern richtig verstanden habe, dann hat er bemängelt, daß die große Koalition nicht gehandelt hat. Wir haben gehandelt. Im neuen Doppelhaushalt werden – der Kollege von der CDU hat es bereits gesagt – jeweils 80 neue Stellen im Vollzugsdienst ausgewiesen. Das ist neben der Polizei und den Lehrern der einzige Bereich, in dem überhaupt neue Stellen geschaffen werden.

(Drexler)

Zweitens: Es gab eine erhebliche Verbesserung der Besoldung und der Beförderung: Anhebung des Eingangsamts von A 5 nach A 6, Verbesserung der Zulagen, und 1993 bis 1994 gab es allein im allgemeinen Vollzugsdienst rund 350 Beförderungsmöglichkeiten, davon allein 50 Hebungen nach A 9 mit Zulage und fünf Hebungen nach einem Spitzenamt nach A 10. Ich muß sagen: Das ist sicherlich keine geringe Leistung für den sehr wichtigen Dienst der Beschäftigten.

Wenn ich es richtig verstanden habe, wurde immer vom Vollzugsdefizit oder vom Erfüllungsdefizit bei der inneren Sicherheit gesprochen. Die Zahl des Personals in unseren Vollzugsanstalten ist kein Sicherheitsproblem.

(Beifall des Abg. Jacobi GRÜNE)

Für die Sicherheit reichen die bis jetzt Beschäftigten völlig aus. Darum geht es überhaupt nicht. Ich erinnere daran, wie gering die Mißbrauchsquoten bei den Beurlaubungen im Jahr 1991 waren. Bei 0,46 % bei 25 000 Beurlaubungen und 0,32 % bei 45 000 Ausgängen ist mehr Personal also keine Frage der inneren Sicherheit, um dies einmal deutlich zu sagen. Wir brauchen mehr Personal, um nicht nur einen bloßen Verwahrvollzug machen zu können. Das ist das Problem. Die Sicherheitsproblematik ist überhaupt nicht angesprochen.

Wir brauchen auch Reformen. Jetzt komme ich auf die Probleme, die der Strafvollzug nach meiner Meinung, nach unserer Meinung in Baden-Württemberg und im übrigen in der gesamten Bundesrepublik Deutschland hat.

Erstens: Es ist schon angesprochen worden: Wir haben immer mehr Gefangene.

Zweitens: Wir haben erhebliche Probleme, die Sozialarbeiterstellen in den Gefängnissen zu besetzen. Allein in Stuttgart-Stammheim sind drei vorhandene Stellen unbesetzt, in Heimsheim haben wir keine besetzten Stellen. Wir haben den sozialen Bereich, doch obwohl die Stellen vorhanden sind, können wir sie fast nicht mehr besetzen.

Drittens: Wir haben wegen der geringen Zahl an Personal – jetzt nicht aus Sicherheitsgründen, aber aus Gründen des Programms – am Wochenende kaum mehr Möglichkeiten, in den Vollzugsanstalten etwas anzubieten. Nach dem Motto „Eine Stunde Hofgang und eine Stunde Gottesdienst“ läuft alles ab, und während der übrigen Zeit sind die Gefangenen eingeschlossen. Wir haben jetzt eine Anhörung der Gefängnispfarrer gemacht. Hierzu werden wir noch eine Anfrage einbringen, weil wir auch einmal über den Strafvollzug eine inhaltliche Diskussion führen sollten. Ein Gefängnispfarrer hat uns gesagt, daß er Sonntag morgens keinen Gottesdienst mehr abhalte, weil sich der Gottesdienst zum Drogenhandelsplatz entwickelt habe. Das muß man einfach einmal zur Kenntnis nehmen. Uns fällt auch noch nichts dazu ein, wie man diese Situation verändern könnte. Ich sage nur: Das ist die Situation. Der Pfarrer wird jetzt an einem anderen Tag vielleicht eine andere Andacht anbieten. Aber er wird nicht mehr sonntags predigen.

Viertens: Wir müssen uns überlegen, was wir mit den Fernsehern machen. Die Forderung, laufend alles zu verkabeln, kommt auf uns zu. Wahrscheinlich ist das das beste Ge-

fängnis, in welchem jeder sein eigenes Fernsehgerät in der Zelle hat. Die Frage ist nur, ob das sinnvoll ist. Diese Frage müssen wir uns stellen; die Debatte werden wir führen müssen.

Fünftens: Wir müssen mehr Antigewaltprogramme in den Gefängnissen anbieten. Wir haben immer mehr Gewaltverurteilungen, und wir wissen, daß sich gewaltbereite Gefangene sehr gut an die Gefängnisstruktur anpassen und daß sie, wenn sie nach drei bis vier Jahren wieder herauskommen, noch gewalttätiger sind. Hier muß es vor allem in den Jugendvollzugsanstalten ein, würde ich sagen, differenzierteres Angebot geben, um möglichst einen Behandlungsvollzug durchführen zu können.

(Abg. Weimer SPD: Ausgezeichnet!)

Sechstens: Wir brauchen eine strukturelle Neuorganisation der sozialen Dienste in der Straffälligenhilfe. Herr Minister, wir haben schon einmal darüber debattiert. Ich hoffe, daß wir einmal so einen Versuch zustande bekommen, weil ich der Meinung bin, daß wir die heutige Situation nicht mehr mit Methoden von 1960 beantworten können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, dies ist auch eine Frage des Personaleinsparens, wenn wir hier eine andere Form finden könnten.

(Abg. Weimer SPD: Weniger einsperren!)

Zum Schluß: Die Reform ist ganz wichtig bei Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung. Ich hoffe, daß uns das Gutachten, das im Herbst in Auftrag gegeben wurde, aufzeigt, ob dies in bundesdeutschen Gefängnissen eine Möglichkeit wäre. Ich plädiere nach wie vor dafür, wenn es möglich ist, einen solchen Versuch zum Beispiel in der Vollzugsanstalt Ravensburg als erstem deutschen Gefängnis zu machen, daß jemand leistungsorientiert bezahlt wird, damit er seine Schulden bezahlen und die Familie versorgen kann. Die Familie muß dann nicht zum Sozialamt. Dies wäre eine Möglichkeit, eine innere Reform des Strafvollzugs weiterzuführen.

Dies sind die sieben Punkte, an denen wir uns orientieren müssen. Dafür benötigen wir Personal. Aber kommen Sie nicht wieder mit der „inneren Sicherheitskiste“, daß aus den Gefängnissen Bedrohungen kommen. Es gab im Jahr 1991 14 Ausbrecher bei 7 500 Gefangenen. Das ist wahrlich europaweit eine der geringsten Quoten. Wir brauchen also nicht höhere Gefängnismauern, keine neuen Gitterstäbe und schon gar kein neues Bewachungspersonal, sondern wir brauchen Personal für den Behandlungsvollzug.

Zum Schluß, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ich habe in der letzten Debatte die Frage der Gefangenen, die Aids haben, angesprochen, und ich habe gesagt, daß wir Probleme haben, diejenigen Gefangenen, die im letzten Stadium sind und entlassen werden, unterzubringen. Wir haben in der Zwischenzeit weniger von diesen Gefangenen. Das ist erfreulich, aber das kann sich ja recht schnell wieder ändern. Ich kann Ihnen sagen – das kann ich auch den Kollegen Strafvollzugsbeauftragten der anderen Fraktionen weitergeben –: Die Frau Sozialministerin hat mir nach einem Gespräch versprochen, daß wir, wenn wir als Strafvollzugsbe-

(Drexler)

auftragte solche Fälle von Personen haben, die wir nicht unterbekommen, weil die betreffenden Personen von den Verwandten nicht mehr aufgenommen werden und deshalb auf der Straße liegen, mit der Frau Sozialministerin Solinger Kontakt aufnehmen können und sie sich dafür verwenden wird, daß wir diesen Gefangenen ein menschenwürdiges Sterben ermöglichen, entweder in Aids-Wohngruppen-Projekten – sie wird sich dafür einsetzen – oder in den zwei Sterbehospizen, die wir haben, in Heidelberg oder in Freudenstadt. Ich muß sagen, daß wir ein solches Hospiz dringend auch im Raum Stuttgart brauchen. Ich hoffe, daß dann, wenn wir soweit sind, alle Fraktionen bereit sind, das notwendige Geld hierfür zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Salomon GRÜNE und Kiesswetter FDP/DVP – Abg. Dr. Caroli SPD: Sehr gute Rede!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Salomon.

Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Drexler, ich bin Ihnen für Ihre Ausführungen sehr dankbar. Sie haben gesehen, daß ich auch geklatscht habe. Auch das gibt es einmal, daß man sich als Oppositionspartei bedankt.

Sie haben eines natürlich sehr zu Recht gesagt: Was wir heute nicht haben können, aber was Sie in Ansätzen ange-rissen haben, ist eine Diskussion über die Situation im Strafvollzug. Man muß einfach sagen, daß sich die Situation gegenüber den letzten 30 Jahren geändert hat und daß da neue Aspekte hineinkommen müssen.

Wir haben das ganze Thema unlängst in Heimsheim, wo wir, die Strafvollzugsbeauftragten der Fraktionen, uns mit den Anstaltsbeiräten von Heimsheim und Pforzheim getroffen haben, besprochen. Herr Rech war, aus welchen Gründen auch immer, nicht da.

(Abg. Rech CDU: Unfall!)

– Sie waren aufgrund Ihres Unfalls nicht da. – Wir sind in diesen Punkten zu großem Konsens gekommen, was erfreulich ist. Nur ist das eigentlich nicht die Debatte zum Antrag der Republikaner. Das ist eine ganze andere Debatte.

Wir waren uns einig, daß es ein großes Versäumnis der baden-württembergischen Politik der letzten 20 Jahre ist, daß Baden-Württemberg, was die Relation zwischen Vollzugsbeamten und Gefangenen betrifft, immer noch das Schlußlicht unter den Bundesländern darstellt. Das ist sehr bedauerlich. Wir waren uns aber ebenfalls einig, daß man in Anbetracht der angespannten Haushaltslage nicht einfach hergehen und sagen kann: Wenn das schon so wenig ist, dann muß man jetzt einfach das Ganze um 1 000 Stellen aufstocken, um in die vordere Reihe der Bundesländer aufzurücken zu können. Das löst nicht die Probleme im Strafvollzug, und es ist schon gar nicht so, wie man aus dem Antrag der Republikaner entnehmen muß, daß das Ganze ein Sicherheitsproblem ist. Der Herr Kollege Drexler hat dazu alles Relevante gesagt.

Was bleibt dann von dem Antrag der Republikaner übrig? Es bleibt übrig, daß man sich darüber beklagt, daß es zuwenig Personal im Strafvollzug gibt. Es wird die Parallele zur Polizei gezogen, und es wird vor allem eines gemacht: Nachdem der Haushalt verabschiedet worden ist, wird jetzt auf einmal das Thema in ähnlicher Weise aufgebauscht, wie Sie damals das Thema der zweigeteilten Laufbahn aufgebauscht haben. Wenn jemand hergeht und einfach nur Personal fordert, aber nicht sagt, wo das Geld dafür herkommen soll, kann ich nur sagen: Das ist ein Schielen auf Wählerschichten, die hier neu erschlossen werden sollen. Das ist meines Erachtens ein billiger Populismus,

(Abg. Rau CDU: Eine erstaunliche Einsicht für einen GRÜNEN-Abgeordneten!)

wo man eigentlich gar nicht weiß, was man hier an dieser Stelle anderes dazu sagen soll.

(Abg. Rapp REP: Fällt Ihnen nichts ein? – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wilhelm?

Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Herr Wilhelm, bitte.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte schön.

Abg. Wilhelm REP: Herr Kollege, Ihre Fraktion hat bereits in der letzten Legislaturperiode den Antrag auf Einführung der zweigeteilten Laufbahn gestellt bzw. unterstützt. Frage: Haben Sie damals gesagt, woher das Geld kommen soll?

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Wenn Sie die Diskussion über den Haushalt noch parat haben, wissen Sie ganz genau, daß wir in der Absicht natürlich nach wie vor Ihrer Ansicht waren. Aber wenn man einfach einen Haushaltsantrag stellt, ohne Deckungsvorschläge zu machen, weiß ich nicht, ob das haushalterische Solidität und Seriosität ist. Das tut mir leid.

(Beifall der Abg. Buchter und Hackl GRÜNE)

Sie haben ja, wenn ich noch einmal auf Sie eingehen darf, mit Ihrem Antrag der Landesregierung insofern eine Steilvorlage geliefert, als Sie diesen Antrag zu einem Zeitpunkt eingebracht haben, als völlig klar war, daß im Haushalt bereits 160 neue Stellen verankert worden sind. Wenn Herr Drexler sagt, daß der Strafvollzug einer der wenigen Bereiche war, wo es überhaupt noch neue Stellen gab, dann weiß ich nicht, wohin die Stoßrichtung dieses Antrags eigentlich zielen kann. Von daher ist es ein Eigentor, das Sie hier geschossen haben.

Wenn man wirklich einen Antrag stellen wollte, der seriös in dem Sinne wäre, daß man die Situation im Strafvollzug verbessern will, dann müßte man sich genau um das kümmern, was Herr Kollege Drexler angesprochen hat. Das sind die konkreten Arbeitsbedingungen der Bediensteten im Strafvollzug. Da gibt es große Mängel. Da gibt es auch vieles, was angepackt werden muß. Zum Beispiel gibt es Justizvollzugsanstalten auf der grünen Wiese, wo Bedienstete im Schichtdienst tätig sind, wo Bedienstete tätig sind,

(Dr. Salomon)

die Anfahrtswege von 80 km und mehr haben. Das sind Probleme, die die Bediensteten im Strafvollzug haben. Die Situation in den Haftanstalten wird insofern immer unerträglicher, als es mit den Gefangenen aufgrund von Tatsachen, die wir hier gesondert diskutieren sollten, immer mehr Schwierigkeiten gibt. Das heißt, das Anforderungsprofil an die Bediensteten im Strafvollzug – das ist die Parallele zur Polizei – hat sich in den letzten 20 Jahren erheblich erhöht.

Aber auch hier schießen Sie wieder ein Eigentor, weil Bemühungen da sind, dem Ganzen entgegenzuwirken. Die Eingangsbesoldung ist erhöht worden. Jetzt kann man natürlich immer noch sagen, daß die Attraktivität des Vollzugsdienstes noch zu gering sei und daß man hier Verbesserungen schaffen müsse. Dem schließen wir uns auch voll an. Nur sind das meines Erachtens Banalitäten. Hier werden wir auch nicht sagen, hier müsse man nichts tun. Da besteht, meine ich, Konsens. Aber wir müssen uns um den besseren Weg bemühen, wie wir in bezug auf die Situation des Strafvollzugs zu neuen Lösungen kommen. Die können wir, glaube ich, nur im Konsens schaffen. Der Weg, den Sie aufgezeigt haben, ist meines Erachtens ein falscher, und er ist ein populistischer.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kiesswetter.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Jetzt aber mit Feuer! –
Abg. Dr. Caroli SPD: Ohne Rücksicht auf Döring!
– Abg. Trageiser REP: Kiesswetter, der Republikanernfresser!)

Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Drexler, Herr Dr. Salomon, wir waren ja gemeinsam in Heimsheim, haben die dortige Situation betrachtet und haben uns damit wenigstens in einer Anstalt ein Bild vom gegenwärtigen Zustand gemacht. Ich glaube, wir sind gemeinsam der Auffassung, daß die Hauptaufgabe des Strafvollzugs die Resozialisierung ist. Eine gute Resozialisierung zahlt sich auf Dauer aus, nicht nur für die Betroffenen selbst, sondern auch für die Gesellschaft.

Ein Großteil der in den Justizvollzugsanstalten Einsitzenden sind Wiederholungstäter. Dies zeigt, daß entweder eine Straftat keine Abschreckungswirkung hat oder die Straftat ihrer Aufgabe zur Resozialisierung nicht nachgekommen ist.

Resozialisierung ist nur durch qualifiziertes Personal möglich. Vollzugsanstalten dürfen deshalb nicht Verwahranstalten sein, sondern sollten Anstalten sein, die in der Lage sind, auf den einzelnen Inhaftierten einzugehen. Es ist deshalb eine dringend notwendige Aufgabe des Staates, die Personallage im Justizvollzugsdienst so schnell wie möglich zu verbessern. Kurzfristige Mehrausgaben können auch, wie in anderen sozialen Bereichen, Präventivmaßnahmen sein, die sich langfristig auszahlen.

Die 160 Neustellen, die im Haushalt 1993/94 ausgewiesen sind, sind deshalb begrüßenswert. Dennoch ist die Perso-

nallage im Justizvollzugsdienst weiterhin angespannt. Dies wird in der Stellungnahme des Justizministeriums bestätigt. Das beweist auch die Zahl der Mehrarbeitsstunden, die im Justizvollzugsdienst jährlich geleistet werden müssen. Diese Zahl ist trotz erheblichem Abbau im letzten Jahr mit 122 000 Stunden immer noch sehr hoch.

Obwohl der Antrag wegen der umfassenden Prüfung dieser Fragen durch die Landesregierung zu früh kommt, hätte man dennoch erwarten können, daß die Landesregierung einen passenderen Überblick über die derzeitige Personallage und die zukünftigen Notwendigkeiten der Justizvollzugsanstalten hat.

(Beifall bei den Republikanern und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Neben einer reinen „Aufrüstung des Personals“ ist es jedoch sicher möglich, durch eine Verbesserung organisatorischer Maßnahmen in den Anstalten insgesamt eine bessere Personalausnutzung sicherzustellen. So hat zum Beispiel die Justizvollzugsanstalt Bruchsal gezeigt, daß durch einen optimalen Einsatz des Personals aufgrund einer überarbeiteten Organisationsstruktur keine Überstunden mehr anfallen und das derzeitige Personal ausreicht. Bruchsal zeigt aber auch, daß die in den letzten Jahren durchgeführten Sicherheitsmaßnahmen Millionenbeträge verschlungen haben, die besser in qualifiziertes Personal investiert worden wären. Natürlich müssen Justizvollzugsanstalten ausbruchssicher sein. Dennoch darf man die Frage stellen, ob mit dem Sicherheitsprogramm, das in den letzten Jahren in baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten durchgeführt worden ist, nicht eher einem Showeffekt nach außen als dem wahren Sicherheitsbedürfnis entsprochen worden ist.

Im Rahmen dieser Debatte möchte ich allerdings auch noch die Gelegenheit wahrnehmen, einige grundsätzliche Gedanken zur Behebung des Personalmangels im Justizvollzugsdienst anzusprechen. Es ist begrüßenswert, daß die Attraktivität des Justizvollzugsdienstes nunmehr durch die Erhöhung der Eingangsbesoldung auf A 7 etwas erhöht wurde. Aufgrund meiner Berufserfahrung kann ich sagen, daß dieses Amt des Justizvollzugsbediensteten eine der psychisch und physisch schwersten Aufgaben in der Justiz ist und daß diese Beamten nach meinem Eindruck die loyalste und aufopferndste Gruppe innerhalb der Verwaltung sind.

Dennoch gibt es weiterhin Probleme, Personal für den Justizvollzugsdienst zu gewinnen. Dies gilt insbesondere für den Werkdienst im Vollzug, in dem bisher nur Handwerksmeister eingestellt werden dürfen. Handwerksmeister erhalten in der freien Wirtschaft aber ganz andere Bezüge. Ich gebe deshalb zu überlegen, ob es nicht auch sinnvoll wäre, zumindest für einen Teil der Werkbeamten im Vollzug, die nicht gerade Ausbildungsmaßnahmen durchführen, die Gesellenprüfung als Einstellungskriterium genügen zu lassen.

Weiterhin erscheint es mir völlig unerträglich, daß in der Justizvollzugsanstalt Heimsheim über Monate oder gar Jahre hinweg Wochenendbesuche wegen Personalmangels nicht möglich waren. Gerade der Kontakt mit Verwandten und Ehegatten ist für einen Inhaftierten im Hinblick auf seine Resozialisierung dringend notwendig. Hier wäre besser in Personal investiert als in überzogene Maßnahmen, die nur unter Sicherheitsgesichtspunkten durchgeführt wur-

(Kiesswetter)

den. Ich hoffe, daß die Personalmaßnahmen, die das Ministerium angekündigt hat, im Frühjahr dieses Jahres durchgeführt werden.

Der Strafvollzug führt nach wie vor nicht nur in Baden-Württemberg, sondern auch in anderen Bundesländern ein von der Öffentlichkeit wenig beachtetes Schattendasein. Seiner Bedeutung wird dies jedoch, weil es dort auch um Schicksale von Menschen geht und ein verfehlter Vollzug erhebliche Rückkopplungen in der Gesellschaft hat, nicht gerecht. Es ist an der Zeit, daß die Politik sich wieder verstärkt dem Strafvollzug zuwendet und sich nicht nur dann um ihn kümmert, wenn spektakuläre Ausbrüche die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich dem Herrn Justizminister.

Justizminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben vor einigen Wochen den Doppelhaushalt 1993/94 für das Land Baden-Württemberg verabschiedet. Ich habe mich, wie alle Sprecher zu dem Justizhaushalt, damals dafür bedankt, daß wir – nicht zuletzt auch durch den Einsatz meines Vorgängers, des Kollegen Ohnewald – im Doppelhaushalt 1993/94 pro Jahr 120 neue Stellen für die Justiz bekommen werden, wovon – das ist heute noch einmal gesagt worden – 80 Stellen pro Jahr für den Strafvollzug vorgesehen sind. Ich bin deshalb dafür dankbar, weil es – auch dies ist richtigerweise gesagt worden – notwendig ist, weil wir damit einen Schritt vorankommen in der Verbesserung der schlechten Personalsituation beim Strafvollzug.

Ich bin natürlich auch in der Situation, daß ich – und dies ist auch in der Debatte angeführt worden –, wenn wir diese neuen Stellen bekommen – im Unterschied zu der Situation bei anderen Ressorts, die keine neuen Stellen bekommen, die sogar mithelfen müssen, daß die neuen Stellen für die Polizei, für die Lehrer, für den Strafvollzug erbracht werden können –, dafür danken muß und man als Justizminister redlicherweise nicht gleich wiederum die nächste Forderung draufsetzen kann. Ich glaube, dies verbietet sich von selbst.

Deshalb möchte ich mich zunächst auf zwei Punkte konzentrieren. Ich möchte kurz darstellen, wie wir diese 80 neuen Stellen pro Jahr für den Strafvollzug umsetzen werden. Ich möchte danach auch noch einige Bemerkungen zur Situation nach dem Jahr 1994 machen, weil nach dem Doppelhaushalt 1993/94 die Welt eben auch wieder weitergeht.

Wie setzen wir diese 80 Stellen um? Wir haben vor, daß davon 54 für den allgemeinen Vollzugsdienst vorgesehen werden, 10 für den Werkdienst, 9 für die allgemeine Verwaltung und 7 für Psychiater, Ärzte und Sozialarbeiter. Die Stellenbesetzungen sind angelaufen, die Ausschreibungen, soweit erforderlich, auch bereits getätigt worden. Wir haben auch im Vorgriff Ende 1992 bereits Anwärter für den allgemeinen Vollzugsdienst eingestellt und haben diese Zahl jetzt noch einmal erhöht, weil ja bekanntlich zunächst die Ausbildung durchlaufen werden muß, bevor man in den

Vollzugsdienst eintreten kann. Soweit zu dem, wie wir das umsetzen werden.

Der zweite Punkt, der mir hierbei wichtig ist: Wir müssen auch an die Jahre nach 1993/94 denken. Es ist mir als Justizminister einfach wichtig, heute schon das Parlament darauf hinzuweisen, daß wir auch ab 1995 in der Verbesserung der Stellensituation konsequent fortfahren müssen, soweit es die Haushaltslage irgendwie erlauben wird.

Mit Recht ist vorhin gesagt worden, daß die Arbeit im Strafvollzug nicht leichter, sondern schwerer geworden ist. Die Perspektive, vor der wir stehen, sieht so aus, daß auch für die Zukunft die Herausforderungen, die auf alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Strafvollzug zukommen werden, im Vergleich zu heute noch einmal schwieriger und nicht einfacher werden. Warum dies so ist, ist in diesem Plenum auch schon oft genug gesagt worden. Ich brauche dies nicht noch einmal auszuführen.

Ich möchte aber in diesem Zusammenhang eines wiederholen, weil sich dies doch hier im Plenum ganz fest in das Bewußtsein von uns allen setzen muß: Es wird bei der derzeitigen Situation, die wir ja in unserer Stellungnahme wirklich völlig schonungslos beschrieben haben, nicht möglich sein, noch zusätzliche Aufgaben – etwa im Rahmen der Abschiebehaft – beim Strafvollzug zu übernehmen. Dies wird räumlich und personell aus Auslastungsgründen einfach gar nicht denkbar sein.

(Beifall des Abg. Drexler SPD)

Ich bitte einfach, bei dem, was vielleicht in den folgenden Monaten auf uns zukommt, schon rechtzeitig jetzt daran zu denken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Mit Recht ist auch das Thema der Mehrarbeitsstunden angesprochen worden. Ich will das hier kurz machen. Ich darf einfach darauf hinweisen: Wir haben die Mehrarbeitsstunden von 1991 auf 1992 immerhin doch um etwa 25 % abgebaut können. Dadurch, daß wir jetzt die erwähnten neuen Stellen bekommen werden, werden die Überstunden zusätzlich noch einmal abgebaut werden können, so daß ich hoffe, daß dieses schwierige und leidige Problem doch immer stärker gemildert werden kann.

Ich möchte mich aber noch einem anderen und letzten Punkt zuwenden, den ich für sehr wichtig halte: In der Vergangenheit war es, wenn ich das richtig sehe, oftmals der Fall, daß trotz vorhandener Stellen nicht alle Stellen beim Strafvollzug besetzt werden konnten. Deshalb ist es eben auch notwendig, daß der Strafvollzug wenigstens einigermaßen attraktiv ist. Ich meine, daß sich hieran auch einiges verbessert hat. Wir haben schon im vergangenen Doppelhaushalt 1991/92 insgesamt über 650 Hebungen getätigt. In diesem Doppelhaushalt werden es noch einmal 350 Beförderungen sein. Ich meine schon, daß dies wirklich ein Schritt nach vorn ist, der sich sehen lassen kann. In diesem Zusammenhang halte ich es für besonders wichtig, daß künftig das Eingangsamt für den Vollzugsdienst wie auch für den Werkdienst auch aufgrund der neuen Bundesbesoldungs- und Versorgungsrechtssituation bei A 7 liegen wird. Ich meine, dies kann sich wirklich sehen lassen.

(Minister Dr. Schäuble)

Es wirft übrigens in den Strafvollzugsanstalten jetzt das verständliche Problem auf, daß der mittlere Verwaltungsdienst natürlich nicht ganz begreifen kann, warum die Kollegen im Vollzugs- oder im Werkdienst jetzt in A 7 sind und sie immer noch sage und schreibe in A 5 sind.

Sie wissen aber auch, wenn Sie sich näher mit der Materie befassen, daß der Verwaltungsdienst im Vollzug im Rahmen des gesamten mittleren Verwaltungsdienstes zahlenmäßig nur eine verhältnismäßig bescheidene Größenordnung einnimmt, so daß wir allein vom Strafvollzug für den mittleren Verwaltungsdienst keine Bewegung hineinbringen können. Trotzdem sollte man auch dieses Thema im Auge behalten.

Wenn gesagt wird, daß man natürlich stellenmäßig und qualitätsmäßig immer noch mehr tun kann, kann ich als Justizminister, bitte aber unter Berücksichtigung meiner Eingangsbemerkung, daß ich nicht undankbar erscheinen will, nur sagen, daß dem – das gilt natürlich für jeden Bereich – nur zuzustimmen ist. Ich darf aber mit dem Hinweis schließen: Das Parlament entscheidet darüber, was dem Strafvollzug personell und von der Sachausstattung her letztlich zur Verfügung steht, und muß dafür auch die richtigen Prioritäten setzen.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Damit ist die Allgemeine Aussprache über diesen Antrag abgeschlossen.

Wir haben jetzt noch über die geschäftsordnungsmäßige Behandlung zu befinden. Ich gehe davon aus, daß der Antrag zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuß überwiesen werden soll. – Dem wird nicht widersprochen. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Dieser Rohrkrepierer!)

Meine Damen und Herren, Punkt 5 der Tagesordnung haben wir bereits heute vormittag im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

- a) **Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Einsetzung und Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags – Drucksache 11/1521**
- b) **Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion Die Republikaner – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Einsetzung und Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags – Drucksache 11/1534**

Das Präsidium hat für die Aussprache über beide Gesetzentwürfe eine Gesamtredzeit von 5 Minuten je Fraktion beschlossen.

Wem von der Fraktion der CDU darf ich das Wort erteilen?
– Herr Abg. Stächele, Sie haben das Wort.

Abg. Stächele CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der gebotenen Kürze einige wenige Sätze zu dem gefundenen Konsens. Ich will ja mit meinem Beitrag diesen guten Konsens nicht gefährden.

(Abg. Deuschle REP: Mehrheitswahlrecht! – Weitere Zurufe von den Republikanern und den GRÜNEN)

– Im Moment reden wir von den Gruppen, die im Parlament sind. Die Frage, wie man hineinkommt, muß man sicherlich an anderer Stelle diskutieren.

(Unruhe)

Ich sage für meine Fraktion in aller Deutlichkeit, wie ich es schon vor einigen Wochen getan habe: Wir wollen eine arbeitsfähige und auch mit selbständigen Rechten ausgestattete Opposition, wenn sie als Opposition hier in dieses Parlament gewählt worden ist.

(Unruhe – Zuruf des Abg. Buchter GRÜNE)

Auf der anderen Seite ist ganz klar, und darüber besteht Konsens – das zeigt ja dieser gemeinsame Antrag –, daß man sich bewußt ist, daß mit dem sogenannten Schwert der Opposition nicht nach Belieben umgegangen werden darf. Wir können also unter keinen Umständen bei den Quoren, die wir finden, eine Unterkannte noch unterschreiten. Um den Antrag der Republikaner zu sehen: Wir können um Gottes willen jetzt nicht nur deswegen, weil man vielleicht nicht in dem Maße den Konsens in der Opposition herstellen kann, wie das notwendig ist, eine Lex Republikaner schaffen.

(Widerspruch bei den Republikanern)

Auf der anderen Seite wissen wir, daß es für eine Opposition notwendig ist, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen zu können. Ich denke, mit diesem Quorum von einem Viertel oder zwei Fraktionen ist ein faires Entgegenkommen erreicht, ohne daß man ein Wahlergebnis zurechtbiegt oder eine Geschäftsordnung, ein Gesetz zurechtstrickt je nach Beliebtheit, wie das Wahlergebnis lautet.

Ich glaube, daß wir mit dem Gesetzentwurf, wie er gemeinsam von der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der FDP/DVP vorgelegt worden ist, eine faire Situation schaffen und den geänderten Mehrheitsverhältnissen in der Weise Rechnung tragen, wie man es verantworten kann. Nach diesem Parlament wird es neue Parlamente geben.

Insofern bitte ich, dem gemeinsamen Antrag zuzustimmen und den Antrag der Republikaner abzulehnen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Bebbler SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bebbler.

Abg. Bebbler SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich halte es für wichtig, in diesem Zusammenhang noch folgende Punkte festzustellen, nachdem der Kollege schon das Wesentliche gesagt hat:

(Bebber)

Baden-Württemberg hat ein Untersuchungsausschußgesetz, das in bezug auf die Minderheitenrechte so weit geht wie kein Untersuchungsausschußgesetz in einem anderen Bundesland. Auch das Untersuchungsausschußgesetz des Bundes geht nicht so weit.

(Lachen des Abg. Straub CDU)

– Sie wissen das. Sie haben es gewissermaßen am eigenen Leib zu spüren bekommen. Deshalb lachen Sie.

Es ist das weitestgehende Gesetz in bezug auf die Minderheitenrechte. Wir haben in den Bundesländern die Regelung mit einem Viertel, so wie wir es jetzt auch hier vorhaben. Aber dort geht es nur um das Minderheitenrecht bei der Einsetzung des Untersuchungsausschusses. Wir haben noch zusätzliche Minderheitenrechte – diese Regelungen gibt es in der Weise in anderen Bundesländern und insbesondere auch im Bund nicht –, soweit es um die Erzwingung von Sitzungen und bei der Beweiserhebung geht. Auch in diesem Bereich sind die Minderheitenrechte bei uns so weitgehend, auch nach der neuen Regelung, wie es das in keinem anderen Bundesland gibt.

Meine Dame, meine Herren von den Republikanern. Sie verlangen eine Regelung, mit der Sie die beiden anderen Oppositionsparteien aus diesem Minderheitenrecht ausklammern. Die Grünen und die FDP/DVP könnten danach alleine keinen Untersuchungsausschuß erzwingen. Das, meinen Sie, sei dann die richtige Regelung, um die Minderheitenrechte in der Opposition zu sichern. Wir glauben, das ist nicht der richtige Weg. Deshalb ist auch zu Recht von einer „Lex Reps“ gesprochen worden. Das gibt es mit uns nicht.

(Abg. Deuschle REP: Natürlich!)

– Ich bitte Sie, Sie sind doch Demokraten. Wieso können Sie denn mit der Regelung nicht leben, die wir vorschlagen? Werden Sie sich denn nicht mit der FDP/DVP oder den GRÜNEN einig, wenn in der Regierung etwas passiert, was untersucht werden soll?

Im übrigen, wissen Sie, ist es nicht sehr überzeugend, wenn Sie für Minderheitenrechte in eigener Sache eintreten, während Sie sich nicht engagieren, wenn es um Minderheitenrechte zum Beispiel der Ausländer geht.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei den Republikanern)

Es ist unglaublich, wenn Sie das in dieser Weise tun.

(Zuruf der Abg. Liane Offermanns REP)

Es ist auch wenig charaktivvoll.

(Abg. Deuschle REP: Das werde ich Ihnen nachher beweisen! – Heiterkeit bei der SPD – Abg. Dr. Caroli SPD: Das wird Ihnen arg schwer fallen! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Zieht den Rechenschieber raus!)

Wieviel Charakter besitzen Sie eigentlich, wenn Sie einerseits den Altparteien alle Böswilligkeiten unterstellen, aber gleichzeitig von ihnen Liebesdienste in der Weise verlan-

gen, daß sie Minderheitenrechte einräumen sollen, wie es sonst in der ganzen Bundesrepublik nicht gibt? Sie können das sicherlich fordern, aber überzeugend ist es nicht.

Wir werden bei unserem gemeinsamen Vorschlag bleiben.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Straub CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Deuschle.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Jetzt kommt der Beweis! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Quod erat demonstrandum!)

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Bebber, Liebesdienste von Ihnen nehmen wir auch gar nicht an, um das einmal deutlich zu sagen.

(Beifall bei den Republikanern)

Da haben wir auch unseren Stolz.

Die Fraktion Die Republikaner hat einen eigenen Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über Einsetzung und Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags eingebracht. Das Instrument des Untersuchungsausschusses ist eines der schärfsten Instrumente der parlamentarischen Opposition. Gerade in Zeiten, in denen eine, ich sage, zahlenmäßig kleine, aus drei Fraktionen bestehende Opposition einer, zahlenmäßig gesehen, Goliath-Regierungskoalition gegenübersteht, müssen die Rechte der Opposition besonders beachtet werden.

Wir Republikaner haben in den jetzt zehn Monaten unserer parlamentarischen Tätigkeit auch die enge Verbindung zwischen gesetzgebender und ausführender Gewalt, das heißt zwischen Legislative und Exekutive, erkannt. Es herrscht teilweise geradezu eine Kumpanei zwischen Ministern und Abgeordneten aus derselben Regierungspartei.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Die Zahl der Schauanträge, die nur dazu gestellt werden, um den Ministerien öffentlichkeitswirksame Auftritte zu verschaffen, nimmt nach Beurteilungen von Insidern immer mehr zu.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Wo bleibt der Beweis?)

Es müssen jetzt eben zwei Parteien versorgt werden. Die strukturellen Voraussetzungen für eine effektive parlamentarische Kontrolle der Regierung sind also eher als schlecht zu beurteilen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Die Zeit verrinnt! Der Beweis!)

Dementsprechend wird ja auch der Landtag von der Landesregierung behandelt. Die wichtigsten Entscheidungen der Landesregierung werden nicht hier im Plenum, sondern auf Pressekonferenzen verkündet. Die Gespräche zur Funktional- und Verwaltungsreform laufen in Kommissionen ohne offizielle Beteiligung des Parlaments.

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

(Deuschle)

Die interessierte Öffentlichkeit und die parlamentarische Opposition werden durch teilweise nichtssagende bzw. einander widersprechende Pressemitteilungen hingehalten.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Ist das ein anderer Tagesordnungspunkt?)

Ich komme nun näher auf die beiden Gesetzentwürfe zu sprechen. Basierend auf der Grundsatzentscheidung des Landtags vom 9. Dezember 1992 zur Geschäftsordnung, in der die beiden Regierungsfractionen die Interessen von Grünen und FDP/DVP als Oppositionskoalition berücksichtigt hatten, wird nun von einem Altparteienkartell ein Gesetzentwurf vorgelegt, der nur deren Interessen berücksichtigt.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist doch Unsinn!)

Durch die Wahl des Quorums von einem Viertel oder zwei Fraktionen – vielleicht fehlt die FDP/DVP das nächste Mal ja – wird die stärkste Oppositionsfraction, die der Republikaner, entgegen dem Wählerwillen in ihren parlamentarischen Rechten eingeschränkt.

(Zuruf des Abg. Meyer CDU)

Der Gesetzentwurf meiner Fraktion begehrt nun, diese Benachteiligung aufzuheben, indem das Quorum auf ein Zehntel der Mitglieder des Landtags festgesetzt wird.

In den Diskussionen der Geschäftsordnungskommission hatte die Fraktion Die Republikaner immer wieder ihre Bereitschaft erklärt, zu einer für alle Fraktionen gerechten Lösung ihren Beitrag zu leisten. So wären wir zum Beispiel für ein Quorum von einem Sechstel oder einem Viertel oder drei Fraktionen bereit gewesen. Erst nachdem die anderen Fraktionen keine Kompromißbereitschaft signalisiert hatten und sich FDP/DVP und Grüne mit dem Brosamen vom Tisch der Regierungsfractionen zufrieden gaben, hat sich meine Fraktion zum Quorum von einem Zehntel entschieden.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Meine Damen und Herren von FDP/DVP und Grünen, die Bänke der Opposition – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Deuschle, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Salomon?

Abg. Deuschle REP: Bitte.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Dr. Salomon.

Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Herr Deuschle, wo ist denn die Logik, wenn Sie sagen, Sie wären zu einem Kompromiß bereit gewesen, der drei Fraktionen oder ein Viertel als Quorum umfaßt hätte, und Sie seien, nachdem dies nicht geklappt habe, auf ein Zehntel gegangen?

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Dr. Salomon, wir können uns nachher gern auch

(Zurufe, u. a. Abg. Stächele CDU: Jetzt!)

über Logik im besonderen unterhalten. Für uns ist es natürlich eine Logik. Wir haben Ihnen ein Gesprächsangebot gemacht. Nachdem die FDP/DVP und Sie nicht bereit waren, hier zu einer einvernehmlichen Einigung der Opposition beizutragen, sind wir auf ein Zehntel zurückgegangen. Das ist eine ganz klare Logik. Wir versuchen dadurch natürlich auch, zunächst einmal unsere Interessen zu vertreten. Das ist auch legitim.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Aha! – Abg. Liane Offermanns REP: Das ist nur legitim! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Deuschle, gestatten Sie noch eine weitere Zwischenfrage . . .

Abg. Deuschle REP: Nein.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: . . . des Herrn Abg. Dr. Reinhart? Ich muß wenigstens noch sagen, wer die Zwischenfrage stellen will.

Abg. Deuschle REP: Ja. Herr Dr. Reinhart, Sie sind mir immer sehr sympathisch. – Bitte.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Dr. Reinhart.

Abg. Dr. Reinhart CDU: Herr Kollege Deuschle, räumen Sie bei dieser Sympathie zumindest ein, daß die Latte durch den Zusatz, daß jetzt auch zwei Fraktionen einen Untersuchungsausschuß einsetzen können, gegenüber dem Quorum von zuvor einem Viertel erheblich gesenkt worden ist?

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Dr. Reinhart, Sie wissen ja, wie die Diskussion verlief. Von seiten der FDP/DVP und der Grünen wurde gesagt, man wolle mit den Republikanern hier nicht zusammenarbeiten.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Nicht darum herumreden!)

Aufgrund dessen hat man natürlich nur die eigenen Interessen gesehen. Mein Hauptvorwurf richtet sich ja gegen die beiden anderen Oppositionsfractionen, die bereit waren, die Solidarität der Opposition zu verlassen.

(Beifall der Abg. Liane Offermanns REP)

Jetzt möchte ich doch noch etwas weiterkommen.

Meine Damen und Herren von der FDP/DVP und den Grünen, die Bänke der Opposition sind hart. Damit müssen sich alle drei Oppositionsfractionen für eine geraume Zeit abfinden. Es sollte aber über alle Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg eine Art Solidarität der Opposition geben. Wenn die Regierenden immer in der Gefahr des Machtmißbrauchs stehen,

(Abg. Weimer SPD: Das ist zynisch, was Sie da sagen!)

(Deuschle)

ist es die traditionelle Aufgabe der Opposition, gerade dies zu verhindern. Das ist gute republikanische Tradition.

Die Rolle der Opposition in unserem parlamentarischen System wird aber dann entscheidend geschwächt, wenn sich Teile der Opposition herausbrechen und sich ihre Interessen ohne eigene ausreichende parlamentarische Stärke erfüllen lassen. Dies hilft ihnen aber nur kurzfristig. Die Drohung mit dem Mehrheitswahlrecht – ich erinnere an Kollegen Stächele –, ist gegen die gesamte Opposition gerichtet.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Stächele
CDU: Jede Opposition kann zur Mehrheit werden!
Helmut Schmidt ist auch dafür!)

– Das habe ich erklärt.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das richtet sich gegen Sie selber!)

– Ich finde es gut, daß Sie das auch gesagt haben. – Bedenken Sie dies bei der parlamentarischen Beratung im Ausschuß. Wir Republikaner sind auch weiter zu einem fairen Kompromiß bereit.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Abg. Jacobi.

Abg. Jacobi GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Republikaner haben uns mit ihrem Vorschlag ein Quorum zur Abstimmung vorgelegt, nach dem ein Zehntel der Abgeordneten des Parlaments einen Untersuchungsausschuß beantragen kann. Meine Damen und Herren, es ist völlig klar: Das Quorum ist so gewählt, daß die Republikaner allein einen solchen Untersuchungsausschuß einrichten können. Die Zahl ist logisch überhaupt nicht begründet, außer damit, daß die Republikaner dieses Instrument eben allein nutzen können. Jetzt müssen wir einmal ganz zu Anfang festhalten: Diese Zahl von einem Zehntel ist absolut willkürlich gegriffen, sie ist weder rechtssystematisch noch anderweitig begründet. Sie sagen nur, daß die Fraktion der Republikaner allein dazu in der Lage sein soll. Das hätten Sie eigentlich der Deutlichkeit halber auch gleich in Ihren Antrag hineinschreiben können.

Es geht Ihnen – das wollen wir noch einmal festhalten – um Ihre Interessen.

(Abg. Drexler SPD: Nur!)

Jetzt machen Sie diesen dußligen Vorschlag, diese 10 % hier hineinzuschreiben, der wirklich absolut durchschaubar ist. Es wäre ja wesentlich geschickter gewesen, wenn Sie wenigstens ein Quorum gewählt hätten, nach dem die anderen beiden Oppositionsfraktionen auch allein einen solchen Ausschuß hätten einsetzen können. Dann wäre es für uns wenigstens schwieriger gewesen, das abzulehnen. Aber so entlarvt sich das Unterfangen von selbst.

(Abg. Weimer SPD: Übel!)

Ich will Ihnen in drei Punkten kurz begründen, warum die Fraktion GRÜNE der Meinung ist, daß der Vorschlag eines

Quorums von zwei Fraktionen oder 25 % der Abgeordneten richtig ist, auch systematisch richtig ist.

Punkt 1: Das, was wir hier vorschlagen, ist kein Republikanerausgrenzungsgesetz.

(Abg. Weimer SPD: So ist es! – Abg. Deuschle
REP: Bei Ihnen ist es doch umgekehrt gewesen!)

Es ist überhaupt nicht so, daß, wenn zum Beispiel unsere Rechtsaußen-Republikanerfraktion einen Mißstand im Lande aufdecken würde, dieser Mißstand unter der Decke gehalten werden kann.

(Zuruf von den GRÜNEN: Genau!)

Wir sind der Überzeugung, meine Damen und Herren: Wenn etwas passiert, wenn ein Mißstand bekannt wird, dann wird sich die Opposition und übrigens auch die Öffentlichkeit mit dieser Sache beschäftigen. Ich kann Ihnen nochmals sagen, Herr Deuschle: Wenn Sie da inhaltlich ein Thema haben, wenn Sie da als erster etwas aufdecken, dann kommen Sie; es wird von uns nicht abgelehnt, weil es von den Republikanern kommt.

Zum Stichwort Minderheitenrecht oder zum Stichwort Recht. Ich glaube, daß der Begriff Recht nicht isoliert gesehen werden kann, sondern immer auch im Spannungsverhältnis mit den Grenzen des Rechts steht.

Ein Beispiel aus einem anderen Bereich. Das Recht auf freie Meinungsäußerung hat dort die Grenze, wo der Persönlichkeitsschutz der anderen verletzt wird. Genauso ist es mit Minderheitenrechten. So, wie wir völlig zu Recht und rechtssystematisch begründbar an verschiedenen Stellen von qualifizierten Mehrheiten sprechen, qualifizierte Mehrheiten verlangen, muß auf der anderen Seite auch verlangt werden, daß es qualifizierte Minderheiten gibt. Das ist der entscheidende Punkt. Zum Begriff der qualifizierten Mehrheit gehört auf der anderen Seite auch die qualifizierte Minderheit.

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

Eines jedenfalls geht nicht – ich denke, Herr Weyrosta, da stimmen Sie mir zu –: Es geht nicht, daß Minderheitenrechte zum Spielball von beliebig großen oder von beliebig kleinen Fraktionen werden und zum Spielball von Fraktionsinteressen verkommen können.

Ich bin der Meinung, daß ein Thema für einen Untersuchungsausschuß sachlich so weit begründbar sein muß, daß es die Hürde der Zustimmung einer Fraktion überspringt. Das ist die Anforderung, die wir in diesem Zusammenhang in direkter Verbindung mit dem Minderheitenrecht stellen. Wir tragen deshalb, meine Damen und Herren, den Gesetzentwurf mit, der fordert: 25 % des Parlaments oder zwei Fraktionen.

Sie spielen jetzt selbstverständlich wieder auf Ihrer abgegriffenen Platte der Ausgrenzung. Aber die ist mittlerweile dermaßen abgemeiert und hat auch schon einen Sprung. Ich sage es noch einmal: Lassen Sie das bleiben. Arbeiten Sie inhaltlich. Suchen Sie sich ein politisches Thema statt dieser Formalien.

(Jacobi)

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Dritter und letzter Punkt – das halte ich für wichtig –:

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Es gibt in unseren Gesetzen, und zwar völlig zu Recht, keine Höchstzahl für Untersuchungsausschüsse. Es gibt keine Angabe, daß wir nur soundso viele Untersuchungsausschüsse einsetzen dürften. Es gibt keine Höchstzahl. Wenn jede Fraktion für sich alleine das Recht hätte, die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen zu beantragen, wenn jede Fraktion ohne Notwendigkeit einer parlamentarischen Zusammenarbeit initiativ werden könnte, stünde zu befürchten, daß wir in Untersuchungsausschüssen ersaufen würden.

(Abg. Stächele CDU: Sehr richtig!)

Das heißt, wenn wir uns ein wichtiges parlamentarisches Instrument geben, müssen wir auch aufpassen, daß wir das Ziel nicht aus dem Auge verlieren. Der Sinn von Untersuchungsausschüssen kann nämlich auch ins Gegenteil verkehrt werden. Es kann nämlich auch passieren, beispielsweise wenn wir vier oder fünf solcher Ausschüsse haben, daß die Kontrollaufgabe – ein Untersuchungsausschuß ist ja ein Kontrollinstrument – überhaupt nicht mehr ausgefüllt werden kann. Schlicht und ergreifend: Man kann Kontrollaufgaben auch durch Überforderung ad absurdum führen.

(Sehr gut! bei der SPD – Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, aus diesen drei Gründen stimmen wir dem gemeinsamen Gesetzentwurf

(Abg. Deuschle REP: Parteienkartell!)

zu. Die Initiative der Republikaner werden wir ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

(Zurufe von der SPD: Aber jetzt!)

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Herr Kollege Deuschle in seiner Rede überhaupt etwas Richtiges gesagt hat,

(Abg. Deuschle REP: Danke!)

dann war es der Hinweis darauf, daß der Untersuchungsausschuß tatsächlich das schärfste Instrument ist, das übrigens nicht nur die Opposition, sondern das gesamte Parlament hat, um seinem verfassungsmäßigen Auftrag nachzukommen, die Regierung zu kontrollieren. Insofern einverstanden, Herr Kollege Deuschle. Nur ist Ihre Folgerung falsch; denn wenn das, was ich sage, richtig ist, so bedeutet das gleichzeitig – und darauf hat Herr Kollege Jacobi zu Recht hingewiesen –, daß gerade mit diesem wichtigen Instrument des Parlaments und der Opposition besonders sorgfältig und besonders verantwortungsbewußt umgegangen werden muß.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Der entscheidende Fortschritt auch aus der Sicht der Opposition besteht doch darin, daß wir im Gegensatz zu früheren Legislaturperioden jetzt nicht mehr nur dieses Quorum von einem Viertel haben, sondern ein neues Element, nämlich zwei Fraktionen, hinzugefügt haben. Wenn es bei dem Quorum von einem Viertel geblieben wäre, meine Damen und Herren, dann wäre allerdings das Minderheitenrecht nicht mehr gewahrt gewesen, weil selbst die Opposition insgesamt dieses Quorum nicht hätte erfüllen können. Deshalb war es notwendig.

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

daß nicht nur bei der Einsetzung von Untersuchungsausschüssen, sondern auch beim Verfahren zu diesem Quorum von einem Viertel noch der Zusatz „oder zwei Fraktionen“ hinzugetreten ist. Wenn ich dies alles richtig sehe, komme ich zu folgendem Ergebnis:

Erstens: Es ist ein angemessenes Quorum, weil die Minderheitenrechte der Opposition beachtet worden sind.

Zweitens: Es ist aber auch ein Quorum – und das ist ganz wichtig –, das verhindert, daß es zu einer unzulässigen Inanspruchnahme durch eine zu kleine Zahl der Mitglieder dieses Landtags kommen kann. Genau dies wäre der Punkt gewesen – –

(Beifall des Abg. Dr. Reinhart CDU – Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Genau dies wäre die Gefahr gewesen, Herr Kollege Deuschle, die wir eingegangen wären, hätten wir Ihrem Vorschlag eines Quorums von einem Zehntel zugestimmt.

Ich kann Ihnen nur sagen: Ihr Vorwurf, daß es eine Oppositionskoalition gebe, die ihre Politik zu Ihren Lasten betreibe, ist absurd. Wenn wir allerdings dieses willkürlich gewählte Quorum von einem Zehntel wählten, wären wir nicht nur in der Gefahr, daß wir dieses Instrument Untersuchungsausschuß kaputtmachen, sondern wir wären gleichzeitig in der Gefahr, daß wir es zum Spielball von parteipolitischen, von fraktionspolitischen Interessen machen. Und dazu ist das Instrument des Untersuchungsausschusses schlicht und einfach zu schade.

Meine Damen und Herren, deshalb bleibt es dabei: Wir halten dies für ein angemessenes Quorum, ein Quorum, das diese Gefahren, von denen ich gesprochen habe, vermeiden kann. Ich möchte Ihnen auch sagen, Herr Kollege Deuschle: Spielen Sie uns jetzt nicht etwas vor, tun Sie nicht so, als wären Sie Märtyrer, tun Sie nicht so, als würden Sie hier ausgegrenzt. Wenn Sie einen sinnvollen Vorschlag haben, in dem es darum geht, Inhalte der Landespolitik in Baden-Württemberg zu untersuchen, dann haben Sie aufgrund dieser Quoren die Möglichkeit, auch Verbündete zu gewinnen, und dann werden wir diese Angelegenheit gemeinsam praktizieren. Sie sollten nicht auf diesem Quorum herumhacken, sondern sollten zusehen, daß Sie eine vernünftige Oppositionspolitik in diesem Lande betreiben. Aus diesem Grunde bleibt überhaupt nichts anderes übrig, als diesen Vorschlag der vier Fraktionen zu unterstützen und den Antrag der Republikaner abzulehnen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Pfister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Deuschle?

Abg. Pfister FDP/DVP: Bitte.

Abg. Deuschle REP: Herr Kollege Pfister, darf ich Ihre Aussage so interpretieren, daß Sie durchaus bereit wären, wenn unsere Fraktion einen Mißstand aufdeckt, zusammen mit uns einen Untersuchungsausschuß hier zu beantragen?

(Abg. Jacobi GRÜNE: Wenn er gut ist!)

Hätte das für Sie nicht die Konsequenz, daß Sie mit einem Parteiausschlußverfahren rechnen müßten?

(Heiterkeit – Unruhe)

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Kollege Deuschle, ich schätze, ich habe mich klar und deutlich ausgedrückt. Wenn irgend jemand, egal, ob Sie oder Sie oder Sie, in diesem Hause der Meinung ist, es sei in einem wichtigen Punkt notwendig, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, um die Regierung zu kontrollieren, und ich oder meine Fraktion der Meinung sind, daß es richtig wäre, einen solchen Antrag zu unterstützen, dann kann dieser Antrag kommen, von wem er will. Es geht um die Sache. Das habe ich aber vorhin deutlich genug ausgedrückt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe von der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Kollege Pfister hat in der Zwischenzeit das Rednerpult verlassen. Ich kann deshalb keine weitere Zwischenfrage zulassen.

Meine Damen und Herren, die Allgemeine Aussprache über die beiden Gesetzentwürfe ist damit abgeschlossen. Ich gehe davon aus, daß beide Gesetzentwürfe zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuß überwiesen werden sollen. – Sie stimmen zu. Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

a) Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus und Sport – Kosten kleiner Hauptschulen; Kosten eines flächendeckenden Angebots eines zehnten Schuljahrs an den Hauptschulen – Drucksache 11/378

b) Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus und Sport – Gleichwertigkeit des Abschlusses nach dem zehnten Schuljahr – Drucksache 11/1425

Das Präsidium hat folgendes festgelegt: Für die Begründung der beiden Anträge gilt eine Redezeit von 5 Minuten, und hinsichtlich der Aussprache über beide Anträge gelten 5 Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Pfister, Sie haben das Wort zur Begründung der beiden Anträge.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Abg. Bebber SPD: Das ist eine wichtige Rede!)

Ganz sicherlich ist die Hauptschule ein Sorgenkind der baden-württembergischen Bildungspolitik. Aber gerade Sorgenkinder bedürfen der besonderen Zuwendung. Seit mehr als zehn Jahren fordert die FDP/DVP in diesem Landtag von Baden-Württemberg eine echte Aufwertung der Hauptschule auch durch das Angebot eines zehnten Schuljahres an der Hauptschule mit der Möglichkeit, auch dort einen mittleren Bildungsabschluß erreichen zu können.

Meine Damen und Herren, ich bin ganz sicher, hätte die CDU-Alleinregierung in den achtziger Jahren nicht permanent dieses Thema abgeblockt, dann wären wir in dieser Frage einen Schritt weiter und hätten weniger Sorge mit der Hauptschule.

(Abg. Bebber SPD: Sehr gut!)

Niemand vermag im Augenblick vorauszusagen, wie es mit der Hauptschule weitergehen wird, übrigens auch deshalb nicht, weil die Schulpolitik allein mit der Lösung des Problems überfordert ist. Solange es nämlich so ist, daß Industrie und Wirtschaft, aber auch der öffentliche Dienst in zunehmendem Maße höhere Schulabschlüsse fordern, den Abschluß der mittleren Reife fordern, zum Teil Abitur fordern, so lange wird sich die Hauptschule mit ihren Angeboten und mit ihren Abschlüssen schwertun.

Aber es geht heute wirklich ausschließlich um die Frage: Was können wir kurzfristig tun, um die Hauptschule zu stützen und aufzuwerten? Ich bleibe dabei, daß die flächendeckende Einführung eines zehnten Schuljahres mit einem mittleren Abschluß hierfür einen wichtigen Beitrag leisten kann, allerdings nur dann, meine Damen und Herren, wenn wir keinen Etikettenschwindel betreiben, sondern zu einem echten mittleren Abschluß kommen.

Bis zum heutigen Tag stand dieser zunächst einmal nur auf dem Papier, und ich bin froh, daß wenigstens heute aus den Zeitungen zu entnehmen war, daß die Landesregierung jetzt den lang erwarteten Gesetzentwurf im Landtag eingebracht hat. Es war auch höchste Zeit, meine Damen und Herren, denn wenn wir mit diesem zehnten Schuljahr im neuen Schuljahr 1993/94 starten wollen, dann ist es allerhöchste Zeit, Frau Minister, daß dieser Gesetzentwurf endlich in die parlamentarische Beratung geht.

Leider ist es aber so, daß viele Gespräche, die ich mit Vertretern von Hauptschulen

(Abg. Weimer SPD: Vertreterinnen!)

in den letzten Wochen und Monaten geführt habe, mir eigentlich bewiesen haben, daß sowohl die Hauptschulen selbst als auch die Gemeinden bei der Einführung und bei der konkreten Ausgestaltung des zehnten Schuljahres doch noch ziemlich viele Fragen haben, man könnte auch sagen: in der Luft hängen. Bis zur Stunde sind noch Unklarheiten da, über die man sprechen muß. Es ist zwar jetzt angekündigt worden und klargemacht worden, daß dieser Abschluß an der Hauptschule dem Realschulabschluß gleichgestellt werden soll und auch der Zugang zu beruflichen Gymna-

(Pfister)

sien gewährleistet sein soll. Was aber noch völlig unklar ist, ist die Frage, ob dieser mittlere Abschluß an den Hauptschulen zum Beispiel auch eine Zugangsberechtigung für die allgemeinbildenden Gymnasien bedeutet. Darüber ist bis jetzt noch nicht gesprochen worden. Es ist vielleicht nicht die ganz entscheidende Frage, aber auch darüber muß endlich Klarheit geschaffen werden.

Weiterhin bleibt unklar, wie die Kooperation kleinerer Hauptschulen, die das zehnte Schuljahr einführen wollen, aussehen soll. Ich bin jedenfalls sehr dafür, daß der Zusatzunterricht in den Klassen 8 und 9 an der Mutterschule durchgeführt wird und nur das zehnte Schuljahr zentral durchgeführt und gestaltet wird, denn sonst würde die Gefahr bestehen, daß die Einführung des zehnten Schuljahres das Ende der wohnortnahen Schule bedeutet, was ja niemand will.

Meine Damen und Herren, viel wichtiger ist mir ein anderer Punkt. Wenn wir jetzt wirklich ernsthaft eine Reform der Hauptschule wollen und wenn wir wirklich von vornherein Etikettenschwindel ausschließen wollen, dann müssen wir auch den Mut haben, zu sagen, wie wir diese Schulen sächlich und personell ausstatten wollen. Ich erinnere daran, daß bereits heute rund 450 Hauptschulen im Versuchsprogramm sind. Ein beträchtlicher Teil davon wird erst im kommenden und im übernächsten Schuljahr mit der zehnten Klasse abschließen. Hinzu kommen noch Neuansmeldungen für dieses Programm. Niemand hat im Augenblick genaue Zahlen, aber mein Eindruck ist, daß es erfreulicherweise viele Schulen gibt, die jetzt entweder mit 9 + 1 oder 7 + 3 zusätzlich starten wollen. Es stellt sich also die Frage, meine Damen und Herren, ob hierfür tatsächlich die notwendigen Lehrerkapazitäten zur Verfügung stehen. Ich frage mich ernsthaft, woher diese Lehrer eigentlich kommen sollen. Im Haushalt sind zwar zusätzliche Stellen für die Hauptschulen ausgewiesen, aber ausdrücklich nur für den laufenden Betrieb vorgesehen, also um höhere Schülerzahlen auffangen zu können.

Meine Damen und Herren, wenn dann noch eintreten sollte, was der Finanzminister fordert, nämlich Verzicht auf zusätzliche Stellen in den kommenden Jahren, dann allerdings wäre der Zustand erreicht, wo wir eine Reform der Hauptschule zwar auf dem Papier stehen haben, diese aber in der Praxis nicht durchgesetzt werden kann. Dies wäre Etikettenschwindel. Ich nenne dies so. Damit würden wir der Hauptschule in der Tat einen Bärendienst erweisen. Ich hoffe jedenfalls nicht, daß Informationen zutreffen, wonach die notwendigen Lehrerstunden aus dem bestehenden Ergänzungsbereich herausgeschnitten werden sollen, denn gerade der Ergänzungsbereich, das erweiterte Bildungsangebot, war und ist eine wichtige Stütze der Hauptschule, die jetzt nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden darf.

Ich will weitere Fragen stellen. Der Kollege Rau von der CDU-Fraktion, der im Augenblick nicht da ist, hat kürzlich zu Recht darauf hingewiesen, daß man die Anforderungen an einen Hauptschullehrer durchaus mit denen eines Gymnasiallehrers vergleichen könne. Messerscharf schließt der Kollege Rau aus dieser richtigen Feststellung, daß sich dieser Sachverhalt in den Arbeitszeiten der verschiedenen Lehrergruppen noch nicht niedergeschlagen habe. Ich gehe noch einen Schritt weiter und frage: Wie wollen wir eigent-

lich auf Dauer einem Hauptschullehrer erklären, daß er zwar wie sein Kollege an der Realschule oder am Gymnasium seine Klasse zur mittleren Reife führen kann, er aber sowohl in der Arbeitszeit als auch in der Besoldung deutlich schlechter gestellt ist? Ich halte diesen Zustand für auf Dauer nicht hinnehmbar.

(Beifall des Abg. Gerhard Stolz GRÜNE)

Dies muß im Interesse einer wirklichen Reform der Hauptschule, die diesen Namen verdient, jetzt geändert werden.

(Abg. Zeller SPD: Das gilt aber noch für mehr Bereiche!)

Ich weiß, meine Damen und Herren, und Sie wissen das auch, daß es in städtischen Regionen heute Übergangsquoten auf die Hauptschule von gerade noch 20 % gibt. Ich weiß aber auch, daß es ebenso im Lande wirklich hervorragend geführte Hauptschulen mit Übergangsquoten gibt, die bei 40, 50 und mehr Prozent liegen.

(Abg. Zeller SPD: Das liegt am Angebot der anderen Schularten!)

Nur deshalb halte ich die pauschale Forderung nach einer grundsätzlichen, nach einer sofortigen und absoluten Auflösung der Hauptschulen insgesamt für ebenso falsch wie auf der anderen Seite die kategorische Verweigerung insbesondere seitens der CDU-Fraktion, nach der es grundsätzlich niemals zu kooperativen oder integrativen Modellen zwischen Hauptschule und Realschule kommen darf.

(Abg. Brigitte Wimmer SPD: Und Gymnasien, Herr Kollege!)

Beide Forderungen sind in dieser Form falsch. Worauf es ankommt, meine Damen und Herren, ist, daß immer der Einzelfall geprüft wird, daß immer der Einzelfall im Auge behalten wird. Deshalb ist es wichtig, daß die Landesregierung jetzt endlich ihren lang angekündigten Schulentwicklungsplan vorlegt, denn nur anhand eines solchen Schulentwicklungsplans können differenzierte Analysen erarbeitet und Lösungsvorschläge vorgelegt werden.

Wir brauchen im Zusammenhang mit dem Schulentwicklungsplan übrigens auch eine Antwort auf die Frage, was eigentlich mit den Mini-Hauptschulen im Lande geschehen soll, die nicht einmal mehr die Anforderungen an die Einzügigkeit erfüllen. Meine Damen und Herren, auf Dauer geht es nicht an, daß wir Hauptschulen mit zehn und weniger Schülern pro Klasse haben, im Nachbarort die Klassen aber überlaufen und dort bereits über eine Erhöhung des Klassenteilers von 33 diskutiert wird. Dieser Zustand kann auf Dauer nicht so bleiben. Deshalb ist es wichtig, daß wir diese Entwicklungen, die wir an den Rändern erleben, aufgrund einer Schulentwicklungsplanung jetzt endlich in den Griff bekommen.

Ich will abschließend noch einmal sagen, Frau Ministerin: Sie wissen, daß Sie die volle Unterstützung der FDP/DVP-Landtagsfraktion bei der Einführung des zehnten Schuljahres, bei der Reform der Hauptschule haben. Aber es gibt hier Strukturfragen, die noch nicht gelöst sind, die aber in engem Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung der Hauptschule stehen. Deshalb ist es ganz entscheidend, daß

(Pfister)

wir jetzt nicht nur die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen, sondern auch die materiellen, die personellen, die sächlichen Voraussetzungen dafür schaffen, daß diese Hauptschulreform ein Erfolg wird. Das heißt, diese Hauptschulreform darf nicht nur auf dem Papier stehen, sondern sie muß konsequent umgesetzt werden, weil wir ja alle gemeinsam wollen, daß die Hauptschule in der Zukunft gestärkt wird und eine bessere Rolle spielt, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: In der Aussprache erteile ich das Wort Herrn Abg. Seimetz.

Abg. Seimetz CDU: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich interpretiere eine Aussage des Herrn Kollegen Pfister – darüber freue ich mich – so, daß er als Gymnasiallehrer für die Gymnasiallehrer spricht, indem er in Zukunft auf die Arbeitszeitverkürzung und auf Besoldungserhöhungen verzichtet, bis die Besoldung der Hauptschullehrer angeglichen ist. Das nehme ich gern zur Kenntnis und bin damit sehr einverstanden.

(Abg. Gerhard Stolz GRÜNE: So hat er es aber nicht gesagt! Da haben Sie es falsch interpretiert!)

– Ich habe es so interpretiert.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, Schulpolitik und Schulentwicklung können politisch unter ganz verschiedenen Perspektiven betrachtet werden. Eine dieser Perspektiven ist die finanzpolitische Perspektive. Diese Sichtweise ist in Zeiten knapper Kassen selbstverständlich, richtig und wichtig. Aber, meine Damen und Herren – das unterstreiche ich doppelt und dreifach –, die finanzpolitische Sichtweise ist immer einseitig und eignet sich daher nur bedingt für die Würdigung schulpolitischer Sachverhalte. Diese Einseitigkeit kritisiere ich an dem FDP/DVP-Antrag. Ich stimme allerdings dem ersten Teil der Begründung zu. Dort ist von einem wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Chancen von Hauptschulabsolventen und von einer wünschenswerten Steigerung der Attraktivität dieser Schulart die Rede. Lassen Sie mich dazu einige Anmerkungen machen.

Der finanzielle Aspekt, meine Damen und Herren, sagt nichts zur Pädagogik aus. Das muß man nachholen. Für mich und für die CDU-Fraktion geht es vor allem um eine pädagogische Würdigung dessen, was Schule leistet und was Schule vermag. Die Pädagogik muß daher immer im Vordergrund stehen, da das hohe Gut Bildung und damit die Grundlage für eine gelingende Persönlichkeitsentwicklung in erster Linie nicht ökonomisch, sondern pädagogisch beurteilt werden muß.

(Abg. Zeller SPD: Das gilt aber für alle Schularten! – Abg. Gerhard Stolz GRÜNE: Das gilt für alle Berufsarten, was Sie gesagt haben!)

– Ich habe keine einzelne Schulart genannt.

Wie sehen nun die Verhältnisse aus? Die sächlichen Kosten sind bei einzelnen Hauptschulen natürlich in der Tat etwas höher. Schon beim Lehrereinsatz ergeben sich hier höhere Kosten, allerdings nur dort, wo weniger als 17 Schüler vor-

handen sind. Sehr wenige Hauptschulen wird man als im Vergleich zu anderen Schulen teurer ausmachen können. Die pauschale Negativetikettierung der Hauptschule ist in keinsten Weise sachgerecht. Sie ist diffamierend für die betroffenen Schüler und Lehrer. Ich habe hin und wieder den Eindruck, daß man hier eine Schulart kaputt machen will, die pädagogisch Beispielhaftes leistet. Gerade das letzte ist für mich ausschlaggebend. Deshalb kann ich mich auch nicht auf rein finanzielle Überlegungen zurückziehen, wobei noch nicht einmal sicher ist, ob durch die Schließung von Hauptschulen tatsächlich Ressourcen freigemacht werden.

Die Hauptschule ist für mich die Schule mit einer hervorragend entwickelten Didaktik, die mehr als alle anderen Schularten reformpädagogische Impulse aufgenommen hat. Die pädagogische Kompetenz der Lehrerschaft, ihr Engagement und ihre soziale Hilfsbereitschaft sind beispielhaft.

(Zuruf des Abg. Göschel SPD)

Das sind Gründe, die ausschlaggebend sind für hervorragende Leistungen von Hauptschulen. Wenn gefragt wird, was Schule leisten kann, muß man auch unter Einbeziehung kleiner Systeme hervorheben, daß sich die Hauptschule mit ihren heterogenen Klassen – heterogen in der Kultur und in altersmäßiger und leistungsmäßiger Hinsicht – überhaupt nicht zu verstecken braucht.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Wintruff SPD: Wo bleibt der aktuelle Bezug, Herr Kollege?)

– Lassen Sie mich doch ausreden. Sie können ihn doch von Ihrer Seite nachher anders bringen. – Dies spricht im übrigen für die kleinen Systeme, für individuelle Systeme, die auch die Kosten rechtfertigen. Wir wollen die wohnortnahen Hauptschulen. Wir wollen sie, weil sie Paradebeispiele für pädagogisches Arbeiten sind und weil sie ein pädagogisches Klima anbieten, von dem die Schülerinnen und Schüler profitieren. Bisher war die Hauptschule im Vergleich zu den anderen Schularten von vornherein ein gutes Stück benachteiligt, weil sie gewisse Abschlüsse eben nicht anbieten konnte. Wir haben in den achtziger Jahren die notwendigen Schritte eingeleitet, Herr Kollege Pfister, die Hauptschule zu einer echten Angebotsschule zu machen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Stimmt ja gar nicht! Das haben Sie abgelehnt!)

– Sie können doch die Modelle nicht ignorieren. 400 von 1 200 Schulen sind in diesen Modellen enthalten.

(Abg. Pfister FDP/DVP: In 17 Jahren vier Modelle!)

Ich weiß, wovon ich rede, weil ich selbst an meiner Schule ein solches Modell habe.

(Abg. Wintruff SPD: 17 Jahre ein und dasselbe Modell!)

Das freiwillige zehnte Hauptschuljahr an zentralen Standorten ist ein ganz hervorragender Schritt, um mit der Hauptschulentscheidung eine positive Schulartentscheidung zu treffen. Gleichwertigkeit und Weiterführungscharakter der Hauptschule sind damit eindeutig gegeben. Das

(Seimetz)

ist in der Tat der Knackpunkt, der genauer betrachtet werden muß.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, das stimmt!)

Es kann dabei – Herr Pfister, ich bin froh, daß Sie da mit mir einer Meinung sind – um nichts anderes gehen als um die volle Gleichwertigkeit mit dem Zeugnis der mittleren Reife, das an einer Realschule erreicht wird.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Gilt das auch für die all-gemeinbildenden Gymnasien? Das geht aus der Stellungnahme der Ministerin nicht hervor! Sagen Sie mir das bitte, Herr Kollege!)

– Das soll die Frau Ministerin nachher beantworten. Sie hat Ihnen ja die Antwort gegeben, nicht ich.

Es geht also um die Gleichwertigkeit der Zeugnisse, und zwar ohne Wenn und Aber, mit den Zeugnissen der Realschule. Sonst kommt es nämlich tatsächlich zu einer, wie die FDP/DVP sagt, mittleren Reife zweiter Klasse, und das wäre in der Tat ein Etikettenschwindel, den wir betreiben würden, der schnell durchschaut werden und dann zur Abwertung der Schulart führen würde. Deshalb muß die Gleichwertigkeit uns allen ein großes Anliegen sein.

Diese Gleichwertigkeit wirft auch eine organisatorisch-strukturelle Frage auf. Diese läßt sich wohl recht einfach und durchaus positiv beantworten. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang die Erfahrungen mit den Schulversuchen anführen. Da sind Zugangsvoraussetzungen zum Besuch des weiterführenden Zuges und des Besuchs von Zusatzunterricht erforderlich. In den Klassen 8 und 9 muß Zusatzunterricht in Deutsch, Englisch und Mathematik angeboten werden, und die dafür notwendigen Deputate müssen selbstverständlich ebenso wie auch die für die Klasse 10 bereitgestellt werden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wo kommen die her? Im Haushaltsplan sind sie nicht!)

– Die müssen bereitgestellt werden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Die sind nicht da, Herr Kollege! Sie wissen das doch ganz genau!)

– Die sind bisher bei den Modellversuchen bereitgestellt worden, und die werden auch künftig bereitgestellt. Etwas mehr Zuversicht, Herr Kollege Pfister!

Es bedarf einer Zugangsregelung für die Aufnahme in die Klasse 10, damit Niveau und Qualität des Unterrichts und damit auch des Abschlusses garantiert werden. Die Prüfungsanforderungen am Ende des zehnten Schuljahres müssen gleichwertig mit denen der Realschule sein.

Niveau und Qualität des Unterrichts hängen auch ganz wesentlich von der Lehrerfortbildung ab. Die wurde bisher praktiziert, und dies muß auch künftig beibehalten werden.

Alle Fragen der zusätzlichen Ausstattung bis hin zur Notwendigkeit zusätzlichen Schulraums betreffen in erster Linie den Schulträger, den sie auch finanziell belasten. Da aber die Einführung des zehnten Schuljahres nicht durch höhere Eingebung des Kultusministeriums, sondern auf-

grund von Initiativen vor Ort entschieden wird, weiß jede Kommune, jeder Schulträger, was auf sie zukommt.

(Abg. Wintruff SPD: Das wäre schön!)

Herr Präsident, ich brauche nur noch zwei Minuten.

(Heiterkeit)

Er muß ja den Antrag stellen.

(Abg. Wintruff SPD: Das weiß der leider nicht!)

Die große Zahl von Anträgen von Schulträgern im Rahmen des Schulversuchsprogramms sind für mich ein eindeutiger Hinweis auf das Interesse der Gemeinden an der Aufwertung der Hauptschule und auf ihre Bereitschaft, die sächlichen Kosten zu tragen. Dies kommt auch in einem Schreiben des Gemeindetags Baden-Württemberg an die CDU-Fraktion zum Ausdruck, der ausdrücklich die Einrichtung des zehnten Schuljahres zur Erreichung des mittleren Abschlusses an den Hauptschulen befürwortet.

(Abg. Zeller SPD: Das hat er auch uns mitgeteilt, Herr Kollege!)

Schwieriger als dieser Bereich scheint mir in der Tat die – nennen wir es einmal so – Mentalitätsfrage zu sein. Wir müßten erreichen, daß die Gleichwertigkeit des Abschlusses gerade auch im Denken der Eltern und Schüler verankert wird. Dies ist die Grundvoraussetzung, die erreicht werden muß, wenn langfristig ein Erfolg erzielt werden soll. Dabei sind wir auf einem guten Weg. Die bisherigen Absolventen des zehnten Hauptschuljahres haben die gleichen guten Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gehabt wie ihre Mitschüler und Mitschülerinnen an den Realschulen. Damit ist bereits ein Zeichen gesetzt worden. Zum einen ist es die Akzeptanz des Abschlusses durch die Wirtschaft und die Ausbildungsbetriebe, die Einfluß auf das Denken nehmen, und zum anderen ist es natürlich die Berechtigungsfrage, die eindeutig zu lösen ist. Die Gleichwertigkeit muß die Möglichkeit zum Besuch weiterführender Schulen beinhalten.

(Abg. Wintruff SPD: Der Herr Präsident ist heute großzügig!)

Einschränkungen darf es dabei nicht geben, wenn es nicht zu einem Bruch in der Konzeption kommen soll. Wenn die Akzeptanz seitens der Wirtschaft vorliegt, wenn die Berechtigungsfrage geklärt ist, dann wird auch die Mentalitätsfrage zugunsten der Hauptschule geklärt werden. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß innerhalb von drei Jahren die Übergangsquote in unserem Einzugsbereich von 37 auf deutlich über 40 % gestiegen ist.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt. – Glocke des Präsidenten)

Einen letzten Satz noch, der etwas länger ist. Gestatten Sie ihm mir, Herr Präsident.

(Heiterkeit)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Seimetz, die von Ihnen erbetenen zwei Minuten sind verstrichen. Ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

Abg. Seimetz CDU: Ich vertraue auf Ihre Güte, Herr Präsident. Lassen Sie mich noch ganz kurz ein Thema anreißen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten auch über den Begriff „Hauptschule“ nachdenken. Ich persönlich plädiere für eine Umformulierung. Der angesprochene Weiterführungscharakter und die Gleichwertigkeit kommen in der Bezeichnung „Werkrealschule“ besser zum Ausdruck. Dieser Ausdruck ist deshalb auf alle Hauptschulen anzuwenden. Neben dem Weiterführungscharakter und der Gleichwertigkeit muß auch die Gleichrangigkeit im Namen zum Ausdruck kommen. Darüber bitte ich nachzudenken und dies positiv zu erwägen. Ich bedanke mich beim Präsidenten und bei Ihnen, daß Sie mir die Gelegenheit gegeben haben, fast fertig zu werden.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wintruff.

Abg. Wintruff SPD: Sie sind heute so großzügig, Herr Präsident.

(Abg. Seimetz CDU: Du kannst ja jetzt kürzen, Peter!)

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Über die Einführung des freiwilligen zehnten Schuljahres bräuchte es eigentlich keine Diskussion mehr zu geben. Über die Einführung wurde in der Koalitionsvereinbarung entschieden. Nachdem die vorherigen Regierungen 17 Jahre lang an vier Schulen einen Probelauf machten, bieten nun nach einem Jahr große Koalition mittlerweile fast 40 % der 1 227 Hauptschulen ihren Schülern bereits ein zehntes Hauptschuljahr an.

Es geht also, meine sehr geehrten Damen und Herren, nur noch um die Form des Angebots für die restlichen 60 % und den Zeitrahmen der Verwirklichung. Zum letzteren sei folgendes gesagt: Es ist eigentlich genug diskutiert und probiert worden, auch lange genug. Die Verunsicherung der Eltern und Schüler muß bald beendet werden. Deshalb kann doch unser Ziel nur sein, daß bis 1996 ein flächendeckendes Angebot des zehnten Hauptschuljahres erreicht werden sollte.

(Abg. Zeller SPD: Sehr gut!)

Eine Festlegung der in Frage kommenden Modelle kann nicht – und das belegt die Stellungnahme auf der Drucksache 11/378 – nach den Kosten je Schüler an der betreffenden Hauptschule entschieden werden. Deshalb, sehr geehrte Frau Ministerin, möchte ich Sie aufrufen: Bringen Sie doch endlich Ordnung in das bestehende Verwirrspiel der Modelle. Wer von Ihnen, meine Damen und Herren, kennt sich denn wirklich aus bei 7 + 3, 9 + 1, 9 + 1 mit Berufsschultag, 8 + 1 + 1, 8 + 2 und 7 + 3 mit verschiedenen Kooperationsmodellen?

(Abg. Pfister FDP/DVP: X + Y!)

Wenn Sie das wirklich alles wissen und nicht nur, daß das immer zehn geben soll, dann sind Sie gut informiert.

(Heiterkeit)

Frau Ministerin, die SPD-Fraktion spricht sich dafür aus, daß die konkrete Entscheidung über die Modelle im Spannungsfeld von Wohnortnähe und Tragfähigkeit einer Schule vor Ort getroffen wird. Wenn der jeweilige Schulträger das Initiativ- und Gestaltungsrecht hat und zusammen mit der Schulkonferenz und der Gesamtlehrerkonferenz entscheiden soll, dann allerdings sollten ihm auch klare Maßstäbe und Mindeststandards auf Landesebene an die Hand gegeben werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: In jeder Beziehung, Herr Kollege!)

Es kann doch nicht angehen, Frau Ministerin, daß Sie im „Staatsanzeiger“ vom 24. März erklären, alle Schulversuche hätten sich gleich gut bewährt, und andererseits die Staatlichen Schulämter im Land vom Kultusministerium bedrängt werden – ich zitiere einmal –, „eine möglichst breite Umstellung der bestehenden „9 + 1“-Schulen auf das Modell 7 + 3 ab dem Schuljahr 1993/94 durchzuführen“. Das eine widerspricht doch dem anderen. So geht das nicht.

Was also fehlt, sind klare Vorgaben

(Abg. Zeller SPD: Kriterien!)

für eine Schulentwicklungsplanung, bei der regional abgestimmt eine Entscheidung vor Ort getroffen werden kann, welches Modell eines zehnten Schuljahres tragfähig ist, welches Modell die notwendige Wohnortnähe hat und welches Modell die erforderliche Qualität der Schulversorgung am ehesten bringt.

Wir kritisieren, daß die Schulbehörde bisher nicht in der Lage war, eine Kooperation zwischen verschiedenen Gemeinden zustande zu bringen, obwohl das für die flächendeckende Einführung des zehnten Schuljahres unabdingbar ist.

Es sollten auch, Frau Ministerin, keine ideologischen Barrieren mehr im Wege stehen. Wo es aus Kosten- und anderen Gründen einen Sinn macht, beispielsweise an bestehenden Schulzentren von Hauptschulen und Realschulen ein gemeinsames zehntes Schuljahr anzubieten, da sollte man das auch machen. Schülerzahlen einer Hauptschule – ich sage es noch einmal –, Erhalt von Schulstandorten und Mindeststandards für ein Unterrichtsangebot, das sind unseres Erachtens die Rahmenbedingungen für eine Entscheidung, die nach unserer Meinung nur zwischen 7 + 3 – und ich sage in Klammern dazu: unter Einbeziehung verschiedener Kooperationsmodelle – und 9 + 1 fallen kann. Frau Ministerin, eine Eliteauslese nach 8 + 2 lehnen wir ebenso ab wie die exotischen Modelle 9 + 1 B oder 8 + 1 + 1. Das bringt am Ende nichts.

Deshalb sei gesagt: Wir stehen hinter dieser Maßnahme. Eine Hauptschule ohne ein zehntes Schuljahr und ohne die Möglichkeit des mittleren Bildungsabschlusses ist nicht zu halten.

(Wintruff)

Wir begrüßen in diesem Zusammenhang die Klarstellung aus dem Kultusministerium -- das geht aus der Stellungnahme zu Abschnitt II des Antrags Drucksache 11/1425 weitgehend hervor --, daß der mittlere Bildungsabschluß der Hauptschule an Gleichwertigkeit dem Realschulabschluß in jeder Hinsicht entspricht. Das muß auch so sein.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion hat aus der Analyse der Qualifikationsanforderungen unserer heutigen Industriegesellschaft schon längst die Erkenntnis gewonnen, daß der mittlere Bildungsabschluß für eine Vielzahl von Berufen eine unabdingbare Zugangsvoraussetzung darstellt und das zehnte Bildungsjahr für alle damit letztendlich unabdingbar ist.

(Abg. Zeller SPD: Längst überfällig!)

Wer nicht glaubt, daß wir auf diesem Wege weitergehen müssen, geht an der Entwicklung vorbei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Zeller SPD: So ist es!)

Deshalb bedeutet für die SPD die freiwillige Einführung des zehnten Schuljahres an Hauptschulen in Verbindung mit den bewährten zweijährigen Berufsfachschulen den Durchbruch in einer ganz, ganz wichtigen bildungspolitischen Forderung, die wir in der Vergangenheit vertreten haben. Wenn Sie so wollen, meine Damen und Herren, wäre dieser Weg ohne die große Koalition so nicht beschritten worden.

Ein letzter Satz: Wäre diese Entscheidung schon früher gefallen, die Hauptschule hätte sicher eine andere Entwicklung genommen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist wahr, ja!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. König.

(Abg. Gerhard Stolz GRÜNE: Endlich ein Lehrer!)

Abg. König REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Aus dem umfangreichen Berichtsantrag der Kollegen von der FDP/DVP-Fraktion, Drucksache 11/378, habe ich lediglich ein verwertbares Faktum erfahren, nämlich daß es im Schuljahr 1991/92 in Baden-Württemberg 1 227 Hauptschulen gab, davon 770 – 770! – einzügig bzw. schwach einzügig. Das sind knapp 63 %. Im Klartext heißt das: Von drei Hauptschulen sind zwei in ihrer Existenz gefährdet. Das muß für unser dreigliedriges Schulsystem Katastrophenalarm bedeuten.

Meine Herren von der FDP/DVP, es ehrt Sie, daß Sie selbst bemerkt haben, daß Ihr ansonsten dünner Antrag der Regierungsseite auch nur magere Antworten entlockt hat. Ihr Nachbesserungsantrag Drucksache 11/1425 beweist dies.

Doch bevor ich auf diesen Antrag näher eingehe, muß ich Ihnen, meine Herren, noch etwas beichten.

(Abg. Wintruff SPD: Jetzt!)

Es hat mich sehr stutzig gemacht, daß sich in Ihrem Antrag Drucksache 11/378 in Teil A Ihre Fragen zur Hauptschule mit Klassenstärken unter 16 Schülern fast ausschließlich auf die Klassenstufen 5 und 6 beschränken. Da ich in Ihrer Begründung nicht fündig wurde, mache ich mir darauf meinen eigenen Reim. Wollen Sie sich, meine Herren von der FDP/DVP, vielleicht heimlich, still und leise ins Boot der Grünen und linker Teile der SPD setzen.

(Oh-Rufe von der SPD und den GRÜNEN – Abg. Pfister FDP/DVP: Gefährlich!)

das Kurs auf die sechsjährige Grundschule nimmt?

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, sage ich: Haben Sie keine Bange. Wir Republikaner lassen Sie in dieser Sache nicht im Stich.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Oh-Rufe von der SPD, den GRÜNEN und der FDP/DVP)

Wir halten an der vierjährigen Grundschule fest, weil wir nämlich hier neben anderen Gründen – diese habe ich schon oft genannt – auch die Verwirklichung einer ersten Etappe in Richtung Gesamtschule sehen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Haben Sie einmal etwas von Orientierungsstufe gehört?)

Wie Sie wissen, haben wir mit dieser Schulform, mit der bei Ihnen dahinterstehenden Ideologie der Gleichmacherei überhaupt nichts am Hut.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Kollege König, haben Sie in Ihrem Leben schon jemals etwas von Orientierungsstufe gehört? – Abg. Deuschle REP: Ist das eine Zwischenfrage? Herr Präsident, fragen Sie einmal!)

-- Sehr richtig. Davon habe ich im Zusammenhang mit den Klassenstufen 5 und 6 auch schon gehört. Darüber lese ich aber in Ihrem Antrag nichts.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Meine Herren von der FDP/DVP, Ihre Begründung läßt weiter vermuten, daß Sie sich mit dem Gedanken tragen, die flächendeckende Einführung des freiwilligen zehnten Hauptschuljahres durch das Zusammenlegen von Hauptschulen und damit durch die Schließung kleiner Hauptschulen zu finanzieren.

Frau Kultusministerin Dr. Schultz-Hector scheint auch schon von diesem Bazillus befallen zu sein.

(Oh-Rufe von der CDU, der SPD und den GRÜNEN – Abg. Leicht CDU: Schwer erkältet!)

allerdings weniger durch die FDP/DVP als vielmehr durch Finanzminister Mayer-Vorfelder infiziert.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aha! Das ist der Böse!)

(König)

Meine Damen und Herren, wie anders ist es zu werten, wenn die Frau Ministerin eine Schließung von 200 bis 300 Hauptschulen nicht mehr ausschließt?

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Bitte vergessen Sie bei Ihren Überlegungen nicht, daß in den kleineren Ortschaften – um solche würde es sich in der Mehrzahl ja handeln – die Schule als solche einen lebendigen kulturellen Mittelpunkt darstellt.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Gerade diese kleinen Gemeinden haben doch in der Vergangenheit oft sehr große Anstrengungen unternommen, um ihre Schule als komplette Schule, nämlich mit Grund- und Hauptschule, räumlich und ausstattungsmaßig auf den heutigen Standard zu bringen. Außerdem – das ist meine persönliche Meinung – werden schon heute viel zu viele Schüler durch die Gegend gekarrt.

Nun zum zehnten Schuljahr an Hauptschulen. Meine Damen und Herren, meint denn tatsächlich jemand unter Ihnen ernsthaft, daß Eltern auf die Ausschöpfung aller Möglichkeiten und Mittel verzichten, ihr vielleicht nicht so begabtes Kind in die Realschule oder ins Gymnasium zu schicken, nur weil jetzt ein dem Realschulabschluß in etwa gleichwertiger Abschluß nach dem zehnten Hauptschuljahr angeboten wird?

(Abg. Wintruff SPD: Ja, aber selbstverständlich!)

Meine Damen und Herren, wären Sie selbst dazu bereit?

(Abg. Wintruff SPD: Natürlich!)

Dieser Abschluß bleibt ein Hauptschulabschluß. Trotz aller Gleichwertigkeitsbeteuerung

(Zuruf von der SPD: Das ist doch nicht wahr! Das ist doch ein großer Irrtum!)

wird er mental immer hinter einem Realschulabschluß eingestuft werden.

(Abg. Wintruff SPD: Sie haben sich noch nirgendwo das „7 + 3“-Modell angesehen, noch nie!)

Die Einführung des zehnten Schuljahres an Hauptschulen wird wie vorangegangene Attraktivitätssteigerungsversuche ein Flop werden, dazu noch ein besonders teurer, wenn man nämlich davon ausgeht, daß mindestens 400 solcher Hauptschulstandorte notwendig sein werden, um auch nur ein einigermaßen flächendeckendes Angebot zu schaffen.

(Zuruf von der SPD: Zurück zur Volksschule? – Abg. Gerhard Stolz GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Nachher gern, wenn es nicht auf meine Redezeit angerechnet wird.

Abg. Gerhard Stolz GRÜNE: Herr Kollege König, ich befürchte, Ihre Redezeit geht langsam zur Neige. Diese lange, ausführliche Analyse der Situation

(Abg. König REP: Deshalb hätten Sie mich nicht unterbrechen sollen!)

kenne ich. Mich würde jetzt einmal interessieren, wie Sie in der zukünftigen Bildungspolitik sehen, was mit der Hauptschule geschehen soll.

Abg. König REP: Hätten Sie noch einen Moment gewartet! Das kommt nämlich jetzt.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf von der SPD: Wir sind voller Erwartung!)

Aus der Stellungnahme zu Ihrem Antrag, Herr Pfister, geht hervor: Wenn wir für die derzeit eingerichteten 125 Hauptschulen mit zehntem Schuljahr 252 Deputate verwenden mußten – und zwar bei teilweise einstelligen Schülerzahlen; davon spricht man ja gar nicht –, so läßt sich doch un schwer errechnen, daß man für 400 solcher Schulen mindestens 800 Deputate benötigt.

Meine Damen und Herren, dies ist ein Paradebeispiel dafür, wie einfach Politik sein könnte, wenn man den Mut hätte, Fehler der Vergangenheit einzusehen und auch zu korrigieren, so wie es Herr Maurer heute morgen eingefordert hat.

(Abg. Wintruff SPD: Sie wollten noch Ihren Vorschlag bringen!)

– Ich sollte auch noch zwei Minuten haben, wenn es möglich ist.

(Zuruf von der SPD: Wir warten auf Ihre Vorschläge!)

– Das kommt; Geduld, Herr Wintruff.

Kompliziert wird es allemal, wenn hier versucht wird, nur zu kaschieren und herumzudoktern, ohne an die Wurzel, an die Ursache zu gehen. Jetzt kommt es:

(Lachen bei der CDU)

Als Hauptursache für die Schwierigkeiten der Hauptschulen und der anderen weiterführenden Schulen sehe ich die fortschreitende Liberalisierung der Übergänge. Diese Übergänge müssen wieder ehrlicher werden, das heißt, sie müssen der Begabung und den Fähigkeiten des einzelnen Schülers entsprechen. Dann sind die Schüler wieder an der richtigen Schule.

(Zuruf von der SPD: Wer bestimmt das?)

und dann haben wir auch wieder gute Hauptschüler.

(Abg. Wintruff SPD: Wer bestimmt das?)

Diese guten Hauptschüler sollten dann die Möglichkeit erhalten, nach dem achten Schuljahr in die zweijährige Berufsschule überzuwechseln.

Wir Republikaner plädieren in diesem Zusammenhang für ein Modell 8 + 2 in dieser Form: zwei Jahre an der Berufsschule.

(Zuruf von der SPD: Das gibt es doch schon!)

(König)

Meine Damen und Herren von den anderen Fraktionen, wenn Sie nicht bald einen schulpolitischen Kurswechsel vornehmen, dann kann ich Ihnen voraussagen – und dies, ohne hellseherische Fähigkeiten zu haben –, daß die nächste Schule, die ins Trudeln kommt, die zweijährige Berufsschule ist.

(Zuruf von der SPD: Berufsfachschule!)

– Richtig! – Wollen Sie das? Wir Republikaner wollen das nicht.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Schnaitmann.

Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ein flächendeckendes Angebot eines freiwilligen zehnten Hauptschuljahres wäre ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Chancen von Hauptschulabsolventen beim Einstieg in das berufliche Leben und damit ein Beitrag zur wünschenswerten Steigerung der Attraktivität dieser Schulart.

So die Begründung der FDP/DVP in ihrem Berichts Antrag vom September vergangenen Jahres.

Gleichwohl signalisieren die Fragen des zweiten Antrags Bedenken, ob dieses Ziel überhaupt erreicht wird, nicht jedoch, weil sie das freiwillige zehnte Schuljahr als Stärkung der Hauptschule kritisch hinterfragen, sondern wegen der Art und Weise, wie es vom Ministerium für Kultus und Sport eingeführt werden soll.

Zu diesen beiden Bereichen möchte ich im folgenden Stellung nehmen.

Erstens: Stärkt das freiwillige zehnte Hauptschuljahr die Hauptschule? Seit 1952 gibt es eine zuverlässige Schülerzahlstatistik, und seit 1952 ist eine beständige Veränderung des Schulwahlverhaltens der Eltern festzustellen, und zwar in Richtung auf anspruchsvollere Schulformen, auch in Baden-Württemberg.

(Abg. Zeller SPD: Weil es die Wirtschaft auch verlangt!)

Hier besuchen 36 % der Schüler und Schülerinnen die Hauptschule, verteilt auf 1 269 Schulorte, während den 30 % Gymnasiasten, bezogen auf die Klassen 5 bis 10, nur 336 Schulen zur Verfügung stehen. In zirka 5 000 Hauptschulklassen saßen im Schuljahr 1989/90 weniger als 20 Schüler und Schülerinnen, und in zirka 1 000 Klassen weniger als 14. Nicht einmal jede dritte Hauptschule erfüllt ihre vorgegebenen Standards. Die Gründe dafür sind folgende:

Erstens: Die meisten Berufe der zukunftssicheren Branchen haben ihre Anforderungen an die schulische Qualifikation bei den Auszubildenden erhöht. Bereits die Erhaltung des sozialen Status innerhalb einer Familie, der ja wesentlich durch den Beruf definiert wird, setzt höhere Abschlüsse voraus.

Zweitens: Eltern orientieren sich bei der Schulformwahl wesentlich am eigenen Schulabschluß, und zwar in der Weise, daß sie für ihre Kinder höhere Abschlüsse wollen.

Drittens: Die Schwellenangst bei der Wahl der anspruchsvolleren weiterführenden Schulen ist bei den Eltern gesunken.

Viertens: Auch ausländische Kinder besuchen zunehmend Realschulen und Gymnasien, da sie allmählich ihre Sprachbarrieren überwinden.

Erhebungen in anderen Bundesländern zeigen, daß auch das zehnte Schuljahr diesen Abwärtstrend nicht aufhalten konnte, denn der Effekt der Attraktivitätssteigerung steht in keinem empirischen Zusammenhang zur Hauptschuleinschätzung der Eltern.

Weiter ist in diesem Zusammenhang kritisch anzumerken: Dem Anliegen des Kultusministeriums, einen Ausgleich zwischen schwächeren und stärkeren Schülern und Schülerinnen zu schaffen, wird mit der Einführung des freiwilligen zehnten Schuljahrs nicht Rechnung getragen. Die guten erhalten fünf Stunden Zusatzunterricht, die schlechten zwei Stunden Förderunterricht. Im übrigen kommen alle Modelle und die damit verbundenen Förderungsangebote nur voraussichtlich 10 % der Schüler und Schülerinnen zugute; denn Förderungsbedürfnisse der leistungsschwächeren Schüler und Schülerinnen bleiben weitgehend außer acht. Die Gefahr der Hierarchisierung innerhalb der Hauptschule liegt auf der Hand. Die Einteilung in H-Klassen, also in solche, die nur den Hauptschulabschluß machen, und in W-Klassen mit realschulähnlichem Abschluß zeichnet diese Tendenz vor.

Zweitens: Wie wird nun das freiwillige zehnte Schuljahr eingeführt? Es wurde versäumt, klare und offizielle Informationen über die Möglichkeiten bei der Umsetzung des zehnten Hauptschuljahrs rechtzeitig vor Ort zu geben. Die Grundsatzentscheidung ist gefallen, ohne daß klare Vorgaben in Form von möglichen Standards, Räumlichkeiten, Verkehrserschließung, regionalen Planungen und ähnlichem geleistet wurden. Die Folge ist: Die Konzeption des zehnten Hauptschuljahrs erfolgt ohne Abstimmung mit Realschulen, Gymnasien und Berufsschulen. Die Ungleichheit der Schulwege und Bildungschancen im Nahbereich bleibt. Mehr noch, das zehnte Hauptschuljahr liefert nachgerade den Anstoß zur Zentralisierung der Schullandschaft.

Das Kultusministerium betont, es wolle keine Schließung kleiner Hauptschulen. Wie sieht es damit aber nun aus? Die Entscheidung darüber, so das Kultusministerium, solle den Schulträgern und den Betroffenen vor Ort überlassen werden. Die gegenwärtige Politik läßt aber den Verdacht aufkommen, daß sich das Ministerium vor dieser unangenehmen Aufgabe drückt und dies lieber dem freien Spiel der Kräfte überläßt. Mittlerweile wurden die Standards revidiert. Als Zahlen werden 80 Schüler pro Hauptschule und 16 pro Klasse gehandelt. Wenn die Zentralisierung der Schullandschaft von der Landesregierung aber gewollt ist, so soll sie das auch ehrlich sagen. Kommunen, Schulen, Eltern, Schüler und Schülerinnen haben das Recht, zu erfahren, wohin der Weg eigentlich geht;

(Beifall des Abg. Buchter GRÜNE)

(Monika Schnaitmann)

denn Zentralschulen wird es geben. Und es wird auch andere Lösungen geben, vertikale oder horizontale. Das bedeutet, es soll Schulen mit den Klassen 5 bis 7 an einem Standort geben und am Nachbarstandort Schulen mit den Klassen 8 bis 10, oder das zehnte Schuljahr soll wechselweise in kooperierenden Hauptschulen geführt werden.

Das Einzugsgebiet wurde für die Klasse 10 aufgehoben. Für die Klassen 7 bis 9 zeichnet sich diese Tendenz ab. Es entsteht eine Konkurrenzsituation zwischen Schulen und Gemeinden.

Der derzeitige Antragstau von rund 125 Schulen spricht dafür, daß oft nicht pädagogische Erwägungen das zehnte Schuljahr schmackhaft machen, sondern die Angst vor einer möglichen Schließung nicht ausgelasteter Schulen, also die Sorge um die Bestandserhaltung.

Das Kultusministerium spricht des weiteren von 1 150 von 1 227 Schulen, in denen das zehnte Hauptschuljahr eingeführt werden könne. Rund 80 Schulen werden in der Berechnung schon gar nicht mehr aufgeführt. Ich frage: Sind diese Schulen im Kultusministerium bereits auf der Schließungsliste?

Drittens die möglichen Lösungswege: Der Hauptschule wird die Erfüllung ihres Bildungsauftrags dadurch erschwert, daß sie mit einer geringeren Bildungszeit als andere Schularten auskommen muß, obwohl sie die Schüler und Schülerinnen mit einer schwierigen Lebens- und Lernbedingung hat. Wenn diese Schulart je eine Chance haben soll, braucht sie zur Förderung der ihr anvertrauten Schüler und Schülerinnen eine längere Schulzeit.

Auch das Ministerium kommt in seiner guten Analyse über die Situation der Hauptschule zu der Auffassung, daß der Heterogenität, dem hohen Ausländeranteil und der sozialen Zusammensetzung mit mehr Zeit Rechnung getragen werden müsse. Nur: Die Konzepte fehlen.

Ein durchaus erfolgversprechender Ansatz wäre ein generelles, verbindliches zehntes Schuljahr für alle, eine pädagogische Konzeption, die den verschiedenen Kulturen Rechnung trägt, die Verbesserung der Situation der Lehrkräfte, die Kooperation mit Berufsschulen, die Schaffung von Bildungsregionen mit Zielen und Kriterien, wie wohnortnahe Schulversorgung, Mindeststandards, gleiche Bildungs- und Abschlußchancen zu erreichen sind, um das Stadt-Land-Gefälle auszugleichen. Dazu ist es – und das möchte ich zum Schluß erwähnen – erst einmal nötig, daß Schulentwicklungsplanung nicht mehr hinter verschlossenen Türen stattfindet, sondern zusammen mit Kommunen, Schulen, Eltern, Gewerkschaften und Verbänden geschieht. Derzeit liegt sie noch im Tresor, und statt demokratischer Information ist man auf Vermutungen angewiesen. Es bestehe noch Diskussionsbedarf von seiten des Koalitionspartners SPD – so das Ministerium.

Ich möchte den Koalitionspartner ermutigen, dieser Schulentwicklungsplanung seinen Stempel aufzudrücken. Noch orientiert sie sich an den „Leitlinien der siebziger und frühen achtziger Jahre“ und sieht keine Notwendigkeit, das Netz der Standorte einer generellen Prüfung zu unterziehen – so auf Seite 27. Noch trägt sie in keiner Weise die Handschrift der SPD, obwohl es Leitlinien sind, die weit über

das Jahr 2000 hinaus bestimmend sein werden und die damit auch weit über die Zeit hinaus, für die die Koalitionsvereinbarung geschlossen worden ist, Gültigkeit haben werden. Aufgrund der Schulpolitik in der Zeit Ihrer Opposition, die Sie in guter Weise geleistet haben, erwarten Schulen, Lehrkräfte, Eltern, Schüler und Schülerinnen, daß Sie auf ihrer Seite stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Ministerin Dr. Schultz-Hector.

Ministerin für Kultus und Sport Dr. Marianne Schultz-Hector: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin meinen Vorrednern dankbar, daß niemand diese Hauptschuldiskussion allein mit abfälligen Bemerkungen bestritten hat. Die Hauptschule ist keine Restschule, in die Hauptschule gehen 38 % eines Jahrgangs. Die Übergangsquote von 35,8 % in diesem Schuljahr wird ja jeweils durch die Klassen 5 und 6 nach oben korrigiert.

Für diese 38 % der Schüler eines Jahrgangs müssen wir ein ihnen gemäßes, vernünftiges pädagogisches Angebot machen. Die Hauptschule verfügt über ein zukunftsorientiertes pädagogisches Angebot mit ganzheitlichem Lernen, handlungsorientiertem Lernen. Wir haben viele Jahre an diesem Angebot gearbeitet und es weiterentwickelt. Wir sind jetzt dabei, mit der Schaffung der Möglichkeit eines freiwilligen zehnten Schuljahrs zur Ablegung der mittleren Reife einen zusätzlichen Schritt zu gehen.

Das Schulgesetz wird den Weg dazu öffnen. Dieses Schulgesetz ist seit gestern in diesem Hause. Herr Pfister, auch diejenigen, die an diesem Pult kritisiert haben, daß wir in den letzten Wochen etwas zögerlich waren, hatten in der Vorbereitung einen großen Gesprächsbedarf. Sie wissen, wen ich angucke.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das kann ich mir vorstellen!)

Meine Damen und Herren, wir können heute sagen, daß die seit dem Schuljahr 1989/90 durchgeführten Versuche mit dem freiwilligen zehnten Schuljahr sich bewährt haben. Derzeit haben wir 449 Hauptschulen in diesem Programm. An 125 dieser Schulen wird neben dem Angebot des Zusatzunterrichts das zehnte Schuljahr angeboten. Die Mehrzahl der Versuchsschulen arbeitet mit dem Modell 9 + 1, und wir werden, nachdem unsere Hauptschullandschaft viele einzügige Hauptschulen aufweist, weil wir die wohnortnahe Schule garantieren wollen, auch dieses Modell 9 + 1 im wesentlichen weiterführen müssen. Daneben wird es an den größeren Hauptschulen 7 + 3 geben. Daß wir über diese beiden Modellmöglichkeiten hinaus Versuche gemacht haben, das, meine ich, war richtig und entspricht einer gründlichen Arbeit, lieber Herr Wintruff.

(Abg. Seimetz CDU: Sehr wohl! Das ist wahr!)

Wir beabsichtigen, daß Schüler der Klasse 7, die einen mindestens befriedigenden Leistungsstand aufweisen, künftig von der Klassenlehrerkonferenz eine entsprechende Empfehlung erhalten und zusätzlichen Unterricht in den Kernfä-

(Ministerin Dr. Marianne Schultz-Hector)

chern Deutsch, Mathematik und Englisch angeboten bekommen. Parallel dazu wollen wir den leistungsschwächeren Schülern, die von solchen Angeboten nicht profitieren, ebenfalls Förderunterricht in Deutsch und Mathematik geben. Meine Damen und Herren, das ist für mich eine ganz wichtige zweite Säule zur Stärkung der Hauptschule in diesem Zusammenhang, denn von dem zusätzlichen Unterricht profitieren die stärkeren Schüler offensichtlich, die schwächeren haben ihn aber ebenfalls nötig.

Wer erfolgreich den Zusatzunterricht in Vorbereitung auf ein zehntes Schuljahr besucht hat und künftig zum Ende des ersten Schulhalbjahrs der Klasse 9 die Note „gut“ als Durchschnitt aus den Fächern Deutsch, Englisch, Mathematik, einer Naturwissenschaft und einem Profulfach erreicht, kann in die Klasse 10 aufgenommen werden.

Die Auswertung der bisherigen Prüfungsergebnisse hat gezeigt, daß die Schüler dem Unterricht nicht nur mit hoher Motivation folgen, sondern daß auch ihre Leistungsbereitschaft und ihr Leistungsvermögen geeignet sind, sie zum Erwerb eines mittleren Abschlusses zu befähigen, der dem Realschulabschluß gleichwertig ist. Auch ein Vergleich der Prüfungsaufgaben, die in beiden Fällen zentral gestellt werden, ergibt, daß hier von einer Gleichwertigkeit ausgegangen werden kann. Das ist nötig. Wir können es uns nicht leisten, Mogelpackungen zu vergeben, denn die Schüler wechseln in der Tat auch in das berufliche Gymnasium über. Bis jetzt waren das wenige. Das betrachte ich nicht als einen Mißerfolg, sondern eher als vernünftig. Wir wollen ja mit diesem freiwilligen zehnten Schuljahr an der Hauptschule nicht die Einbahnstraße zur allgemeinen Hochschulreife vergrößern. Die Schüler wählen von sich aus. Sie wählen unter dem Gesichtspunkt ihrer Neigung und ihrer beruflichen Chancen. Sie werden natürlich das berufliche Gymnasium nicht ausschließen, aber es soll nicht der einzige Weg sein, der an dieses freiwillige zehnte Schuljahr anschließt.

(Abg. Zeller SPD: Dafür sprechen auch die Erfahrungen! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Straub: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stolz?

Ministerin für Kultus und Sport Dr. Marianne Schultz-Hector: Ja, gerne.

Stellv. Präsident Straub: Bitte schön, Herr Stolz.

Abg. Gerhard Stolz GRÜNE: Frau Ministerin, Sie reden dauernd vom „freiwilligen“ zehnten Schuljahr. Wie paßt es zusammen, daß man für dieses zusätzliche Schuljahr eine Zugangsvoraussetzung braucht, wenn Sie von „freiwillig“ reden?

Ministerin für Kultus und Sport Dr. Marianne Schultz-Hector: Freiwillig heißt, daß es keine Zwangsverpflichtung für sämtliche Schüler ist. Es ist eine Möglichkeit für diejenigen, die den Ansprüchen gewachsen sind. Wir haben ja gerade davon geredet, daß wir mit diesem mittleren Abschluß ein hohes Niveau erreichen müssen. Das kann ich nur Schülern zumuten, die dazu in der Lage sind.

Hinsichtlich der bundesweiten Anerkennung dieser mittleren Reife gab es ebenfalls Fragezeichen. Ich kann Ihnen versichern, daß wir bei der im Augenblick geführten Diskussion – Herr Pfister, das wird Sie vielleicht auch interessieren –

(Abg. Pfister FDP/DVP blättert in seinen Unterlagen.)

– Vielleicht gibt ihm mal einer einen Schucker.

(Abg. Zeller SPD: Ernst! Wie in der Schule unaufmerksam!)

Herr Pfister, zur bundesweiten Anerkennung: Wir sind in der KMK auf gutem Wege, im Rahmen der jetzt laufenden Diskussion über die mittleren Reifen in den Bundesländern auch diesen Abschluß gut unterzubringen. Da gibt es überhaupt keine Frage.

Wir haben an den Versuchsschulen 252 Deputate für den vorbereitenden Unterricht und für das zehnte Schuljahr eingesetzt. Ich rechne damit, daß wir bei einer flächendeckenden Einführung eines solchen Angebots 700 zusätzliche Lehrer brauchen. Ob wir die aus unserem Kontingent bestreiten müssen oder wie sich die Verhältnisse weiterentwickeln, wird man abwarten müssen. Wir werden ohnedies in Stufen umsetzen. Das sieht ja auch die Koalitionsvereinbarung vor. Wir werden aber im kommenden Schuljahr mit einer großen Zahl bereits vorgeklärter, abgesprochener Schulen in das Programm gehen. Es werden 338 Schulen sein, die dann zusätzlich in dieses Programm kommen. Damit sind wir bei über 700 Schulen insgesamt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist meine Frage gewesen!)

Der Schritt, der dann im kommenden Jahr folgt, wird schwieriger sein. Wir haben ja – Schulverwaltung, Schule, Schulträger – vor Ort Gespräche geführt, und ich bin außerordentlich beeindruckt davon, mit welchem Interesse die Kommunen die Möglichkeiten verfolgen, ein zehntes Schuljahr zu bekommen. Ich bin aber noch viel mehr von der Tatsache beeindruckt, daß es möglich ist, vor Ort im Einzelfall mit den betroffenen Schulen abzuklären, wo dieses zehnte Schuljahr angesiedelt wird. Es zeugt meiner Ansicht nach von einer hohen Solidarität der Schulen vor Ort, daß man sich da einigen kann. Das muß man tun, und das kann man eigentlich nur tun, wenn man nicht feste Regeln aufstellt, sondern versucht, die Örtlichkeiten in Augenschein zu nehmen und flexibel zu reagieren.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Straub: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wintruff?

Ministerin für Kultus und Sport Dr. Marianne Schultz-Hector: Das ist dann die letzte Zwischenfrage, die ich annehme.

(Abg. Wintruff SPD: Ich habe ja noch gar keine gestellt!)

Abg. Wintruff SPD: Frau Ministerin, können Sie in diesem Zusammenhang den Schulträgern ankündigen, daß Sie ihnen bei der Diskussion um die Entscheidung für das richtige Modell klare Rahmenrichtlinien an die Hand geben werden?

Ministerin für Kultus und Sport Dr. Marianne Schultz-Hector: Daß wir ihnen Hilfestellungen geben? Das wissen die Schulträger in der Regel, und das können wir jetzt noch forcierter nach draußen geben, wenn wir mit dem Schulgesetz hier waren. Wir haben ja die gesetzliche Grundlage bisher noch nicht unter Dach und Fach. Daran müssen Sie denken. Trotzdem haben wir vorausgearbeitet, soweit das zu verantworten war.

Zum Thema der einzügigen Hauptschule und der Schulentwicklungsplanung. Die große Mehrzahl unserer Hauptschulen ist einzügig. Auch die kleinen Hauptschulen, selbst da, wo sie in einigen Fächern jahrgangsübergreifend arbeiten, erreichen hervorragende Leistungen, haben selbstverständlich ein gutes pädagogisches Klima. Themen wie Aggression und Gewalt sind dort überhaupt nicht aktuell. Trotzdem werden wir bei etwa 187 dieser Hauptschulen überlegen müssen, wie sie sich in Zukunft weiterentwickeln, denn das sind Hauptschulen mit weniger als 80 Schülern. Aber auch hier kann das Rezept nicht heißen: Bei soundso viel Schülern schließen wir. Das Rezept kann nur heißen: Was bedeutet das für diese Schule, und wie sehen die Schulen im Umfeld aus? Wenn ich eine Schule schließe und an anderer Stelle mit den Schülern, die ich dann dort hinweise, den Klassenteiler überspringe, habe ich nichts gewonnen. Ich brauche zusätzliche Lehrkräfte und an anderer Stelle zusätzliche Räume. Man wird also sehr behutsam vorgehen und wird auch in diesem Fall die Dinge vor Ort besprechen müssen. Andere Klärungsmöglichkeiten sind ausgeschlossen, wenn man davon ausgeht, daß man ein wohnortnahes Netz erhalten will, daß man keine zusätzlichen Baukosten verursachen will, daß man andererseits zu einem effektiven und kostensparenden Einsatz von Lehrern gezwungen ist.

Meine Damen und Herren, auch der BDA hat in seiner Untersuchung die Hauptschule bei aller Kritik im Detail gelobt und davon gesprochen, daß wir gerade für den gewerblichen Bereich in der Wirtschaft den Hauptschüler, den möglichst gut qualifizierten Hauptschüler, brauchen.

Wer in Einheitssystemen im schulischen Bereich sein Ideal sieht, wird an der Hauptschule immer etwas auszusetzen haben. Wer von der Überlegenheit differenzierter Systeme überzeugt ist, wird die Hauptschule nicht abschreiben. Unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft, aber, noch viel wichtiger, unsere Schüler brauchen diese Hauptschule, und wir werden sie erhalten und pflegen.

(Abg. Seimetz CDU: Sehr gut! – Beifall bei der CDU und den Republikanern sowie des Abg. Wintruff SPD)

Stellv. Präsident Straub: Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Wir kommen daher zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der beiden Anträge.

Ich gehe davon aus, daß diese an den Ausschuß für Schule, Jugend und Sport überwiesen werden sollen. – Dem wird nicht widersprochen. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

a) Große Anfrage der Fraktion der SPD mit der Antwort der Landesregierung – Herkunfts- und Qualitätszeichen in Baden-Württemberg – Drucksachen 11/385, 11/1130

und dazu den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 11/1768, zu dieser Großen Anfrage sowie den Ergänzungsantrag Drucksache 11/1771 der Fraktion Die Republikaner zum Antrag der Fraktion der SPD

b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Baden-Württemberg – Drucksache 11/830

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache über die Tagesordnungspunkte 8 a und 8 b eine Redezeit von 10 Minuten je Fraktion festgelegt.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Das Wort erhält Frau Abg. Kipfer.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als die damalige Landesregierung vor ziemlich genau vier Jahren, nämlich am 13. April 1989, die Einführung eines Herkunfts- und Qualitätszeichens für Agrarprodukte aus Baden-Württemberg bekanntgab, haben wir dies im Prinzip begrüßt. Unser damaliger Sprecher Karl Nicola hat aber gleichzeitig gewarnt. Er hat gesagt, die Landesregierung vergebe eine Chance. Warum? Die Landwirtschaft muß sich hier wie anderswo dem internationalen Wettbewerb stellen. Offene Grenzen nach Osten oder Westen füllen die Regale unserer Verbrauchermärkte mit Produkten aus aller Herren Länder, und die Produkte unserer Landwirtschaft werden diesen Wettbewerb hoffnungslos verlieren, weil die Struktur der baden-württembergischen Landwirtschaft keine Billigproduktion zuläßt.

Deshalb meinen wir, unsere Bauern haben nur eine Chance, Herr Staatssekretär, wenn sie Produkte auf den Markt bringen, die sich deutlich von der Masse anderer Waren unterscheiden. Das ist in der Landwirtschaft nicht anders als in der Industrie. Die scheinbare Benachteiligung der kleinstrukturierten Landwirtschaft in Süddeutschland könnten wir hier zum schlagkräftigen Vorteil ummünzen.

Unsere Landwirtschaft hat nach Überzeugung der SPD nur dann eine tragfähige Zukunftschance, wenn sie Produkte auf den Markt bringt, die wesentlich höheren ökologischen, gesundheitsverträglichen, geschmacklichen und ethischen Anforderungen genügen. Anders als die Menschen, die sich damals das Herkunfts- und Qualitätszeichen ausgedacht haben, haben wir uns von Marktforschern die Marktprognosen für die Akzeptanz landwirtschaftlicher Produkte erläutern lassen. Daran sieht man, daß die Regierung bisher immer nur an die Produzenten gedacht hat, nicht aber an den Markt.

Nach Aussagen dieser Marktforscher wird sich im Verbraucherverhalten in Zukunft eine immer größere Schere öffnen, die schließlich keine Absatzchance für Produkte im mittleren Segment läßt, wo bisher für das Herkunfts- und

(Birgit Kipfer)

Qualitätszeichen ordentliche, aber nicht besonders bemerkenswerte Produkte angeboten wurden.

Ein Teil der Bevölkerung wird nach diesen Prognosen in die Billigregale greifen und nach praktischer und einheitlicher Industrieware greifen, die immer gleich aussieht und gleich schmeckt. Diese Leute verkennen dabei – das habe ich an anderer Stelle schon einmal gesagt –, daß die scheinbaren Billigprodukte in Wahrheit die teureren Alternativen sind, rechnet man alle Sekundärkosten in der Gesundheitsnachsorge oder in der Reparatur von Umweltschäden hinzu. Mit unseren steigenden Steuern und Abgaben bezahlen wir damit das billige Essen auf dem Teller zusätzlich. Dieser Trend wird sich dann noch verschärfen, wenn erst die gentechnisch manipulierten agrarindustriellen Nahrungsmittel und die Novel-Food-Produkte im Regal zu finden sein werden.

Am anderen Ende der Schere finden wir immer mehr Verbraucher, die sich zunehmend Gedanken darüber machen, wie Lebensmittel produziert werden und was sie da eigentlich kaufen. Sie denken darüber nach, welche Schadstoffe die Nahrungsmittel beinhalten und ob es durch ihre Produktion Schäden an der Umwelt gibt, wie die Tiere gehalten werden, von denen Eier und Fleisch stammen, welche Kosten für den Transport entstehen und wie die Weiterverarbeiter mit den Produkten umgehen. Diese Käuferschicht wächst nach dem, was wir wissen, und sie wird höchste Qualität und Information über Produktionskriterien und Inhaltsstoffe auch mit höheren Preisen zu honorieren bereit sein. Um diesen Markt zu erobern, wollten wir das Herkunfts- und Qualitätszeichen Baden-Württemberg haben. Hier war die Chance, nach und nach Landwirtschaft und Ökologie miteinander zu versöhnen – zum Wohl der Natur und ihrer Vielfalt und auch zum Wohl der Verbraucher.

(Zuruf des Abg. Reddemann CDU)

Zum Wohl der Bauern wird es nach den genannten Gründen auch sein. Sie produzieren dann hochwertige Qualität, die ihnen endlich gerechtere Preise für ihre Produkte bringt, sie erhalten die Fruchtbarkeit des wichtigen Produktionsfaktors, ihres Bodens, und von seiten des Staates erhalten sie dabei auch Vermarktungshilfen. Das wollen wir so.

Aber was hat die Landesregierung daraus gemacht? Sie hat Kriterien für die Vergabe des Zeichens entwickeln lassen mit der erklärten Vorgabe, daß von vornherein möglichst viele oder sogar fast alle Produzenten und Produkte darunter fallen. Das ist der Kernpunkt, wo wir uns voneinander unterscheiden. Ziel war und ist es also allein, der heimischen Produktion eine Vermarktungshilfe anzubieten für ein Marktsegment, das es in einigen Jahren kaum noch geben wird. Ziel war nicht, möglichst hochwertige Produkte mit dem Siegel auszuzeichnen und damit die ökologische und gesundheitsrelevante Produktion weiter anzuregen und zu fördern, sondern Ziel war, einfach möglichst auf alles, was aus Baden-Württemberg kommt, ein Siegel zu kleben. Als wenn in unserem Ländle offensichtlich nur noch Äpfel und Birnen der S-Klasse wachsen würden und nichts weiterzuentwickeln wäre!

Aus diesem Grunde haben sich auch Umweltverbände geweigert, in den Produktionsausschüssen mitzuwirken. Die Organisationen der Verbraucher haben deshalb mitgemacht,

weil sie die Chance wahrnehmen wollten, mitzuwirken, aber sie waren genauso skeptisch wie wir.

Im Ergebnis ist also folgendes zu beklagen: Landwirte und regionale Erzeugerverbände, die wirklich in unserem Sinne hochwertige Produkte anbieten, ohne sich oft mit dem Wort „ökologisch“ zu schmücken, bewerben sich überhaupt nicht um das Herkunfts- und Qualitätszeichen, weil es eine Abwertung ihrer Produkte bedeuten würde.

Und die von der Regierung so hoch gelobte integrierte Produktion überzeugt nicht als alleiniges Qualitätsmerkmal und schon gar nicht als endgültige Produktionsmethode, weil – ich wiederhole, was ich hier schon einmal gesagt habe – Verbraucher diese Art der Wirtschaftsweise inzwischen als Stand der Technik voraussetzen. Ich selbst halte diese Produktion für eine ordentliche, aber konventionelle und keinesfalls für eine besonders ökologische landwirtschaftliche Erzeugung.

Außerdem kennen die Verbraucher in der Masse das Herkunfts- und Qualitätszeichen überhaupt nicht. Und wenn sie es kennen, ist es für sie kein Merkmal für besonders hohe Qualität, die einen höheren Preis rechtfertigen würde. Höhere Preise erzielen die Produzenten bisher auch nicht, und nur dies würde unserer Meinung nach den Aufwand der Lizenz- und Zeichenvergabe und die Hilfen für die Vermarktung rechtfertigen. Das ist die Situation.

Nun kann man daraus zwei Schlußfolgerungen ziehen. Die eine ziehen die Grünen, die sagen: Hinweg mit dem ganzen Qualitätsgerede. Das Zeichen soll ein reines Herkunftszeichen werden.

Aber ich denke, ein reines Herkunftszeichen können wir uns sparen. Das lohnt nicht den Aufwand. Denn es reicht aus, zu sagen: „Diese Äpfel sind vom Bodensee.“ oder „Dieses Fleisch kommt aus dem Hohenlohischen.“ Jeder sollte dann wissen, daß dies in Baden-Württemberg liegt.

(Abg. Reddemann CDU: Sehr gut! Jawohl! Herkunftszeichen!)

Oder „Schwarzwälder Schinken“ oder so ähnlich.

(Abg. Walter GRÜNE: Das ist bis jetzt auch nicht sicher, zum Beispiel bei Futtermitteln! Das ist jetzt noch gar nicht sicher!)

Ich meine, dazu brauchen wir nicht dieses Siegel mit den drei Löwen. Wir haben dieses Herkunfts- und Qualitätszeichen nun einmal, und wir wollen es fortentwickeln und immer schärferen Kriterien anpassen.

(Zuruf des Abg. Östreicher CDU)

Wir wollen also über den Markt die Landwirtschaft auf ein ökologischeres Niveau heben und nicht den Markt der gegenwärtigen Landwirtschaft anpassen.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Erst wenn wir sagen können: Dieses gelbe Zeichen mit den drei Löwen bürgt zum Beispiel für Fleisch, das hier unter besten Bedingungen produziert und nicht nur, wie in den Kriterien festgelegt ist, in acht Wochen fertiggemästet

(Birgit Kipfer)

wurde, für Fleisch ohne Masthilfen mit Futter aus Baden-Württemberg oder für Eier, die tatsächlich von Hühnern stammen, die hauptsächlich mit Getreide und Grünfütter aus heimischem Anbau gefüttert worden sind statt mit Importsubstituten und Fischmehl, und nicht von Hühnern, die jede Menge Arzneimittel brauchen, damit sie nicht krank werden, dann haben wir dieses Zeichen zu Recht vergeben.

Um eine Entwicklung in diese Richtung in Gang zu setzen, wollen wir, daß nicht nur die konventionellen Landwirtschaftsverbände und die Lebensmittelindustrie an der Entwicklung der Vermarktung und der Ausarbeitung der Kriterien beteiligt sind, sondern ebenso die Verbraucher, die Umweltverbände und die Experten der landwirtschaftlichen Marktwirtschaft, denn wir wollen im Kern, daß Umweltschützer und Bauern mit den Verbrauchern an einem Tisch sitzen und zusammenarbeiten. Das steht auch so in der Koalitionsvereinbarung.

Wir haben versucht, im Vorfeld der heutigen Debatte einen gemeinsamen Antrag zustande zu bringen. Wir legen Ihnen heute nochmals die Koalitionsvereinbarung vor, damit wir im Ausschuß weiter darüber reden können und um den geschätzten Kollegen der CDU-Fraktion Gelegenheit zu geben, sich mit dem Text der Koalitionsvereinbarung weiter vertraut zu machen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Ministers Weiser)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Göbel.

Abg. Göbel CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen und vor allem verehrte Frau Kipfer! Ich weiß nicht, ob Sie mich am Schluß meiner Ausführungen noch so hoch einschätzen, weil ich einfach meine, wir sollten hier in aller Öffentlichkeit nicht den Eindruck erwecken, als sei das Qualitätszeichen im Lande Baden-Württemberg, das Qualitätszeichen für landwirtschaftliche Produkte, bisher nur reine Dekoration gewesen.

Ich meine, wir haben mit diesem Herkunfts- und Qualitätszeichen einen guten Anfang gemacht. Wir haben in den letzten drei Jahren sicherlich einiges dazugelernt und auch laufend verbessert. In dem Punkt sind wir uns einig: Wir verbessern mit Ihnen zusammen gerne weiter. Nur sollte man, wie es im Leben immer ist, das Kind nicht mit dem Bade ausschütten und nicht so tun, als sei das jetzt genutzte Zeichen in seinem heutigen Umfang völlig falsch.

Den Kollegen von den Grünen will ich gleich sagen – darin bin ich mit Frau Kipfer einig –: Das, was Sie uns als Antrag vorgelegt haben, diskutieren wir ganz gerne noch einmal im Ausschuß. Ich brauche dazu nur einen Punkt anzusprechen, die Kapazitätsaufstockung. Ich darf Sie nur daran erinnern, daß wir in Baden-Württemberg beim Fleisch laufend Marktanteile verlieren.

(Abg. Reddemann CDU: So ist es! Sehr richtig!)

Wenn Sie die Zukunft der Landwirtschaft damit retten wollen, muß ich Sie einmal einladen, in Dörfer und Familien, die um ihre Zukunft ringen, zu kommen. Die Zukunft kann nicht darin bestehen, daß man weniger erzeugt, sondern die Produktion, die andere, die aufgrund des Strukturwandels

ausscheiden, aufgeben, soll übernommen werden. Soviel in aller Kürze dazu. Nun zurück zu unserem Herkunfts- und Qualitätszeichen.

Ich meine, diese Qualitätsbezeichnung, diese Deklaration ist einfach notwendig, weil unsere Landwirte im Wettbewerb mit anderen Landwirtschaften aus der EG und überseeischen Ländern stehen. Sie wissen, daß die GATT-Verhandlungen nach dem heutigen Stand – noch sind sie nicht abgeschlossen – unseren Landwirten auch im Nahrungsmittelbereich weiterhin eine Konkurrenz, auch aus Übersee, bescheren werden. Wir werden sehen müssen, wie wir uns positiv abheben. Das geht nicht mit Pauschalanträgen über verstrahlte Lebensmittel und die Festlegung von Ländern.

Ich denke, man muß ganz allgemein sagen: Es gibt Behandlungen, die wir nicht akzeptieren, die nicht ins Qualitätszeichen gehören. Dazu gehört die Bestrahlung genauso wie die Behandlung mit Enzymen und anderen Mitteln, die der menschlichen Gesundheit eventuell abträglich sein könnten.

Ich meine, wir müssen uns dem Wettbewerb stellen, aber, Frau Kipfer, nicht mit einem kleinen Segment aus unserer landwirtschaftlichen Erzeugung, denn wir müssen unsere Bevölkerung zu 100 % ernähren, und es wäre gut, wenn wir es schaffen würden, in wenigen Jahren den Qualitätsstandard der Erzeugung und des Angebots auf dem Markt so weit zu bringen, daß ein möglichst hoher Anteil der Verbrauchsgüter aus unserem Land Baden-Württemberg diesen Kriterien für kontrollierte und integrierte Qualitätserzeugung genügt, weil wir damit der Landwirtschaft eine Chance geben könnten, Landwirtschaft auch in von Ballungsräumen weit entfernten Gebieten zu betreiben. Wir sollten da nicht in kleinliches Elitedenken verfallen und dann auf den Kunden vor der Haustüre angewiesen sein. Manche glauben ja, daß man damit das Heil der Landwirtschaft suchen könnte. Landwirtschaft brauchen wir aber vor allem dort, wo die Bauern weit weg vom Markt sind. Sie haben oft keine andere Alternative, selbst wenn die Höfe klein sind. Sie müssen ihren Grund und Boden nutzen und auf die fernen Märkte gehen, wo sie bestehen können müssen. Deshalb, meine ich, müssen wir uns im Land Baden-Württemberg neben den Vermarktungswegen natürlich auch um Qualitätsstandards bemühen.

Wir haben eine Chance im Land, so meine ich, weil wir den Markt letztendlich eben doch vor der Türe haben. Wenn es darum geht, möglichst frische Nahrungsmittel auf den Markt zu bringen, sind wir allemal um ein paar Stunden, um nicht zu sagen Tage, besser als unsere Konkurrenten von irgendwoher.

Wir sollten in diesem Zusammenhang – da denke ich an das Fleisch – bei der Veränderung der Schlachthofstruktur sehr darauf achten, daß wir nicht allzu weite Tiertransportwege in Kauf nehmen müssen, daß ordentlich geschlachtet und vermarktet werden kann. Denn jeder, der sich in diesem Metier ein bißchen auskennt, weiß, daß der Vorgang des Schlachtens viel mehr über die Fleischqualität, wie sie dann die Hausfrau in der Pfanne vorfindet, entscheidet als vielleicht die wochen- oder monatelange Fütterung vorher.

Im übrigen, meine ich, geht gerade die heimische Landwirtschaft – um das Thema Fleisch kurz zu behandeln – auf

(Göbel)

die Wünsche der Verbraucher ein. Die Bauern bemühen sich, zum Teil natürlich aus den GATT-Verhandlungen resultierend, nur heimische Futtermittel zu verfüttern. Die Arzneimittel, die vorhin als so fürchterlich apostrophiert wurden, sind heute, denke ich, wirklich gut unter Kontrolle. Wir sollten unseren Bauern zusammen mit dem Veterinär-dienst in unserem Lande attestieren, daß in dieser Richtung bei uns in Baden-Württemberg die Welt wirklich in Ordnung ist. Wir sollten in Diskussionen darüber unsere Kunden draußen nicht zusätzlich verunsichern.

Wir sollten mit dem Qualitätszeichen auch Exportinitiativen ergreifen. Denn wir haben ja die eigenartige Erscheinung, daß eben doch immer wieder die Chance besteht, spezielle Produkte aus der Bundesrepublik und auch aus Baden-Württemberg auf den Nachbarmärkten, aber vor allem auch auf dem internationalen Markt unterzubringen. Dabei kann gelegentlich auch ein bißchen Geld verdient werden. Das wäre halt doch ein Weg, wenn wir uns da einigen. Da reicht aber dann ein Segment von 20 % nicht aus.

Frau Kipfer, eines möchte ich noch klarstellen: Wir verstehen unter einer Produktion für das Herkunftszeichen eben nicht das, was der Demeterbund oder was ökologisch wirtschaftende Betriebe darunter verstehen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist klar! - Abg. Teßmer SPD: Unbestritten!)

Diese wollen und brauchen und haben auch ihren eigenen Markt. Denen brauchen wir nicht Konkurrenz zu machen.

(Abg. Teßmer SPD: Die brauchen das halbe Prozent nicht!)

Wenn wir uns darüber heute schon endgültig einig sind, wird die Diskussion im Ausschuß sicherlich um einiges leichter und kürzer.

Wir sollten an die Betriebe denken, die sich heute aufgegrafft haben, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Ich habe mich neulich erkundigt. Ich habe in meinem Dienstbereich - ich bin beruflich der Landwirtschaft eng verbunden - einen Beratungsring für integrierten Pflanzenbau. Die Bauern sind heute bereit, neben der staatlichen Beratung, die wir ja im Land Baden-Württemberg dankens- und anerkanntenswerterweise noch haben, Beträge von über 10 DM je Hektar und mit Grundbeträgen oft Gesamtbeträge von 1 000 DM und mehr in diese spezielle Beratung zu investieren, weil sie einfach wollen, daß sie ein Produkt erzeugen können, das den Ansprüchen einer modernen Verbrauchergeneration oder Verbrauchergesellschaft entspricht.

Ich meine, das sind ein paar Beispiele, die aufzeigen, daß unsere Bauern zumindest gewillt sind und daß das Land Baden-Württemberg gewillt ist, hier Ordnung zu halten. Unser Minister und seine Verwaltung haben das bewiesen. Ich erinnere nur an die „eberfleischfreie Zone“. Das war auch so eine Geschichte, wie man mit einer Diskussion, von außen her ausgelöst, einen Fleischmarkt kaputt machen kann.

Wir von Baden-Württemberg aus wehren uns gegen die unkontrollierten Zufuhren. Das ist neben dem Gütezeichen sicher ein wichtiger Punkt. Denken Sie an diese Rindfleisch-

geschichte aus England. Sie zeigt, wie schnell man Verbraucher verunsichern kann. Da stehen wir mit unserer Werbekampagne möglicherweise recht armselig daneben, wenn der Verbraucher in der Zeitung gelesen hat, daß es Produkte gibt, die nicht so ganz koscher sein und eventuell auch auf unseren Ladentischen landen könnten.

Ich meine, wir sollten uns anschicken, das Gütezeichen mehr unter die Leute zu bringen. In der Antwort der Landesregierung sind die Anteile ja recht deutlich aufgezeigt. Das sind Zahlen, die uns mit Sicherheit nicht befriedigen können. Ich meine, hier müssen wir uns wirklich gemeinsam anstrengen, damit diese Produkte auch in den Regalen unserer Supermärkte - das wird ein besonderes Problem sein - gelistet sind. Der Kreis, der in die Exquisitläden geht, ist nämlich relativ klein. Wir müssen diese gute Qualität dem Normalverbraucher anbieten.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

- Herr Kollege, die Gefahr besteht aber, wenn wir so tun, als sei dies eine Superqualität. Ich meine, es muß eine gute Qualität sein, meinerwegen eine sehr gute, aber von Superqualität würde ich nicht reden. Es muß eine kontrollierte Qualität sein, die wir anbieten und die auch Eingang in die Supermärkte finden könnte, damit unsere heimische Landwirtschaft auch auf den eigenen Märkten eine Chance hat.

Soviel dazu.

Frau Kipfer, Sie müssen die Koalitionsvereinbarung - ich hatte es Ihnen im Vorgespräch gesagt - zu Ende lesen. Wir werden über dieses Thema, denke ich, im Ausschuß in großer Ruhe miteinander reden. Wir haben keinen Anlaß, uns hier zu streiten. Aber wir haben natürlich Anlaß, darüber zu reden, wie wir vernünftige Entscheidungsgremien sicherstellen, die darüber bestimmen können, wer was wie erzeugt und wie es dann vermarktet wird. Darüber werden wir mit Ihnen gern diskutieren. Es wird sicher anregende Diskussionen geben.

Zum Antrag der Grünen habe ich ein paar Sätze gesagt.

Ich habe auch den Antrag der Republikaner kurz gestreift. So einseitig können wir Ernährungspolitik nicht betreiben. Im Grunde besteht zwischen uns wahrscheinlich kein großer Dissens, aber Einseitigkeit hilft uns hier nicht weiter.

Zunächst vielen Dank. Ich freue mich auf die Diskussionen im Ausschuß.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter.

Abg. Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Titelgeschichte des „Spiegels“ in der Ausgabe der vergangenen Woche über gentechnisch manipulierte Lebensmittel hat aufs neue bewiesen, daß die Öffentlichkeit die Entwicklung bei den Lebensmitteln immer kritischer betrachtet, und zwar, wie wir im Verlauf meiner Rede sehen werden, zu Recht. Denn Schlag auf Schlag - übrigens mit tatkräftiger Unterstützung der Politik - setzt die Nahrungs-

(Walter)

mittelindustrie ihre Interessen mehr und mehr durch, Interessen im übrigen, die sich nicht mit denen der Verbraucherinnen und Verbraucher decken.

Nach den Vorstellungen der Nahrungsmittelindustrie soll das Nahrungsmittel von morgen – der Begriff „Lebensmittel“ wird dann kaum mehr der richtige sein – aus billigen Rohstoffen hergestellt, schnell fertig und unbegrenzt haltbar sein. Das Ziel dabei besteht darin, eben dieses Nahrungsmittel kreuz und quer durch Europa zu transportieren. Außerdem wird es mit allerlei künstlichen Stoffen versehen werden, um dem Original so nahe wie möglich zu kommen, um die Verbraucherinnen und Verbraucher über das zu täuschen, was sie letztlich in der Hand halten.

Diese Entwicklung wird aber nicht nur für unsere Verbraucherinnen und Verbraucher, sondern auch für die Bauern und die Landwirtschaft in unserem Land fatale Folgen haben. Denn sie werden zu billigen Rohstoffproduzenten degradiert, und den Rest übernehmen die Chemiker und die Fooddesigner der Nahrungsmittelindustrie.

(Unruhe)

– Herr Präsident, könnten Sie für etwas mehr Ruhe sorgen? Es hört keiner mehr zu.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Straub: Ich darf bitten, die Gespräche einzustellen.

Abg. Walter GRÜNE: Auf diese Gefahren, meine Damen und Herren, muß man sich einstellen, wenn man über die zukünftige Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Baden-Württemberg diskutiert.

Wenn man ein bäuerliches Qualitäts- und ein regionalbezogenes Markensiegel haben will, muß man sich von den soeben beschriebenen Entwicklungen klar und deutlich absetzen. Man darf nicht, wie es Herr Teßmer gemacht hat, seine Offenheit für gentechnologische Entwicklung zeigen. Wenn man so etwas tut, verliert man schnell seine Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte ausdrücklich betonen: Angesichts der bereits eingeläuteten Entwicklungen – Frau Kipfer hat zu Recht auf die bestrahlten Lebensmittel und Novel food hingewiesen – und der damit verbundenen Verwirrung der Verbraucherinnen und Verbraucher im Supermarkt haben regionale Herkunfts- und Qualitätszeichen eine sehr gute Chance. Darauf muß sich die Landwirtschaft in Baden-Württemberg einrichten. Wir sind der Meinung, daß die Politik dabei die entsprechende Hilfe leisten muß.

Ich möchte Ihnen einige weitere Gründe nennen, warum dieser Weg für die baden-württembergische Landwirtschaft der richtige sein wird.

Erstens: Trotz einer nahezu 30jährigen Tradition der Politik des „Wachse oder weiche“ sind 90 % der baden-württembergischen Höfe zu klein, um mit der EG-Massenproduktion mithalten zu können. Jetzt, nach der Wiedervereinigung und mit der womöglich anstehenden Öffnung unserer

Märkte für die Agrarfabriken aus dem Osten, wird das noch viel mehr Gültigkeit als zuvor haben.

Zweitens: Durch die auch von der Landesregierung mitgetragene Agrarreform werden in wichtigen Bereichen die Erzeugerpreise künstlich unter den Produktionskosten gehalten. Da niemand garantieren kann – man betrachte nur die augenblickliche Haushaltslage sowohl im Bund als auch in den Ländern –, wie lange dieser Ausgleich den Bauern gezahlt wird, können wir ihnen nur empfehlen, daß sie möglichst viele ihrer Produkte verbrauchernah verkaufen, um möglichst gute Preise zu erzielen.

Drittens: Gerade unsere Bauern haben einen in Europa fast einmalig dichten und mit hoher Kaufkraft versehenen Markt direkt vor der Haustür. Auch dies sollten wir bedenken.

Die Folgerung aus all dem kann nur heißen: In Zukunft muß Wert auf Qualität und nicht auf Masse gelegt werden. Das Problem in Baden-Württemberg besteht allerdings darin, daß wir ein Gütesiegel haben, bei dem sich die damit gekennzeichneten Produkte in keiner Weise von der Massenproduktion unterscheiden, die sonst in der EG auf den Markt kommt; denn dieses baden-württembergische Siegel schreibt ja letztendlich nur Selbstverständlichkeiten vor, zum Beispiel die ausschließliche Verwendung zugelassener Pestizide. Ich denke, über so etwas müssen wir gar nicht mehr diskutieren, oder man muß die Frage stellen, was die machen, die dieses Siegel nicht haben. Verwenden die etwa Pestizide, die nicht zugelassen sind?

Außerdem: Die Futtermittel müssen nur zu 60 % aus Baden-Württemberg kommen, und selbst zu einem Verbot der sogenannten Leistungsförderer – im Volksmund auch Antibiotika genannt – konnte man sich auf Druck der Agrarlobby nicht durchringen.

Eine Veränderung der Tierhaltung, meine Damen und Herren, die ein solches Gütesiegel mit sich bringen müßte, ist leider auch nicht geschehen. Da muß sich doch die Regierung wirklich nicht mehr wundern, wenn Verbraucher und Umweltverbände von einer Mogelpackung, ja sogar von einer Verbrauchertäuschung reden.

Wie will man sich von der allgemeinen Massenproduktion abheben, wie will man der Bevölkerung klarmachen, daß sie für solche Produkte etwas mehr Geld bezahlen soll, wenn nicht einmal die Herkunft eindeutig geklärt ist?

Das baden-württembergische Siegel in seiner jetzigen Form wird zudem der Landwirtschaft im Lande wenig oder auch gar nichts nützen. Aus unserer Sicht wäre es am sinnvollsten, wenn zukünftig echte Qualitätskriterien hinsichtlich des Chemieeinsatzes, hinsichtlich der Tierhaltung und hinsichtlich der Fütterung aufgestellt würden, die von den Verbraucherinnen und Verbrauchern auch nachvollzogen werden können. Bis heute wissen die Leute ja nicht einmal, was hinter diesem Gütesiegel überhaupt stecken soll.

Außerdem muß klar sein: Diese Produkte müssen wirklich aus Baden-Württemberg stammen, auch die Komponenten dieser Produkte.

(Walter)

Zum Antrag der SPD: Wir meinen, daß er in die richtige Richtung zielt, auch wenn uns der Antrag letztendlich nicht aussagekräftig genug ist. Vieles von dem, was Sie hier fordern – das wird Herr Weiser sicher bestätigen –, erreichen wir mit dem jetzigen Gütesiegel ja auch schon, obwohl wir dazu eine andere Meinung als die SPD haben. Wahrscheinlich kommt es auf die Interpretation der Koalitionsvereinbarung an.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Ich verspreche Ihnen, bei meinem nächsten Griechenland-Urlaub werde ich das Orakel von Delphi befragen: vielleicht wissen wir dann mehr.

(Abg. Weyrosta SPD: Interpretation ist ein legitimes Mittel der Politik! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Straub: Herr Abg. Walter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Reddemann?

Abg. Walter GRÜNE: Normalerweise schon, aber meine Redezeit ist begrenzt, und ich habe noch einiges zu sagen. Es tut mir leid.

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD – Abg. Reddemann CDU: Das ist doch eine Ausrede! Das wird doch nicht angerechnet!)

Realistisch betrachtet allerdings, Frau Kipfer – und ich meine, das muß man auch nach dem, was wir von Herrn Göbel gehört haben, so sehen –, werden die Lobby der Großvermarkter und der Bauern, die intensiv produzieren, und auch die entsprechenden Verbände dem, was Sie wollen, und auch dem, was ich gerade gesagt habe, nicht zustimmen. Daß dem so ist, sieht man an dem, was beim derzeitigen Herkunftszeichen herausgekommen ist.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Wird gar nicht bestritten!)

Deshalb, meine Damen und Herren, um nochmals auf unseren Antrag zu kommen, ist es ehrlicher, ein reines Herkunftszeichen einzuführen,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist aber keine echte Alternative!)

mit dem die regionalen Marktpartner arbeiten können, und es gemeinsam mit dem jeweils eigenen, bestimmte Qualitätskriterien garantierenden Markenzeichen, zum Beispiel „Demeter“, „Bioland“ oder auch „Schwäbisch Haller Schweineerzeugergemeinschaft“, zu nutzen. Das halten wir derzeit für einen wesentlich ehrlicheren Weg.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Das hilft den Bauern mehr, und der Staat muß sich nicht mit einem Pseudoqualitätszeichen, wie wir es jetzt haben, das an Verbrauchertäuschung grenzt, in den Markt einmischen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Krisch.

Abg. Krisch REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ihnen liegt der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 11/1768, vor, in dem eine Initiative zur Verbesserung der Marktchancen heimischer landwirtschaftlicher Produkte gefordert wird.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Bisher ist alles richtig!)

Wir beantragen mit dem Zusatzantrag Drucksache 11/1771 die Ergänzung um Ziffer 3. Danach sollen zur Verbesserung der Marktchancen heimischer landwirtschaftlicher Produkte Maßnahmen ergriffen werden, die sicherstellen, daß bestrahlte Lebensmittel, deren Import nach geltendem Recht nicht zulässig ist, nicht weiterhin importiert werden.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Frau Abg. Kipfer hat vorhin beklagt, daß gentechnische Produkte auf den Markt kommen werden. Diese gentechnischen Produkte, Frau Kollegin, werden durch die Bestimmungen des Vertrags von Maastricht hereinkommen. Trotzdem haben Sie diesem Vertrag zugestimmt.

(Abg. Teßmer SPD: Schwätzen Sie doch zum Thema!)

Sie haben beklagt, daß Schadstoffe in Lebensmitteln auftreten.

(Abg. Teßmer SPD: Zum Thema!)

Durch den Vertrag von Maastricht werden 600 zusätzliche Gifte erlaubt. Trotzdem haben Sie diesem Vertrag zugestimmt.

(Abg. Teßmer SPD: Total am Thema vorbei! – Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD – Abg. Dr. Caroli SPD: Sie wollen das Deutschtum durch die Hintertür wieder hereinlassen!)

- Das ist doch dummes Gerede. Was haben denn bestrahlte Lebensmittel mit „Deutschtum durch die Hintertür“ zu tun?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das fragen wir uns auch! – Heiterkeit)

Frau Kollegin Kipfer, wer so redet wie Sie, der müßte gegen den Vertrag von Maastricht stimmen. Das ist der Kernpunkt, wo Sie uns widersprechen.

(Abg. Teßmer SPD: Aber es geht doch jetzt um das Herkunfts- und Gütezeichen Baden-Württemberg!)

Weil es um die Landwirtschaft in Baden-Württemberg geht, haben wir zu dem Antrag der SPD-Fraktion unseren Zusatzantrag gestellt; denn bestrahlte Lebensmittel erlauben dem Importeur einen kostengünstigeren Vertrieb, weil die Ausfallrate geringer ist.

(Abg. Teßmer SPD: Aber die kriegen doch unser Zeichen nicht! – Abg. Birgit Kipfer SPD: Es geht doch um die Verbesserung des Qualitätszeichens! Nehmen Sie doch einmal zur Kenntnis, daß es darum geht!)

(Krisch)

Es geht um die Verbesserung der Marktchancen heimischer landwirtschaftlicher Produkte. Diesen Satz habe ich Ihrem Antrag entnommen. Der ist absolut identisch.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Nehmen Sie doch zur Kenntnis, daß es nicht um Maastricht geht! – Abg. Weyrosta SPD: Es geht um das Gütezeichen Baden-Württemberg!)

– Es geht um die heimische Landwirtschaft. Das steht in Ihrem Antrag.

(Beifall bei den Republikanern – Unruhe)

Ich habe Ihren Antrag kopiert. Ich habe Ihren Antrag übernommen.

(Abg. Weyrosta SPD: Was nicht sein darf, das nicht sein kann! – Abg. Schrempf SPD: Kennen Sie den Unterschied zwischen Maastricht und Mostricht? – Heiterkeit)

Die Tatsache, daß Sie nicht verstehen können, was Sie nicht verstehen wollen, deutet an, daß Sie nicht genügend zuhören.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Weyrosta SPD: In der Schule hätte ich gesagt: Thema verfehlt!)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drautz.

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem meine Vorredner eine ganze Reihe wichtiger, aber auch weniger wichtiger Aussagen zu den Themen „Qualitätszeichen Baden-Württemberg“ sowie „Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse“ machten, möchte ich doch eine grundsätzliche Vorbemerkung machen: Der Verbraucherausschuß beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat in seiner Sitzung am 28. Januar 1993 festgestellt, daß die Folgekosten ernährungsbedingter Erkrankungen von 42 Milliarden DM im Jahr 1980 auf 80 Milliarden DM im Jahr 1992 angestiegen sind.

(Zurufe von der SPD: Weil sie nicht HQZ-Produkte essen! Was lernen wir daraus?)

Damit will ich sagen, daß einer gesunden Ernährung, einer ausreichenden Bewegung und vernünftigen Lebensweise, ohne in irgendein Extrem zu verfallen, noch immer viel zu wenig Beachtung geschenkt wird.

(Abg. Weyrosta SPD: Dann wären Sie aber unvernünftig!)

Hierzu gehört auch, daß man der Qualität der einheimischen Produkte, nicht zuletzt aufgrund einer verantwortungsvollen Produktion und strenger Kontrollen, mehr Beachtung zumessen sollte. Solange jedoch die Mehrzahl unserer Wohlstandsbürger bereit ist, wesentlich mehr für Urlaub, Freizeit und Auto auszugeben, befürchte ich,

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE – Zurufe von der SPD)

daß wir nur mühsam mit der Aufklärung über die Bedeutung einer gesünderen Lebensweise vorankommen.

(Abg. Teßmer SPD: Mit gutem Beispiel vorangehen, Herr Kollege! – Heiterkeit)

– Danke. – Scharfe Kontrollen, eine hervorragende Arbeit des WKD, verantwortungsvolle Produktion durch hervorragend ausgebildete Landwirte, Gärtner und Weinbauern sind die Garanten für Qualitätsprodukte aus Baden-Württemberg.

(Abg. Teßmer SPD: Jetzt kommt er zum Thema! – Abg. Weyrosta SPD: Wer 100 kg überschreitet, hat das Recht verloren!)

In einem vereinten Europa der Regionen ist es legitim, ja geradezu erforderlich, eine Vielzahl unterschiedlicher Produkte anzubieten

(Abg. Deuschle REP: Vor allem Weine!)

und auch dafür zu werben.

Mit Massenprodukten können und wollen wir weder mit den Holländern noch mit den Amerikanern mithalten. Unsere Chance liegt in der Produktion von Qualität bei Erhaltung unserer schönen Kulturlandschaft.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Reddemann CDU: Sehr gut!)

Wer ein Europa der Regionen will, wer Pluralität und Subsidiarität befürwortet, braucht kein schlechtes Gewissen zu haben, wenn er für unsere einheimischen Qualitätsprodukte wirbt. Wer solche, wie im SPD-Antrag begehrten, zum Teil bis ins Kleinkarierte hineinreichenden Reglementierungen und Vorschriften will, mißachtet die Eigenverantwortung unserer Landwirte und Lebensmittelverarbeiter.

(Abg. Reddemann CDU: Sehr gut!)

Ein zu kompliziertes Regelwerk dient der Sache nicht. Schwarze Schafe müssen jedoch unnachsichtig und hart bestraft werden. Die Lebensmittelüberwachung insgesamt muß daher gebündelt und der WKD muß personell noch gestärkt werden, und zwar unter der Obhut des Landwirtschaftsministeriums, das kein Bauernministerium ist, sondern eben auch ein Ernährungsministerium für alle unsere Bürger.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Es ist schon bezeichnend, wenn die Fleischskandale, die durch den WKD aufgedeckt wurden, in der Regel aus Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen stammen.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Das Gütesiegel Baden-Württemberg sollte eine Versicherung für den Käufer dahin gehend bedeuten, daß er guten Gewissens einkaufen kann; denn in der Bundesrepublik und in Baden-Württemberg speziell sind viele Hilfs- und Zusatzstoffe sowie Behandlungsmethoden bei Nahrungsmitteln nicht zugelassen.

(Drautz)

Wer jedoch glaubt, die haltbare, makelfreie, bestrahlte Erdbeere oder Tomate kaufen zu müssen,

(Abg. Deuschle REP: Oder Wein!)

sollte nicht daran gehindert werden. Jedoch muß er die Chance haben, dies zu erkennen. Daher bin ich für eine bessere und eindeutige Deklaration im gesamten Bereich der Lebensmittel.

Ich darf hier auch an die Wettbewerbsverzerrungen durch die unterschiedliche Handhabung bei der Zulassung und Anwendung von Pflanzenschutzmitteln erinnern. Es kommt mir komisch vor, wenn ich in der Großen Anfrage der SPD-Fraktion lese: Pflanzenschutzmittel und Pestizide. Das kommt mir vor, wie wenn man vom weißen Schimmel redet.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Straub: Herr Abg. Drautz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Caroli?

Abg. Drautz FDP/DVP: Nein, weil der Fraktionsvorsitzende der SPD in der letzten Agrardebatte zu feige war, meine Zwischenfrage zu beantworten.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Drexler SPD: Jetzt hat er wieder Angst, vom Konzept abzugehen! Frei sprechen! – Große Unruhe – Glocke des Präsidenten – Abg. Drexler SPD: Hat der Angst!)

– Er hat Angst gehabt.

Wer jedoch meint, er müsse grundsätzlich Produkte, die bei uns nicht wachsen oder die zu einer Jahreszeit bei uns nicht wachsen können, auf dem Tisch haben, muß die Pflanzenschutzanwendung des Herstellerlandes akzeptieren.

(Abg. Reddemann CDU: So ist es!)

Keiner zwingt jedoch den Verbraucher, dies zu tun.

Berufsstand, Verbraucherverbände, aber auch die Politik müssen mehr für das Image der heimischen Produkte tun.

(Abg. Teßmer SPD: Deswegen haben wir ja das Herkunftszeichen mehr zu einem Qualitätszeichen machen wollen!)

Das Qualitätszeichen Baden-Württemberg braucht jedoch eine objektive Kontrolle, und diese kann nur von einer staatlichen Stelle bewerkstelligt werden. Aufgabe des Staates kann jedoch nicht sein, eine CMA de luxe für Baden-Württemberg ins Leben zu rufen. Schon gar nicht können wir einen zusätzlichen aufwendigen Apparat brauchen.

(Abg. Teßmer SPD: Die FDP schreit jetzt nach staatlicher Kontrolle!)

Was auch nicht sein kann, ist, wie es immer bei den Grünen durchklingt, alternativ wirtschaftenden Betrieben einen Sonderbonus einzuräumen. Ich habe große Hochachtung vor allen, die mit wenig Chemie einen vernünftigen Landbau betreiben.

(Abg. Teßmer SPD: Das war jetzt einmal ein guter Satz!)

Ich gönne ihnen – denn sie brauchen es – auch höhere Preise.

Nur – da bin ich wieder am Ausgangspunkt meiner Rede – befürchte ich, daß zwischen der Absichtserklärung unserer Verbraucher und dem tatsächlichen Kaufverhalten nach wie vor eine große Lücke klafft.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Meine Damen und Herren, das, was hier über Marketing und Qualität heute gesagt wurde, gilt auch für unseren Fraktionsantrag zum Thema „Struktur und langfristiges Konzept für Vermarktungseinrichtungen bei Zuchtvielmärkten in Baden-Württemberg“.

(Abg. Teßmer SPD: Von 1971?)

– Nein, ganz neu. Herr Teßmer, als Ausschußvorsitzender sollten Sie das wissen.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich an die Aussagen des Ministeriums – hören Sie genau zu, Sie waren dabei – in der 7. Sitzung des Ausschusses für Ländlichen Raum und Landwirtschaft erinnern, wo uns zugesagt wurde, daß bei der neu zu gründenden Marketing-Gesellschaft auch der Absatz von Zuchtvieh durch Werbemaßnahmen berücksichtigt wird.

Abschließend stelle ich fest, daß wir nur eine Chance für einheimische Produkte in einem Europa der Regionen haben werden, wenn wir erstens Qualität produzieren, zweitens für diese Qualität werben, drittens die Qualität streng kontrollieren, viertens den Verbrauchern klarmachen, daß man hohe Qualität nicht umsonst haben kann, und fünftens deutlich machen, daß die genannten Punkte nichts mit kleinstaatlichem Denken oder europafeindlicher Gesinnung zu tun haben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Herbricht.

Abg. Herbricht REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Einführung des Herkunfts- und Qualitätszeichens für Agrarprodukte aus Baden-Württemberg entsprach einerseits dem weitverbreiteten Verbraucherwunsch nach Kenntlichmachung von Herkunft und guter Qualität der landwirtschaftlichen Produkte, andererseits sollte eine umweltverträgliche Pflanzenproduktion nach den Richtlinien für integrierten und kontrollierten Anbau sowie eine bäuerlich strukturierte Viehhaltung gefördert werden. Ziel war und ist eine Absatzsicherung sowie die Erzielung besserer Preise für die Produkte der heimischen Landwirtschaft, aber auch quasi als Abfallprodukt eine Reduzierung der Umweltbelastung.

Die diesem Unterfangen zugrunde liegenden Überlegungen gingen zu Recht davon aus, daß die strukturellen Gegebenheiten der baden-württembergischen Landwirtschaft keine

(Herbricht)

Produktion von billigen Massengütern erlauben und daher auf Produktvielfalt und Produktqualität gesetzt werden muß. Begünstigt wird dies durch die Tatsache, daß in großen Teilen unserer Gesellschaft eine Nachfrageverschiebung zugunsten qualitativ hochwertiger und damit teurer Produkte zu verzeichnen ist. Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, daß ein nicht unerheblicher Teil unseres Volkes beim Lebensmittelbudget durchaus rechnen muß und somit die Gefahr nicht von der Hand zu weisen ist, daß sich zwei Drittel baden-württembergische Qualitätsprodukte leisten können, während das andere Drittel mit Billigimporten oder, wie es der „Spiegel“ jüngst auszudrücken beliebt, mit dem auf uns zukommenden Genfraß begnügen muß.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Können Sie nicht ein bißchen langsamer reden? Lesen Sie langsamer!)

– Ich habe zuwenig Zeit.

Die Einführung des Herkunfts- und Qualitätszeichens in Baden-Württemberg wird von uns ausdrücklich begrüßt, ist doch im Europäischen Binnenmarkt für den Verbraucher ein funktionsfähiger und transparenter Regionalmarkt die einzige Zuflucht vor unerwünschten Manipulationen bei der Lebensmittelherstellung und -verarbeitung und den möglicherweise daraus resultierenden Gesundheitsbeeinträchtigungen.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Geben Sie die Rede doch zu Protokoll!)

Hauptgegenstand unserer Kritik ist, daß uns die Umsetzung des Projekts in Teilbereichen, etwa beim Fleisch, zu lange dauert oder der Anteil der unter Verwendung des Herkunfts- und Qualitätszeichens zu vermarktenden Produkte, etwa bei Milch, Fruchtsäften, Eiern oder Kartoffeln, noch zu gering erscheint, obwohl das Anforderungsprofil hier relativ niedrig ist. Wir hoffen, daß sich dieser Anteil nach Gründung der geplanten Agrar-Marketinggesellschaft noch erheblich steigern lassen wird.

Bei aller Kritik muß man aber fairerweise einräumen, daß das Ministerium kein simples Baden-Württemberg-Werbezeichen anstrebte, sondern die anspruchsvolle Konzeption einer Kennzeichnung mit nachvollziehbar kontrollierten Herkunfts- und Qualitätsaussagen.

Betrachtet man die Kriterien und Richtlinien, welche die Grundvoraussetzungen für eine Kennzeichnung sind, so werten wir diese im Prinzip positiv. Dies gilt insbesondere für die Regeln eines integrierten Pflanzenanbaus. Die Ansicht, daß die Einhaltung sogenannter ethischer Produktqualitätskriterien nicht von der Größe der Tierbestände abhängig sei, ist für mich nur schwer nachvollziehbar.

Was die geforderte 60prozentige Quote heimischer Futtermittel bei der Rinder- und Schweinemast angeht, so wäre angesichts des von allen Seiten bekundeten Willens zum Futtermittelboykott zugunsten des heimischen Getreides eine eventuelle Anhebung der Quote zu überlegen.

Das Vergabeverfahren bzw. die gültige Zeichensatzung ist unseres Erachtens nicht zu beanstanden. Das gleiche gilt für die festgelegten Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen,

wobei die Kontrollkostenerstattung durch das Land besonders positiv zu bewerten ist.

Wir teilen die Auffassung des Ministeriums, daß durch die Einführung des Herkunfts- und Qualitätszeichens die Einschätzung des Verbrauchers bezüglich unserer heimischen Produkte positiv beeinflußt wird. Ebenso glauben wir, daß die Anzahl derjenigen, die sich um dieses Zeichen bemühen, noch erheblich zunehmen wird. Wir anerkennen, daß durch diese extensive Form der Bewirtschaftung positive ökologische Wirkungen erzielt werden. Absatzsichernde und erlösverbessernde Resultate für die einheimische Produzentenschaft dürften sich ebenfalls ergeben.

Daß mit diesem Instrument auch ein Beitrag zur Existenzsicherung der heimischen Landwirtschaft erbracht werden soll, die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Das Brüsseler Bürokratenimperium wird schon rechtzeitig zurückschlagen, etwa indem es die Umleitung des größten griechischen Flusses finanziert, um so noch mehr Übermengen zu produzieren, oder indem es eine Reform der Rindfleischmarktordnung beschließt, die bei Licht besehen nichts weiter ist als ein verkapptes Aufstockungsprogramm für die Rinderhalter in Irland und Frankreich.

(Abg. Drexler SPD: Der redet den Saal leer!)

von den einschlägigen Erfahrungen mit der Umsetzung des Milchquotenregimes in Italien, Spanien und Portugal und vom weiterhin fehlenden Außenschutz ganz zu schweigen.

Die Anstrengungen der baden-württembergischen Landwirtschaftspolitik erinnern mich in diesem Zusammenhang oftmals an das verzweifelte, aber letztlich vergebliche Bemühen unserer mitteldeutschen Landsleute, unter den Bedingungen des real existierenden Sozialismus ökonomisch vernünftig zu wirtschaften.

Ich weiß, Herr Minister, Sie haben sich immer zum Strukturwandel bekannt. Nur gibt es auch hier zwei Alternativen. Die eine wäre, daß immer weniger Bauern immer größere Flächen intensiv bewirtschaften, die andere, daß weitaus mehr Bauern am Markt bleiben und ihre Flächen extensiver bewirtschaften. Das Problem ist: Umweltschonende oder umwelterhaltende Produktionsformen haben nur dann eine Chance, sich wirklich durchzusetzen, wenn sie mit dem wirtschaftlichen Interesse der betroffenen Einzelbetriebe in Einklang zu bringen sind, sprich, wenn sie sich finanziell rechnen, und dies ist nur der Fall, wenn sie EG-weit durchgesetzt werden. Dr. Günther Thiede, langjähriger Berater in der EG-Kommission, führt zu diesem Thema in seinem Buch „Landwirt im Jahr 2000“ aus – ich zitiere –:

Die Forderung nach einer allgemeinen Extensivierung ist also leicht erhoben, aber nur schwer oder kaum in die Tat umzusetzen. Hinzu kommt, daß sie nur sinnvoll sein kann, wenn sie in allen Ländern der EG erfolgt. Die Aussicht, dies jemals erreichen zu können, dürfte praktisch gleich Null sein.

Dies sind die Realitäten, die man erkennen muß, die aber kein Grund zur Resignation sein dürfen. In unserem Land ist das Bewußtsein für Umweltfragen stark ausgeprägt. Dies erlaubt es, in Fragen der Extensivierung einen, wenn auch finanziell abgefederten Sonderweg zu beschreiten. Sie mögen dies als regionalisierte Agrarpolitik bezeichnen. Sie

(Herbricht)

werden mir verzeihen, daß ich mich etwas freier ausdrücke und die Forderung nach einer Renationalisierung der Agrarpolitik aufstelle.

Man möge mich hier nicht falsch verstehen. Zwar bin ich der Überzeugung, daß die Fortführung der bisherigen EG-Agrarpolitik im finanziellen und organisatorischen Kollaps enden wird. Ludwig Erhard soll ja bekanntlich gesagt haben: „Natürlich geht das schief, aber erst nach meiner Zeit.“ Dies bedeutet aber nicht den Rückzug in die scheinbar heile Welt des 19. Jahrhunderts oder in die Zeit des Reichsnährstands.

Auch eine nationale Agrarpolitik, die ebenfalls regionalen Aspekten Rechnung tragen muß, braucht die europäische Zusammenarbeit, braucht Institutionen, um beispielsweise einen wirksamen Außenschutz zu erreichen oder um strukturschwache Gebiete zu entwickeln. Niemand verfügt über den landwirtschaftlichen Stein der Weisen. Fest steht jedoch: Zur Erhaltung unserer Kulturlandschaft brauchen wir eine leistungsfähige und motivierte Bauernschaft.

Abschnitt II des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 11/830, können wir nicht zustimmen. Für die Forderung nach einem „gläsernen Restaurant“, so sympathisch dies sein mag, fehlt es an den Rechtsgrundlagen. Was die Forderung nach einem reinen Herkunftszeichen ohne direkte Qualitätsaussage angeht, so impliziert diese Forderung, daß das baden-württembergische Modell bereits gescheitert sei. Wir schließen ein Fehlschlagen dieses ehrgeizigen Projekts keinesfalls aus, aber uns erscheint der Zeitpunkt, dies bereits heute festzustellen, als verfrüht.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Buchter.

Abg. Buchter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Göbel, mit Verlaub: Das, was Sie hier dargeboten haben, war in mehrfacher Hinsicht daneben. Zum einen haben Sie hier ein Dogma von einer autarken Versorgung als Postulat hingestellt. Dazu muß man sagen: Angesichts des real existierenden EG-Binnenmarkts paßt das überhaupt nicht mehr in die Zeit. Ist das an Ihnen vorbeigegangen? Sie haben davon gesprochen, daß in erster Linie die eigene Bevölkerung versorgt werden müßte. Wir reden hier aber über ein Herkunfts- und Qualitätszeichen in Baden-Württemberg. Daraus kann ich doch nur den Schluß ziehen, daß Sie damit auch die baden-württembergische Bevölkerung gemeint haben.

Aber auch hinsichtlich der Marktchancen für unsere Bauern geht es nicht darum, ob die Höfe abgelegen sind oder direkt an einer Stadt liegen, sondern es geht darum, daß die Höfe, die Sie als abgelegen bezeichnen, in unmittelbare Konkurrenz zu ehemaligen LPGs und zu Hochleistungsbetrieben im Pariser Becken treten. Deshalb müssen Sie den Leuten sagen, welche Perspektive sie haben sollen. Ich muß sagen, diese Antwort sind Sie schuldig geblieben.

(Abg. Östreicher CDU: Sie sind schon länger in dieser Konkurrenz! Sie ist nicht neu! Die Konkurrenz haben wir schon lange! Sie ist alt! – Weitere Zurufe der Abg. Reddemann und Hauk CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Straub: Herr Abg. Buchter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Göbel?

Abg. Buchter GRÜNE: Ja, natürlich. Ich habe heute viel Zeit.

Abg. Göbel CDU: Herr Kollege, wahrscheinlich waren Sie nicht im Raum. Das wäre meine erste Frage.

Die zweite lautet: Haben Sie mir nicht zugehört? Ich habe ganz genau über die Marktanteile, zum Beispiel bei den Schweinen, gesprochen. Ich habe zwar frei und ohne Konzept gesprochen, aber ich weiß noch, daß ich gesagt habe, wo wir da liegen und daß es mir darum geht, die Bevölkerung sicher zu versorgen. Haben Sie das gehört oder nicht?

Abg. Buchter GRÜNE: Ihre Rede konnte ich in mein Konzept auch nicht vorsorglich einbauen. Ich war trotzdem erstaunt, daß Sie für die Bauern in Baden-Württemberg praktisch nicht die Perspektive benannt haben.

(Abg. Scheuermann CDU: Heißt das, daß Sie die Kritik an Herrn Göbel schon gestern geschrieben haben? – Heiterkeit bei der CDU)

– Er kann mir seine Rede zukünftig ja rechtzeitig zuleiten. Dagegen habe ich nichts.

Wir können die Produktion selbstverständlich nur bedingt beeinflussen. Wir können vor allem nicht verhindern, daß billig produzierte Nahrungsmittel von andernorts zu uns hereinkommen. Aber wir können dafür sorgen, daß die Produktionsmethoden und die Anforderungen, unter denen produziert wird, von uns, auch in diesem Plenum hier, thematisiert werden. Unserer Meinung nach entstünde dadurch der Effekt, daß von den Verbrauchern verstärkt höhere Qualitätsstandards nachgefragt würden. Daß dies heute noch nicht in einem Maß geschieht, wie wir uns das wünschen, bedauern wir. Das beruht allerdings in erster Linie auf Versäumnissen der früheren Landesregierungen.

(Abg. Hauk CDU: Aber jetzt!)

Das jetzige Herkunfts- und Qualitätszeichen ist unserer Meinung nach nicht geeignet,

(Abg. Weyrosta SPD zur CDU: Das müßt ihr verstehen, daß wir jetzt schweigen müssen! – Abg. Dr. Caroli SPD: Wo er recht hat, hat er recht!)

die Situation unserer Bauern zu verbessern. Dieses Herkunfts- und Qualitätszeichen und dessen Kriterien gehen der Diskussion um Qualitätsstandards aus dem Wege

(Zurufe, u. a. Minister Weiser: Partnerschaft mit dem Koalitionspartner! Das stimmt uns traurig!)

– hören Sie zu! –, und es ist unter dem Aspekt des Marketings ein Flop. Herr Minister. In einem total reizüberfluteten Werbemarkt gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder Sie bringen ein Produkt, das aufgrund der Anforderungen von sich aus überzeugt, wie zum Beispiel Demeter, oder aber Sie „überzeugen“ durch eine pfiffige Präsentation.

(Buchter)

(Minister Weiser: Aha!)

Das Weisersche Marketingkonzept Marke Hausmacherart und dazu Produkte, die durch

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

– Hausmacherart – Mindestqualitätsstandards knapp über dem Skandallevel sind, vermittelt keine Perspektive.

(Unruhe)

Daß der Skandallevel teilweise sogar unterschritten wird, insbesondere bei der Schweine- und Rinderzucht, wo nach wie vor Leistungsförderer nicht ausgeschlossen sind, hat ja der Kollege Walter bereits zum Ausdruck gebracht.

Witzigerweise – muß man sagen – wird dieses Marketingkonzept dann auch noch von einer Behörde per Verordnung der Öffentlichkeit präsentiert. Daraus kann man nur den Schluß ziehen: Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als daß dieses Herkunfts- und Qualitätszeichen den Bauern hilft.

(Beifall bei den GRÜNEN – Abg. Dr. Caroli SPD:
Aber ein reines Herkunftszeichen? Was soll denn das helfen? – Glocke des Präsidenten)

– Kommt gleich.

Das Zeichen mit den drei Stauferlöwen . . .

Stellv. Präsident Straub: Ich bitte Sie, zum Ende zu kommen, Herr Abg. Buchter.

Abg. Buchter GRÜNE: . . . – noch einen kleinen Absatz – muß deswegen unserer Meinung nach zu einem reinen Herkunftsgarantiezeichen entwickelt werden.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist ein sensationeller Fortschritt!)

– Jetzt hören Sie zu, Herr Caroli! – Die Produktansprüche und Vermarktungschancen lassen sich nämlich am besten vor Ort durch Vermarktungsorganisationen ermitteln, die mit differenzierten Angeboten – und das ist der Punkt – untereinander konkurrieren.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist doch schon da!)

Dazu bedarf es Erzeugerzusammenschlüssen, und diese Erzeugerzusammenschlüsse müssen Sie gründen und vor allem deren Gründung fördern, damit diese Erzeugerzusammenschlüsse ihr eigenes Konzept, das auf den Vor-Ort-Markt abgestimmt ist,

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das hat aber nichts mit dem Gütesiegel zu tun!)

gut etablieren können. Ein solches Konzept können Sie entweder selbst entwickeln, oder Sie können es zum Beispiel von einer Marketingagentur entwickeln lassen. Das halten wir für wesentlich flexibler, für wesentlich dynamischer und eben nicht so altbacken wie Ihr Herkunfts- und Qualitätszeichen Baden-Württemberg.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Birgit Kipfer SPD: Das schließt sich nicht aus! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Straub: Herr Abg. Buchter!

Abg. Buchter GRÜNE: Okay, ich lasse den Rest weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Minister Weiser.

Minister für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Weiser: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die heutige Debatte hat meiner Meinung nach gezeigt, daß wir uns in der Tat im Ausschuß noch einmal sehr intensiv mit dieser Frage beschäftigen müssen; denn hier sind bare Selbstverständlichkeiten so vorgetragen worden, als ob es Neuheiten wären.

Ich meine, daß wir zunächst einmal feststellen müssen – und dies kommt auch in den Ausgleichszahlungen der Europäischen Gemeinschaft bei der Getreidepreissenkung zum Ausdruck –, daß in Baden-Württemberg, von Ausnahmen abgesehen, sehr verantwortungsbewußt produziert wird.

(Beifall bei der CDU)

Denn wenn die Getreideerträge in Baden-Württemberg bei 52 Doppelzentnern je Hektar liegen, in Schleswig-Holstein aber bei 68, dann sind diese Mehrerträge von 16 Doppelzentnern je Hektar nicht etwa auf den frischen Wind, der vom Meer her weht, zurückzuführen,

(Staatssekretär Reddemann: So ist es!)

sondern sie sagen etwas über die Intensität der Nutzung aus. Insofern sind natürlich – wenn ich die Mastzeiten und die Milcherträge betrachte – auch bei anderen Produkten in Baden-Württemberg in der Tat andere Qualitätsstandards Maßstab der Lebensmittelproduktion als in vielen anderen Regionen, nicht nur innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, sondern auch innerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Ich will diese Dinge gar nicht weiter vertiefen.

Zweites Problem: die Frage der biologisch-dynamischen Demeter-Produktion. Wir stehen bezüglich der Fläche, der Zahl der Betriebe und der damit produzierten Menge der Produkte aus diesen Bereichen einsam an der Spitze im ganzen Bundesgebiet. Das gilt auch dort, meine Damen und Herren, wo Leute mitregieren, die bei uns immer über Ökologie mitreden, sie aber dort vermissen lassen, wo sie selber Regierungsverantwortung tragen. Ich will auch dies nicht weiter vertiefen, obwohl es dazu viel zu sagen gäbe.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Straub: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Buchter?

Minister für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Weiser: Aber immer.

Stellv. Präsident Straub: Bitte schön, Herr Buchter.

Abg. Buchter GRÜNE: Herr Minister Weiser, wenn es mit der Zahl dieser biologisch produzierenden Betriebe und der Spitzenposition des Landes so ist, freuen wir uns darüber. Ich frage mich allerdings: Warum war dieses auf der Grünen Woche in Berlin in keiner Weise zu sehen? Nur andere Bundesländer haben mit ökologisch erzeugten Produkten geworben, Baden-Württemberg nicht.

(Zurufe von der CDU, u. a.: Wo waren Sie? – Gegenruf des Abg. Buchter GRÜNE – Weitere Zurufe – Unruhe)

Minister für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Weiser: Herr Kollege Buchter, jetzt müssen Sie zuhören. Ich will Ihnen eine Antwort geben.

Ich will es an einem ganz einfachen Beispiel tun, damit es verständlich wird und damit es jeder kapiert: Ein Huhn legt ein so großes Ei.

(Der Redner deutet die Größe eines kleinen Hühnereis an. – Zurufe von den GRÜNEN)

– Warten Sie es doch ab. Ihre legen auch keine größeren, sonst müssen Sie Maikäfer oder sonst etwas füttern.

(Heiterkeit)

Dann rennt es durch die Landschaft und gackert. Eine Gans legt ein so großes Ei und begibt sich von der Stelle des Legens, ohne sich bemerkbar zu machen. Das ist der Unterschied zwischen unserer Politik und Ihrer.

(Lebhafte Heiterkeit)

– Ich wollte es an einem ganz einfachen Beispiel deutlich machen, damit es eingeht.

Meine Damen und Herren, ich möchte ausdrücklich, damit es auch hier kein Mißverständnis gibt, sagen: Ich bewundere diejenigen, die als Demeter-Betriebe, als biologisch-dynamische Unternehmen produzieren. Ich weiß aber auch, daß diese einen doppelt so hohen Lebensmittelpreis brauchen wie die anderen, weil sie sonst mit ihren Kosten nicht zurechtkämen.

(Abg. Reddemann CDU: So ist es!)

Gehen Sie doch in die Bioläden der Selbstvermarktung und auf Bauernhöfe. Dort kostet ein Kilo Hafer bis zu 4 DM. Die kann zum einen nicht jeder bezahlen, und zum anderen will es nicht jeder. Deshalb muß die Produktion aus diesen Bereichen, wo es irgend geht, durch die staatliche Förderung so beeinflußt werden – ich will es einmal so formulieren –, daß keine Überproduktion entsteht und diese Betriebe die notwendigen Preise dann nicht mehr bekommen und dann die ganze biologisch-dynamische und Demeter-Produktion zusammenbricht.

(Abg. Reddemann CDU: So ist es!)

Ich könnte Ihnen eine ganze Reihe von Beispielen nennen. Das hört sich am Rednerpult alles ganz gut an. Wissen Sie, ich war im Gegensatz zu vielen anderen lange genug praktischer Landwirt. Ich weiß, wovon ich rede, wenn ich von

landwirtschaftlicher Produktion und von einem kleinbäuerlichen Betrieb rede. Ich weiß, wovon ich rede.

(Abg. Weyrosta SPD: Was heißt das, was Sie gesagt haben, jetzt wirklich für die biologische Produktion? Ich finde es sehr schön, aber ich kann damit in der Praxis nichts anfangen!)

– Ich wollte es ja gerade erläutern. Sie sind wie immer zu ungeduldig, Herr Kollege.

(Zurufe von der SPD)

– Ja, ich habe es ja gesagt: wie immer.

(Heiterkeit bei der CDU und des Abg. Dr. Caroli SPD – Abg. Weyrosta SPD: Ich bin damit bisher gut gefahren!)

– Sicher, das hat auch niemand bestritten.

(Abg. Weyrosta SPD: Eben!)

Ich will damit nur sagen, Herr Kollege Weyrosta, daß wir auch der breiten Landwirtschaft die Chance des Vermarktens qualitativ besserer Produkte, als sie im Bundesdurchschnitt und in den EG-Staaten produziert werden, deutlich machen müssen.

(Abg. Weyrosta SPD: Das ist zwar nicht die Antwort auf meine Frage, aber –! – Abg. Dr. Caroli SPD: Das war doch immer so!)

Damit komme ich zu Ihrer Frage, Frau Kollegin Kipfer: Die Landesregierung will, daß alle Produkte mit dem Herkunfts- und Gütezeichen ausgezeichnet werden. Bisher sind es rund 10 %.

Wenn der Herr Kollege Walter ausgeführt hat, die meisten Verbraucher wüßten damit nichts anzufangen, kann ich nur sagen: Wenn die sich alle so wenig mit der wirklichen Problematik beschäftigen, wie Sie das getan haben, dann wundert es mich nicht, daß sie nichts damit anzufangen wissen.

(Abg. Walter GRÜNE: Gehen wir zusammen auf den Markt, und fragen wir mal die Leute!)

Wir müssen einem solchen Herkunfts- und Gütezeichen auch die Chance der Entwicklung geben. Das geht doch nicht von heute auf morgen. Wir sind ja nicht Marktpartner, sondern wir machen ein Angebot. Es ist aber die Entscheidung der Produzenten und der Marktpartner, ob sie dieses Angebot annehmen.

(Abg. Reddemann CDU: So ist es!)

Es wird in der Tat Jahre dauern, bis sich dies preislich auswirken wird.

(Abg. Buchter GRÜNE: Das ist doch unser Konzept!)

– Wenn das Ihr Konzept ist, verstehe ich überhaupt nicht, warum Sie die Regierung kritisiert haben. Dann hätten Sie doch sagen müssen: „Das Konzept der Regierung entspricht unseren Vorstellungen, nur war die schneller als wir.“ Das wäre die ehrliche Feststellung gewesen.

(Minister Weiser)

Wir müssen natürlich die Qualitätskriterien weiterentwickeln. Aber da stellt man sich dann hierher und erzählt von integriertem Anbau, von Verbrauchertäuschung und von was weiß ich allem. Ich bin gerne bereit, mich im Ausschuß eingehend über integrierten Anbau mit Ihnen zu unterhalten. Denn wer die Verbraucher täuscht, das ist nicht derjenige, der draußen ehrlich produziert, sondern derjenige, der sie ständig verunsichert, wo Verunsicherung nicht notwendig ist.

(Beifall bei der CDU - Abg. Buchter GRÜNE:
Fragen Sie mal draußen, was integriert ist! Das kann doch kein Mensch vermitteln: integriert!)

- Herr Buchter, wenn ich in Ihren Kreisen verkehren und dort diese Frage stellen und in die Frage die Antwort schon halb hineinpacken würde, dann würde ich die gleichen Antworten bekommen wie Sie.

(Abg. Buchter GRÜNE: In meinen Kreisen? Reden Sie jetzt von der Forstwirtschaft?)

Reden Sie doch einmal mit den Verbrauchern, mit den Ankäufern und mit allen Betroffenen, die es in diesem Zusammenhang gibt. Wer die Dinge ehrlich bewertet, der weiß: Integrierter Anbau ist umweltfreundlich, aber heute noch keineswegs Standard der landwirtschaftlichen Produktion, weil er eine intensive Beobachtung der Pflanzen voraussetzt.

(Zuruf des Abg. Buchter GRÜNE)

weil er voraussetzt, daß der Landwirt bereit ist, Ertragsausfälle in Kauf zu nehmen, weil er darauf verzichtet, bereits beim geringsten Schadbild Spritzungen vorzunehmen, und bestimmte Risiken eingeht, um so wenig wie irgend möglich chemische Produktionsmittel zu verwenden.

Dies ist ein Fortentwicklungsprozeß, und genauso muß das Güte- und Herkunftszeichen fortentwickelt werden. Es ist überhaupt keine Frage, daß in diese Fortentwicklung und in die Marketinggesellschaft sowohl die Umweltverbände wie auch die Verbraucherverbände einbezogen werden. Das Konzept ist so weit erarbeitet, daß wir spätestens nach der Sommerpause - ich hoffe sogar, noch vor der Sommerpause - mit dieser Vorlage ins Kabinett können.

Nun ist es natürlich ein Unterschied - ich sehe das auch ein -, ob einer arbeitet, um die Probleme zu lösen, oder ob einer voll Ungeduld darauf wartet, daß die Probleme gelöst sind. Wir haben mit dem integrierten Anbau Neuland betreten. Ich lade den Ausschuß für Ländlichen Raum und Landwirtschaft schon heute zu einer Besichtigung von Betrieben ein, die integriert produzieren, damit wir dort einmal feststellen, wie wir die Dinge entwickelt haben

(Abg. Buchter GRÜNE: Meinen Sie einen Biobetrieb?)

und wie wir sie weiter voranbringen.

Ich sage Ihnen auch: Wir müssen gerade auch in der Diskussion mit den Verbrauchern neue Wege finden. Es heißt immer, die Handelsklassen seien verkehrt. Diese können noch so verkehrt oder noch so richtig sein: Der Verbraucher kauft eben nicht nach Handelsklassen, sondern nach dem,

wie sich das Angebot an Lebensmitteln darstellt. Die Hausfrau greift eben zur größeren holländischen Tomate. Ich kann es nicht ändern. Mir wäre es viel lieber, es wäre anders. Hier ist noch viel an gemeinsamer Diskussion und an Aufklärungsarbeit notwendig. Aber gehen Sie doch in die Einkaufszentralen, gehen Sie doch in die Einzelhandelsgeschäfte. Dann werden Sie feststellen, wie sich das Verkaufs- und das Einkaufsverhalten darstellt, wenn man dort Produkte anbietet, die nicht auch dem Auge des Verbrauchers und seinen Wünschen entsprechen. Hier liegen auch neue Aufgaben vor uns.

Ich bin sehr dankbar, daß diese Anträge nun an den Ausschuß überwiesen werden und daß wir dort die Probleme sachkundig diskutieren können. Mir macht die Entwicklung in der Landwirtschaft große Sorgen, weil ich nicht der Meinung bin, wir könnten auf Dauer 10- und 15-Hektar-Betriebe halten. Das ist eine Illusion. Aber wenn ich heute feststelle, daß wir in ganz Baden-Württemberg noch 150 Berufsanfänger haben, müssen wir alle gemeinsam nach neuen Wegen suchen, um der Jugend im Berufsstand Perspektiven für die Zukunft aufzuzeigen, und in einem Miteinander von Landwirten, Verbrauchern, Umweltverbänden und allen,

(Beifall des Abg. Dr. Caroli SPD)

die in diesem Bereich tätig sind, nach tragfähigen Lösungen suchen.

(Abg. Wintruff SPD: Das versprechen Sie schon seit zehn Jahren!)

Wir stehen - ich will das ausdrücklich sagen - zur Koalitionsvereinbarung. - Ach, Herr Kollege! Wissen Sie, die Dinge sind nicht ganz so einfach wie in anderen Bereichen, in denen man mit Automaten die Produktion, die man braucht, einstellen kann und in denen man sofort nach der Hilfe des Staats ruft, wenn es einmal kritische Probleme der Überproduktion gibt. Die deutsche Landwirtschaft war der Europäischen Gemeinschaft wie kein anderer Berufsstand ausgesetzt, sage ich. Ich wundere mich darüber, daß immer beklagt wurde, die Landwirtschaft sei zur Beseitigung der Überproduktion nicht in der Lage, man aber beispielsweise mehr Stahl produzieren will, als gebraucht wird.

(Abg. Weyrosta SPD: Den Stahl hat es genauso erwünscht! Der kommt jetzt dran!)

- Ich sage es ausdrücklich. Aber ich meine, wir sollten in all diesen Fragen einmal etwas nachdenklicher werden und uns objektiv um Lösungen bemühen.

Wir stehen, damit es hier überhaupt kein Mißverständnis gibt, zur Koalitionsvereinbarung. Aber man muß sie zu Ende lesen. Denn jeder Auszug aus irgend etwas - -

(Abg. Buchter GRÜNE: Ich hoffe, daß ich nicht aus der Diskussion ausgeklammert bin, weil wir ja an der Koalitionsvereinbarung nicht mitgewirkt haben!)

- Es war ein Glück für das Land, daß Sie nicht mitgewirkt haben.

(Heiterkeit des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD - Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Caroli?

Minister für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Weiser: Immer.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Dr. Caroli.

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Minister, wir werden die Details ja im Ausschuß besprechen.

Minister für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Weiser: So ist es.

Abg. Dr. Caroli SPD: Eines wollte ich von Ihnen hier im Plenum doch noch einmal hören, weil Sie sagen, die Koalitionsvereinbarung gelte. Wenn darin steht, daß neben dem Land und den Organisationen der Landwirtschaft auch die Verbraucher- und Umweltverbände bei der Erarbeitung von Qualitätsstandards . . .

Minister für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Weiser: Richtig.

Abg. Dr. Caroli SPD: . . . als Voraussetzung für die Vergabe des Gütesiegels und der Kontrolle der Einhaltung dieser Standards mitwirken sollen, dann – –

Minister für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Weiser: Jetzt lesen Sie bitte weiter.

Abg. Dr. Caroli SPD: Ja, Moment. Das spielt keine Rolle.

Minister für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Weiser: Lesen Sie doch bitte weiter!

Abg. Dr. Caroli SPD: Ja, wenn Sie wollen, lese ich weiter:

(Heiterkeit)

Die Landesregierung wird für diese Marktinitiative eine eigene werbliche Konzeption erarbeiten lassen . . .

Minister für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Weiser: Lesen Sie bitte vollständig weiter! Sie können doch lesen, Herr Caroli.

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Abg. Dr. Caroli SPD: Ich bin jetzt nicht in der Schule, daß ich einen Auftrag zur Lektüre bekomme.

Minister für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Weiser: Ich will Ihnen überhaupt keinen Auftrag erteilen.

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Minister, ich habe die Frage noch nicht gestellt.

Minister für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Weiser: Sie haben die Koalitionsvereinbarung angesprochen, und ich habe Sie nur gebeten, diese in vollem Wortlaut und nicht auszugsweise vorzutragen. Dann sind wir uns wieder einig.

Abg. Dr. Caroli SPD: Ich habe die Frage noch nicht gestellt. Wenn Sie mich jetzt einmal zu der Frage kommen lassen würden.

Minister für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Weiser: Darauf warte ich schon lange.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Republikaner)

Abg. Dr. Caroli SPD: Ich habe den einen Satz aus der Koalitionsvereinbarung gelesen. Er ist in meinen Augen eindeutig. Er besagt, daß Verbraucher- und Umweltverbände bei der Erarbeitung von Qualitätsstandards als Voraussetzungen für die Vergabe des Gütesiegels und bei der Kontrolle mitwirken sollen.

Da können Sie jetzt hinterher lesen, was Sie wollen. Was da steht, ist so eindeutig wie nur irgend etwas, und ich frage Sie, ob das gilt.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Minister.

Minister für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Weiser: Ich muß dazu noch einmal folgendes sagen: Die Koalitionsvereinbarung besteht aus ihrem ganzen Text und nicht nur aus den Auszügen, die dem einen oder anderen angenehmer sind. Wir werden uns im Ausschuß in allem Freimut, wie wir das gewohnt sind, über diese Fragen unterhalten.

(Zuruf von der SPD)

– Entschuldigung, Herr Caroli hat selber erklärt, er sei nicht in der Schule; ich auch nicht. Wenn er auf die vollständige Verlesung dieses Absatzes der Koalitionsvereinbarung verzichtet, dann bin ich auch nicht genötigt, eine Antwort auf eine halbe Frage zu geben.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD: Die Frage war vollständig! Das ist Trick 17!)

Wir werden uns im Ausschuß unterhalten.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe, daß wir im Ausschuß eine sehr sachbezogene Diskussion führen werden. Das sind wir den Verbrauchern, das sind wir den Umweltverbänden, das sind wir unserer Landwirtschaft und letztlich auch uns selber – Herr Drautz hat von gesunder Ernährung gesprochen – schuldig.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist damit beendet. Wir haben jetzt noch über die geschäftsordnungsmäßige Behandlung der vorliegenden Initiativen zu befinden.

Zunächst einmal ist festzustellen, daß durch die heutige Besprechung die Große Anfrage der SPD-Fraktion erledigt ist. Es ist angeregt worden, die Anträge, den Antrag der Fraktion GRÜNE und die beiden zur heutigen Sitzung eingebrachten Anträge Drucksachen 11/1768 und 11/1771, dem

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Landwirtschaftsausschuß zur weiteren Beratung zu überweisen. – Es erhebt sich dagegen kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Punkt 8 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP mit der Antwort der Landesregierung – Entwicklungschancen für das Hochrheingebiet – Drucksachen 11/691, 11/1271

Ich darf gleichzeitig den zu der Großen Anfrage heute eingebrachten Antrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 11/1769, aufrufen.

Das Präsidium hat folgendes festgelegt: Zur Besprechung der Großen Anfrage steht eine Redezeit von 5 Minuten je Fraktion zur Verfügung. Außerdem soll die FDP/DVP-Fraktion für ein Schlußwort eine Redezeit von 5 Minuten erhalten.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Pfister, Sie haben das Wort. Sie können selbstverständlich das Schlußwort auch bereits an den Anfang stellen.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Hochrhein gehörte traditionell zu den Regionen,

(Zuruf von den Republikanern: Auch heute noch!)

die sich in der Vergangenheit, jedenfalls über Jahrzehnte hinweg, in einer Randlage in Deutschland befunden haben, aber jetzt natürlich zu einer europäischen Kernregion geworden sind.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Was?)

Es ist keine Frage – unabhängig von dem Votum der Schweiz, was den Europäischen Wirtschaftsraum angeht –, daß die Bedeutung des Hochrheins im Zuge der Europäisierung

(Abg. Dr. Puchta SPD: Zunehmen sollte!)

weiter zunehmen wird.

Uns ging es mit dieser Großen Anfrage unter anderem auch darum, Überlegungen anzustellen, wie die Konkurrenzfähigkeit dieses Dreiländerecks gestärkt werden kann. Das kann man wohl am besten dadurch tun, indem man versucht, die typischen Merkmale und Eigenschaften, die Standortfaktoren dieser Region zunächst einmal auszuloten, dann zu bündeln und in ein Gesamtkonzept zu bringen.

Ich denke schon, daß die Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage eine ganze Reihe von wichtigen Ansatzpunkten gebracht hat, die auch für die weitere Diskussion bedeutend sind. Ich will in der Kürze der Zeit auf acht Punkte kurz eingehen.

Punkt eins: Bildungspolitik. Meine Damen und Herren, die Bildungspolitik ist ein bedeutendes Beispiel dafür, wie auch in dieser Region die infrastrukturelle Entwicklung gestärkt werden kann. Deshalb spreche ich mich sehr entschieden für die Gründung einer trinationalen Fachhoch-

schule in Lörrach aus, nicht nur, weil Südbaden insgesamt einen Nachholbedarf an Forschungseinrichtungen gegenüber anderen Regionen hat, nicht nur, weil ich meine, daß diese trinationale Fachhochschule auch einen Impuls für die weitere wirtschaftliche Entwicklung geben kann, sondern einfach auch deshalb, weil ich meine, daß gerade der Standort Lörrach insofern eine europäische Dimension hätte, als dort nicht nur ingenieurwissenschaftliche Qualifikationen vermittelt werden können, sondern auch Zukunftsqualifikationen

(Abg. Weyrosta SPD: Dann dürfen Sie aber keine Spielbank aufmachen!)

wie etwa Sprache oder auch andere Kulturen.

(Zuruf des Abg. Reddemann CDU)

Ich hoffe sehr, daß die in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie, die auch von der Europäischen Gemeinschaft mitfinanziert wird, zu einem neuen Schub für diese Fachhochschule führt.

Punkt zwei, ebenso bedeutend für die weitere Infrastruktur-entwicklung, betrifft die Verkehrspolitik. Hierzu gehört, meine Damen und Herren, insbesondere die eigentlich von allen gewünschte Einführung eines Regio-S-Bahn-Konzepts, das heißt eines grenzüberschreitenden ÖPNV-Angebots. Nun sagt uns die Landesregierung, daß der Startschuß für dieses Regio-S-Bahn-Konzept dann gegeben werden kann, wenn das Gutachten des verkehrswissenschaftlichen Instituts der Universität Stuttgart zu einem positiven Ergebnis kommt. Der Start kann deshalb beginnen, weil in der Zwischenzeit klar ist, daß die Finanzierung durch das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz gesichert ist.

Für uns ist wichtig, meine Damen und Herren, zu hören, wie dieses Gutachten ausfällt. Vielleicht wissen Sie, daß dem Regierungspräsidium Freiburg bereits am 31. März das Ergebnis der Studie der Universität Stuttgart vorgelegt wurde. Bis zur Stunde hat der Landtag dieses Konzept allerdings nicht vorliegen. Ich bitte die Landesregierung dringend, diese Studie der Universität Stuttgart jetzt auch dem Landtag vorzulegen, damit wir keine Zeit verlieren, um dieses Regio-S-Bahn-Konzept möglicherweise zu verwirklichen.

(Beifall bei der FDP/DVP und den GRÜNEN)

Als weiteren wichtigen Punkt nenne ich drittens die Elektrifizierung der Hochrheinstrecke. Ich bleibe bei dieser Forderung nach einer Elektrifizierung der Hochrheinstrecke, muß Ihnen allerdings sagen – –

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

– Bitte?

(Abg. Scheuermann CDU: Ihr verkehrspolitischer Sprecher ist im Besitz dieser Studie!)

– Das kann nicht sein. Das halte ich für ausgeschlossen.

(Abg. Scheuermann CDU: Doch! Diese Woche zugeschickt! – Abg. Dr. Puchta SPD: Wann schauen Sie in Ihren Briefkasten?)

(Pfister)

– Gut, ich bitte um Entschuldigung. Bis zur Stunde liegt mir diese Studie noch nicht vor. Aber ich bin dankbar dafür, daß Sie mir das jetzt sagen.

(Abg. Reddemann CDU: Die Rede war früher fertig!)

Dann ist diese Forderung praktisch erfüllt.

Lassen Sie mich einige Bemerkungen zu weiteren wichtigen verkehrspolitischen Aspekten machen.

(Abg. Weyrosta SPD: Er schaut nur am Wochenende in seinen Briefkasten!)

Ich stehe dazu, daß wir auf der Hochrheinstrecke eine Elektrifizierung brauchen. Ich bin allerdings außerordentlich skeptisch, ob wir dies kurzfristig erreichen können.

(Abg. Reddemann CDU: Sicher nicht!)

Wenn die Deutsche Bundesbahn sagt, daß die Kosten in Höhe von rund 250 Millionen DM in vollem Umfang auf Dritte übertragen werden sollen, sehe ich, realistisch gesehen, wenig Chancen, diese Elektrifizierung in allernächster Zeit zu erreichen. Deshalb plädiere ich dafür, gewissermaßen als Übergangslösung auf dieser Strecke Pendolinos einzusetzen. Das hat nicht nur den Vorteil, daß diese vom Preis her wesentlich günstiger wären – das kann ja auch über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz finanziert werden –, sondern gleichzeitig kann dadurch auch eine wesentliche Verkürzung der Fahrzeiten erreicht werden.

Der vierte Punkt betrifft die Ost-West-Verbindung im Zuge der A 98 auf der Straße. Wir können froh sein – ich sage das ganz offen –, daß wir diese wichtige Ost-West-Verbindung in Baden-Württemberg jetzt im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans haben. Es kommt allerdings darauf an, daß das Reststück zwischen Hauenstein und Tiengen ebenfalls in den vordringlichen Bedarf aufgenommen wird. Dafür muß die Landesregierung sorgen. Sie hat diese Zusage jedenfalls gemacht.

Der fünfte Punkt betrifft den Fremdenverkehr. In dieser Region – ich denke dabei insbesondere an das Obere Wiesental – hat der Fremdenverkehr traditionell immer eine sehr große Rolle gespielt. Dies gilt erst recht heute in Zeiten, in denen wichtige Industriebetriebe, wie wir wissen, erhebliche Arbeitsmarktprobleme haben. Gerade in solchen Zeiten, in denen Arbeitsplätze in der chemischen Industrie, in der Textilindustrie abgebaut werden – und wir können es nicht von heute auf morgen einfach verhindern und wieder rückgängig machen –, muß man wenigstens den Versuch machen, daß der Fremdenverkehr eine gewisse Ausgleichsrolle übernehmen kann.

Meine Damen und Herren, deshalb kann ich nicht verstehen, weshalb es noch nicht gelungen ist, etwa den von allen Seiten, auch von allen politischen Parteien, in dieser Gegend gewünschten Golfplatz Haselberg in Schönau zu realisieren. Wir sind uns alle darüber einig, daß sich dieser Golfplatz ökologisch in die Landschaft einpassen muß. Aber es ist für mich nicht nachvollziehbar, daß, nachdem in der Zwischenzeit eine neue Planung für den Golfplatz vorgelegt worden ist und das Regierungspräsidium Freiburg dem Innenministerium Baden-Württemberg, also der Lan-

desregierung, diese neue Planung des Golfplatzes als „ökologisch verträglich“ empfohlen hat, dieses Signal zwar beim Wirtschaftsminister, aber noch nicht beim Umweltminister angekommen ist. Ich fordere die Landesregierung auf, dieses Signal jetzt aufzunehmen, diesen ökologisch verträglichen Golfplatz endlich passieren zu lassen, weil auf diese Art und Weise 120 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden können – und dies gewissermaßen auf der anderen Straßenseite der Zell-Schönau AG, bei der 160 Arbeitsplätze abgebaut worden sind.

Arbeitsmarktpolitisch – das ist mein Punkt sechs, meine Damen und Herren, und dazu muß der Herr Wirtschaftsminister nachher wirklich auch noch etwas sagen – ist es für diese Region außerordentlich unerfreulich, daß deutsche Firmen, die im grenznahen Schweizer Raum tätig sein wollen, nach wie vor eklatant benachteiligt werden gegenüber den Betrieben in der Schweiz, die ja praktisch ohne Beschränkung in der Bundesrepublik tätig sein können.

Ich weiß um die Anstrengungen der Landesregierung, auch der Bundesregierung, in dieser Frage. Sie erwarten natürlich von mir als FDP-Mann, daß ich da auch versuche, über den Bundesaußenminister Einfluß zu gewinnen.

(Abg. Weyrosta SPD: Aber klar!)

Das habe ich natürlich auch getan, und vielleicht ist es ein Lichtblick, daß mir der Bundesaußenminister erst vor zwei oder drei Tagen geschrieben hat, daß nach seiner Überzeugung nach den Spitzengesprächen, die am 29. März dieses Jahres stattgefunden haben, die Schweizer nicht nur das Problem erkennen, sondern er auch in der Zwischenzeit Lösungsansätze sieht.

(Zuruf von der SPD: Das Problem ist, daß die zu oft tagen! Die müssen Beschlüsse erzielen!)

Herr Minister, es muß jedenfalls auch das Ziel dieser Landesregierung sein und bleiben, diese Benachteiligungen deutscher Unternehmer baldmöglichst abzustellen.

Punkt sieben: Grenzüberschreitende Umweltpolitik. Das ist ein besonders wichtiges Thema, ein Modell gerade dafür, wie eine europäische, eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit stattfinden kann. Hier spielt erstens der Luftqualitätsplan für das Dreiländereck, den wir erarbeiten müssen, eine große Rolle. Ich kann das jetzt nur stichwortartig machen, aber das ist ein wichtiges Thema.

Ein weiterer Punkt ist die im Augenblick noch vage Möglichkeit einer Sonderabfallverbrennungsanlage bei der Firma Ciba-Geigy in Basel.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Die Region wird sich bei Ihnen bedanken!)

Ich gebe zu, daß dies noch eine vage Möglichkeit ist. Aber angesichts des Sondermüllnotstands, den wir in Baden-Württemberg haben, kann ich nur dringend dafür plädieren, diese Möglichkeit in der Zukunft, wenn irgendwie denkbar, zu nutzen.

Meine achte Bemerkung, meine Damen und Herren, betrifft ein besonders unerfreuliches Thema, nämlich die Drogen. Leider hat diese schöne Region nicht nur positive Seiten,

(Pfister)

sondern sie ist auch in der Zwischenzeit zu einem Drogenzentrum geworden. Auch hier helfen nur grenzüberschreitende Maßnahmen zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität. Deshalb hoffe ich sehr, daß die geplante ständige Drogenkonferenz, die am 14. Mai mit dem Ziel der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität eingesetzt werden soll, auch Realität wird und daß dabei neben den Schweizern und den Franzosen auch die Deutschen grenzüberschreitend tätig werden.

Meine Damen und Herren, dieser Katalog an Problemen, aber auch an großen Chancen der Hochrheinregion ließe sich fortsetzen.

Lassen Sie mich zum Schluß eines sagen: Ich will an dieser Stelle auch als Südbadener, wenn Sie so wollen, dazu aufrufen, diese Hochrheinregion, dieses Dreiländereck gewissermaßen als ein Modell europäischer Möglichkeiten und europäischer Zusammenarbeit zu verstehen. Ich bin sogar der Meinung, daß wir die Chance haben, daß dieses Dreiländereck zu einem Modell europäischer Zusammenarbeit auch für andere Grenzregionen wird, die es in Baden-Württemberg gibt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: In der Aussprache erteile ich Herrn Abg. Straub das Wort.

Abg. Straub CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst der Landesregierung danken für die umfassende Darstellung der wirtschaftlichen Situation und der Entwicklungschancen für das Hochrheingebiet, die meines Erachtens einen vorsichtigen Optimismus rechtfertigt.

Zunächst ist festzustellen, daß sich die durch den Schweizer Kanton Schaffhausen geteilte Region in ihrem westlichen und ihrem östlichen Teil strukturell erheblich unterscheidet. Die gegenwärtigen konjunkturellen und strukturellen Probleme betreffen vor allem den westlichen Bereich der Region und dort die Landkreise Waldshut und Lörrach. Auf diesen Teil der Region, wenn ich es richtig verstanden habe, Herr Kollege Pfister, erstreckt sich wohl auch die Große Anfrage der FDP/DVP-Fraktion.

Wir haben die Diskussion zum Wirtschaftsstandort Hochrhein bereits im November 1991 geführt. Eine Änderung der Entwicklung, die sich schon damals abzeichnete, ist leider nicht eingetreten. Sie wird maßgebend bestimmt durch die Entwicklung der sogenannten Altindustrien, das heißt Textil, Chemie und Aluminium, die mit überdurchschnittlichem Anteil in dieser Region vertreten sind.

Die Standortvorteile am Hochrhein, die um die Jahrhundertwende zur Ansiedlung dieser Betriebe geführt haben, sind zwischenzeitlich weggefallen. Höhere Energiekosten, die hohen Lohnkosten, bedingt durch die benachbarte Schweiz, und nicht zuletzt – auch das muß man erwähnen – die Umweltauflagen, die hier bestehen, gerade im Textilbereich – ich erinnere an die Firmen in Wehr –, gefährden die Wettbewerbsfähigkeit dieser Branchen erheblich und lassen es fraglich erscheinen, ob es uns möglich ist, diese Arbeitsplätze langfristig zu erhalten.

Ein Alarmzeichen hierfür war die Entwicklung bei der Textilfirma Lauffenmühle. Hier dürfte es gelungen sein, den größten Teil der Arbeitsplätze wenigstens mittelfristig zu sichern, auch durch Unterstützung der Landesregierung. Ich möchte dem Ministerpräsidenten und Ihnen, Herr Wirtschaftsminister Dr. Spöri, sehr herzlich für einen intensiven Einsatz danken, der zu dieser Regelung geführt hat.

Erschwerend für die aktuelle Wirtschaftslage am Hochrhein kommt hinzu, daß die übrigen Industriebereiche eine hohe Abhängigkeit von der Schlüsselbranche des Landes haben, nämlich der Automobilindustrie. Es kommt hinzu, daß das Bauhandwerk, wie Herr Pfister zum Ausdruck gebracht hat, als besonders konjunkturrempfindliche Branche mit unfairen Wettbewerbsbedingungen bei grenzüberschreitenden Ausschreibungen zu kämpfen hat. Und es kommt hinzu, daß der Rückfluß von deutschen Grenzgängern – es sind ja noch etwa 35 000 entlang des Hochrheingebiets in der grenznahen Schweiz tätig –, teilweise wenigstens, auf den deutschen Arbeitsmarkt bereits eingesetzt hat.

Wie problematisch die Situation ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Arbeitslosenquote im Arbeitsamtsbezirk Lörrach, der für die beiden genannten Landkreise zuständig ist, sich in den letzten zwei Jahren praktisch verdoppelt hat, allerdings von einem günstigen, niedrigen Stand aus, aber immerhin fast verdoppelt hat, und dies bei einem gleichbleibend hohen Stand an Kurzarbeit.

Das von mir erwähnte Handwerk, das oft in der Lage ist, freiwerdende Industriearbeitskräfte einzusetzen, ist bei uns erheblichen Wettbewerbsverzerrungen durch schweizerische Unternehmen und durch die Beschäftigung osteuropäischer Bauarbeiter vor allem durch die Großbetriebe ausgesetzt und hat daher auch seinerseits Probleme. Nach Schätzung der Bauwirtschaft wird im Hochrheingebiet derzeit ein Auftragsvolumen von etwa 250 Millionen DM durch schweizerische Unternehmen ausgeführt, die durch ein insgesamt geringeres Lohnniveau bei gleichzeitig höheren Nominallöhnen, Stundenlöhnen der Mitarbeiter, einen Wettbewerbsvorteil von etwa 10 % haben.

Sicher bringt jede Grenzlage Vor- und Nachteile. Dies muß in Kauf genommen werden. Ärgerlich ist aber die Tatsache, daß schweizerische Handwerker praktisch uneingeschränkt bei uns Aufträge ausführen können, während es unseren Bauhandwerkern beispielsweise nicht möglich ist, im benachbarten schweizerischen Grenzgebiet zum Zuge zu kommen. Die Hoffnung, daß sich dies durch den EWR-Beitritt verbessern wird, hat sich nach dem negativen Volksentscheid in der Schweiz nicht erfüllt. Die Bundesregierung muß daher nachhaltig aufgefordert werden, auf bilateraler Ebene für einen Abbau der Diskriminierung deutscher Handwerker in der Schweiz Sorge zu tragen.

Sollte dies nicht gelingen, dürfen auch Restriktionen für Schweizer auf deutschem Gebiet nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Denkbar wäre etwa eine Änderung der VOB dahin gehend, daß nur noch EWR- oder EG-Anbieter bei der Vergabe öffentlicher Aufträge berücksichtigt werden können.

Ich möchte aber nachdrücklich erklären, daß es nicht darum geht, Restriktionen für die Betätigung von schweizerischen Unternehmen bei uns aufzurichten, sondern darum, Wettbe-

(Straub)

werbsverzerrungen, die durch die Benachteiligung deutscher Unternehmen in der Schweiz bestehen, abzubauen und damit die beiderseitigen Wirtschaftsverflechtungen zu stärken. Die Bitte geht an die Landesregierung, an der Lösung dieses Problems, ich möchte sagen, dranzubleiben, denn ich weiß, daß Sie, Herr Dr. Spöri, sich sehr intensiv ebenso wie unser Ministerpräsident bei vielen Gesprächen mit den nördlichen Kantonen der Schweiz für die Lösung dieses Problems und im Interesse unserer Raumschaft eingesetzt haben.

Da die Probleme drängen, sind kurzfristig wirksame Maßnahmen erforderlich. Ich kann das unterstützen, was Herr Kollege Pfister hierzu gesagt hat. Ich möchte ergänzen:

Obwohl der Anteil im Textil- und Bekleidungsbereich im Zeitraum von 1972 bis 1992 von 35 % auf nunmehr 21 % gesunken ist, beträgt dieser Wert immer noch mehr als das Vierfache des Landesdurchschnitts von 5 %. Aufgrund dieser nach wie vor hohen Abhängigkeit der Wirtschaft vom Textil- und Bekleidungssektor in Verbindung mit der zwischenzeitlich auch im EG-Maßstab hohen Arbeitslosigkeit am Hochrhein sollte das Land über den Bund bei der EG mit dem Ziel vorstellig werden, daß das Hochrheingebiet in das im Mai 1992 beschlossene EG-Programm „Retex“ aufgenommen wird. Ziel dieses Programmes ist es, die Diversifizierung der Wirtschaft in Regionen mit hoher Abhängigkeit von der Textil- und Bekleidungsbranche zu beschleunigen und die Anpassung der lebensfähigen Textilbetriebe zu erleichtern. Ich meine, wir haben noch solche Betriebe in der Region. Ich glaube daher, daß dies ein geradezu maßgeschneidertes Förderprogramm für das westliche Hochrheingebiet ist.

Aufgrund der guten Arbeitsmarktdaten in den achtziger Jahren konnte das Hochrheingebiet bisher nie in die regionale Fördergebietskulisse des Landes zur Förderung von kleinen und mittelständischen Betrieben aufgenommen werden. Dies hat sich innerhalb kurzer Zeit gravierend und nachhaltig verändert, wobei die Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation weniger konjunkturell als vielmehr strukturell bedingt ist. Ich meine daher, daß es gerechtfertigt wäre, diese Region, diese Landschaft, in diese Förderkulisse aufzunehmen.

Ich bitte auch um bevorzugte Berücksichtigung von Investitionsplanungen in den Jahren 1993 und 1994 im Rahmen des Strukturprogramms Ländlicher Raum und der Dorfentwicklung. Einzelne Maßnahmen der hier eingereichten Projekte dienen in besonderer Weise der strukturpolitischen Aufwertung der Region. Vorgezogene Investitionsmaßnahmen im Bereich der Dorfentwicklung stützen vor allem das heimische Handwerk und haben bekanntlich einen hohen multiplikativen Effekt.

Ich möchte zum Ende kommen. Im Bereich der Infrastruktur gilt es vor allem, die rasche Verwirklichung der A 98 zu erreichen. Die lange Planungsdauer, die wir leider beklagen müssen, läßt viele Bürger daran zweifeln, daß es uns ernst ist mit der Verwirklichung dieser Maßnahme als der wohl entscheidenden und kurzfristig wirksamen Strukturverbesserung unserer Region. Es sollte daher alles versucht werden, durch verbesserte Personalausstattung der Planungsstellen und der Planfeststeller eine baldige Baureife zu erreichen. Sonst nützt es nichts, wenn wir in der ersten

Dringlichkeit sind. Im Moment liegt es daran, Herr Kollege Pfister, daß wir mit den Planungen nicht vorankommen. Die Verwirklichung dieser wichtigen West-Ost-Verbindung ist für mich der entscheidende Impuls für eine neue Entwicklung in der Situation der Wirtschaft am Hochrhein.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Puchta.

Abg. Dr. Puchta SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf Antrag der SPD-Fraktion beschäftigte sich das Parlament bereits am 14. November 1991 mit den Strukturproblemen des Hochrheingebiets. Ich bin der FDP/DVP-Fraktion dennoch dankbar, daß sie die damals gestellten Fragen erneut aufgegriffen hat, da das Hochrheingebiet diese Aufmerksamkeit einerseits verdient und andererseits im Augenblick wirklich dringend benötigt.

Wie ich in meiner damaligen Rede schon gesagt hatte, ist das Hochrheingebiet nicht erst, aber sicherlich endgültig durch die ablehnende EWR-Entscheidung der Schweiz am 6. Dezember 1992 in eine Randlage geraten. Ich will nicht verhehlen, daß das Hochrheingebiet in einem europäischen Zentrum auch Chancen hat, aber im Augenblick überwiegen aufgrund dieser EWR-Entscheidung die Risiken.

Wir haben nun eine über 140 km lange EG-Außengrenze bei uns. Deshalb bin ich der Überzeugung, daß wir die Landesregierung auffordern müssen, wie früher Bayern und Hessen gegenüber der ehemaligen DDR im Rahmen der Nebenansätze des Kommunalen Finanzausgleichs ebenfalls einen Grenzlandansatz einzuführen. Dies wäre sicherlich eine denkbare und richtige Maßnahme, um der besonderen Strukturkrise am Hochrhein begegnen zu können.

Meiner Aussage von der beginnenden Strukturkrise am Hochrhein im November 1991 versuchte der damalige Wirtschaftsminister zu begegnen, indem er die Arbeitslosenquoten von Lörrach und Waldshut mit 3,7 % bzw. 4,5 % nannte. Ich hatte damals bereits darauf hingewiesen, daß man sich die Dynamik der Steigerungsraten genauer anschauen müsse. Inzwischen liegt die Arbeitslosenquote des Landkreises mit 6,9 % um einen Prozentpunkt über dem Landesdurchschnitt. Die Zahl der Kurzarbeiter ist im Vergleich zum Vorjahr sogar um 59 % angestiegen. Die Arbeitsmarktexperten erwarten in nächster Zukunft weiter ansteigende Arbeitslosenzahlen, da in unserer Region vorwiegend die angeschlagenen Branchen Metall, Chemie und Textil vertreten sind.

Vor diesem Hintergrund, Herr Kollege Straub, kann ich Ihnen trotz Ihrer heutigen Ausführungen leider nicht den Vorwurf ersparen, daß Ihnen damals der wirtschaftliche Weitblick gefehlt hat.

(Abg. Straub CDU: Sie haben ein Horrorszenario abgezogen!)

Denn an dieser Stelle sagten Sie im November 1991 – ich zitiere Sie jetzt wörtlich –:

Dies zeigt, Herr Kollege Dr. Puchta, daß der Strukturwandel in den vergangenen Jahren auch bei uns gut be-

(Dr. Puchta)

wältigt wurde und daß das Gerede von einer Krise, das wir von Ihnen immer hören, unzutreffend ist. Deshalb ist das Gerede auch unverantwortlich.

(Abg. Fleischer CDU: Sie waren damals der reine Miesmacher aus wahltaktischen Gründen! Das wissen wir doch!)

Heute haben Sie gerade das Gegenteil gesagt. Diese mangelnde Voraussicht von Ihrer Seite und die versuchte Gesundbetelei sind eine Ursache der heutigen Krise.

(Zuruf des Abg. Straub CDU)

Natürlich wird die Hochrheinregion auch von der allgemeinen Konjunkturkrise geschüttelt, aber die strukturellen Probleme, insbesondere in der Aluminium- und der Textilindustrie, sind nicht neu und waren schon damals vorhersehbar.

Viel zu lange hat man die Augen davor verschlossen, daß internationale Konzerne wie die Alusuisse bei ihren Unternehmensentscheidungen keinerlei Rücksicht auf regionale Belange nehmen. Den jetzt wieder um ihre Arbeitsplätze fürchtenden Beschäftigten der Aluminium Rheinfelden, aber auch der Lonza und der Hüls AG, muß es wie Hohn in den Ohren klingen, daß der damalige Wirtschaftsminister ausführte, die Landeszuschüsse und die Umstrukturierung im November 1991 hätten zur dauerhaften Stabilisierung von 650 Arbeitsplätzen bei der Alu geführt. Schon heute sind es nur noch 450 Arbeitsplätze. Weitere Reduzierungen sind zu befürchten. Ich sage das hier nicht, um nachzuhaken, sondern um die neue Regierung aufzufordern, die Abnahmehmethode des Alusuisse-Konzerns durch eine entsprechende Vertragsgestaltung bei Zuschüssen in Zukunft zu unterbinden.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Das heißt, bei der Gewährung von staatlichen Zuschüssen ist dafür Sorge zu tragen, daß die Arbeitnehmer durch mehr Mitbestimmung und Mitwirkung generell eine Restrukturierung aktiv begleiten können.

Einen hervorragenden Neubeginn machte der Wirtschaftsminister bereits im Bereich der Textilindustrie. Natürlich sind die Menschen am Hochrhein und insbesondere die Arbeitnehmer der Lauffenmühle dankbar, daß das Land eine 20-Millionen-DM-Bürgschaft zugesagt hat und vor allem, daß der Wirtschaftsminister diese Zusage mit der Bedingung verknüpft hat, daß weniger Arbeitsplätze als zunächst geplant abgebaut werden. Doch entscheidend scheint mir, daß er gleichzeitig Anfang April ein Spitzentreffen der Textilindustrie organisiert hat, an dem die Unternehmer, Unternehmerverbände und die Gewerkschaften teilgenommen haben.

Meine Damen und Herren, es ist nahezu unmöglich, in 5 Minuten auch nur die allerwichtigsten Aspekte der Strukturproblematik am Hochrhein zu beleuchten. Nachdem der Bund und namentlich die Telekom für eine jahrelang schleppende ISDN-Verkabelung die Verantwortung tragen, die nun endlich dieses Jahr abgeschlossen werden dürfte, möchte ich an dieser Stelle nochmals wiederholt darauf hinweisen, daß der Bund auch seit Jahren nichts für den grenzüberschreitenden Telekommunikationsverkehr getan

hat. Wir sind zur Schweiz auf Orts- und Nahtarife angewiesen.

Genauso möchte ich für die Diskussion um die Funktional- und Verwaltungsreform festhalten, daß für die angesprochene Raumschaft nur eine grenzüberschreitende, mit Entscheidungskompetenzen ausgestattete Regionalstruktur von Nutzen ist.

Nachdem meine Appelle und Initiativen zur Abschaffung der Benachteiligung von deutschen Handwerkern und Unternehmern gegenüber der Schweizer Konkurrenz jahrelang hier nicht auf fruchtbaren Boden gefallen sind, bin ich froh, daß die neue Landesregierung endlich in Bonn vorstellig wurde und es nun den Anschein hat, daß die Schweizer Bewilligungspraxis liberalisiert werden dürfte.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Lassen Sie mich abschließend auf das zurückkommen, was auch Sie, Herr Straub, am Schluß gesagt haben. Ich möchte davor warnen, die Bevölkerung am Hochrhein für dumm verkaufen zu wollen. Kein Mensch wird Ihnen, Herr Straub, abnehmen, daß wir die Struktur- und Konjunkturkrise am Hochrhein nicht hätten, wenn wir dort eine Autobahn hätten. Nach dieser Logik dürften wir überall dort, wo es Autobahnen gibt, keine Wirtschaftskrise haben. Ein Blick nach Mannheim, Lörrach, Singen, aber auch nach Zürich oder Basel zeigt, daß die Zusammenhänge so einfach nicht sind.

(Beifall des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Ich möchte auch heute kein Hehl daraus machen, daß ich selbst immer für Ortsumfahrungen statt einer sogenannten einbahnigen Autobahn war. Aber genauso wahr ist, daß es nun allein an der CDU und an der FDP – auch an Ihnen, Herr Pfister – in Bonn liegt, den Beschluß der großen Koalition durchzusetzen, die gesamte Trassenführung von Rheinfelden bis Geisingen in den vordringlichen Bedarf zu heben.

(Abg. Straub CDU: Und was sagen Sie zu Herrn Antretter, der im Kreis herumrennt und sagt, die A 98 solle gar nicht gebaut werden?)

– Herr Straub, Sie wissen genauso gut wie ich, daß die große Koalition in Bonn den Antrag gestellt hat

(Abg. Schlauch GRÜNE: Was? Gibt es dort auch schon eine große Koalition?)

– die große Koalition hier –, die A 98 in den vordringlichen Bedarf aufzunehmen, daß dies aber bis jetzt an der Position von CDU und FDP in Bonn gescheitert ist.

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Die ist doch im vordringlichen Bedarf drin! – Weitere Zurufe)

– Das ist so nicht wahr. Nicht in ihrer gesamten Länge.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Krisch.

(Anhaltende Zurufe, u. a. des Abg. Schlauch GRÜNE)

Abg. Krisch REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Zuruf des Abg. Schlauch GRÜNE)

Ich warte gerne, bis auch Herr Schlauch seine Rede beendet hat.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg. Schlauch GRÜNE)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Anfrage der FDP/DVP enthält 24 völlig verschiedene, getrennte Problemkreise.

(Abg. Drexler SPD: Das wissen wir doch!)

Ich kann in den 5 Minuten hier nur einige davon anschnelden und möchte mich auf zwei Themen begrenzen:

(Abg. Kurz CDU: Das genügt auch!)

das Thema Drogen und das Thema „Problematik deutscher Unternehmen bei der Zusammenarbeit mit der Schweiz“.

(Abg. Drexler SPD: Das paßt zusammen!)

Ich möchte jedoch vorher Minister Spöri für seine Antwort danken; denn er hat uns für kommende Wahlkämpfe frei Haus hervorragende Themen geliefert.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Abg. Drexler SPD: Was soll denn das?)

Ich beziehe mich jetzt auf die Antwort der Landesregierung. Dort wird erwähnt, daß es ein Ziel des Binnenmarktprogramms ist, einen offenen Wettbewerb herbeizuführen, der durch niedrigere Kosten und damit niedrigere Preise dem Verbraucher Vorteile bietet.

(Abg. Köder SPD: Sind Sie dagegen? – Abg. Dr. Puchta SPD: Sind Sie für Preissteigerungen? – Abg. Weyrosta SPD: Wieso zitieren Sie die EG? Sie sind doch gegen Maastricht!)

– Ich zitiere deshalb, Herr Kollege Weyrosta, damit Sie sehen, daß ich das auch gelesen habe.

(Abg. Renz GRÜNE: Wenn das jeder machen würde!)

Zitat: Die Probleme deutscher Unternehmen in der Zusammenarbeit mit der Schweiz sind dem Wirtschaftsministerium seit langem bekannt.

(Abg. Weyrosta SPD: Sie unterschätzen mich! Ich glaube schon, daß Sie lesen können!)

– Jetzt sind Sie doch einmal einen Moment ruhig. Sie stören mich.

Und noch ein Zitat:

Die Landesregierung war immer wieder bemüht, zugunsten der baden-württembergischen Firmen Erleichterungen zu schaffen.

Die Landesregierung muß aber zugeben – wiederum ein Zitat –, daß bisher „noch keine Erleichterungen für deutsche Unternehmer erreicht werden konnten“.

Der Herr Minister Vetter hat sich heute vormittag bitter beklagt, daß Vorschriften Schweizer Kantonsregierungen zugunsten kantonaler Gesichtspunkte so ausgelegt werden, daß dies einer Diskriminierung deutscher Unternehmen entspricht.

Meine Damen und Herren, aus der Sicht der Schweiz ist das doch ein verdammt vernünftiges Verhalten. Da nützt auch das ganze Jammern des Ministers nichts, der sagt: „Offene Grenzen für unsere Unternehmen hüben und drüben sind gefordert.“

(Abg. Dr. Puchta SPD: Was ist denn, wenn das alle tun? – Weitere Zurufe)

Mein Vorredner, der geschätzte Kollege Straub, wiederholte dieses Klagegedicht

(Zurufe der Abg. Dr. Puchta und Weyrosta SPD)

und verwies wiederum auf die sogenannte Diskriminierung unserer Unternehmen in der Schweiz.

(Zurufe von der SPD – Unruhe – Abg. Weyrosta SPD: Die werden es nie erjagen!)

Meine Damen und Herren, meine Fraktion erkennt alle Bemühungen der Landesregierung zu diesem Problem an. Diese Bemühungen haben aber bisher keinen Fortschritt für die baden-württembergische Industrie gebracht, sie haben keinen einzigen Arbeitsplatz in dieser Region geschaffen und nicht den Verlust eines einzigen Arbeitsplatzes im Wettbewerb mit der Schweiz verhindert.

(Beifall bei den Republikanern)

Hier wäre der Einsatz der deutschen Politiker in der gleichen Form, wie es die Schweizer Politiker für die eigene Industrie machen, gefordert.

(Beifall bei den Republikanern)

Bei uns fehlt es nicht nur an Durchsetzungsvermögen, hier fehlt es an Durchsetzungswillen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Weyrosta SPD: Wie wollen Sie den Export unterstützen? – Weitere Zurufe)

Sicher ist es sinnvoll, öffentliche Aufträge an einen preiswerten Anbieter zu vergeben, aber es ist unsinnig

(Lebhafte Unruhe)

– wenn Sie reden wollen, gehen Sie einmal kurz hinaus; ich möchte hier weiterkommen –, öffentliche Aufträge an preiswertere Anbieter im Ausland zu vergeben, wenn

(Krisch)

gleichzeitig unsere Gesetzgebung durch höhere Lohnnebenkosten und höhere Steuerbelastungen die eigenen Unternehmen benachteiligt. Das ist der springende Punkt.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Weyrosta SPD: Was wollen Sie denn? Was wollen Sie denn dagegen unternehmen? Sagen Sie es doch! – Weitere Zurufe)

– Das Ziel des Binnenmarktprogramms möchte ich verwirklicht haben. Die jetzige Praxis kehrt das in das Gegenteil um.

(Abg. Weyrosta SPD: Gehen Sie doch zu den Arbeitnehmern und sagen ihnen, Sie nähmen ihnen die Lohnnebenkosten weg! – Weitere Zurufe)

– Das ist keine Zwischenfrage, was Sie hier machen. Das ist eine Unterbrechung meines Redebeitrags.

(Unruhe)

Der Kollege Straub schnitt schon das Problem der VOB an. Diese VOB wurde, wie alle anderen Bestimmungen, von Politikern geschaffen. Wir verlangen, daß ein Vertragswerk, dessen Grundlage sich ändert, überarbeitet werden muß.

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

Das zweite Thema, das ich ansprechen wollte, war das Thema „Drogenbekämpfung im Dreiländereck“.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD – Weitere Zurufe)

– Dreiländereck, das ist das Hochrheingebiet. – Hier bietet uns die Landesregierung nun Arbeitskreise an, Vorschläge ohne Ende und – jetzt zitiere ich wieder – „grenzüberschreitende Maßnahmen im Bereich der Suchtprophylaxe“. Was nützen uns denn die ganzen Antworten der Landesregierung in dieser Drucksache, wenn in der Praxis gefaßte Drogenhändler, Drogendealer gegen Kautions sofort wieder freigelassen werden?

(Beifall bei den Republikanern – Zurufe von der SPD, u. a.: Wo?)

– Zum Beispiel in Ludwigsburg, wo eine Sondergruppe der Polizei drei Monate lang Drogenhändler verfolgte und faßte.

(Zurufe von der SPD, u. a.: Ludwigsburg ist nicht das Hochrheingebiet!)

Nach sechs Stunden waren die gegen 5 000 DM Kautions wieder frei, nachdem sie 2 kg Heroin verkauft haben. „Drogendealer sind Verbrecher. Der Verkauf von Drogen ist schleichender Mord.“ Das ist ein Zitat aus der „Ludwigsburger Kreiszeitung“, meine Damen und Herren. Das ist allerdings nur eine Wiederholung der Aussagen der Republikaner mit anderen Worten.

(Abg. Drexler SPD: Wer hat denn die freigelassen?)

– Der Staatsanwalt. – Wenn der Herr Andreotti mit der Mafia in Verbindung gebracht wird, dann wird er auch mit Drogenhandel in Verbindung gebracht. Wenn das Landes-

kriminalamt feststellt, daß bei Straftaten Verbindungen zwischen öffentlichen Behörden und dem organisierten Verbrechen bestehen,

(Zuruf des Abg. Drexler SPD – Weitere Zurufe – Unruhe)

dann muß irgendwann die Frage gestellt werden, ob das auch mit dem Drogenhandel in Verbindung steht.

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

Wenn die Landesregierung ausschließlich von Suchtprophylaxe spricht, es aber noch keine Gesetze gibt, die es erlauben, illegal erworbenes Vermögen auch wieder zu beschlagnahmen, dann kommt der Zeitpunkt, meine Damen und Herren, wo der Bürger fragt, ob auch die Bundesregierung und ob auch bei uns Politiker mit dem Drogenhandel in Beziehung stehen.

(Beifall bei den Republikanern)

Wenn dieser Zeitpunkt kommt, dann gibt es keine Politikverdrossenheit, dann gibt es Politikgegnerschaft.

(Abg. Wintruff SPD: Aber ein Republikaner hat einen Zuhälter erschossen! Haben Sie das nicht gelesen? Das stand auch in der Zeitung!)

Aus diesem Grund fordern wir die Landesregierung und auch Sie auf, endlich Maßnahmen im Kampf gegen den Drogenhandel zu ergreifen, nicht nur zu reden,

(Abg. Wintruff SPD: Der hat einen Zuhälter erschossen! Der war Abgeordneter der Republikaner!)

und alles zu tun, um bei uns Arbeitsplätze zu sichern.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Weyrosta SPD: Das hält man doch im Kopf nicht aus! Das ist bar jeder Sachkenntnis, was Sie da verzapfen!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Witzel – Sie wollten doch das Wort?

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ja, ja!)

– Sie haben es.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Das muß man erst mal verdauen! – Abg. Renz GRÜNE: Kurze Pause!)

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident! Zu der vorangegangenen Rede fällt mir der Spruch ein, der in meinem Terminplaner diese Woche steht:

Es ist schlimm, wenn man weder genug Verstand hat, um gut zu reden, noch genug Selbsterkenntnis, um zu schweigen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Heiterkeit bei der SPD – Abg. Deuschle REP: Also, nehmen Sie Platz!)

(Dr. Witzel)

Ich komme zur Sache. Die Debatte über die Entwicklungschancen für das Hochrheingebiet sehe ich im Zusammenhang mit der Debatte über den Regionalkreis im Raum Stuttgart. Wir Grünen haben damals betont, daß nicht nur für den Raum Stuttgart ein Maßanzug geschaffen werden darf, während die anderen Regionen weiter in alten Kleidern herumspazieren müssen. So kann es nicht gehen. Auch für die anderen Regionen müssen maßgeschneiderte Lösungen her.

Wir haben darauf hingewiesen, daß viele Regionen in Baden-Württemberg durch die Grenzlandlage geprägt sind. Das gilt auch für das Hochrheingebiet. Herr Kollege Pußta --

(Heiterkeit bei der SPD - Abg. Drexler SPD: Der lebt in der Pußta! - Abg. Dr. Puchta SPD: Auch die Pußta ist eine schöne Landschaft! - Glocke des Präsidenten)

Herr Kollege Puchta wies schon auf die Randlage des Hochrheingebiets und auf die 140 km EG-Außengrenze hin. Die Entwicklungsperspektive für ein solches Gebiet steht und fällt mit der Frage, ob es gelingt, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit voranzubringen, und zwar jenseits von Sonntagsreden und Weinfesten.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Am Hochrhein gibt es hierzu positive, aber auch negative Ansätze.

(Abg. Drexler SPD: Richtig!)

Ich will zu beidem Beispiele nennen. Ich beginne mit dem negativen Beispiel, also damit, wie die Kooperation an der Grenze nicht aussehen sollte. Herr Pfister hatte die Bedeutung des grenzüberschreitenden Umweltschutzes unterstrichen. Ein düsteres Kapitel dabei ist der Atombereich.

(Abg. König REP: Da sind wir beim Thema!)

Die Schweiz hat derzeit fünf Atomkraftwerke, vier davon stehen direkt an der deutschen Grenze oder in unmittelbarer Nähe davon.

(Abg. Wintruff SPD: Mit Absicht!)

Zusätzlich betreibt das Paul-Scherer-Institut eine Verbrennungsanlage für radioaktive Abfälle, deren radioaktive Abgase auch in Südbaden nachgewiesen wurden. Bei Beznau ist zudem ein Zwischenlager für alle Arten radioaktiver Abfälle im Bau,

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

und die Schweizer Suche nach einem Endlagerstandort konzentriert sich auch auf den Raum unmittelbar am Hochrhein.

Bedenkt man, daß die Sicherheitsvorkehrungen des AKW Beznau II nach Gutachten des Öko-Instituts erhebliche Mängel aufweisen und daß der Anflug der Großflugzeuge auf den Flughafen Zürich in der Regel über die AKWs Leibstadt und Beznau erfolgt, so kann man nur feststellen, daß diese Atomanlagen ein erhebliches Sicherheitsrisiko

für die gesamte Bevölkerung im Hochrheingebiet und darüber hinaus darstellen. Ein Vertreter des BUND am Hochrhein hat diese Massierung von AKWs und anderen Anlagen so beurteilt:

Wenn es um Umweltverschmutzung und Risikoverteilung geht, setzt die Schweiz alles an die deutsche Grenze.

So kann es natürlich nicht laufen. Das ist keine grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Es ist von deutscher Seite auch nicht zu akzeptieren, daß das AKW Leibstadt jetzt noch aufgerüstet werden soll, was zu einem deutlichen Anstieg des Risikos führen würde. Der Landkreis Waldshut und einige Gemeinden haben dagegen zu Recht Rechtsmittel eingelegt. Es wäre zu wünschen, daß das Land diese Klagen unterstützte.

Über die Benachteiligung deutscher Firmen bei Aufträgen auf Schweizer Seite haben meine Vorredner schon genügend gesprochen.

Ich will jetzt neben diesen negativen Beispielen auch die positiven Ansätze für grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Hochrheingebiet würdigen. So gibt es schon lange eine fruchtbare Zusammenarbeit der Bürgerinitiativen auf beiden Seiten des Hochrheins. Aber auch auf seiten der Institutionen wird zusammengearbeitet. Jüngstes Beispiel ist das Strukturmodell Hochrhein, das der Regionalverband Hochrhein-Bodensee und der schweizerische Kanton Aargau auf den Weg gebracht haben. Probleme des Verkehrs, des Naturschutzes, aber auch der Industrie und der Siedlungspolitik sollen hier grenzüberschreitend angegangen werden.

Während in anderen Regionen die Ausweisung von Gewerbegebieten noch häufig aus der Perspektive des Kirchturms erfolgt, ist am Hochrhein anvisiert, derartige Planung grenzüberschreitend abzustimmen. Das ist deutlich mehr an grenzüberschreitender Kooperation als in anderen Grenzregionen unseres Landes. Solche positiven Beispiele von grenzüberschreitender Zusammenarbeit geben der Region Hochrhein eine gute Entwicklungsperspektive.

Abschließend noch einige Worte zur Infrastruktur im Hochrheingebiet. Die Grünen lehnen den Bau der A 98 ab, denn die wirtschaftlichen Auswirkungen einer solchen Autobahn sind, abgesehen von der Baumaßnahme selbst, als gering zu veranschlagen. Zudem ist zu befürchten, daß der Fremdenverkehr, der ja einen bestimmenden Wirtschaftsfaktor im Landkreis Waldshut darstellt, Einbußen erleidet, wenn die Emissionen zunehmen, weil als Folge des Straßenbaus mehr Autos fahren.

Wichtig dagegen wäre eine Verbesserung der Infrastruktur im öffentlichen Nahverkehr und im Bildungswesen. Den Antrag der FDP/DVP in bezug auf den Nahverkehr werden wir unterstützen.

Zusätzlich wies Herr Pfister darauf hin, daß sich derzeit im Hochrheingebiet weder eine Hochschule noch eine Berufsakademie befindet. Hier ist das Land gefordert. Zum anderen verweist dieses Problem auch auf den Kernpunkt meiner Ausführungen, die Notwendigkeit grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Denn eine Hochschule in einer

(Dr. Witzel)

Grenzlage macht nur dann einen Sinn, wenn sie von den Studierenden aus allen Ländern besucht werden kann. Wir unterstützen daher den Antrag der FDP/DVP in bezug auf eine Machbarkeitsstudie für die trinationale Fachhochschule in Lörrach.

Klar ablehnen werden wir aber die Forderung des FDP/DVP-Antrags nach einem Ausbau der A 98.

(Beifall des Abg. Dr. Salomon GRÜNE – Abg. Pfister FDP/DVP: Nichts anderes erwartet!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Wirtschaftsminister Dr. Spöri.

(Abg. Haasis CDU: Er wird es kurz und prägnant machen!)

Wirtschaftsminister Dr. Spöri: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben gegenwärtig in Baden-Württemberg ohnehin eine schwierige Wirtschaftssituation. Diese Wirtschaftssituation ist im Hochrheingebiet besonders schwierig, weil wir es nicht nur mit strukturellen Problemen der Leitbranchen in diesem Raum, sondern auch mit einem Zusammentreffen der rezessiven konjunkturellen Entwicklung in vielen Branchen und der Grenzlandproblematik zu tun haben. Das ist eine Kumulation von Problemstellungen, die in diesem Raum singular ist. Insofern ist es sicher interessant, noch einmal auszutauschen, wie die Einschätzungen in der Vergangenheit waren und wie unterschiedlich sie gewesen sind. Ich bitte jetzt aber zu berücksichtigen, daß wir den Blick nach vorne richten müssen und die Kräfte zu einer gemeinsamen Anstrengung zur Überwindung dieser Probleme bündeln müssen.

(Abg. Weyrosta SPD: Das müssen diejenigen einsehen, die in der Vergangenheit gesagt haben, wir redeten die Wirtschaft kaputt, als wir etwas kritisiert und dargestellt haben! – Gegenruf des Abg. Haasis CDU: Wahrscheinlich ist sie jetzt deshalb kaputt, weil Sie so geredet haben! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat der Herr Wirtschaftsminister.

(Weitere Zurufe von der SPD und der CDU – Glocke des Präsidenten)

Ich darf noch einmal betonen: Das Wort hat der Herr Wirtschaftsminister.

Wirtschaftsminister Dr. Spöri: Herr Kollege Weyrosta, ich respektiere voll das Recht zum Meinungs austausch über unterschiedliche Einschätzungen in der Vergangenheit. Es kommt meiner Ansicht nach aber jetzt darauf an, wirtschaftspolitisch mit der Situation zu Rande zu kommen, Maßnahmen zu entwickeln und die Kräfte zur Überwindung der Strukturprobleme, über die wir gemeinsam diskutiert haben, zu bündeln.

Ich weise darauf hin, daß die zwei größten Branchen in diesem Bereich die chemische Industrie und die Textilindustrie sind. Beides sind Branchen, die gegenwärtig massiv Arbeitsplätze abbauen, und zwar auch im Hochrheingebiet. Vor allem die chemische Industrie ist so strukturiert, daß

die Hauptsitze eben nicht alle im Hochrheingebiet angesiedelt sind. Das ist ein Sonderproblem, und das macht uns auch von Entscheidungen abhängig, die wir überhaupt nicht beeinflussen können und die auch im Ausland getroffen werden.

Dennoch ist es möglich, diese Entscheidungen dadurch zu beeinflussen, daß wir generell die Standortgunst in Baden-Württemberg verbessern, indem wir unser Standortsicherungsprogramm mit den standortverbessernden Maßnahmen zügig durchführen. Dies wird auch im Hochrheingebiet zu einem standortstärkenden und attraktivitätssteigernden Effekt führen.

Zweiter Punkt: Die Textilindustrie war einmal die größte Branche im Hochrheingebiet. Sie hat einmal die Hälfte aller Industriearbeitnehmer – wie Kollege Puchta angemerkt hat – beschäftigt, die es in diesem Gebiet gab. Inzwischen sind nur noch 11 000 Menschen in diesem Industriebereich beschäftigt.

Dennoch ist es falsch, jetzt in der Rezession darauf zu hoffen und daran zu glauben, man könne durch irgendwelche Anreizsysteme, die wir als Staat gewähren, die wir als Land ausloben, große Ansiedlungen erreichen.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Kollege Drautz, möchten Sie eine Zwischenfrage stellen?

(Abg. Drautz FDP/DVP deutet auf Abg. Birgitt Bender GRÜNE, die auf einem Abgeordnetentisch sitzt und dem Redner den Rücken zuwendet.)

Wirtschaftsminister Dr. Spöri: Das hat mich überhaupt nicht gestört.

(Abg. Weyrosta SPD: Das sind die Folgen der Quotenregelung!)

Ich war dadurch nicht irritiert.

(Unruhe)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Wirtschaftsminister.

Wirtschaftsminister Dr. Spöri: Meine Damen und Herren, es wäre falsch, jetzt in großen Perspektiven das Heil zu suchen, was die Ansiedlungserfolge angeht. Primär kommt es in diesem Raum bei den industriellen Sektoren, die ihn bestimmen, darauf an, die bestehenden Arbeitsplätze in den klassischen Produktbereichen Chemie- und Textilindustrie soweit wie möglich zu stabilisieren. Das muß das primäre Ziel sein. Es geht um Tausende von Arbeitsplätzen. Es ist furchtbar schwierig, wenn Betriebe mit 1 900 Arbeitsplätzen zur Disposition stehen – Herr Straub, Herr Kollege Puchta, Sie wissen alle, um wen es sich da handelt –, 1 900 neue Arbeitsplätze anzusiedeln oder neu zu schaffen.

Ich bin der Auffassung, daß es in der Wirtschaftspolitik unser Ziel sein muß, primär auch die Konkurrenzfähigkeit der Textilindustrie im internationalen Bereich zu stabilisieren. Deshalb haben wir mit den Vertretern der Textilindustrie und mit den Vertretern der Gewerkschaft im Textilbereich ein Handlungspaket vereinbart. Dieses sieht auch Maßnahmen im Bereich der Produktinnovation, Maßnahmen im

(Minister Dr. Spöri)

Bereich der Verfahrensinnovation, Maßnahmen zur Produktion umweltfreundlicher Textilprodukte vor. Es sieht die Ausweitung auf neue, zukunftssträchtige Marktsegmente im Bereich technischer Textilien und des Recyclings vor, ebenso Verbundprojekte, die wir durch Technologieförderung zugunsten der einzelnen Firmen, die an diesen Förderprojekten partizipieren, unterstützen. Es kommt darauf an, im Hinblick auf Kostensituation, Produktivitätssituation und auf das Angebot konkurrenzfähig zu bleiben. Das ist ein ganz wesentlicher Gesichtspunkt, wenn es darum geht, die Arbeitsplätze in klassischen Produktbereichen zu sichern.

Als nächsten Bereich, den ich ansprechen möchte, haben wir das Liquiditätshilfeprogramm. Auch dies werden wir im Hochrheingebiet intensiv einsetzen. Wir stehen mit mehreren Firmen im direkten Kontakt, bei denen diese Liquiditätshilfen ganz akut einen Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen darstellen können.

Ich möchte noch etwas sagen, was ich heute morgen schon angesprochen habe. Auch hier am Hochrhein wird ein Phänomen sichtbar. Die Banken, die in den Jahren der Hochkonjunktur viele Jahre lang den Betrieben fast das Geld hinterhergeworfen haben,

(Abg. Weyrosta SPD: Ziehen sich jetzt zurück!)

verfallen jetzt in eine Art Überreaktion, werden zu restriktiv, wenn es darum geht, solche Betriebe zu stabilisieren, was ihre Zahlungsfähigkeit anlangt. Deswegen müssen wir dieses Instrument der Liquiditätshilfen offensiv einsetzen. Hierzu haben wir vom Landtag 170 Millionen DM zusätzlich zur Verfügung gestellt bekommen, und wir werden mit Blick auf das Hochrheingebiet dieses Instrument besonders intensiv nutzen.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, daß das, wovon ich sprach, dem Betriebsgeheimnis unterliegt, aber alle wissen, von welchen Betrieben ich gesprochen habe.

Meine Damen und Herren, ein zentraler Punkt, der hier kontrovers behandelt worden ist, betraf das Problem der Wettbewerbsverzerrung.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist nicht kontrovers behandelt worden!)

– Es ist zum Schluß etwas merkwürdig interpretiert und behandelt worden. Der vorletzte Beitrag, den ich gehört habe, Herr Kollege Pfister, lief praktisch darauf hinaus – Herr Kollegen Weyrosta möchte ich dabei auch ansprechen, denn er hat sich besonders über diese Aussagen im vorletzten Beitrag empört. Der Beitrag lief darauf hinaus, eine autarke Insellösung zu propagieren, das heißt, das, was wir da gehört haben, war im Grunde genommen ein Appell an das ökonomische Mittelalter, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Renz GRÜNE)

– Ja, wirklich. Es war so,

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

daß dies eine Attacke gegen die Bildung großer Binnenmärkte unter gleichen Wettbewerbsbedingungen für die

einzelnen Betriebe war. Es war im Grunde genommen die alte Attacke, die wir heute morgen schon erlebt haben, gegen den Europäischen Binnenmarkt, gegen die EG und gegen den Europäischen Wirtschaftsraum.

Ich sage Ihnen: Dies ist ein Rückfall in die Vergangenheit, den wir nicht ernst nehmen können; denn all das, was wir trotz aller Rezession und Strukturprobleme heute an einmaligem Wohlstand in Deutschland geschaffen haben, war nur auf der Basis einer Wirtschaft denkbar, die über nationale Grenzen hinausgewachsen ist.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP/DVP)

Wir hätten diesen Wohlstand niemals mit einer autarken Lösung erreicht,

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

wir hätten diesen Wohlstand niemals mit einer autarken Insellösung in der Bundesrepublik Deutschland erreicht. Insofern bin ich gegen solche Plädoyers, die in diese Richtung gehen. Ich muß aber dennoch die Wettbewerbsverzerrung sehr kritisch ansprechen.

Meine Damen und Herren, all das, was hier angeführt worden ist, stimmt in hohem Maße.

(Abg. Deuschle REP: Hört, hört!)

Beim Vergaberecht wird unterschiedlich vorgegangen. Wir sind alle edel und verfahren nach den Vorschriften der Europäischen Gemeinschaft. Wir schreiben in den Grenzlandregionen im öffentlichen Vergabewesen öffentlich aus. Die Schweizer auf der anderen Seite der Grenze schreiben im großen Umfang ihre Aufträge nichtöffentlich aus – wir erfahren davon gar nichts – oder sie behindern deutsche Wettbewerber, vor allem im Handwerksbereich. Dies führt tatsächlich zu Verzerrungen, die gerade jetzt in einer Rezessionssituation natürlich besonders schmerzlich für das Handwerk im Grenzland, im Hochrheingebiet sind. Deswegen ist das ein Punkt, den wir jetzt besonders intensiv aufgenommen haben. Es gab zwar schon Vorläufe. Aber das Problem stellt sich jetzt verschärft aufgrund der Rezessionssituation, weil in der Rezession jeder Auftragsverlust besonders schmerzt. Mein Aha-Erlebnis war, daß mir Schweizer Handwerksvertreter bei einem Forum in Meersburg, das ich besucht habe, gesagt haben, sie wunderten sich eigentlich darüber, daß wir uns das gefallen ließen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Deuschle REP: Sehr gut!)

Die nehmen uns also überhaupt nicht ernst,

(Abg. Deuschle REP: Seit 30 Jahren!)

weil wir das alles so hinnehmen. Deswegen haben wir Druck gemacht. Die Landesregierung hat sich mehrmals an die Bundesregierung gewandt.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Die neue Landesregierung!)

Der Resonanzeffekt war bei dem neuen Außenminister, bei Herrn Kinkel, größer. Das möchte ich nicht verschweigen.

(Minister Dr. Spöri)

Von ihm wurden unsere Argumente besser aufgenommen. Es fand eine erste Verhandlungsrunde der deutsch-schweizerischen Regierungskommission Ende März statt. In dieser Verhandlungsrunde haben wir unsere Position ganz klargemacht, daß wir nicht mehr bereit sind, diese Wettbewerbsverzerrung zwischen deutschen und schweizerischen Betrieben länger hinzunehmen.

Es gab heute eine neue Verhandlungsrunde der deutsch-schweizerischen Kommission in Görlitz.

(Abg. Deuschle REP: In Görlitz?)

-- Ja, das ist auch noch Deutschland, wie Sie wohl wissen.

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Haasis CDU: Das ist wohl an der deutsch-schweizerischen Grenze der nächste Ort! - Abg. Deuschle REP: Polit-Tourismus!)

Es ging auch noch um andere Fragen.

(Unruhe)

In der Wirtschaftspolitik geht es auch noch um andere Fragen, auch um Fragen der neuen Bundesländer, wie Sie wissen, Herr Kollege Haasis.

(Zurufe der Abg. Weyrosta und Dr. Puchta SPD)

Meine Information ist, daß die Schweizer begriffen haben, daß es Baden-Württemberg ernst meint. Das heißt, wir haben denen bei der letzten Verhandlung gesagt: Wenn ihr nicht bereit seid, eure Wettbewerbsbedingungen, eure Vergabepraxis an unsere Praxis anzugleichen, dann werden wir auf Wettbewerbsgleichheit auf eurem Niveau gehen. - Dies ist eine Aussage, die inzwischen gewirkt hat. Man hat heute vereinbart, daß man bei dem trilateralen Treffen der Wirtschaftsminister am 25. und 26. Juni in dieser Richtung, das heißt in Richtung einer Liberalisierung der Schweizer Vergabepraxis, zu Ergebnissen kommen will.

Dies bedeutet: Ein bißchen nützt es natürlich, wenn man Druck ausübt und wenn man den Druck intensiviert. Und wir müssen den Druck intensivieren, denn wir haben lange Zeit das Handwerk vor allem im Hoahrheingebiet immer wieder mit der Prognose getröstet, daß natürlich die Wettbewerbsbedingungen über die Einführung des Europäischen Wirtschaftsraums angeglichen werden. Dies ist gegenwärtig nicht leistbar. Deswegen müssen wir die Wettbewerbsgleichheit auf einem anderen Wege herstellen, im Rahmen von bilateralen Verhandlungen.

Meine Damen und Herren, trotz dieser Streitsituation in diesem Bereich dürfen wir natürlich die positiven Aspekte der Grenzsituation nicht unterschätzen. Das heißt: Die Schweiz bietet auch für die Bundesrepublik und das Hoahrheingebiet nach wie vor positive Perspektiven und Chancen. Wenn man sich zum Beispiel einmal den Austausch von Importen und Exporten ansieht, dann stellt man fest, daß im Jahre 1992 die Im- und Exporte 10 Milliarden DM betragen. Die Schweizer Investitionen haben sich bis Ende 1990 - das ist die letzte statistische Ziffer - auf über 7 Milliarden DM angesammelt.

Gerade diese Investitionen wollen wir noch stärker dadurch intensivieren, daß wir nach dem EWR-Votum an dem, was heute morgen meiner Ansicht nach richtig konstatiert worden ist, ansetzen. Es gibt jetzt in der Schweiz ein gewisses Unbehagen. Nachdem man sich einmal emotional gegen den EWR ausgesprochen und alle Vorbehalte sowie alle Instinkte mobilisiert hat, hat man plötzlich das Gefühl, daß ein Zug ohne die Schweiz abfährt, und es gibt eine Art Katzenjammerstimmung in der Schweiz. Die Schweizer Betriebe fundamentieren diese Ernüchterung natürlich dadurch, daß sie jetzt ganz konkret Planungen treffen, in die EG mit zusätzlichen Investitionen hineinzugehen, nachdem das Votum gegen den Europäischen Wirtschaftsraum ausgefallen ist.

(Abg. Weyrosta SPD: Letzte Rettung für die!)

Wir werden diese Situation, pragmatisch wie wir sind, obwohl wir natürlich gegen dieses negative EWR-Votum gewesen sind, ökonomisch positiv nutzen, auch für das Hoahrheingebiet.

Die Landesregierung hat daher eine Werbekampagne für Schweizer Investoren vorbereitet. Wir werden viele Veranstaltungen mit Schweizer Investoren im Grenzlandgebiet, im Hoahrheingebiet, durchführen. Ich werde am 14. Oktober zum Beispiel mit Schweizer Investoren in Konstanz eine Veranstaltung durchführen. Wir werden Investitionsannoncen in den führenden Wirtschaftsgazetten der Schweiz schalten. Hier werden Direkt-Mailing-Aktionen durchgeführt. Wir werden unsere Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Schweiz einsetzen, um für Investitionen in der EG, aber insbesondere im Hoahrheingebiet zu werben. Das sind ganz konkrete Maßnahmen.

Zum Abschluß: Neben all diesen Werbekampagnen eines: Wir werden uns natürlich noch stärker persönlich in dieser Hoahrheinregion engagieren. Der Herr Ministerpräsident hat vor kurzem die Hoahrheinregion besucht. Ich werde sie am 25. Juni dieses Jahres besuchen. Bei diesem Termin werden wir, hoffe ich, gemeinsam mit allen Abgeordneten alle Anregungen, die positiv und kreativ sind, aufnehmen, um die gegenwärtigen Strukturprobleme in diesem Raum zu überwinden. Wir müssen hier etwas tun. Wir können den Hoahrhein in dieser schwierigen Situation nicht sich alleine überlassen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Besprechung der Großen Anfrage erledigt.

Wir haben jetzt noch über den Antrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 11/1769, zu befinden, in dem eine Reihe verschiedenster Punkte angesprochen worden ist. Welcher Vorschlag wird von der antragstellenden Fraktion gemacht? - Bitte, Herr Abg. Pfister, Sie haben das Wort.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident! Da es in der Tat sehr viele Einzelpunkte sind, die in die verschiedenen Fachausschüsse gehören, schlage ich vor, daß die Ziffern 1 bis 8 des Antrags an jene Fachausschüsse überwiesen werden, die zuständig sind. Das würde bedeuten: Ziffer 1 Wissenschaftsausschuß, Ziffern 2 bis 4 Verkehrsausschuß, Ziffern 5 und 6 Wirtschaftsausschuß, Ziffer 7 Umweltausschuß und Ziffer 8 Sozialausschuß.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Sie haben den Vorschlag gehört. Es ist kein absolut gewöhnliches Verfahren, aber ich sehe in der Tat kaum eine andere Möglichkeit, den Antrag sachgerecht zu behandeln. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, dann ist so beschlossen.

Die Große Anfrage ist durch die Besprechung erledigt und damit auch Punkt 9 der Tagesordnung.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der FDP/DVP – Erweiterung der Enquetekommission „Kinder in Baden-Württemberg“ – Drucksache 11/1750

– dringlich gemäß § 54 Abs. 3 Gescho

Meine Damen und Herren, die Fraktionen sind übereingekommen, diesen Antrag als dringlich anzusehen und ihn in der heutigen Sitzung zu behandeln. Für die Aussprache hat man sich interfraktionell auf eine Redezeit von bis zu 5 Minuten je Fraktion verständigt. Mit aufgerufen ist der Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 11/1755, der zu diesem Antrag gestellt worden ist. Gleichzeitig ist auch aufgerufen der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD, Drucksache 11/1772.

Wem von der FDP/DVP als der antragstellenden Fraktion darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Pfister, Sie haben das Wort.

(Abg. Haasis CDU: Der macht es ganz! Der macht es in zwei Sätzen!)

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Enquetekommission hat in der Zwischenzeit eine Hauptsitzung durchgeführt. Ich möchte Ihnen sagen, daß ich nach dieser Sitzung der Meinung bin: Diese Enquetekommission wird gute Arbeit leisten. Das ist mein fester Eindruck. Ich sage das deshalb, weil es mir ein bißchen leid tut, daß jetzt gewissermaßen als ein kleines Nachhutgefecht

(Abg. Haasis CDU: Das ist nicht gut!)

noch eine Diskussion darüber geführt wird, ob neben den Mitgliedern des Landtags auch noch Mitglieder von außerhalb des Landtags in diese Enquetekommission entsandt werden sollen.

Wenn irgend jemand uns, den Antragstellern, den Vorwurf machen sollte, wir hätten uns auch schon vorher überlegen können, sogenannte Experten in diese Enquetekommission zu schicken,

(Abg. Haasis CDU: Das ist richtig!)

kann ich diesem Vorwurf nicht ohne weiteres widersprechen.

(Abg. Weimer SPD und Abg. Haasis CDU: Sehr gut! – Abg. Dr. Claudia Hübner CDU: Sehr gut! Bravo!)

In der Tat wäre es vernünftiger gewesen, wir hätten uns gemeinsam gleich von Anfang an auf ein solches Verfahren geeinigt. Dies ist nicht geschehen. Das ist bedauerlich. Das wird aber der Zusammenarbeit der verschiedenen Fraktionen – da bin ich ganz sicher – keinen Abbruch tun. Von der Sache her – das ist allerdings wahr – bin ich schon der Meinung, daß wir versuchen sollten, jetzt auch noch so schnell wie möglich sogenannte Experten, also Mitglieder von außerhalb des Parlaments, in diese Enquetekommission mit hineinzunehmen.

Ich will das nur an einem einzigen Beispiel klarmachen. Es könnte ja durchaus sein, meine Damen und Herren, daß diese Enquetekommission auch Vorschläge entwickelt, die finanzwirksam sind, die Geld kosten. Da ist es sicherlich nicht schlecht, wenn von vornherein diejenigen, die zum Schluß dieses Geld aufbringen müssen, oder deren Vertretungen, zum Beispiel die kommunalen Landesverbände, an Ort und Stelle dabei sind und dieses Werk begleiten. Ähnliches gilt selbstverständlich für die freien Träger und auch für den Landesfamilienrat. Ich bin durchaus damit einverstanden, jetzt noch, wie vorgeschlagen, zusätzlich den Kinderschutzbund aufzunehmen, Frau Kollegin. Wir wollen uns in dieser Enquetekommission sehr stark auch mit dem Thema „Gewalt gegen Kinder“ beschäftigen.

(Abg. Haasis CDU: Jetzt ist aber genug begründet!)

Hier hat sicherlich ein Vertreter des Kinderschutzbundes als Experte Wichtiges beizutragen.

(Abg. Kurz CDU: Landkreistag!)

-- Der Landkreistag ist in der Zwischenzeit auch drin.

Wir sind, wenn ich das abschließend ganz kurz sagen darf, bereit, dem jüngsten Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD unsere Zustimmung zu erteilen. Ich glaube, dann haben wir das erreicht, was wir eigentlich alle gemeinsam wollten.

(Abg. Haasis CDU: Das Verfahren empfiehlt sich auch für andere Probleme!)

Ich hoffe, daß wir damit vom Verfahren her alle Fragen geklärt haben und in der nächsten Sitzung am 29. April in die inhaltliche Beratung eintreten können.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Haasis CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Hübner.

(Abg. Haasis CDU: Wenn Sie kurz reden, kriegen Sie mehr Beifall!)

Abg. Dr. Claudia Hübner CDU: Zu unserem Änderungsantrag braucht es heute abend ja wirklich nur wenig Worte.

Herr Pfister, es ist schon ein Stück weit entwaffnend, wenn Sie „mea culpa“ sagen. Aber es ist auch verwunderlich, wenn die Opposition – die FDP/DVP – offensichtlich Anträge unterschreibt, aber nicht liest oder Anträge kritisiert – Grüne und Republikaner – und ebenfalls nicht liest und

(Dr. Claudia Hübner)

auch nicht zuhört. Denn die Kollegin Wimmer hat im Präsidium bereits am 9. März ausgeführt, daß wir beabsichtigen, eine sogenannte interne Enquete zu machen, also in der Besetzung der Kommission keinen Sachverstand von außen zuzuziehen.

Jetzt hat Herr Kollege Oettinger heute morgen schon von Sten Nadolnys „Entdeckung der Langsamkeit“ gesprochen. Ich hoffe, daß das nicht zum System wird.

Inhaltlich haben wir die Frage der Besetzung der Enquetekommission natürlich ernsthaft diskutiert. Wir sind bei unserem ersten Vorschlag davon ausgegangen, daß sie nur aus Parlamentariern bestehen solle, und zwar deshalb, weil wir ein kleines Gremium wollten, weil wir nur ein Jahr Zeit haben – es wäre anders, wenn wir längere Zeit in Anspruch nehmen könnten – und weil wir zu einer zügigen Aufgabenerledigung kommen wollen.

Das bedeutet nicht – da will ich im vorhinein Mißverständnissen vorbeugen –, daß wir nicht von vornherein vorhaben, selbstverständlich den Städtetag, selbstverständlich den Gemeindetag, selbstverständlich die freien Träger und den Familienrat zuzuziehen. Auf den Sachverstand kann man nicht verzichten. Es war nur die Frage, ob man dies im Wege der Anhörung tut oder ob wir die Enquetekommission bereits im vorhinein so zuschneiden.

Es macht mir dennoch keine Mühe, heute den Vorschlägen, die aus der Opposition gekommen sind und die wir aufgegriffen haben, zuzustimmen, denn es geht uns bei dieser Kinderenquete um einen breiten Konsens quer durch den Landtag. Es geht uns auch darum, zu dokumentieren – davon war heute auch schon die Rede –, daß es uns mit dem Schutz von Oppositionsrechten ernst ist.

Als letzte Begründung: Wenn wir nun schon in diesem Sinn zu einer Erweiterung von 12 auf 18 Mitglieder schreiten – Sie können es unserem Antrag entnehmen –, dann gilt es, auch den Teil des Arbeitsauftrags der Enquete mit abzudecken, der nicht nur den Betreuungsaspekt beinhaltet – Gemeindetag, Städtetag, Landkreistag, Landesfamilienrat, freie Träger –, sondern auch den Aspekt der Gewalt. Deshalb haben wir – wenn schon Erweiterung, dann vollständig – auch den Kinderschutzbund mit aufgenommen.

Ich hoffe, daß damit auch bei der Opposition der Denkprozeß beendet ist und keine weiteren Anträge kommen.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Wimmer.

Abg. Brigitte Wimmer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben ja schon heute morgen durch die Fraktion GRÜNE erfahren, daß sie es eher mit dem Motto „Langsam voran“ hält. Aber daß Sie wirklich wie die alte Fasnacht vier Wochen nach Einsetzung der Enquetekommission mit dem Antrag daherkommen, ist schon ein bißchen spaßig und verwunderlich. Aber uns macht der Antrag, wie gesagt, keine Mühe. Wir nehmen ihn in unseren gemeinsamen Antrag auf.

Wir waren aber – das möchte ich noch einmal betonen – aus guten Gründen der Meinung, daß die Enquetekommission

in ihrer Arbeitsgruppe, wenn Sie so wollen, aus Parlamentariern bestehen sollte und daß der Sachverstand von außen in Form von Anhörungen in diese Enquetekommission hereinkommen sollte. Ich habe am 17. März ausdrücklich gesagt, zu dem Sachverstand von außen und zu den Expertinnen und Experten von außen gehörten zum Beispiel auch die Kinder. Von daher gibt es inhaltlich überhaupt keine Schwierigkeiten. Es ging um die Frage, wie man das sinnvollerweise organisiert. Da waren wir der Meinung, die Abgeordneten sollten die Arbeit, die notwendig ist, machen.

Ich denke aber auch, daß man, wenn man die Kommission erweitert, zumindest die eine Organisation – das war ein wichtiges Anliegen der SPD-Fraktion –, die sich in Baden-Württemberg seit Jahrzehnten um die Kinder kümmert, noch hineinnimmt, nämlich den Kinderschutzbund. Dann kommt noch eine Menge Erfahrung dazu.

Ich sehe eine Schwierigkeit. Ich möchte das heute ausdrücklich sagen. Jetzt werden viele Verbände nachfragen, warum wir uns auf diese sechs Institutionen beschränkt haben und warum wir nicht auch andere hinzuziehen – Stichwort „Aktion Jugendschutz“, Stichwort „Landeselternbeirat“, Stichwort „Landesschulbeirat“. Mir fallen dazu eine Menge Verbände und Organisationen ein. Diese Problematik hängt mit der Erweiterung zusammen. Aber gut. Ich denke, das werden wir argumentativ überstehen. Wichtig ist, daß die Enquetekommission jetzt zu arbeiten anfangen kann und daß der Fraktion GRÜNE oder der FDP/DVP-Fraktion oder der Fraktion der Reps nicht in vier Wochen noch einmal eine neue Idee kommt

(Zurufe von den Republikanern – Abg. Pfister FDP/DVP: Also Ideen werden wir schon haben!)

und dann gleichzeitig – das sage ich ausdrücklich an die Adresse der Frau Schnaitmann – jemand draußen herumreist und sagt: „Diese Enquetekommission wird möglicherweise sowieso nur eine Alibiveranstaltung.“ Das geht nicht zusammen. Da werden wir uns wehren. Wir lassen uns hier nicht bremsen, während Sie dann draußen herumziehen und sagen, das werde eine Alibiveranstaltung.

(Beifall bei der SPD, der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Wer will, daß aus der Enquetekommission ein Erfolg für die Kinder in Baden-Württemberg wird, der muß sich jetzt hinsetzen und schaffen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Rückert CDU)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Offermanns.

Abg. Liane Offermanns REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieser Landtag hat in seiner 21. Sitzung die Einsetzung der Enquetekommission „Kinder in Baden-Württemberg“ einstimmig – ich betone: einstimmig! – beschlossen. Die antragstellenden Fraktionen von CDU, SPD und FDP/DVP haben diesen Antrag ohne Einbeziehung der Fraktion Die Republikaner und der Fraktion GRÜNE in der Arbeitsphase auf den Weg gebracht. Wir wurden kurzfristig mit diesem Antrag konfrontiert.

(Liane Offermanns)

Ich gebe zu, wir haben bei der Abstimmung übersehen, daß mit der Zustimmung zu Teil E des Antrags Drucksache 11/1567 externe sachverständige Mitglieder ausgeschlossen sind. Meine Damen und Herren, das war ein Fehler. Auch die FDP/DVP, die bei der Erarbeitung des Antrags zur Einsetzung dieser Enquetekommission mitgewirkt haben soll, sieht heute diesen Fehler ein.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja!)

Das ist gut so. Wenn wir jetzt noch den Änderungsantrag der Regierungsfractionen sehen, dann scheinen die Anträge von uns Oppositionsfractionen tatsächlich einen ernsthaften Denkprozeß in Gang gesetzt zu haben. Das sollte viel öfter so sein.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Dr. Weingärtner SPD: Ihr und der große Löffel!)

Heute morgen hat Herr Maurer in der Aktuellen Debatte ausgeführt, wir – dieses Parlament – müßten so souverän sein, falsche Entscheidungen rechtzeitig zu erkennen und rechtzeitig zu korrigieren.

(Abg. Weimer SPD: Machen wir doch!)

Wir stellen fest, daß dies mit dem Änderungsantrag von CDU und SPD, der sogar noch weiter geht als unserer, geschehen ist.

(Bravo! und Beifall den Republikanern – Zuruf des Abg. Trageiser REP – Abg. Dr. Weingärtner SPD: Jetzt hast du den Dreck!)

Die Annahme, die Abgeordneten könnten sich die notwendigen Informationen allein durch Anhörungen aneignen, ist eine Falscheinschätzung, um nicht zu sagen: eine Selbstüberschätzung. Auch Sie haben dies letztendlich erkannt. Warum sollte sich eine so wichtige Kommission ihre Arbeit selbst erschweren, indem sie auf kompetente Partner bei der Umsetzung wichtiger Gesetze für unsere Kinder und Jugendlichen vor Ort verzichtet?

Es ist an der Zeit, eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den kommunalen Landesverbänden anzustreben. Dies gilt nicht nur, wie im Antrag der Grünen und der FDP/DVP begehrt, für Städtetag und Gemeindetag, sondern im gleichen Maß, wie im Ergänzungsantrag von uns Republikanern gefordert, für den Landkreistag, da dessen Mitglieder wichtige Träger von Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen sind.

Gründe für den Verzicht auf die Beteiligung externer Sachverständiger, wie sie Frau Wimmer in der 2. Sitzung der Enquetekommission genannt hat – die Arbeit der Kommission sei auf ein Jahr begrenzt, und die Hinzuziehung einiger Sachverständiger werde die Terminfindung für Kommissionssitzungen zusätzlich erschweren –, waren doch angesichts des Ziels, das erreicht werden soll, von vornherein gewichtslos. Auch das Argument von Frau Dr. Hübner, bei der Zahl der Mitglieder sei in erster Linie der Gesichtspunkt der Arbeitsfähigkeit der Kommission maßgebend gewesen, hat sich jetzt offensichtlich erledigt. Alle Ausschüsse der vergangenen Landtage hatten 17 Mitglieder. Demnach wären sie ja alle arbeitsunfähig gewesen. Wir Re-

publikaner freuen uns besonders, daß dies auch Ihnen – wenn auch spät – klargeworden ist.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg. Kurz CDU)

Meine Damen und Herren, wenn Sie ernsthaft von dieser Kommission gute Ergebnisse erwarten und wollen, daß diese später in den Städten und Gemeinden mitgetragen und auch umgesetzt werden können, muß dafür gesorgt werden, daß die zusätzlichen Vertreter so bestellt werden, wie es inzwischen auch von hoffentlich allen Fraktionen in diesem Haus für richtig gehalten wird.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Schnaitmann.

Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte mich eigentlich kurz fassen, aber das gerüttelt Maß an Gift, das Frau Wimmer verspritzt hat,

(Heiterkeit bei der CDU)

bringt mich doch dazu, es etwas länger zu machen.

Ich habe mich heute morgen gefreut, als ich den gemeinsamen Antrag von CDU und SPD gesehen habe, der diese sechs Vorschläge beinhaltet. Ich habe gedacht, das gehe jetzt ähnlich wie in der Enquetekommission in einem freundlichen Ton, bei dem man auch Fehler zugeben kann. Ich habe unseren Fehler in der Enquetekommission zugegeben. Das ist Ihnen vielleicht genausowenig zu Ohren gekommen wie mir der Beschluß des Präsidiums, keine Fachleute von außen zuzulassen. Das habe ich so nicht erfahren. Das war ein Fehler, ein Informationsfehler. Ich habe gedacht, bei der ersten Sitzung der Enquetekommission werde darüber befunden, wer zusätzlich berufen wird. Dem war nicht so. Das ist ein Fehler, der sicher kein zweites Mal unterläuft. Das ist immerhin die erste Enquetekommission – das hat man ja immer so toll betont – seit Existenz des Landtags von Baden-Württemberg.

Ich möchte auch auf Herrn Maurer Bezug nehmen. Man kann auch Fehler machen, man kann sie offen eingestehen, und dann ist das, denke ich, okay.

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE zur SPD: Wir nehmen eure Landtagsreden ernst! – Gegenruf des Abg. Dr. Weingärtner SPD: Giften Sie nicht herum!)

Wenn Sie das dann als „alte Fasnet“ bezeichnen, na ja, Gott, dann gut, dann ist es halt so. Ich sehe das ein bißchen anders.

(Unruhe)

Das zweite, was mich schon etwas geärgert hat: Ich habe es nicht nötig, im Land umherzuziehen und diese Enquetekommission als „Alibiveranstaltung“ zu bezeichnen.

(Abg. Brigitte Wimmer SPD: Das haben Sie aber gemacht!)

(Monika Schnaitmann)

– Nein, das hat lsw gemacht.

(Große Unruhe und Zurufe von der SPD)

Und stellen Sie sich vor: lsw hat nichts anderes getan, als das zu wiederholen, was ich hier an diesem Ort gesagt habe,

(Unruhe)

als es um den Antrag ging, die Enquetekommission einzusetzen. Ich habe darum gebeten, daß das keine Alibiveranstaltung werden solle, indem man sagt: „Wir machen jetzt gar nichts im Kindergarten- und Betreuungsbereich, sondern warten, was die in einem Jahr herausgefunden haben.“ Wenn das der Fall wäre, wäre das eine Alibiveranstaltung.

(Abg. Weimer SPD: Da muß ich meiner Wahlkreis-kollegin recht geben!)

Das ging dann als Zitat durch die Zeitungen. Frau Wimmer, ich sehe es nicht als richtig an, daß Sie jetzt doch einen sehr unfreundlichen Unterton in eine Sache hineinbringen, die hier eigentlich sehr erfreulich läuft, bei der sich alle Parteien einig sind, jetzt doch jemanden nachzubennen. Ich sehe es nicht für gut an, daß Sie diesen Zungenschlag hereinbringen.

(Abg. Rückert CDU: Vertragt euch wieder! – Abg. Pfister FDP/DVP: Trinkt ein Pikkolo miteinander! – Abg. Dr. Weingärtner SPD: Das Gegengift reicht! – Abg. Bebber SPD: Was soll denn das Jammertal? – Unruhe)

– Ich denke, daß es trotzdem kein Niveau eines Stammtisches war. Aber ich meine, daß man sich da doch verteidigen darf. Ich fühlte mich in doppelter Hinsicht ungerecht behandelt.

Also, wie gesagt: Ich freue mich darüber, daß dieser gemeinsame Antrag besteht. Wir werden dem natürlich zustimmen.

(Abg. Bebber SPD: Wenn wir jedesmal so lange reden würden, wenn wir ungerecht behandelt wurden, könnten wir den Rest vergessen!)

Ich hoffe, daß damit sämtliche giftigen und bissigen Untertöne ein für alle Male erledigt sind und wir in dieser Enquetekommission mit den neu berufenen Mitgliedern sinnvoll arbeiten können.

(Beifall bei den GRÜNEN und den Republikanern)

Stellv. Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Abg. Haasis CDU: Gut, daß es lsw gibt!)

Wir kommen daher zur Abstimmung. Der weitestgehende Antrag ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD, Drucksache 11/1772. Ich lasse daher über diesen Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Antrag ist einstimmig

angenommen. Damit erledigen sich die weiteren Anträge zu diesem Tagesordnungspunkt.

Tagesordnungspunkt 10 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Gleichstellung und Gleichberechtigung von Frauen und Männern – beantragt von der Fraktion der SPD

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat auch für diese Aktuelle Debatte eine Redezeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner der zweiten Runde gilt eine Redezeit von jeweils 5 Minuten.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Frau Abg. Wonnay, bitte schön.

Abg. Marianne Wonnay SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gesetze der Natur und Vernunft verlangen, Frauen als Bürgerinnen einer Nation gleichberechtigt am wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben teilzunehmen zu lassen.

Diese 1789 von Olympe Marie de Gouges in der Pariser Nationalversammlung verkündeten Rechte der Frau und Bürgerin bezahlte sie damals mit ihrem Leben.

Gefahrloser ist es heute, 204 Jahre später, schon, für Frauenrechte einzutreten. Die Notwendigkeit, diese einzufordern, besteht leider nach wie vor. Dies ist knapp gesagt auch die Begründung für die heutige Aktuelle Debatte.

Vor 44 Jahren hat Elisabeth Selbert, eine der Mütter des Grundgesetzes, dafür gesorgt, daß in diesem verankert wurde: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Wenn wir heute Bilanz ziehen, so fällt diese recht ernüchternd aus. Hierzu einige Zahlen: Frauen leisten zwei Drittel aller gesellschaftlichen Arbeit. Dabei gibt es zwei Berge von Arbeit. Der eine Berg ist die erwerbstätige Arbeit. Davon leisten Frauen ein Drittel. Der andere Berg ist der bisher sozusagen unsichtbare Berg der Familien- und Kindererziehungsarbeit. Diesen Berg leisten Frauen bis auf ganz wenige Ausnahmen ganz. Die Erwerbsarbeit umfaßt in der Bundesrepublik Deutschland jährlich 53 Milliarden Stunden, die Familienarbeit 58 Milliarden Stunden. Wenn Frauen erwerbstätig sind, verdienen sie im Vergleich zu Männerlöhnen gerade zwei Drittel.

Schauen wir uns doch einmal die öffentliche Repräsentanz von Frauen an. Weder in den Regierungen und in den Parlamenten – der Frauenanteil hier im Landtag macht gerade einmal 11 % aus – noch in den Entscheidungspositionen von Wirtschaft, Verwaltung, Rechtsprechung, Kultur und Medien sind die Frauen so vertreten, wie es dem Gleichheitsgrundsatz entspräche.

Fazit: Frauen arbeiten mehr. Frauen verdienen weniger. Frauen haben eine viel geringere Rente, und Frauen fehlen, wenn es um Macht geht. Deshalb ist es notwendig, Frauen-

(Marianne Wonnay)

rechte und Frauenförderung jetzt in der Verfassung zu verankern.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Dr. Claudia Hübner CDU)

Es wäre absolut unerträglich, wenn mehr als die Hälfte der Bevölkerung – und das sind Frauen nun einmal – weiter diskriminiert würde. Schlimm genug ist, daß es wieder, wie vor 44 Jahren, der Überzeugungsarbeit durch Waschkörbe voller Post bedarf.

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Gut, daß die gekommen sind, diese Waschkörbe!)

– Das ist richtig. – Zur Durchsetzung dieser Frauenrechte hat sich, initiiert von SPD-Frauen, über Partei-, Gewerkschafts- und Verbandsgrenzen hinweg ein Frauenbündnis gebildet. Dieses Bündnis setzt sich – so wird auch Innenminister Birzele votieren – für folgende Ergänzung ein:

Der Staat gewährleistet die Gleichstellung der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Zum Ausgleich bestehender Ungleichheiten sind Maßnahmen zur Frauenförderung zulässig.

Mit dieser Ergänzung sind vorübergehende Kompensationsmaßnahmen zulässig, und der unsägliche Zustand, daß Männer – genau unter Berufung auf Artikel 3 des Grundgesetzes – gegen Frauenfördergesetze der Länder klagen, hätte ein Ende. Ein solches Frauenfördergesetz haben doch auch wir in Baden-Württemberg bitter nötig, ist doch der Frauenanteil in Führungspositionen im öffentlichen Dienst von eh schon kläglichen 4,6 % nochmals auf 4,1 % zurückgegangen.

Ich habe mich über das positive Signal zu einem Frauenfördergesetz im Land aus den Reihen der CDU sehr gefreut, Frau Kollegin Hübner. Wenn es jedoch nicht immer wieder vor den Gerichten angefochten werden soll, dann braucht es eben diese vorher genannte Ergänzung. Auch die Frauen in Baden-Württemberg sind nicht länger bereit, darauf zu warten, daß sich Gleichberechtigung – besser Gleichstellung – aufgrund von Appellen irgendwann einmal von selbst einstellt. Sie fordern aktives Handeln, auch von uns.

Ich appelliere nachdrücklich an Sie, meine Herren von der CDU und von der FDP/DVP, sich nicht länger gegen die Verankerung von Frauenrechten und vorübergehende Kompensationsmaßnahmen zu sperren und dies auch den Kommissionsvertretern Ihrer Parteien zu vermitteln.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Claudia Hübner CDU)

Lassen Sie mich all denen, die der Auffassung sind, der Satz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ müsse nur umgestellt werden in: „Frauen und Männer sind gleichberechtigt“, ein Zitat des früheren amerikanischen Präsidenten Johnson mit auf den Besinnungsweg geben. Dieser hatte bei der Abschaffung diskriminierender Gesetze für bis dahin benachteiligte Gruppen, hier im Hinblick auf die Situation von Amerikanern afrikanischer Abstammung, im Jahr 1965 folgendes formuliert:

Man kann nicht einen Menschen, der jahrelang in Ketten lag, befreien, an die Startlinie eines Rennens stellen und dann sagen: „Du bist frei, mit all den anderen um die Wette zu laufen“ und dabei noch glauben, man habe vollkommen fair gehandelt. Daher ist es auch nicht genug, die Tür zu Chancen zu öffnen. All unsere Bürger müssen auch in der Lage sein, durch diese Tür zu gehen. Wir erstreben nicht nur die Gleichheit als formale und theoretische, sondern Gleichheit als tatsächliche und im Ergebnis.

Die USA haben seit 1964 ein Gesetz, das Diskriminierung ausdrücklich verbietet, und Behörden, die die Frauenförderung überwachen. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Es finden sich in den USA auffällig mehr Frauen überall an der Spitze.

(Der Rednerin wird das Ende der Redezeit angezeigt.)

– Ich komme gleich zum Ende.

Wenn Sie mich fragen, meine Herren, wo denn bei solcher Frauenförderung und angesichts von Kompensationsmaßnahmen Ihre Chancen liegen, dann kann ich Ihnen nur sagen: In der Familien- und in der Hausarbeit wartet eine fast hundertprozentige Frauenquote darauf, Ihnen den gebührenden Anteil abzutreten.

(Beifall bei der SPD, der Abg. Dr. Claudia Hübner CDU und der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

Wir werden uns, wenn denn durch die Gemeinsame Verfassungskommission hoffentlich Frauenrechte in der Verfassung verankert sein werden, mit dem gebührenden Ernst und in der gebotenen Ausführlichkeit über notwendige Maßnahmen von seiten des Landes unterhalten. Ohne Gleichberechtigung und vor allem ohne tatsächliche Gleichstellung ist dieses Land nicht in bester Verfassung.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der CDU und der GRÜNEN)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Hübner.

Abg. Dr. Claudia Hübner CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir heute abend zu später Stunde und bei mäßiger Präsenz

(Zurufe von der SPD: Was?)

im Landtag von Baden-Württemberg – –

(Abg. Dr. Weingärtner SPD: Ja, da drüben schon!)

– Ich weiß, wen ich anspreche.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Caroli SPD: Die CDU ist schwach vertreten!)

Wenn wir also heute abend mit Blick nach Bonn über das Thema Gleichberechtigung von Frauen diskutieren, dann geschieht dies zu einem außerordentlich spannenden Zeitpunkt, spannend deshalb, weil die Verfassungsreformkommission hierzu im April eine Abstimmung vornehmen wollte und diesen Termin verschoben hat. Ich sehe dieses

(Dr. Claudia Hübner)

Verschieben als ein Signal dafür an, daß die Meinungsbildung, daß die Diskussion heftig im Fluß und in Bewegung ist.

(Zuruf von der SPD: Ja, aber wohin?)

Das liegt, meine Damen und Herren, weniger an der Kommissionsarbeit selbst als daran, daß Politikerinnen quer durch alle Fraktionen engagiert die Stimme erhoben haben für eine bessere Verankerung von Frauenrechten in der Verfassung. Gerade auch CDU-Frauen sind bei dieser Entwicklung Motor.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Aber wo sind die CDU-Männer? – Gegenruf des Abg. Rückert CDU: Hier sind wir! – Abg. Birgit Kipfer SPD: Ein bißchen wenig!)

Eine Diskussion über Gleichberechtigung und Artikel 3 kann – Frau Kipfer, wenn Sie mir Ihre Aufmerksamkeit noch schenken – nur erfolgen mit einem Blick zurück. Die Diskussion wird überhaupt nur verständlich für den, der die Vergangenheit kennt und aus ihr lernt.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Richtig!)

Vier Jahrzehnte Grundgesetz heißt auch vier Jahrzehnte Geltung des Satzes: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“, lapidar formuliert als „Feststellung“. Daneben enthält Artikel 3 in Absatz 3 ein Diskriminierungsverbot.

Der materielle Inhalt des Gleichstellungsgrundsatzes kommt uns also in zweierlei Gewand entgegen. Wer mit Gesetzgebungstechnik vertraut ist, stellt sich die Frage: Warum? Ist es Zufall, ist es Schlampigkeit, oder ist es Geschwätzigkeit der Verfassung? Keineswegs. Der Blick in die Entstehungsgeschichte zeigt uns nämlich, daß die Mütter und Väter des Grundgesetzes – von ihnen war schon die Rede –, aber mehr die Mütter – ich nenne auch hier den Namen einer großen Sozialdemokratin, Elisabeth Selbert, und einer großen Christdemokratin, Helene Weber –, daß diese engagierten Frauen der ersten Stunde bereits 1948 eine Norm geschaffen haben, die bewußt über ein reines Diskriminierungsverbot hinausgeht. Dafür hätte nämlich Absatz 3 genügt. Dabei ist man eben nicht stehengeblieben, sondern man ist weitergegangen, aus damaliger Sicht außerordentlich modern und weitsichtig. Für die aktuelle Diskussion macht es klar, daß es nie nur um ein Diskriminierungsverbot ging – dies an die Adresse all derer, die noch heute diesem Denken anhängen.

Und heute? De jure haben wir die unmittelbare rechtliche Diskriminierung weitgehend beseitigt – mühsam, steinig, jahrzehntelang, häufig unter Zuhilfenahme des Bundesverfassungsgerichts. Wie aber sieht die Wirklichkeit aus? Die Kollegin Wonnay hat darauf hingewiesen. Was ist heute die Realität von Frauen, zum Beispiel im System der sozialen Sicherung, beim beruflichen Aufstieg, bei der Mitsprache in der Politik, im Betroffensein von Arbeitslosigkeit, bei der Entlohnung, bei der Vertretung in Gremien?

Frau Bender, der auf Ihre Anfrage erstattete Gremienbericht macht in erschreckender Weise deutlich, daß unser Land Baden-Württemberg von einer angemessenen Reprä-

sentanz von Frauen in Entscheidungs- und Beratungsgremien sehr weit entfernt ist.

(Beifall der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Diese Feststellung gilt für alle Häuser, quer durch die Ressorts. Beispiele: Trotz zahlreicher weiblicher Beamter in den Finanzämtern ist nicht eine einzige Frau im Prüfungsausschuß der allgemeinen Finanzverwaltung. Trotz vieler qualifizierter Juristinnen gehören dem Prüfungsausschuß nur wenige Frauen an. Im Geschäftsbereich des Umweltministeriums ist in sechs erfaßten Gremien gerade eine Frau vertreten.

Fazit: Verfassungsgebot und gesellschaftliche Wirklichkeit klaffen eklatant auseinander. Verfassungsgebot und Verfassungswirklichkeit befinden sich im Spagat. Die Formel „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ mit ihrem Feststellungscharakter hat nicht ausgereicht, reicht nicht aus, ist zu wenig. Wir brauchen mehr.

Wir von der CDU wollen Chancengleichheit für die Frauen. Wir brauchen einen Handlungsauftrag an den Staat. Wir brauchen einen Auftrag, die Bedingungen für eine tatsächliche Gleichstellung herbeizuführen. Mit dem Justizminister dieses Landes bin ich der Meinung, daß der Vorschlag Mecklenburg-Vorpommerns, der genau diesen Handlungsauftrag enthält, eine gute und eine deutliche Sprache spricht – gegenüber dem Status quo hinsichtlich Klarheit und Handlungsauftrag ein deutlicher und ein großer Sprung nach vorn.

Auch wenn wir Frauen zu Recht ungeduldig sind, habe ich doch auch Verständnis für die Ängste der Männer der jetzigen Generation, die sich dagegen wehren, daß der volle Nachholbedarf der Vergangenheit in wenigen Jahren zu ihren Lasten abgetragen werden könnte.

Ich persönlich meine, daß wir von folgendem ausgehen müssen: Zwischen dem Postulat einer faktischen Gleichberechtigung für Frauen und dem Verbot der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, und zwar von Frauen und natürlich auch Männern, gibt es ganz deutlich eine Zieldiskrepanz. Es gibt einen nicht hinwegzuredenden Konflikt zwischen dem berechtigten Anliegen der Frauen nach tatsächlicher Gleichberechtigung und dem individuellen Grundrecht auch der Männer auf formale Gleichbehandlung. Die Kunst besteht darin, dieses Spannungsverhältnis so zu lösen, daß beides zu optimaler Wirkung kommt.

Wir haben eine weite Wegstrecke hinter uns von der mangelnden Bereitschaft, überhaupt etwas zu machen, über die unsägliche Zwischenstation, die Worte auszutauschen, bis zum Handlungsauftrag an den Staat.

Der aktuelle Stand der Meinungsbildung ist sehr neu. Ein Vorschlag, der so wohl aus dem Präsidium der Bundes-CDU kommen wird, lautet:

Es ist Aufgabe des Staates, die Gleichberechtigung zu fördern und

– das ist der Knackpunkt –

Nachteile abzubauen.

(Dr. Claudia Hübner)

Ich komme zum Schluß. Herr Präsident, meine Damen und Herren, bei Einigkeit über das Ziel – da bin ich zuversichtlich – werden wir einen gangbaren Weg finden, einen Weg, der das Spannungsverhältnis nicht im Sinne eines Geschlechterkampfes löst, sondern einen Weg, der eine Lösung in Partnerschaft möglich macht.

(Beifall bei der CDU und der SPD sowie des Abg. Renz GRÜNE)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Offermanns.

Abg. Liane Offermanns REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir Republikaner begrüßen die von den Kollegen der SPD angeregte Aktuelle Debatte zum Thema Gleichberechtigung. Sie gibt uns die Möglichkeit, unsere hierzu entwickelten Vorstellungen und Konzepte zu verdeutlichen. Dafür sind wir dankbar.

(Abg. Mogg SPD: Jetzt her damit! Wir zittern schon!)

In der politischen Diskussion um Gleichstellung und Gleichberechtigung vermissen wir bislang eine befriedigende inhaltliche Differenzierung dieser beiden Begriffe. Die Gewährung von gleichen Rechten an Mann und Frau muß in unserem Staat notwendige Bedingung für sein Bestehen und seinen Erfolg sein. Dies hat, wie wir alle wissen, gesellschaftliche Implikationen, die weit über die diesbezüglichen juristischen Konsequenzen hinausgehen. Ich werde das später ausführen.

Das Streben nach Gleichberechtigung ist berechtigt. Wenn es allerdings zu ungerechtfertigten Bevorzugungen von Frauen führt, dann müssen wir dies als die Vertreter verantwortungsbewußter Bürgerinnen und Bürger auf das entschiedenste ablehnen.

Sie, meine Damen und Herren von den Grünen, haben als erste diese unselige Quotenregelung ins Gespräch gebracht und auch eingeführt, die letztlich nur dazu geführt hat,

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

daß in vielen Bereichen sogenannte Alibifrauen eingestellt wurden und werden, ungeachtet ihrer tatsächlichen fachlichen Befähigung.

(Beifall bei den Republikanern)

Die jahrhundertelange und unbestrittene Unterdrückung der Frauen in der abendländischen Gesellschaft kann durch solche tendenziösen Maßnahmen nicht beseitigt werden. Gleichstellung, wie Sie sie verstehen, ist nichts weiter als undifferenzierte, kurzsichtige Gleichmacherei.

(Beifall bei den Republikanern – Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Hier werden nur Fronten verhärtet; es wird nicht zu einer Verständigung beigetragen.

(Abg. Mogg SPD: Warum bellen Sie denn so?)

Man kann gesellschaftliche Bewußtseinsänderungen nun einmal nicht durch irgendwelche Regelungen und gesetzliche Maßnahmen vorschreiben.

(Zuruf von der SPD: Sondern?)

Das hat der Sozialismus versucht; er ist jämmerlich gescheitert.

(Beifall bei den Republikanern – Lachen bei der SPD)

Die Aufgabe unserer Generation und sicher auch noch der nächsten Generationen kann nur sein, durch eine entsprechende Ausgestaltung der Erziehung und Bildung – durch Aufklärung also – die mit der Gleichberechtigung der Geschlechter verbundenen Probleme zu lösen. Gesetzliche Maßnahmen können hier nur flankierenden Charakter haben. Die eine oder andere wird hier sicher auch noch notwendig sein.

Das tatsächliche Problem liegt aber auf einer anderen Ebene.

(Zuruf von der SPD: Auf welcher?)

Natürlich sind nominell die Bildungschancen für Frauen und Männer gleich. Natürlich vermitteln unsere Schulen das gleiche Bildungsangebot, unabhängig vom Geschlecht der Auszubildenden. Und liest man die Stellenanzeigen der Tageszeitungen, findet man immer häufiger das Suffix -innen. Daß es damit aber im tatsächlichen Bewerbungsverfahren nicht immer seine Richtigkeit hat, wissen wir auch alle. Hier tut ein grundsätzlicher Wertewandel not, der es sowohl Männern als auch Frauen erlaubt, gleichermaßen geachtet ihrem jeweiligen Lebensplan nachzugehen. Diese Frage wird sich nur im langsamen Umdenken innerhalb unserer Gesellschaft lösen – Wertewandel und Neuorientierung also auch hier.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Drexler SPD: Bis wann?)

Ein Beispiel ist die Geschlechterstruktur im Bereich der Universitäten und Hochschulen.

(Abg. Ströbele CDU: Gelächterstruktur!)

Bestimmte naturwissenschaftliche und technische Fächer werden vor allem von männlichen Studenten gewählt, zum Beispiel Physik, Mathematik, Maschinenbau und Elektrotechnik, um einige zahlenmäßig wichtigere Studiengänge zu nennen. In bestimmten Bereichen der Geisteswissenschaften ist das Verhältnis genau umgekehrt, gerade in den Sprach- und Literaturwissenschaften. Zu Recht fragt man sich dann bei einem Studienfach wie der Romanistik, warum trotz eines Frauenanteils von etwa 80 % fast alle Lehrkräfte, vor allem im Oberbau, männlich sind. Solche Mißverhältnisse

(Abg. Dr. Weingärtner SPD: Das ist das Problem!)

gilt es zu bekämpfen.

(Liane Offermanns)

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Dr. Weingärtner SPD: Das Problem ist völlig richtig erkannt!)

Die Vorstellung allerdings, daß man in jedem Ausbildungsgang für eine Parität von Frauen und Männern sorgen müßte, ist utopisch und sicherlich auch nicht wünschenswert. Warum sollten wir nicht anerkennen, daß die Fähigkeiten geschlechtsspezifisch verschieden sind?

(Abg. Dr. Weingärtner SPD: Aha! Das ist etwas anderes! – Unruhe)

Mit anderen Worten: Was ist dagegen einzuwenden, daß vor allem Frauen ihren Mitmenschen die Haare schneiden und vor allem Männer ihren Mitmenschen die Autos reparieren? Das Faktum der verschiedenen Berufswahl und Lebensplanung hat nichts mit Ungleichberechtigung zu tun.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg. Drexler SPD – Abg. Rau CDU: Wenn ich das meinem Friseur erzähle!)

Nur das penetrante Ignorieren solcher Grundtatsachen führt zu jener Gleichmacherei, gegen die wir uns entschieden wenden sollten, die jedoch leider von einigen von Ihnen immer wieder propagiert wird.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Drexler SPD: Ein Lob auf die Friseure! – Abg. Dr. Caroli SPD: Die läßt sich nicht die Haare schneiden! – Unruhe)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bender.

Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Offermanns, ich hätte Sie gerne noch gefragt, ob Sie die Tatsache, daß die Männer fürs Autoreparieren sehr viel mehr verdienen als die Frauen fürs Haarschneiden, für eine gute Politik und nicht für eine zu verändernde Tatsache halten.

(Abg. Liane Offermanns REP: Man kann auch andere Beispiele wählen!)

Auch das hat etwas mit Gleichberechtigung zu tun. Es geht nicht unbedingt darum, daß alle Frauen Autos reparieren und alle Männer Haare schneiden, sondern es geht darum, daß für gleichwertige Arbeit auch gleichwertig gezahlt wird und beide Geschlechter die Chance haben, beides zu machen, und ihre Erfahrungen und Qualifikationen auch anerkannt werden. Deswegen muß die Frau, die Haare schneidet, genauso Aufstiegschancen und die Möglichkeit zum Zugang zu gesellschaftlichen und politischen Positionen haben wie der Mann, der Autos repariert. Das ist bisher eben nicht der Fall. Das ist doch das Problem, über das wir heute reden.

Meine Damen und Herren, man kann – –

(Abg. Drexler SPD: Bei Herrn Deuschle kann man nicht mehr viel schneiden! – Gegenruf des Abg. Deuschle REP: Wo er recht hat, hat er recht! – Heiterkeit und Unruhe – Abg. Deuschle REP: Männer mit Glatze haben auch Fähigkeiten!)

Meine Damen und Herren, ich freue mich, wenn das Thema auch mit einer gewissen Heiterkeit betrachtet wird. Ich hoffe, daß das nicht mit einer Lächerlichmachung des Themas zu verwechseln ist.

Man kann natürlich der Meinung sein, daß, wie wir das vorhin von der Vertreterin der Republikaner gehört haben und wie es zumindest lange auch sehr viele Kollegen bei der CDU gedacht haben und vielleicht auch heute noch denken,

(Abg. Dr. Claudia Hübner CDU: Und Herr Schlauch!)

die unterschiedliche Repräsentanz von Männern und Frauen in dieser Gesellschaft ein Problem sei, das sich quasi naturwüchsig löse, weil die Frauen schon irgend etwas nachholten. Man kann aber auch der Meinung sein – und dieser Meinung bin ich ganz entschieden –, daß man zu Strukturveränderungen gegen die verschwiegene, die versteckte Männerförderung in diesem Land greifen muß.

Ich erinnere an die Antwort einer kanadischen Spitzenpolitikerin auf die Frage eines Journalisten, ob sie sich denn nicht merkwürdig fühle, da sie ihre Position ja deswegen erlangt habe, weil sie eine Frau sei. Sie antwortete, sie fühle sich entschieden besser, als wenn sie ihre Position nicht erlangt „habe“.

(Abg. Dr. Claudia Hübner CDU: Schwäbischer Konjunktiv!)

weil sie eine Frau sei.

Wir müssen doch feststellen, meine Damen und Herren, daß gegenwärtig selbst zahme Ansätze von Frauenförderung, wie das entsprechende Gesetz in Nordrhein-Westfalen, angegriffen werden. Es gibt Männer, die zum Überpapa Bundesverfassungsgericht rennen und sagen: O Gott, errette uns doch von so etwas.

Es stellt sich die Frage, was zu tun ist. Sollen wir jetzt einfach abwarten, wie das Gericht entscheidet? Ich bin sehr wohl der Meinung, daß eine moderne Auslegung der Verfassung zu dem Schluß kommen müßte, es gehe beim Gleichberechtigungsgebot nicht nur um formale Gleichheit, sondern um das Ergebnis in der gesellschaftlichen Wirklichkeit, und damit kann und muß man politische Rahmenbedingungen schaffen, die – das sage ich auch an Ihre Adresse, Frau Kollegin Hübner – die individuellen Chancen von Männern im Einzelfall auch einmal beeinträchtigen können. Aber man weiß nicht, ob die Verfassungsrichter einer solchen Auslegung folgen würden. Wenn man sich anschaut, wie heute Politik gemacht wird, wäre es auch falsch, eine solche Frage letztlich von der Politik zur Juristerei zu verschieben und sie allein den Richtern zu überlassen. Angesichts der gesellschaftlichen Bedeutung dieser Frage ist es angemessen, diese auch politisch zu entscheiden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Deswegen bin ich für eine Klarstellung im Grundgesetz im beschriebenen Sinne. Gott sei Dank sind ja nun diese Albernheiten

(Birgitt Bender)

(Abg. Wieser CDU: Das ist das Schönste, die Albernheit!)

wegen der Reihenfolge der Formulierung – „Frauen und Männer“ oder umgekehrt – vom Tisch. Jetzt geht es um die Frage einer sogenannten Kompensationsklausel. Sind ausgleichende Maßnahmen zugunsten von Frauen und damit auch immer ein Stück weit zu Lasten von Männern zulässig oder nicht? Ich meine, das sollte man in die Verfassung hineinschreiben, weil sonst nämlich – und da kommen wir auf das Problem, das auch schon angesprochen wurde – Frauen nur der Weg offengelassen wird, gesellschaftlich betrachtet die besseren Männer zu werden – Männer im Sinne ihrer gesellschaftlichen Rolle, nicht nur die eigene Hausarbeit nicht zu leisten, sondern auch frei zu sein von jeglicher sozialer Verantwortung und sich lediglich dem Beruf oder dem Amt zu widmen.

Ich meine, es kann gerade nicht darum gehen, daß Frauen, wie das ein renommierter Kommentator einmal sagte, sich an die Mannstellung angleichen, sondern es geht gerade darum, daß Frauen mit ihren oft anderen Lebenslagen und ihrer daraus folgenden Fähigkeit und Neigung, anders zu arbeiten und anders zu führen, mit ihren Unterschiedlichkeiten auch gleiche oder gleichwertige Positionen in Wirtschaft und Politik erreichen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das heißt nicht, man müßte jetzt alles Gute vom Staat erwarten, sondern es geht nur darum, die politischen Rahmenbedingungen zu schaffen. Der Rest muß sich schon in der Gesellschaft selber vollziehen.

Ich finde, Frau Hübner, die mecklenburgische Formulierung, die Sie erwähnt haben, ist zwar nicht schlecht, aber um die Frage der Zulässigkeit oder gar Gebotenheit einer ausgleichenden Bevorzugung drückt sich diese Formulierung herum. Die Kompensationsklausel fehlt, und ich meine, da sollten Sie in Ihrer Partei noch ein bißchen Überzeugungsarbeit leisten.

Im übrigen möchte ich nur darauf hinweisen, daß ich auch weiteren Reformbedarf im Grundgesetz sehe, nämlich was den Artikel 6 angeht. Dort stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Staates. Ehe und Familie waren einmal identisch; das ist heute nicht mehr so. Ich meine, die Familie muß geschützt und gefördert werden und andere Lebensgemeinschaften sollten Anspruch auf Schutz vor Diskriminierung haben. Ich sage das ausdrücklich auch für lesbische und schwule Lebensgemeinschaften, auch wenn einige das hier nicht gerne hören. Ich meine, eine moderne Verfassung müßte auch der Pluralisierung der Lebensstile Rechnung tragen. Auch das hat übrigens sehr viel mit der Lage von Frauen in dieser Gesellschaft zu tun, und da würde ich mir von Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD, etwas mehr Engagement wünschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

(Zurufe: Ernestine Pfister! – Heiterkeit)

Abg. Pfister FDP/DVP: Fast hätte ich gesagt:

(Zuruf von der SPD: Die Paradedame der FDP! – Heiterkeit)

Mein Name ist Ernestine Pfister.

(Erneute Heiterkeit)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach der Formulierung der Verfassungsmütter und -väter im Grundgesetz ist es so, daß Männer und Frauen gleichberechtigt sind.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Nein, das ist nicht so!)

Doch dieses Verfassungsgebot ist bis heute eben noch nicht Verfassungswirklichkeit geworden. Das ist der entscheidende Punkt.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Jetzt stimmt es!)

Es ist weiter so, daß die Gleichberechtigung von Mann und Frau zwar in der Rechtsordnung weitgehend verwirklicht worden ist, daß jedoch nach wie vor gravierende Nachteile für Frauen in der Lebenswirklichkeit bestehen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Richtig erkannt!)

Einige Beispiele, die zum Teil schon genannt worden sind: Erstens: Wenn Sie sich den letzten statistischen Bericht des Arbeitsamts anschauen, dann werden Sie feststellen, daß auch heute noch Frauen viel stärker als Männer von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Zweitens: Frauen haben in der Regel ein geringeres Einkommen, das heißt, sie sind in die niedrigeren Lohngruppen eingestuft.

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Friseurinnen zum Beispiel!)

-- Ja, zum Beispiel.

Drittens: In leitenden Positionen sind Frauen nach wie vor unterrepräsentiert.

Viertens: Durch Unterbrechung der Berufstätigkeit aufgrund von Kindererziehung verfügen Frauen im Alter über eine eklatant geringere Rente als Männer.

Und fünftens: Vergessen wir auch nicht: Frauen haben heutzutage zwar bessere Schulabschlüsse, bessere Berufs- und Hochschulabschlüsse als in der Vergangenheit – das ist wahr –, aber sie sind dennoch überproportional arbeitslos, länger arbeitslos, und sie werden weniger an zukunftsorientierten Fortbildungsmaßnahmen beteiligt.

Kurz gesagt: Die Frauen bilden in der bundesdeutschen Bevölkerung die Mehrheit, die immer noch Benachteiligungen aufgrund ihres Geschlechts und nicht aufgrund ihrer Leistungen hinnehmen muß.

Ich bin der festen Überzeugung, daß ein demokratischer Staat wie die Bundesrepublik Deutschland nicht länger bei der alleinigen Proklamation der Gleichberechtigung stehenbleiben kann. Deshalb sprechen wir uns für ein Staatsziel Frauenförderung aus, gewissermaßen als Selbstverpflichtung des Gesetzgebers, der hiermit zum Handeln gezwun-

(Pfister)

gen werden soll. Genau dies muß unser Ziel sein. Nach unserem Rechtsverständnis – das weiß ich – lassen sich von Staatszielen keine subjektiv einklagbaren Rechte ableiten. Aber ein Staatsziel Frauenförderung kann dennoch dem Gesetzgeber als Anstoß dienen. Es kann der Regierung entsprechende Impulse geben, und es kann auch – Sie haben das angesprochen – Auslegungshilfe für die Gerichte sein.

Eine weitere Forderung, die ich hier kurz nennen möchte, ist die Forderung der FDP/DVP nach einem Landesgleichstellungsgesetz. Wir haben dies hier im Landtag von Baden-Württemberg wiederholt gefordert.

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Wir haben schon eines vorgelegt!)

– Richtig. – Wir wissen, daß es ein solches in Nordrhein-Westfalen bereits gibt und kürzlich auch eines in Hessen eingeführt worden ist.

Ausgehend von einem allgemeinen Diskriminierungsverbot muß eine Überprüfung aller Landesgesetze, aller Verordnungen und aller Benachteiligungen erfolgen, die direkt oder indirekt stattfinden. Die Gleichbehandlung von Frauen erfordert also die formale Änderung von Rechtsvorschriften auf der einen Seite.

Auf der anderen Seite ist aber auch eine Veränderung des allgemeinen Bewußtseins notwendig zum Abbau von nach wie vor existierenden Vorurteilen, von Zwängen und von Fixierungen. Es ist nicht Ziel liberaler Politik, Frauen und Männer gleichzumachen, sondern die gesellschaftliche und politische Bewertung unterschiedlicher Anlagen und Fähigkeiten, unterschiedlicher Fertigkeiten und Verhaltensweisen zu verändern.

Meine Damen und Herren, weil ich weiß, daß Diskriminierung ein Hindernis auch für die Emanzipation beider Geschlechter und damit auch für die freiheitliche, offene Entwicklung einer Gesellschaft ist, verehrte Frau Wonnay, sage ich Ihnen gerne zu, daß ich den Auftrag, den Sie mir erteilt haben, erfüllen werde. Ich werde meine Herren in der Verfassungskommission in Bonn in Ihrem Sinne informieren.

(Beifall bei der FDP/DVP, der SPD und der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Geisel.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt kommt Frau Alfreda!)

Abg. Dr. Geisel SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Damit der Herr Kollege Pfister als Mann in dieser Diskussion nicht so allein bleibt,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Vielen Dank, Herr Kollege!)

gestatten Sie mir bitte auch noch einige Bemerkungen.

Meine Damen und Herren, die heutige Debatte, vor allem aber die kürzliche Diskussion über das Staatsziel Umweltschutz lassen immer wieder durchscheinen, daß die derzei-

tige Verfassungsdiskussion in Deutschland von zwei grundlegend unterschiedlichen Fragestellungen beherrscht wird: ob die neue deutsche Verfassung das in der alten Bundesrepublik Gewachsene einfach festschreiben soll, ob sie speziell in ihrem Grundrechtsteil mit unmittelbar geltenden und einklagbaren Abwehrrechten gegen den Staat ihr Bewenden haben soll oder ob diese neue Verfassung sich neuen Entwicklungen und Zielsetzungen öffnen soll, ob sie sich speziell auch allgemeine Postulate in Gestalt von Staatszielbestimmungen und Verfassungsaufträgen zu eigen machen will, die die Staatsorgane in die Pflicht nehmen und richtungweisend die grundlegenden Fragen der Zeit aufnehmen.

Die bisherigen Diskussionen und Entscheidungen der Gemeinsamen Verfassungskommission machen, so habe ich mindestens den Eindruck, immer deutlicher, daß bei dieser Auseinandersetzung die beharrlichen Kräfte deutlich an Oberhand gewinnen. So hat sich das Ziel einer dringend gebotenen Revitalisierung des Föderalismus bisher leider weitgehend als Flop erwiesen – eine für die innere Entwicklung der Bundesrepublik und Europas nach meinem Dafürhalten verheerende Tatsache.

(Beifall der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

Der Versuch, auf dem Boden des bewährten Grundgesetzes die zukünftige Verfassung neuen Zielsetzungen zu öffnen, vor allem im Interesse der Menschen in den neuen Bundesländern die zukünftigen Aufgaben des Staates ergänzend zu definieren, droht, wie mir scheint, gleichfalls weitgehend zu scheitern.

Meine Damen und Herren, soll dies auch für die Weiterentwicklung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern gelten? Der bisherige Verlauf der heutigen Debatte hat anhand vieler aufgezeigter Beispiele deutlich werden lassen, daß es nach wie vor ein erhebliches Gleichberechtigungsdefizit zum Nachteil der Frauen gibt. Diese Diskriminierung durch verfassungsrechtlich einwandfreie Regelungen zukünftig zu beseitigen ist aus unserer Sicht eine der wichtigsten Grundentscheidungen der anstehenden Verfassungsreform.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Birgitt Bender GRÜNE und Kiesswetter FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich habe mit Freude die ermutigenden Ausführungen von Ihnen, verehrte Frau Kollegin Dr. Hübner, gehört. Ich möchte Ihnen und uns allen wünschen, daß Sie mit diesen Ausführungen nicht ein weißer Rabe oder, um im Bild zu bleiben, eine weiße Saatkrähe bleiben möchten.

(Lebhafte Heiterkeit bei der SPD – Abg. Brigitte Wimmer SPD: Alfred, dann sag lieber „weiße Taube“! – Zurufe von der CDU, u. a. des Abg. Ströbele)

– Eine weiße Taube. Sind Sie damit einverstanden?

(Abg. Dr. Claudia Hübner CDU: „Tauben“ ist wesentlich besser!)

– Einigen wir uns auf „weiße Taube“ anstelle des mißglückten Vergleichs.

(Dr. Geisel)

Meine Damen und Herren, wir fordern deshalb die Vertreter der Landesregierung in der Verfassungskommission mit Nachdruck dazu auf, bei der Neuregelung des Artikels 3 des Grundgesetzes dafür einzutreten, daß sowohl eine Gleichstellungsgewähr als auch eine Kompensationsklausel verfassungsrechtlich verankert werden. Lassen Sie mich diese Forderung durch einige wenige ergänzende rechtliche Bemerkungen begründen.

Der Kampf um die Gleichberechtigung und ihre tatsächliche Verwirklichung hat eine lange Geschichte mit viel Engagement, Hoffnung und Enttäuschungen. Es muß die Aufgabe unserer Generation sein, dieses Ringen zu einem guten Ende zu bringen, zumal Artikel 31 Abs. 1 des Einigungsvertrags es ausdrücklich zur Aufgabe des gesamtdeutschen Gesetzgebers gemacht hat, die Gesetzgebung zur Gleichberechtigung weiterzuentwickeln. Dies macht die Aufnahme einer ausdrücklichen Gleichstellungsgewähr in Artikel 3 Abs. 2 des Grundgesetzes dringend notwendig. Zwar mehren sich in jüngster Zeit die Stimmen in Schrifttum und Judikatur, Artikel 3 Abs. 2 des Grundgesetzes enthalte bereits in der jetzigen Fassung einen derartigen Gleichstellungsauftrag. Das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Nacharbeitsverbot kann etwa in dieser Richtung gedeutet werden. Aber ich teile die Auffassung von Ihnen, Frau Kollegin Bender, daß aus unserer Sicht gleichwohl ein dringender verfassungsrechtlicher Handlungsbedarf besteht, weil nur so die bestehenden Gleichstellungsdefizite beseitigt werden können, weil vor allem die ostdeutschen Länder derartige Gleichstellungsgebote in ihrer Verfassung bereits verankert haben und ein Schweigen des Bundesgesetzgebers deshalb zwangsläufig als Zeichen gewertet werden müßte, für ihn stelle die Gleichstellung der Frauen kein zentrales Problem dar. Dieser verheerende Eindruck, meine Damen und Herren, muß unter allen Umständen vermieden werden.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Sehr richtig!)

Dies gilt, wie ich meine, auch für die Aufnahme einer sogenannten Kompensationsklausel. Unter Verfassungsjuristen ist heftig umstritten, ob Frauenfördermaßnahmen nach der derzeitigen Rechtslage zulässig sind, zumal eine einschlägige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu dieser Frage aussteht. Wer zukünftig dringend notwendige Frauenfördermaßnahmen einwandfrei rechtlich absichern will, muß deshalb für die Einfügung einer klarstellenden Kompensationsklausel eintreten.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und des Abg. Kiesswetter FDP/DVP)

Ich meine, Frau Kollegin Wonnay hat hierzu einen vernünftigen Vorschlag unterbreitet.

Meine Damen und Herren, ich schließe mit einem bemerkenswerten und bedenkenswerten Satz des ehemaligen Verfassungsrichters Dr. Helmut Simon bei seiner Anhörung in der Verfassungskommission. Ich zitiere:

Wird das Grundgesetz durch die Einfügung eines Gleichstellungsauftrags und einer Kompensationsklausel ergänzt, wird es mancher Frau leichter fallen, sich mit dieser Verfassung zu identifizieren. Ich sehe darin einen Beitrag zur Verfestigung eines Verfassungspatrio-

tismus, der sich langsam genug entwickelt hat, in dem aber das neue gesamtdeutsche Gemeinwesen am ehesten seine Identität finden könnte.

Ich meine, diesen Sätzen ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Ministerin Unger-Soyka.

Ministerin für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst Brigitte Unger-Soyka: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich darüber, daß wir in diesem Haus über dieses Thema diskutieren. Ich begrüße das sehr, aber ich bedaure gleichzeitig den Zeitpunkt dieser Debatte auf der heutigen Tagesordnung.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ströbele CDU: Ein guter Schluß zielt alles! – Abg. Rapp REP: Normal ist um 16 Uhr Feierabend!)

Ich denke, ein solch wichtiges Thema hätte durchaus verdient, als Tagesordnungspunkt 1 und nicht als Tagesordnungspunkt 11 behandelt zu werden.

(Sehr gut! und Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vielleicht kann man das in Zukunft beherzigen.

Ich habe mich auch darüber gefreut, daß es bei allen Sprecherinnen und Sprechern der verschiedenen Fraktionen überhaupt keinen Dissens mehr in der Beurteilung gibt, daß Frauen in vielfältiger Hinsicht benachteiligt sind. Dieses Faktum war vor vielen Jahren noch nicht selbstverständlich. Da wurde es immer noch häufig und von sehr vielen bestritten. Hier hat sich einiges an Sensibilisierung getan. Die Dinge haben sich wirklich verändert.

Als Frauenministerin begegnet mir sehr oft die Frage: Weshalb sind Frauen eigentlich benachteiligt, wenn sie rechtlich doch überall dieselben Möglichkeiten und dieselben Chancen haben wie die Männer? Ich möchte nicht die zahlreichen Argumente wiederholen, die bereits richtig dargestellt wurden, sondern ich möchte diesen einen Gedanken ausführen. Ich denke, es lohnt sich, wirklich einmal über den eigentlichen Grund der Benachteiligung nachzudenken. Wodurch entsteht die Benachteiligung der Frauen und worin besteht sie?

Die grundlegende Ungleichheit zwischen Männern und Frauen besteht schlichtweg in der biologischen Tatsache, daß Frauen schwanger werden können und Kinder gebären können. Durch diese biologische Rolleneinteilung wurde den Frauen praktisch per Naturgesetz die Betreuung und die Erziehung von Kindern und damit verbunden auch die Hausarbeit zugewiesen. Jahrhundertlang wurde die Gebärfähigkeit der Frauen so zu einer sehr eng gefaßten Rollendefinition, so daß Frauen sogar von jeglichen Bildungsmöglichkeiten – wie gesagt, über Jahrhunderte hinweg – ausgeschlossen wurden. Die Beschränkung der Frau auf ihre biologische Funktion wurde dazu noch durch philosophische und vor allem durch theologische Theorien und Aussagen verfestigt und untermauert.

(Ministerin Brigitte Unger-Soyka)

Erst im letzten Jahrhundert gelang es den Frauen – das wiederum erst nach zähen und langen Kämpfen –, den Zugang zu Bildungseinrichtungen und dadurch auch den Zugang zu mehr als nur Küche, Kindern und Kirche zu erreichen. Erst in diesem Jahrhundert – diese Fakten muß man sich immer wieder deutlich machen –, genauer gesagt: im Grunde erst nach dem Zweiten Weltkrieg, gab es im Zuge von Bildungsdiskussionen vermehrt ein Selbstverständnis darüber, daß auch Mädchen alle Bildungseinrichtungen zur Verfügung stehen sollen und alle Bildungschancen ermöglicht werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß Frauen hauptsächlich aufgrund ihrer Gebärfähigkeit – das heißt im Klartext: aufgrund ihres Geschlechts – benachteiligt werden. Eine Benachteiligung aufgrund des Geschlechts verbietet aber unser Grundgesetz mit aller Deutlichkeit. Benachteiligt sind Frauen auf dem Gebiet der Erwerbsarbeit und natürlich vor allem auf dem Gebiet der Familienarbeit.

Ich will nur noch einige ergänzende Punkte nennen: Frauen sind im Durchschnitt länger arbeitslos und auch mit einem größeren Anteil arbeitslos. Ich habe mir die derzeit neuesten Zahlen aus Baden-Württemberg geben lassen. Der Anteil der Frauen an der Arbeitslosigkeit beträgt derzeit in Baden-Württemberg 47,6 %, wobei man das auf der Basis zu relativieren hat, daß Frauen insgesamt an den Erwerbstätigen nur 41 % ausmachen. Das heißt, der Anteil der Frauen an der Arbeitslosigkeit ist überproportional. Bundesweit liegt derzeit der Frauenanteil bei der Arbeitslosigkeit bei 45,7 %. Das heißt, Baden-Württemberg weist im Moment eine erhöhte Frauenerwerbsarbeitslosigkeit aus.

Als Teilzeitarbeitende und als geringfügig Beschäftigte haben Frauen soziale Nachteile und weniger Aufstiegschancen. In Führungspositionen – auch das wurde schon erwähnt – sind Frauen in allen Bereichen unterrepräsentiert. Auch in Gremien und Entscheidungsorganen sind Frauen noch lange nicht in angemessener Zahl vertreten, und wenn sie vertreten sind, dann hat das auch gewisse Schwierigkeiten. Um einfach die vorhin hier herrschende Heiterkeit wieder etwas zu mobilisieren: Es passiert mir nahezu bei jeder zweiten Einladung, daß die Frau Ministerin Unger-Soyka mit ihrer Frau Gemahlin eingeladen wird.

(Abg. Dr. Weingärtner SPD: Das ist im männlichen Computer drin!)

Ich denke, diese Beispiele zeigen auch, wie schwer man sich damit tut, daß inzwischen auch Frauen in gewissen Positionen vertreten sind.

Durch Familienphasen haben Frauen eine unterbrochene Erwerbsbiographie. Das heißt, sie sind in der Regel benachteiligt beim Aufstieg und auch bei der sozialen Absicherung. Das zum Bereich der Erwerbstätigkeit.

Aber auch vor allem im Bereich der Familienarbeit sind Frauen benachteiligt. Diese Art der Arbeit wird nach wie vor gravierend in jeder Hinsicht unterbewertet. Es gibt nur eine geringe Anrechnung von Erziehungszeiten auf die Rente. Pflegezeiten zugunsten älterer Angehöriger werden überhaupt nicht angerechnet. Hierzu hat auch das Verfassungsgericht eindeutige Worte gesprochen. Die Politik hat

dieses Gebot leider noch nicht verwirklicht. Ich hoffe sehr, daß sich das doch in absehbarer Zeit ändern wird.

Man muß sich zum Beispiel auch fragen, weshalb eine Witwe nur einen gewissen Anteil der Rente ihres Mannes bekommt, während der Mann umgekehrt, wenn die Frau stirbt und sie nicht im Erwerbsleben war, weiter voll seine Rente bezieht, obwohl der Mann sein ganzes Erwerbsleben vermutlich nur in der Lage war, voll berufstätig zu sein, weil die Frau als Gegenleistung zu Haus den Haushalt geführt und Kinder erzogen hat. Ich denke, es ist wirklich dringend an der Zeit, in solchen Fällen für Gleichstellung zu sorgen.

(Beifall bei der SPD und den Republikanern)

Wir müssen diese Art der Familienarbeit gleich bewerten und auch gleichstellen mit der Arbeit im Erwerbstätigenbereich. Auch das gehört zur Gleichstellung und zur Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen.

Ich habe nur wenige ergänzende Punkte aufgeführt, aber es wird uns allen deutlich, daß es vor diesem Hintergrund natürlich nicht genügt, wenn der Verfassungsauftrag wie bisher bei diesem wirklich lapidaren Satz bleibt: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Vielmehr müssen Staat und Gesellschaft durch die Verfassung zu einer aktiven Gleichstellungspolitik verpflichtet werden. Eine Ergänzung von Artikel 3 Abs. 2 des Grundgesetzes ist deshalb notwendig. Das wurde hier von allen Rednern und Rednerinnen bestätigt. Die Verantwortung des Staates für die Durchsetzung der Gleichberechtigung in der gesellschaftlichen Wirklichkeit muß in der Verfassung klarer und eindeutiger zum Ausdruck kommen.

Die Wege zur Durchsetzung der Gleichberechtigung können verschieden und sehr vielfältig sein. In der Verfassungskommission wird derzeit noch um Formulierungen gerungen. Die SPD will eine eindeutige Kompensationsklausel, um die Benachteiligung der Frauen durch eine vorübergehende Förderung und Bevorzugung zu verringern. Die CDU ringt noch um Formulierungen. Auch andere Parteien diskutieren noch über Formulierungsvorschläge. Ich will auch überhaupt nicht in eine juristische Diskussion über Bevorzugungen von Frauen oder Benachteiligungen von Männern einsteigen. Dafür gibt es berufenere Leute. Ich hoffe ganz einfach, daß die Verfassungsreform im geeinten Deutschland den Frauen deutlich mehr Chancengleichheit und obendrein auch wirklich die Gleichstellung bringen wird. Darum geht es.

Der Staat ist verpflichtet, den Frauen in allen Bereichen die Gleichberechtigung zu schaffen. Wir haben verschiedene Politikebenen, und alle Ebenen sind aufgerufen, hier ihren Beitrag zu mehr Gleichberechtigung und zu mehr Chancengleichheit zu leisten. Ich will nur einige Stichpunkte nennen.

Ich denke, eine Möglichkeit, den Frauen auf der kommunalen Ebene zur Gleichberechtigung zu verhelfen, sind die vermehrte Einführung von Frauenbeauftragten – es gibt ja schon Frauenbeauftragte –, aber natürlich auch Frauenförderpläne im öffentlichen Dienst, auch in Rathäusern, und auch die Tatsache, daß durch mehr Betreuungseinrichtungen das schwierige Thema der Vereinbarkeit von Familie

(Ministerin Brigitte Unger-Soyka)

und Beruf geregelt werden kann. Auch diese Vereinbarkeit ist ein wichtiger Weg zur Gleichberechtigung von Männern und Frauen.

Auf der Länderebene – auch das wurde schon erwähnt – geht es um Frauenfördergesetze. Hier sind auch wir in Baden-Württemberg noch am Zug. Wir müssen uns hier überlegen, wie wir das für unser Land regeln können. Ich bin der Ansicht, daß ein Land zumindest im öffentlichen Dienst eine Vorbildfunktion zu übernehmen hat. Wir werden sehen, wie diese Koalitionsregierung mit dem Thema „Frauenfördergesetz“ umgehen wird und wie weit wir uns hier einigen können.

Auf Landesebene geht es auch um das Thema der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das bedeutet die Schaffung von mehr Betreuungseinrichtungen, die Förderung von seitens des Landes durch finanzielle Bezuschussung von Betreuungseinrichtungen.

Es geht auch um – ein Punkt, der heute noch nicht erwähnt wurde – das Thema Frauenhäuser, Schutzeinrichtungen für Frauen. Frauen sind auch durch eine andere körperliche Konstitution benachteiligt. Frauen sind in der Regel körperlich schwächer und sind deswegen männlicher körperlicher Überlegenheit – oft in einem sehr erschreckenden Ausmaß – ausgeliefert. Ich denke, der Staat ist auch im Zug der Gleichstellung und der Gleichberechtigung verpflichtet, den Frauen eine körperliche Unversehrtheit zu garantieren und, wenn das nicht mehr geht, zumindest Schutzräume zu fördern und zu erstellen, in die Frauen in schwierigen Situationen fliehen können.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe mir zu diesem Thema die Koalitionsvereinbarung durchgelesen.

(Abg. Weimer SPD: Sehr gut!)

Ich muß sagen: Es gibt darin kaum greifbare Punkte. Wir alle wissen, daß vor allem der Artikel zum Thema Frauen, der Artikel 13 dieser Koalitionsvereinbarung, doch recht vage Aussagen macht. Das bedeutet aber andererseits im Klartext, daß wir in dieser Koalition frei sind, diese vagen Aussagen mit sinnvollen Maßnahmen zu füllen und diese Aussagen in die Tat umzusetzen und greifbar zu machen.

Mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, will ich hier den wichtigsten Passus zitieren:

Die Verhandlungspartner sind sich in dem Ziel einig, nach Kräften zur Verwirklichung gleicher Lebenschancen für Frauen und Männer beizutragen.

Wir werden uns in dieser Regierung bemühen, diese Worte mit Leben zu erfüllen.

Auf der Politikebene des Bundes ist es, denke ich, außerordentlich wichtig, daß gerade solche Regelungen im Rentenrecht wie Anerkennung von Erziehungs- und Pflegezeiten für die Frauen endlich vorgenommen werden. Wir haben durch die Bundesregierung ein Gleichstellungsgesetz bekommen. Selbst wenn es daran viel zu bemängeln gibt, ist es trotz allem ein weiterer Schritt auf dem Weg in Richtung Gleichberechtigung.

Wir Frauen haben uns angewöhnt, bescheiden zu sein. Andererseits sind wir aber auch schon irgendwo am Ende der Bescheidenheit angekommen und wollen doch in schnelleren Schritten als in den letzten Jahrzehnten vorwärtskommen.

Nur noch eine Schlußbemerkung: Wir haben uns in unserer Nation in wirklich schmerzlichen geschichtlichen Prozessen zur Staatsform der Demokratie durchgerungen. Demokratie basiert auf den Grundwerten Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Eine Politik, die diese alten Ziele der Französischen Revolution weiterhin verfolgt, muß unter Freiheit auch die Freiheit der Frauen verstehen, unter Gleichheit die Gleichheit von Frauen und Männern und unter Solidarität auch die Solidarität der Männer mit den Frauen. Wir alle sind verantwortlich für die Herstellung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen und auch verantwortlich für den Erhalt dieser Grundwerte unserer Demokratie.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Buchter GRÜNE)

Stellv. Präsident Straub: Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Die Aktuelle Debatte ist damit beendet.

Wir sind gleichzeitig am Ende der Tagesordnung angelangt. Die nächste, die 24. Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg, findet morgen, Donnerstag, 22. April 1993, 9.30 Uhr statt. Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluß: 20.46 Uhr